

Stadt Hückeswagen

Oberbergischer Kreis



Haushaltssatzung Haushaltsplan

2011

*und
Haushalts-
sicherungskonzept*

Hückeswagen
überrascht!



NRW Tag
2013

Inhaltsübersicht

	Seite
1. Statistische Angaben	1 - 2
2. Haushaltssatzung	3 - 6
3. Vorbericht (Managementbericht):	7 - 92
<i>3.1 Vorbemerkungen zur Einführung des Haushalts nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements</i>	<i>7 - 12</i>
3.1.1 Die Reform des kommunalen Haushaltsrechts	7
3.1.2 Struktur des NKF – wesentliche Elemente	8
3.1.3 NKF – das neue Rechnungswesen	9
3.1.4 Der NKF – Haushalt im Kontext mit der ab 01.01.2005 geltenden neuen Verwaltungsstruktur	10 - 11
3.1.5 Organigramm	11 - 12
<i>3.2 Elemente des neuen Kommunalen Haushaltes</i>	<i>13 - 16</i>
3.2.1 Neue Haushaltsgliederung	13
3.2.2 Aufbau des Ergebnisplans	14
3.2.3 Aufbau des Finanzplans	15
3.2.4 Bestandteile des Haushaltsplans	16
<i>3.3 Eckpunkte des neuen Kommunalen Haushaltes 2010 der Stadt Hückeswagen</i>	<i>17 - 82</i>
3.3.1 Gesamtergebnisplan	17 - 43
3.3.2 Darstellung von besonderen Haushaltspositionen	44 - 56
<i>3.3.2.1 Gebührenhaushalte der Stadt Hückeswagen</i>	<i>44 - 46</i>
3.3.2.1.1 Straßenreinigungsgebühren	44 - 45
3.3.2.1.2 Friedhofsgebühren	45 - 46
<i>3.3.2.1 Unterhaltung der städt. Gebäude</i>	<i>47 - 54</i>
<i>3.3.2.2 Ergebnislage der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS)</i>	<i>55 - 56</i>
3.3.3 Haushaltsausgleich	56
3.3.4 Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	57

	Seite
3.3.5 Gesamtfinanzplan	58 - 59
3.3.6 Schuldenübersicht	60 - 61
3.3.7 Wesentliche Investitionsmaßnahmen	62 - 75
3.3.8 Zweckgebundene Investitionspauschalen	75 - 78
3.3.9 Wesentliche Maßnahmen im Bereich des Umlaufvermögens	79
3.3.10 Haushaltsvermerke zur Ausführung des Haushaltsplanes	80
3.3.11 Kosten- und Leistungsrechnung	81 - 82
3.4 Bilanz- und Kennzahlenanalyse mit Hilfe von Kennzahlen	83 - 88
3.4.1 Bilanzanalyse	83 - 85
3.4.2 Haushaltsanalyse	86 - 88
3.5 Zusammenfassung	89 - 92
4. Schlussbilanz der Stadt Hückeswagen zum 31.12.2009	93 - 94
5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	95 - 96
6. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	97 - 98
7. Zuwendungen an die Fraktionen	99 - 100
8. Stellenplan und Stellenübersicht	101 - 106
9. Haushalts- und Wirtschaftspläne	107 - 616
9.1 Haushaltsplan	107 - 541
9.2 Wirtschaftspläne von Eigenbetrieben und Gesellschaften	543 - 616
• Wirtschaftsplan Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen	545 - 562
• Wirtschaftsplan Betrieb Freizeitbad Hückeswagen	563 - 580
• Wirtschaftsplan Bürgerbad Hückeswagen gGmbH	581 - 590
• Wirtschaftsplan HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG	591 - 608
• Wirtschaftsplan HEG Verwaltung GmbH	609 - 616
<u>Anlage: Haushaltssicherungskonzept</u>	

1. Statistische Angaben

Stadt Hückeswagen

Oberbergischer Kreis

Regierungsbezirk Köln

A. Ortsklasse: A

B. Bevölkerung: lt. statistischem Landesamt Einwohnerzahl am 31.12.2009 16.090
nach der Volkszählung am 25.05.1987 14.759

C. Gemeindegebiet: Gesamtfläche 5.046,32 ha

D. Höhe über NN: im Durchschnitt 300 m

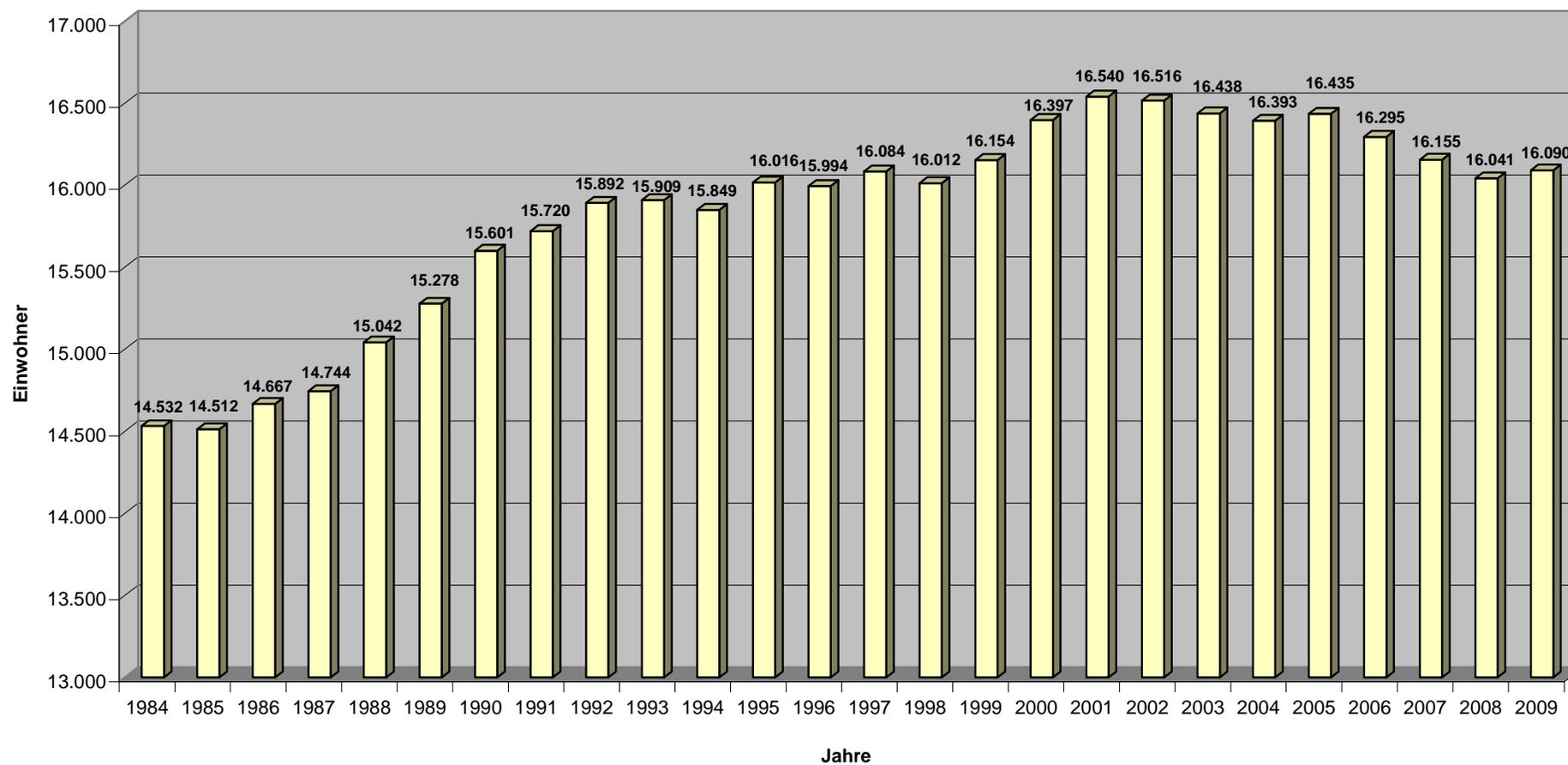
E. Straßen: Länge der zu unterhaltenden Straßen in Meter (m)

Straßenklassifizierung	durch Bund-Land-Kreis	durch die Stadt	insgesamt
Bundesstraßen	12.449	0	12.449
Landesstraßen	7.750	0	7.750
Kreisstraßen	29.391	3.536	32.927
Gemeindestraßen	0	104.028	104.028
	49.590	107.564	157.154

F. Schulen:

Schulart	Zahl	Schüler
Grundschulen	3	630
Gemeinschaftshauptschule	1	243
Realschule	1	537
Sonderschule	1	134
Berufsschulzweckverband	1	144
	7	1.688

Einwohnerentwicklung



Haushaltssatzung

der Stadt Hückeswagen für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), in der jeweils gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Hückeswagen mit Beschluss vom 05.05.2011 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	24.946.752 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	28.782.870 €
im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	23.609.811 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	27.679.685 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.397.760 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	3.071.820 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

790.000 €

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf
und
die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf
festgesetzt.

0 €

3.836.118 €

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.

25.000.000 €

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 305 v.H. |
| 1.2. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 395 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 440 v.H. |

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2012 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

- (1) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind als erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 GO anzusehen, wenn sie 10.000 € überschreiten.
- (2) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und bilanziellen Abschreibungen können in Abweichung von Abs. 1 im Sinne des § 83 Abs. 2 GO grundsätzlich vom Kämmerer genehmigt werden.
- (3) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bei Zahlungsverpflichtungen aufgrund rechtlicher Vorgaben können in Abweichung von Abs. 1 im Sinne des § 83 Abs. 2 GO grundsätzlich vom Kämmerer genehmigt werden.

3. Vorbericht (Managementbericht)

3.1 Vorbemerkungen zum Haushaltsplan

3.1.1 Die Reform des kommunalen Haushaltsrechts

Im Rahmen der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen steht als weitere tragende Säule neben dem „Neuen Steuerungsmodell“ die Reform der öffentlichen Haushalte zentral im Blickpunkt des Geschehens.

Das **Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF)** beinhaltet alle Maßnahmen zur Reform der kommunalen Haushalts- und Rechnungswirtschaft im Sinne einer neuen, betriebswirtschaftlichen Steuerung. Das NKF bedeutet allerdings nicht die Übernahme des Rechnungswesens der Privatwirtschaft. Vielmehr wird mit dem NKF die Grundlage für die betriebswirtschaftliche Steuerung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung geschaffen.

3.1.2 Struktur des NKF – wesentliche Elemente

Mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement wird die Steuerung der Kommunalverwaltungen von der herkömmlichen Bereitstellung von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) auf eine Steuerung nach Zielen für die kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen (Outputsteuerung) umgestellt.

Das NKF bedeutet eine Investition in die Zukunftssicherung der öffentlichen Verwaltung. Verwaltungsreform und die laufende Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Bürgerfreundlichkeit sind heutzutage nicht nur notwendig sondern unerlässlich. Im Wettbewerb mit anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen kann so gezeigt werden, dass gute Arbeit geleistet wird. Die Anwendung moderner betriebswirtschaftlicher Instrumente sichert die Arbeit in der Verwaltung ab.

Folgende Strukturelemente kennzeichnen die neue Verwaltungssteuerung:

- Darstellung der Verwaltungsleistungen als Produkte
- Dezentralisierung der Bewirtschaftungskompetenz
- Zusammenfassung von Aufgabenverantwortung und Ressourcenverantwortung in einer Hand
- Verursachungsgerechte Zuordnung des Ressourcenverbrauchs durch die Kosten- und Leistungsrechnung
- Entwicklung von Kennzahlen über Kosten und Qualität von Verwaltungsleistungen als Steuerungsinstrumente sowie gegebenenfalls für interkommunale Vergleiche
- Einführung eines Berichtswesens für die periodische Information über die Zielerreichung als Grundlage für Steuerungsmaßnahmen
- Gesamtdarstellung von Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch sowie der Vermögens- und Kapitalposition zur Vermittlung eines vollständigen Bildes über die tatsächliche Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Kommune
- Zukünftige Zusammenfassung des Jahresabschlusses der Kommune mit den Jahresabschlüssen der ausgegliederten, von der Kommune beherrschten, rechtlich unselbstständigen und selbstständigen Einheiten und Gesellschaften zu einem Gesamtabschluss

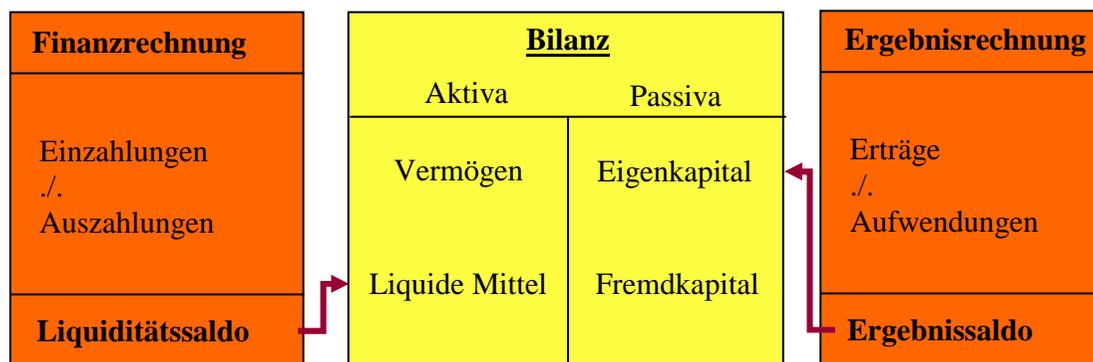
3.1.3 NKF – das neue Rechnungswesen

Das **Rechnungswesen** orientiert sich an kaufmännischen Standards unter Berücksichtigung der kommunalen Besonderheiten. Der Haushalt stellt sich dar als produktbezogenes Steuerungs- und Rechnungsinstrument, eine flexible Haushaltsbewirtschaftung bildet die Grundlage für flexibles und wirtschaftliches Verwaltungshandeln.

Informationen aus der **Bilanz** sind nutzbar zur Verbesserung von Transparenz und Steuerung. Die Grundsätze aus dem Handelsrecht führen zu einer Aufwertung des kommunalen Jahresabschlusses und zu Generationengerechtigkeit als Maßstab für den Haushaltsausgleich. Sondervermögen und Beteiligungen werden in die kommunale Rechenschaftslegung einbezogen.

Die Stadt Hückeswagen gehört zum Kreise der Kommunen, die frühzeitig und planvoll erforderliche Schritte durchgeführt haben, die zur Realisierung des NKF – Haushaltes führten.

Das Konzept des NKF beinhaltet folgende Bestandteile:



3.1.4 Der NKF – Haushalt im Kontext mit der ab 01.01.2005 geltenden neuen Verwaltungsstruktur

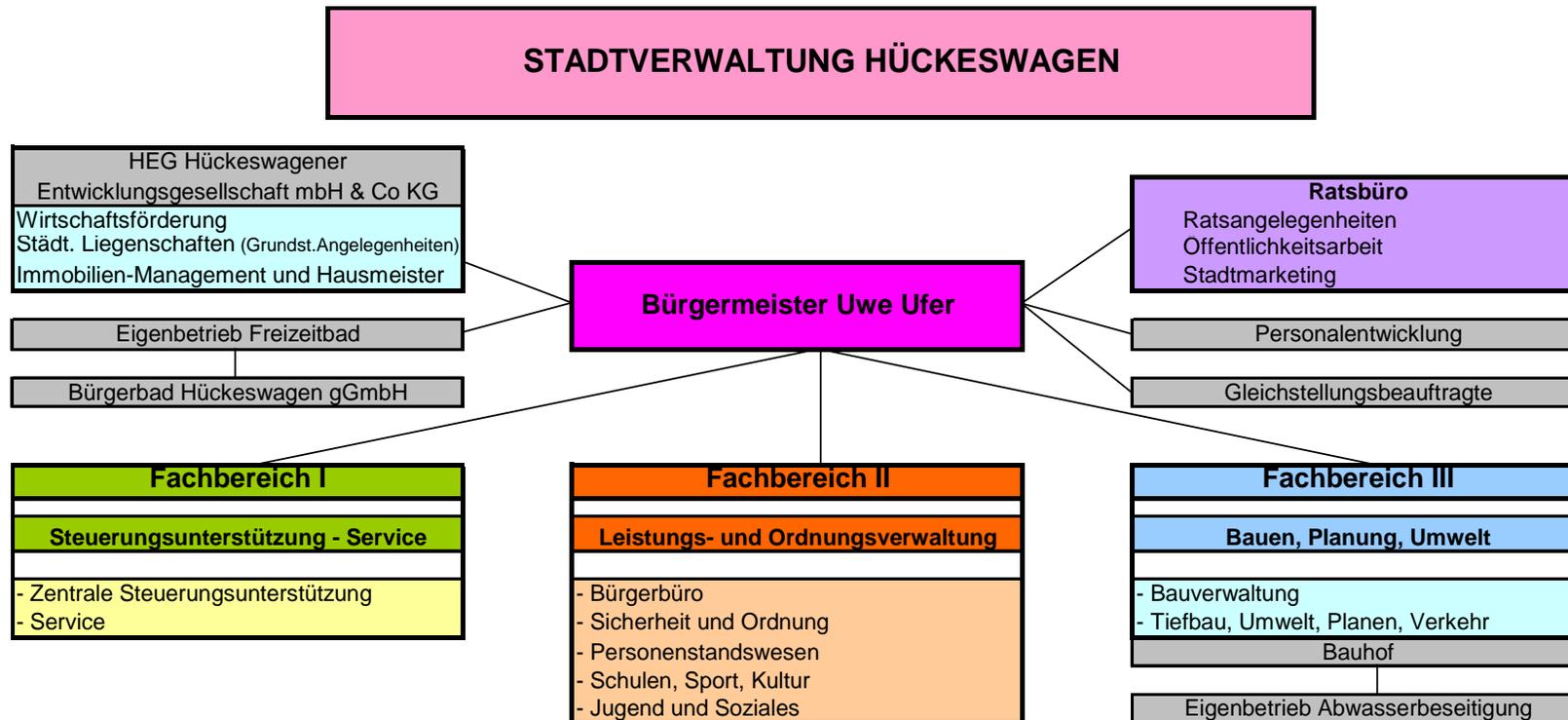
Der vorliegende Haushaltsplan bildet folgendes ab:



Zur Umsetzung der vorgenannten Strukturelemente war es nicht nur erforderlich, das neue Rechnungswesen einzuführen, sondern es musste auch eine darauf abgestimmte Verwaltungsstruktur geschaffen werden.

Mit einer entsprechenden Umstellung der Verwaltungsstruktur wurde diese Voraussetzung geschaffen. Der aktuelle Verwaltungsaufbau der Stadtverwaltung Hückeswagen wird durch das folgende vereinfachte Organigramm dargestellt.

3.1.5 Organigramm



3.2 Elemente des neuen Kommunalen Haushalts

3.2.1 Neue Haushaltsgliederung

Der neue NKF - Haushalt gliedert sich nach **Produktbereichen**. In den darunter definierten **Produktgruppen** und **Produkten** werden die inhaltlichen und finanziellen Informationen des Verwaltungshandelns dargestellt.

Der Haushaltsplan der Stadt Hückeswagen umfasst 17 Produktbereiche, ca. 75 Produktgruppen und ca. 100 Produkte.

Über die Beschreibung von Leistungen und Zielen und über die Vergabe von Kennziffern wird ein Controlling des laufenden Geschäftsprozesses möglich.

Der **Gesamtergebnisplan** und der **Gesamtfinanzplan** werden nach § 1 Abs. 1 i.V.m. § 4 der Gemeindehaushaltsverordnung in Teilpläne untergliedert. Die Teilpläne werden entsprechend der vom Innenministerium vorgegebenen Produktbereiche gegliedert. Unter Berücksichtigung eines angemessenen Aufwandes und einer ganzheitlichen und aussagekräftigen Kosten- und Leistungsrechnung einerseits und im Interesse einer größtmöglichen Transparenz auf der anderen Seite wurde eine Entscheidung für die **Darstellung auf Produktgruppenebene** getroffen.

Gemäß § 84 GO hat die Gemeinde ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen und in den Haushaltsplan einzubeziehen. Hierbei ist das erste Planungsjahr das laufende Haushaltsjahr. Die Zeitreihe beginnt daher mit dem letzten vorliegenden Rechnungsergebnis und schließt mit dem dritten auf das Planungsjahr folgenden Haushaltsjahr.

3.2.2 Aufbau des Ergebnisplans

Der Ergebnisplan enthält alle Aufwendungen und Erträge der Kommune, er stellt sich wie folgt dar:

Gesamtergebnisplan		
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen
3	+	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Sonstige ordentliche Erträge
8	+	Aktiviert Eigenleistungen
9	+ / -	Bestandsveränderungen (positiv / negativ)
10	+	Ordentliche Erträge
11	-	Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen
13	-	Sach- und Dienstleistungen
14	-	Bilanzielle Abschreibungen
15	-	Transferaufwendungen
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen
17	-	Ordentliche Aufwendungen
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 und 17)
19	+	Finanzerträge
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen
21	=	Finanzergebnis (Zeilen 19 und 20)
22	=	Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)
23	+	Außerordentliche Erträge
24	-	Außerordentliche Aufwendungen
25	=	Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24)
26	=	Jahresergebnis

3.2.3 Aufbau des Finanzplans

Der Finanzplan ist die Übersicht über die Einzahlungen und Auszahlungen der Kommune

Gesamtfinanzplan					
<i>Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</i>			<i>Einzahlungen und Auszahlungen aus investiver Tätigkeit</i>		
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	18	+	Investitionszuwendungen
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen
4	+	Öffentlich -rechtliche Leistungsentgelte	21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
7	+	Sonstige Einzahlungen	24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen
10	-	Personalauszahlungen	27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen
11	-	Versorgungsauszahlungen	28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen
12	-	Auszahlungen für Sach - und Dienstleistungen	29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
14	-	Transferauszahlungen	31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 23 und 30)
15	-	Sonstige Auszahlungen	32	=	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (=Zeilen 17 und 31)
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	33	+	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 und 16)	34	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen
			35	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
			36	=	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (=Z.32 u.35)
			37	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln
			38	=	Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)

Die Zeilen 1 bis 8 und 10 bis 15 des Finanzplanes entsprechen im Wesentlichen denen des Ergebnisplanes. Es handelt sich hier jedoch um die Abbildung des reinen Geldflusses.

3.2.4 Bestandteile des Haushaltsplans

Als wesentliche Bestandteile des Haushaltsplans sind zu nennen:

- Ergebnisplan
- Finanzplan
- Teilpläne

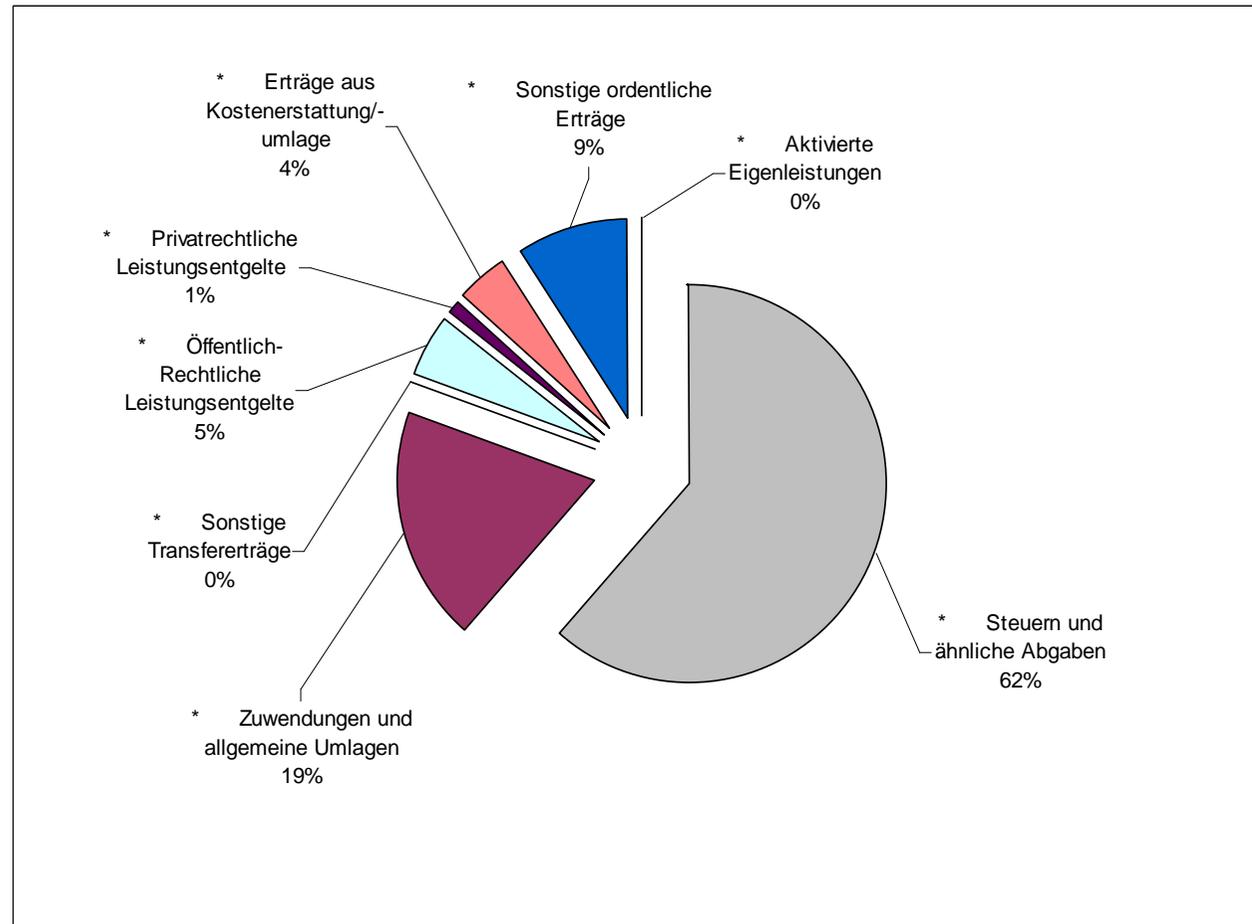
Als wesentliche Anlagen zum Haushaltsplan sind zu nennen:

- Vorbericht
- Stellenplan
- Bilanz des Vorjahres
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Haushaltsjahres
- Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

3.3 Eckpunkte des neuen Kommunalen Haushaltes 2011 der Stadt Hückeswagen

3.3.1 Gesamtergebnisplan

Die *ordentlichen Erträge* gliedern sich wie folgt:



Die wesentlichen Erträge des vorstehenden Diagramms werden nachfolgend erläutert.

Bei den **Steuern und ähnlichen Abgaben** handelt es sich im Einzelnen um nachstehende Erträge:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
401100 Grundsteuer A	-52.439,96	-53.000,00	-53.000,00	-54.000,00	-55.000,00	-56.000,00
401200 Grundsteuer B	-1.792.395,59	-1.835.000,00	-1.870.000,00	-2.100.000,00	-2.140.000,00	-2.180.000,00
401300 Gewerbesteuer	-8.858.095,14	-4.600.000,00	-6.000.000,00	-6.540.000,00	-7.030.000,00	-7.470.000,00
402100 Gemeindeanteil Einkommensteuer	-5.429.265,00	-5.060.000,00	-5.244.000,00	-5.540.000,00	-5.860.000,00	-6.130.000,00
402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	-490.044,00	-496.000,00	-492.000,00	-505.000,00	-515.000,00	-528.000,00
403200 Sonstige Vergnügungssteuer	-29.748,24	-38.000,00	-38.000,00	-38.000,00	-38.000,00	-38.000,00
403300 Hundesteuer	-84.366,43	-85.000,00	-90.000,00	-90.000,00	-90.000,00	-90.000,00
403500 Zweitwohnungssteuer	-53.208,15	-55.000,00	-55.000,00	-55.000,00	-55.000,00	-55.000,00
405100 Kompensationszahlung	-580.798,29	-618.000,00	-611.000,00	-635.000,00	-645.000,00	-659.000,00
Steuern und ähnliche Abgaben	-17.370.360,80	-12.840.000,00	-14.453.000,00	-15.557.000,00	-16.428.000,00	-17.206.000,00

Die Veränderungen der vorstehenden Ansätze wurden

- auf der Basis des Aufkommens in 2010,
- unter Zugrundelegung des Runderlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 23.09.2010 mit den Orientierungsdaten für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Zeitraum 2011 bis 2014,
- unter Berücksichtigung der Festsetzungsbescheide des Landes sowie
- unter Berücksichtigung des Entwurfes zum Gemeindefinanzierungsgesetz NRW und der hierzu veröffentlichten Proberechnung berechnet.

Hinsichtlich der Orientierungsdaten 2011 bis 2014 ist zu bemerken, dass die Veränderung der Gesetzeslage zunächst durch einen Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich bewirkte. Ansonsten basieren die Daten auf der für das Land Nordrhein-Westfalen vom Finanzministerium NRW regionalisierten Steuerschätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung von Mai 2010, den Entwicklungen des Landeshaushaltes und des kommunalen Finanzausgleichs, konkretisiert durch den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 und einer hierzu zeitgleich veröffentlichten Proberechnung.

Hebesatzerhöhungen im Bereich der **Grundsteuer B** und der **Gewerbsteuer** werden zur Haushaltskonsolidierung ab 2012 eingeplant. Aus wirtschaftlichen Erwägungen wird hierauf in 2011 verzichtet. Insbesondere aufgrund der Mehrbelastungen durch die Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 sowie aufgrund der Belastung durch die Kreisumlage ist eine Erhöhung der kommunalen Hebesätze unverzichtbar. Diese Belastungen werden jedoch nicht in vollem Umfang, sondern nur im unabweisbar erforderlichen Maß durch die Hebesatzerhöhung kompensiert. Die Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises hat bereits in ihrer Genehmigungsverfügung zur Haushaltssatzung 2010 u.a. angemerkt, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B relativ niedrig sei. Dies wird in 2011 jedoch kompensiert durch den Gewerbesteuerhebesatz, der den Fiktivhebesatz deutlich übersteigt.

Die Ansatzermittlung im Bereich der **Gewerbsteuer** für 2011 erfolgt nach der bekannten Ertragssituation in 2010, auf Grundlage der bekannten Vorauszahlungen und der vorsichtig geschätzten Nachforderungen für Vorjahre sowie unter Anwendung des Steigerungssatzes auf Grundlage der Orientierungsdaten. Für die weiteren Jahre bilden die Orientierungsdaten die Basis für die ausgewiesenen Steigerungen.

Der Ansatz der **Vergnügungssteuer** wurde zunächst in 2009 reduziert, da im Wesentlichen eine Besteuerung der Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit auf neuer satzungsrechtlicher Grundlage nach dem Einspielergebnis erfolgt. Die vorher nicht absehbaren Ergebnisse rechtfertigen jedoch wieder eine deutliche Ansatzsteigerung, die ab 2010 linear geplant wurde.

Im Bereich der **Hundesteuer** wurde bereits ab 2009 der Hundebestand nach erfolgter Hundebestandsaufnahme berücksichtigt. Zur Stärkung der ordnungspolitischen Funktion der Steuer wird auch eine Erhöhung der Hundesteuersätze eingeplant. Nach entsprechendem Beschluss über die Neufassung der Hundesteuersatzung beträgt die Steuer für den ersten Hund 80 €, bei der Haltung von 2 Hunden beträgt der Steuersatz 110 € je Hund und bei der Haltung von 3 und mehr Hunden beträgt der Steuersatz 125 € je Hund.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
411100 Schlüsselzuweisungen vom Land	-3.350.046,00		-3.286.000,00	-1.729.000,00	-1.669.000,00	-1.437.000,00
414100 Zuweisungen vom Bund	-335.561,25	-221.000,00	-51.900,00	-51.900,00	-51.900,00	-51.900,00
414200 Zuweisungen vom Land	-661.075,40	-475.688,00	-311.250,00	-311.250,00	-320.550,00	-320.550,00
414201 Zuweisungen vom Land-Schulpauschale			-81.440,00	-343.100,00	-251.100,00	-191.700,00
414202 Zuweisungen vom Land-Sportpauschale				-41.000,00	-41.000,00	
414300 Zuweisungen von Gemeinden	-136.340,17	-136.150,00	-136.150,00	-136.150,00	-136.150,00	-141.650,00
414-417 Sonderpostenauflösung etc.	-1.056.648,77	-684.915,00	-715.558,00	-809.171,00	-955.941,00	-943.099,00
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.539.671,59	-1.517.753,00	-4.582.298,00	-3.421.571,00	-3.425.641,00	-3.085.899,00

Im Jahre 2010 erhielt die Stadt Hückeswagen erstmalig keine **Schlüsselzuweisungen** und war somit abundant. Dies ergab sich aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation und der hohen Steuererträge in der Referenzperiode. Die Ansätze der Folgejahre ergeben sich unter Anwendung der Daten aus dem Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 sowie aus der hierzu veröffentlichten 1. Probeberechnung des Landes. Die veränderten Daten zur Schlüsselzuweisungsberechnung auf Grundlage des Entwurfes des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 ergeben alleine im Jahre 2011 für Hückeswagen eine Mehrbelastung durch verminderte Schlüsselzuweisungen von rd. 1,1 Mio. €. Im gesamten Finanzplanungszeitraum beträgt die Mehrbelastung rd. 6,2 Mio. €. Die am 23. Dezember 2010 vorgestellten Eckpunkte für das GFG 2011 und die erste Probeberechnung zeigen laut Städte- und Gemeindebund NRW eine Verschiebung von Schlüsselzuweisungen vom kreisangehörigen in den kreisfreien Raum in Höhe von rd. 135 Mio. €.

Wesentlich hierfür ist eine Veränderung der Verteilungssystematik im Landeshaushalt. Mit dem Entwurf zum GFG 2011 wird insbesondere in zwei gravierenden Punkten eine Umverteilung unter den Gemeinden vorgenommen. Zum einen durch eine ganz erhebliche Veränderung des Soziallastenansatzes sowie durch die Anhebung der sogenannten fiktiven Hebesätze. Kritisch anzumerken ist hier, dass - obwohl für 2012 ohnehin eine komplette Revision des kommunalen Finanzausgleichs ansteht - schon jetzt einzelne Maßnahmen herausgegriffen werden. Diese beschriebenen Maßnahmen treffen und belasten insbesondere den kreisangehörigen Raum.

Aufgrund der sich hierdurch ergebenden enormen Mehrbelastung der Stadt Hückeswagen ist die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes unvermeidbar.

Bei den **Zuweisungen vom Bund** handelt es sich um die Erstattung von Aufwendungen (Personal- und Sachkostenpauschalen) für die ARGE Oberberg / Hückeswagen sowie um die Erstattung der Aufwendungen für die 1-EURO-Kräfte. Die Personalkosten und analog die Erstattungen durch die Bundesagentur vermindern sich ab 2011 durch den Wechsel einer weiteren bisher in der ARGE beschäftigten städtischen Mitarbeiterin in die Kernverwaltung. Außerdem werden ab 2011 keine 1 € Kräfte eingesetzt, daher ergeben sich auch hier wesentlich verringerte Erstattungsleistungen des Bundes.

Die Organisationsform der ARGE nach dem 31.12.2010 ist noch nicht bekannt. Der Vertrag zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Bundesagentur für Arbeit sieht derzeit eine Personal- und Sachkostenerstattung nach den entsprechenden Festlegungen der KGSt vor. Die bisherigen Regelungen besitzen eine Geltungsdauer bis 2010. Die Höhe der Erstattung wird von der Organisationsform, von der Anzahl und der arbeitsrechtlichen Situation der im Job - Center beschäftigten städtischen Mitarbeiter abhängen. Der Planansatz wurde auf Grundlage der bisher bekannten Fakten gebildet. Ab 2011 wird es für den Bereich der ARGE keine Sachkostenerstattung mehr geben, da der Kreis die Organisation der Sachkosten selbst regeln möchte. Die Organisationsform nach dem 31.12.2011 ist unklar.

Bei den Positionen **Zuweisungen von Land - Schulpauschale** und **Zuweisungen von Land - Sportpauschale** - handelt es sich um die zweckgebundenen Bedarfszuweisungen des Landes. Der Anteil dieser Pauschalleistungen, der im entsprechenden Jahr für konsumtive Zwecke (z.B. für den

Unterhaltungsaufwand der Schulen) verwendet wird, findet sich hier als Planansatz wieder. Die Verwendung der zweckgebundenen Investitionspauschalen wird im weiteren Verlauf des Vorberichtes noch detailliert dargestellt.

Hinter der Position **Zuweisungen vom Land** verbergen sich im Wesentlichen die Landeszuschüsse für die Offenen Ganztagsgrundschulen, für die Pflege von Kriegsgräbern, für die erstattungsberechtigt zugewiesenen Asylbewerber und für den Jugendtreff.

In den Vorjahren ergaben sich erhöhte Landeszuschüsse u.a. durch das Projekt Shared Services, das Wassererlebniszentrum Beversee sowie zur Durchführung von Wahlen.

Die **Zuweisungen von Gemeinden** beinhalten die Zuschüsse des Oberbergischen Kreises für die Offenen Ganztagsgrundschulen, für den Jugendtreff sowie für die Unterhaltung der Kreisstraßen.

Die Ansätze der **ertragswirksamen Sonderpostenaufösungen** ergeben sich aus der Auflösung

- von in der Vergangenheit gewährten Landeszuschüssen für Investitionen,
- der jährlichen allgemeinen Investitionspauschale sowie
- der in der Vergangenheit angesammelten zweckgebundenen Sport- bzw. Schulpauschalen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten nachstehende Erträge:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
431100 Verwaltungsgebühren	-102.854,91	-101.100,00	-133.550,00	-133.550,00	-133.550,00	-133.550,00
432100 Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelten	-580.821,40	-625.717,00	-718.628,00	-721.230,00	-727.964,00	-695.501,00
437 ertragswirksame Sonderpostenaufösung	-254.575,41	-249.437,00	-254.568,00	-254.639,00	-254.552,00	-254.647,00
438100 Auflösung SoPo für Gebührenaussgleich	-36.142,82	-25.800,00	-25.253,00	0,00	0,00	0,00
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-974.394,54	-1.002.054,00	-1.131.999,00	-1.109.419,00	-1.116.066,00	-1.083.698,00

Die **Verwaltungsgebühren** werden in den unterschiedlichsten Bereichen der Verwaltung erzielt. Über 50 % der Gesamterträge werden hierbei im Bereich des Einwohnermeldewesens erzielt. Die Verwaltungsgebühren für den neuen elektronischen Personalausweise betragen 28,80 € bzw. für unter 24-jährige 22,80 €. Bei ca. 1.700 zu erwartenden gebührenpflichtigen Personalausweisen ergeben sich die entsprechend ausgewiesenen Mehrerträge. Analog ergeben sich im Bereich der Aufwendungen für die Bundesdruckerei ebenfalls dementsprechende Ansatzserhöhungen.

Hinter den **Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten** verbergen sich im Wesentlichen die Elternbeiträge für die Offenen Ganztagsgrundschulen, die Entgelte für das Altstadtfest und die Kirmes, die Gebühreneinnahmen der Stadtbibliothek, die Benutzungsgebühren für die Übergangsheime, die Kehr- und Winterdienstgebühren sowie die Friedhofsgebühren.

Die Elternbeiträge für die Offenen Ganztagsgrundschulen wurden gemäß Ratsbeschluss vom 24.06.2010 ab 01.08.2010 angehoben. Auf der Grundlage von ca. 50 Kindern pro Schule, die das Angebot der OGS nutzen und aufgrund der aktuellen Einkommensverteilung der Eltern errechnet sich ein Mehrertrag in Höhe von rund 25.000 € im Bereich dieser Benutzungsgebühren. Auf die gesonderte Darstellung im weiteren Verlauf des Vorberichtes zu Erträgen und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der offenen Ganztagsgrundschulen wird verwiesen.

Die **ertragswirksame Sonderpostenauflösung** beinhaltet die ertragswirksame Auflösung der in der Vergangenheit entrichteten Erschließungskostenbeiträge (Baugesetzbuch) sowie der Straßenanliegerbeiträge (Kommunalabgabengesetz).

Bei der **Auflösung der Sonderposten für Gebührenaussgleich** handelt es sich um die Auflösung von Überschüssen der kostenrechnenden Einrichtungen Straßenreinigung und Friedhof, die gebührenmindernd eingesetzt werden.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um nachstehende Erträge:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
441100 Verkauf	-2.524,97	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00
441200 Mieten und Pachten	-231.418,36	-195.140,00	-190.110,00	-190.110,00	-190.110,00	-190.110,00
441210 Mietnebenkosten	-67.658,66	-54.000,00	-48.470,00	-48.470,00	-48.470,00	-48.470,00
441300 Dienstleistungen	-5.354,30	-7.100,00	-6.900,00	-6.900,00	-6.900,00	-6.900,00
441900 Andere sonst. priv. Leistungsentgelte	-8.883,76	-9.830,00	-9.830,00	-9.830,00	-9.830,00	-9.830,00
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-315.840,05	-275.520,00	-264.760,00	-264.760,00	-264.760,00	-264.760,00

Die Erträge aus **Mieten und Pachten** ergeben sich im Wesentlichen aus der Vermietung städtischer Wohnungen, der Vermietung von Stellflächen in den Parkpaletten sowie aus der Bereitstellung von Werkdienstwohnungen. Die städtischen Wohnungen Gerhard - Hauptmann Str. 4 und 6 sind sanierungsbedürftig. Die Vermietung der Wohnungen ist wegen der baulichen Gegebenheiten (u.a. Nachtspeicherheizung) bei der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt schwierig, daher wird hier nur die Hälfte der Mieteinnahmen eingeplant. Weiterhin entfallen bei dieser Position ab 2011 die Erträge für das Gebäude Brunnenweg 22. Hier sind zurzeit keine Mieter untergebracht und der Verkauf des Gebäudes ist geplant. Ebenfalls entfallen ab 2011 teilweise die Erträge für den Kindergarten Ewald - Gnau Straße, da der Abriss des Gebäudes vorgesehen ist.

Bei den **Mietnebenkosten** handelt es sich um die entsprechenden Erträge aus dem städtischen Mietwohnungsbau.

Bei den genannten Positionen ergibt sich eine deutliche Senkung der Erträge bereits ab 2010 aufgrund des Verkaufs städtischer Mietobjekte.

Die Erträge für **Dienstleistungen** ergeben sich unter anderem aus Erstattungen im Bereich der Amtshilfeersuchen.

Unter der Position **Andere sonstige private Leistungsentgelte** verbergen sich im Wesentlichen Erstattungen der Vereine für die Inanspruchnahme des Bauhofes z.B. auch für die gewerbliche Veranstaltungsreihe "Hückeswagen Live".

Die Erträge aus **Kostenerstattung/ -umlage** setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
442300 Erstattungen von Gemeinden	-57.903,35	-26.725,00	-214.489,00	-214.489,00	-214.489,00	-214.489,00
442600 Erstattungen von verb. Unt., Bet.,	-390.042,46	-525.393,00	-476.262,00	-484.890,00	-477.309,00	-475.258,00
442700 Erstattungen von so. öffentlichen S	-80.110,24					
442900 Erstattungen von übrigen Bereichen	-57.254,77	-63.000,00	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00
444900 Andere sonstige kostenmindernde Erl	-108.482,48					
444901 Erstattung Personalkosten			-132.250,00	-132.250,00	-132.250,00	-132.250,00
444902 Versorgungsab. nach § 107 b	28.021,00					
444904 Erstattung Raumkosten			-41.013,00	-41.013,00	-41.013,00	-41.013,00
444906 Erstattung RGM HW			-99.419,00	-99.419,00	-99.419,00	-99.419,00
442400 / 443900	-917,33					
Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-666.689,63	-615.118,00	-1.023.433,00	-1.032.061,00	-1.024.480,00	-1.022.429,00

Die **Erstattung von Gemeinden** beinhalten ab 2011 im Wesentlichen die Erstattung anderer Kommunen für Leistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit aus dem Projekt Shared Services.

Für den Bereich des regionalen Gebäudemanagements ergeben sich Personalkosten sowie die Kosten eines Arbeitsplatzes nach einem entsprechenden KGSt Gutachten. Nach Abzug des Anteils der Stadt Hückeswagen ergibt sich hierdurch eine anteilige Erstattung der Stadt Wipperfürth in Höhe von rd. 119.200 €.

Die Kostenverteilung des "Regionalen Gebäudemanagements" mit Wipperfürth basiert lt. der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf den genannten Werten für Personal- und Sachkosten der KGSt. Ende Dezember ist eine neue Auflage des Berichtes erschienen, die eine komplette Neuberechnung der Sachkostenpauschale beinhaltet. Insgesamt decken sich die Verrechnungssummen weiterhin gegenseitig.

Eine weitere Änderung ergibt sich durch das Ausscheiden einer Mitarbeiterin, die von Wipperfürth in das Regionale Gebäudemanagement entsandt wurde. Hier ist eine Neubesetzung notwendig, die vertragsgemäß durch die Stadt Hückeswagen vorgenommen werden soll. Entsprechend reduzieren sich die Personalkostenerstattungen an die Stadt Wipperfürth. Auf die Planzahlen der entsprechenden Konten im Personalbereich wird verwiesen.

Alle anfallenden Kosten im Bereich des zentralen Forderungsmanagements werden nach den Einwohnerzahlen auf die beteiligten Kommunen umgelegt. Grundlage hierfür sind die KGST Materialien 2/2009. Die Personalkostenerstattung beläuft sich hier in 2011 auf 51.900 €.

Der hier noch verbleibende Ertrag ergibt sich im Wesentlichen aus der Personalkostenerstattung des Kreises für die Pflegeberatung (Vertrag zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung des integrierten Altenhilfesystems) in Höhe von 33.900 €. Das Konzept zur Pflegeberatung wird fortgeführt und soll weiterentwickelt werden. Die Erstattung der Personalkosten ergibt sich aus der Festlegung der KGST. Für Hückeswagen ist ein halber Stellenanteil für die Pflege- und Seniorenberatung eingerichtet.

Hinter den **Erstattungen von verbundene Unternehmen, Beteiligungen** verbergen sich die Erstattungen der Verwaltungsleistungen und des Bauhofes für die Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft HEG sowie für die Eigenbetriebe Freizeitbad und Abwasserbeseitigung. Ab 2011 werden hier verringerte Erstattungen des Betriebes Abwasserbeseitigung allgemein und für den Bauhof berücksichtigt, da die Ergebnisse der Vorjahre die bisherigen Planwerte nicht erreicht haben.

Die Erträge aus der Position **Erstattungen von übrigen Bereichen** bestehen im Wesentlichen aus der Erstattung seitens des BAV für Leistungen des Bauhofes im Rahmen der Papierkorbentleerung und für die Beseitigung wilder Müllkippen.

Im Ergebnis 2009 ergeben sich **andere sonstige kostenmindernde Erlöse** im Bereich des Immobilienmanagements aufgrund von Zuschüssen für die Umbauarbeiten zur Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule.

Bei den Positionen **Erstattung Personalkosten, Erstattung Raumkosten** und **Erstattung RGM HW** handelt es sich um interne Erstattungen im Rahmen des regionalen Gebäudemanagements. Ziel ist es hier, im entsprechenden Verrechnungsprodukt alle Aufwendungen und gleichzeitig die Finanzierung durch die beteiligten Kommunen darzustellen. Daher werden die Aufwendungen der Stadt Hückeswagen unter den entsprechenden Aufwandskonten im Bereich der "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" dargestellt.

Hinter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** verbergen sich nachstehende Beträge:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
451200 Veräußerung Grundstücke	-148.209,50					
451500 Veräußerung bewegl. Sachen AV	-4.384,49		-30.000,00			
451600 Veräußerung Erschließungsmaßnahmen	-81.010,22	-2.053.000,00	-831.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00
452100 Ordnungsrechtliche Erträge	-6.965,98	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00
452110 Bußgelder	-2.391,40	-2.300,00	-2.560,00	-2.560,00	-2.600,00	-2.700,00
452130 Verwarnungsgelder	-12.925,00	-11.600,00	-18.100,00	-18.600,00	-18.900,00	-19.100,00
452200 Vollstreckungsgebühren	-13.902,64	-13.000,00	-14.000,00	-14.000,00	-14.000,00	-14.000,00
452210 Säumniszuschläge	-4.940,51	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
452220 Mahngebühren	-8.946,43	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
452230 Stundungszinsen	-27,00	-3.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00
452240 Rücklastschriftgebühren	-1.170,28	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
452250/452260 Aussetzungszinsen/Versp.zuschläge	-116,50					
452410 Sonstige Ausgleichszahlungen	-7.800,00					
452500 Nachforderungszinsen Gewerbesteuer	-36.468,00	-41.000,00	-41.000,00	-41.000,00	-41.000,00	-41.000,00
452600 Konzessionsabgaben	-742.739,04	-735.000,00	-735.000,00	-742.000,00	-748.000,00	-756.000,00
452700 Schadenersatz	-1.929,72					
452710 Schadeners. als kostenmindernder Erlös	-25.134,35					
452800 Spenden	-250,00					
453100 Aufl. von sonst. SoPo-Z. Zuschüsse	-301,50	-186,00	-302,00	-302,00	-303,00	-167,00
458100 Zuschreibungen	-17.056,97					
458300 Auflösung von Rückstellungen	-54.159,52		-9.600,00	-5.000.000,00	-3.000.000,00	
458500 Auflösung von Verbindlichkeiten	0,00	-436.792,00				
458501 Bestandskorrekturen Schulpauschale	0,00		-301.660,00			
458502 Bestandskorrekturen Sportpauschale	0,00			-9.000,00	-39.000,00	
459100/459800 And.sonst.u.periodenfr.ordentl.Ertr.	-500,00	-279.150,00	-140.740,00	-140.740,00	-140.740,00	-7.400,00
Sonstige ordentliche Erträge	-1.171.329,05	-3.586.228,00	-2.137.162,00	-6.081.402,00	-4.117.743,00	-953.567,00

Im Rahmen der Position **Veräußerung Grundstücke** wurden in 2009 Erlöse aus dem Verkauf eines Bolzplatzes und von Grünland als Bauland verbucht.

Im Rahmen der Position **Veräußerung beweglicher Sachen des Anlagevermögens** handelt es sich in 2011 um den Ertrag aus der Abrechnung des Anlagegutes Unimog.

Bei dem Ertrag aus **Veräußerung Erschließungsmaßnahme** handelt es sich um die Verkaufserlöse von Grundstücken aus dem Gewerbegebiet Winterhagen / Scheideweg (West 2) sowie in 2010 und 2011 um die Erstattungen des Bundes im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtstraße (1.853.000 € in 2010 für den Kreisverkehr Raderstraße und 731.000 € in 2011 für den Knoten Bachstraße)

Die sich hier ergebenden Bestände werden als Umlaufvermögen geführt. Verkäufe aus dem Bestand bzw. Kostenerstattungen führen zu Erträgen in der Ergebnisrechnung. Gleichzeitig verursacht der mit den Verkäufen bzw. Kostenerstattungen einhergehende Abgang von Umlaufvermögen entsprechende Aufwendungen in der Ergebnisrechnung (Konto 526610 Fertige Erzeugnisse - Lager) im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Im Bereich **Bußgelder** und **Verwarnungsgelder** werden Erfahrungen aus Vorjahren und Prognosen berücksichtigt. Bußgelder werden erhoben, wenn Verwarnungsgelder nicht gezahlt werden, dementsprechend werden hier die Ansätze aufeinander abgestimmt.

Das Aufkommen der **Nachforderungszinsen Gewerbesteuer** ist abhängig von der Höhe nach veranlagter Gewerbesteuer aus Vorjahren. Der Betrag kann von Jahr zu Jahr stark schwanken.

Bei den **Konzessionsabgaben** werden entsprechende Erträge aus Strom und Gas/Wasser veranschlagt. Die Veränderung der Ansätze ergibt sich aufgrund der Rechnungsergebnisse des Vorjahres und der aktuellen Abschlagszahlungen.

Erträge aus **Schadenersatz** wurden bislang in gleicher Höhe eingeplant wie auch ein entsprechender Aufwand für Schadensfälle. Diese Planung entfällt bereits ab 2010, da diese Situation über einen entsprechenden Haushaltsvermerk organisiert wird. Dieser regelt, dass entsprechende Mehrerträge zu Mehraufwendungen in dem jeweiligen Bereich ermächtigen.

Bei der Position **Schadenersatz als kostenmindernder Erlös** handelt es sich um die Veranschlagung von Versicherungsleistungen.

Unter der Position **Zuschreibungen** wird die Entwicklung eines Fonds für die Versorgungsrücklage dargestellt (11.000 € als laufende Zuführung und rd. 6.000 € Zuschreibung aus der Wertentwicklung).

Bei der **Auflösung von Rückstellungen** handelt es sich in den Planjahren 2012 und 2013 um die Auflösung der Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte. In den Jahresabschlüssen der Vorjahre sind bzw. werden Drohverlustrückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte verbucht. Auf Grundlage der aktuellsten Fachmeinung des Berufsverbandes der Wirtschaftsprüfer besteht die Pflicht zur Bildung solcher Rückstellungen.

Entsprechend den Erwartungen für einen günstigeren Geschäftsverlauf der Zinsoptimierungsgeschäfte sollen in den Jahren 2012 und 2013 Teile der dann bestehenden Drohverlustrückstellungen wieder aufgelöst werden, die sich in ihrer Höhe nach dem Verlauf der Zinsoptimierungsgeschäfte richten. Der Planung liegen annähernd gleichlautende Einschätzungen von diversen Analysten der wesentlichsten Institute zugrunde.

Hinter der Position **Auflösung von Verbindlichkeiten** verbergen sich die ertragswirksamen Auflösungen der zweckgebundenen pauschalen Landeszuweisungen (Schul- und Bildungspauschale, Sportpauschale). Ab 2011 werden diese Erträge unter der Kontierung **Bestandskorrekturen Schulpauschale** bzw. **Bestandskorrekturen Sportpauschale** geplant.

Der Ansatz 2010 bei **den anderen sonstigen ordentlichen Erträgen** berücksichtigte eine pauschale Haushaltsverbesserung, die sich aufgrund langjähriger Erfahrung in Summe aus vielen Haushaltsverbesserungen ergeben, aber nicht einzeln verifiziert werden können.

Die Erfahrung zeigt, dass Einsparungen bis 1 % realistisch sind. Zur Gegenfinanzierung der geplanten Mehraufwendungen im Bereich der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (Straßenunterhaltung) in 2012 und 2013 sind in diesen Jahren pauschale Verbesserungen in Höhe von rd. 400.000 € eingeplant. Inhaltlich wird hierzu auf das Haushaltssicherungskonzept verwiesen.

Als **Aktivierete Eigenleistungen** wird folgende Position abgebildet

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
471200 Aktivierete Eigenleistungen Personal	-29.563,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
* Aktivierete Eigenleistungen	-29.563,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Im Bereich der **Aktivierten Eigenleistungen** werden eigene Leistungen im Rahmen der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich aktiviert und erhöhen entsprechend den Wert eines Anlagegutes.

Die **Finanzerträge** ergeben sich wie folgt:

Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
461600 Zinsen von verb. U.,Beteil.,Sonderverm.	-1.741,66	-4.350,00	-4.350,00	-4.350,00	-4.350,00	-4.350,00
461700 Zinsen von sonstigen öff. SoRe	-72.527,42	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
461800 Zinsen von Kreditinstituten	-2.911,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
461900 Zinsen vom sonstigen incl. Bereich	-149,42	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00
469100 Erträge aus Gewinnanteilen a. Beteiligunge	-1.116.129,32	-1.106.200,00	-1.348.700,00	-1.113.560,00	-1.129.320,00	-4.899.820,00
469500 Ausgleichsabgabe SchwbG	-5.760,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzerträge	-1.199.219,22	-1.111.450,00	-1.353.950,00	-1.118.810,00	-1.134.570,00	-4.905.070,00

Bei den **Zinsen von sonstigen öffentlichen Bereichen** handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus dem Abschluss von Zinsderivaten. Den Zinserträgen stehen Zinsaufwendungen bei Position 551700 (Zinsen an sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen) gegenüber.

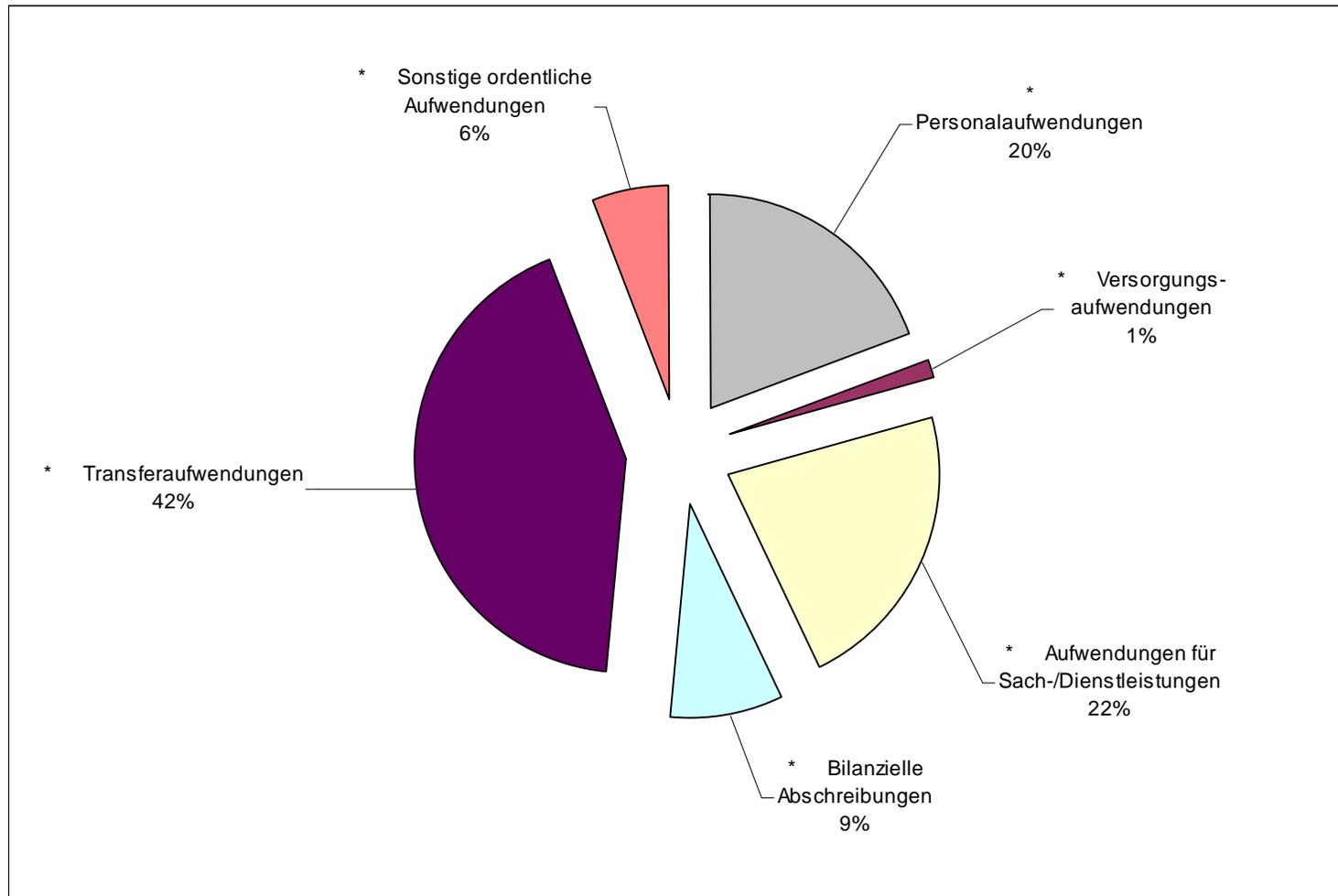
Die **Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen** setzten sich für 2011 im Wesentlichen zusammen aus rd. 700.000 € Gewinnbeteiligung am Betrieb Abwasserbeseitigung und weiteren 400.000 € Gewinnbeteiligung am Betrieb Freizeitbad. Aufgrund der bisher bekannten Plandaten des Betriebes Abwasserbeseitigung und der Bürgerbad gGmbH ist die erhöhte jährliche Gewinnabführung an den allgemeinen Haushalt darstellbar. Zur Sicherung der Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes ist eine Gewinnabführung in dieser Größenordnung in den jeweiligen Planjahren unverzichtbar.

Die Erträge aus Gewinnanteilen werden aufgrund der geltenden Erlasslage zur Haushaltskonsolidierung verwendet. Gemäß Erlass des Innenministeriums NRW vom 26.10.2009 müssen sich die kommunalen Beteiligungen in den Konsolidierungsprozess des Haushaltes einbringen. Aufgrund der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2011 ist die Stadt Hückeswagen eindeutig verpflichtet, sich entsprechend der Vorgaben des Erlasses zu verhalten. Mit den im Finanzplanungszeitraum geplanten Abführungen der Jahresüberschüsse aus den Eigenbetrieben kommt die Stadt Hückeswagen dieser Forderung nach.

Zusätzlich zur Gewinnabführung waren in 2011 und 2013 Kapitalrückführungen im Entwurf des Haushaltsplanes vorgesehen. Aufgrund der Auflösung von Rückstellungen waren die Kapitalrückführungen anzupassen. Neu eingeplant ist eine Kapitalrückführung in 2014 in Höhe von 2,7 Mio. €. Ohne die Erträge aus Gewinnanteilen und Kapitalrückführungen wäre das Ziel, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, nicht erreichbar.

Anzumerken bleibt, dass diese Finanztransaktionen keinerlei Auswirkung auf die Höhe der Abwasserbeseitigungsgebühren haben.

Die Zusammensetzung der *ordentlichen Aufwendungen* ist dem folgenden Diagramm zu entnehmen:



Die wesentlichen Aufwendungen des vorstehenden Diagramms werden nachfolgend erläutert.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
501100 Bezüge der Beamten	619.020,68	631.059,63	616.457,18	614.230,55	659.607,97	666.154,68
501110 Leistungszulagen für Beamte	0,00	6.800,00	10.200,00	11.900,00	13.600,00	13.600,00
501200 Vergütungen der tariflich Beschäftigten	3.191.019,86	3.297.314,16	3.339.479,13	3.302.127,01	3.343.760,06	3.359.766,34
501210 Leistungszulagen für tariflich Beschäftigte	0,00	31.000,00	45.000,00	52.500,00	60.000,00	60.000,00
501900 Sonstige Beschäftigte	32.455,71	35.499,00	39.500,00	39.650,00	39.650,00	39.850,00
502100 Beiträge Versorgungskasse Beamte	-50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
502200 Beiträge Versorgungskasse tarifl. Besch.	232.097,15	274.731,10	275.507,66	272.424,98	275.859,66	277.181,02
502900 Beiträge Versorgungskasse sonst. Besch.	43,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
503200 Sozialversicherungsbeiträge tariflich Besch.	629.539,40	690.990,39	684.593,00	676.935,86	685.470,48	688.752,41
503900 Sozialversicherungsbeiträge so. Beschäftigte	6.121,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
504100 Beihilfen, Unterstützungen Beamte	33.312,65	35.000,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00
504200 Beihilfen, Unterstützungen tariflich Besch.	738,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
504900 Beihilfen, Unterstützungen Sonstige	600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
505100 Pensionsrückst. für Beschäftigte	80.624,00	157.168,63	151.771,75	154.171,88	171.629,98	180.261,48
506100 Rückstellung Inanspruchnahme Altersteilzeit	112.566,56	58.093,00	42.604,00	4.874,00	3.289,00	417,00
506200 Rückstellung Aufstockung Altersteilzeit	128.651,82	5.470,00	648,00	585,00	477,00	284,00
507100 Rückstellungen für nicht gen. Urlaub	-10.652,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
507200 Rückstellungen für Überstunden	-7.452,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
507300 Rückstellungen für Beihilfe	95.809,79	134.000,00	111.000,00	111.000,00	112.000,00	113.000,00
509100 Pauschalierte Lohnsteuer	14.986,74	27.473,14	27.550,79	27.243,19	27.585,86	27.717,91
Personalaufwendungen	5.109.482,65	5.384.599,05	5.381.311,51	5.304.642,47	5.429.930,01	5.463.984,84
511100 Versorgungsbezüge der Beamten	11.000,00	11.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
514100 Beihilfen, Unterstützungen Vers.emp	1.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
515100 Pensionsrückst. für Vers.emfpänger	321.788,00	320.000,00	340.000,00	344.000,00	347.000,00	351.000,00
Versorgungsaufwendungen	334.488,00	331.000,00	354.000,00	358.000,00	361.000,00	365.000,00
Zwischensumme (SAP)	5.443.970,65	5.715.599,05	5.735.311,51	5.662.642,47	5.790.930,01	5.828.984,84
502100 Beiträge Versorgungskasse Beamte	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Personal- und Versorgungskosten gesamt	5.493.970,65	5.715.599,05	5.735.311,51	5.662.642,47	5.790.930,01	5.828.984,84
Steigerungen insgesamt	in %	4,03	0,34	-1,27	2,27	0,66
Steigerungen Bezüge und Vergütungen ohne Leist.Zulage	in %	3,28	0,79	-0,96	2,26	0,56
Steigerungen Bezüge und Vergütungen mit Leist.Zulage	in %	4,1	1,13	-0,76	2,42	0,55

Die Orientierungsdaten für den Finanzplanungszeitraum 2011 - 2014 vom 23.09.2010 sehen bei den **Personal- und Versorgungsaufwendungen** eine Steigerung von 1 % im Planungszeitraum vor. Im Bereich der Tarifbeschäftigten wurde bei der Planung in 2011 weiterhin der Zeitpunkt der tariflichen Erhöhung mit berücksichtigt. Somit wurde hier für 2011 die Tarifsteigerung anteilig mit 0,8083 % eingeplant, ab 2012 ist linear eine Steigerungsrate von 1 % vorgesehen.

Die Ermittlung der **Bezüge und Vergütungen** erfolgte auf der Basis der aktuell Beschäftigten sowie unter Berücksichtigung bekannter personeller Veränderungen.

Hier wird verwiesen auf die Erläuterungen zum Konto "Erstattungen von Gemeinden". Da eine von der Stadt Wipperfürth für das Regionale Gebäudemanagement zugewiesene Mitarbeiterin zukünftig nicht mehr zur Verfügung steht ist eine Neubesetzung erforderlich. Diese ist nach dem geltenden Vertrag durch die Stadt Hückeswagen vorzunehmen. Für einen erfolgreichen Start des gemeinsamen Projektes ist eine qualifizierte Neubesetzung der bisherigen Halbtagsstelle erforderlich. Anders als bisher soll der Arbeitsplatz als Vollzeitstelle eingerichtet werden. Ziel ist es, durch eine geänderte Organisation der gemeinsamen Arbeit die Stelle einer Ende 2011 ausscheidenden Mitarbeiterin nicht neu zu besetzen und somit insgesamt zukünftig eine Stellenreduzierung um eine halbe Stelle zu ermöglichen.

Bei der Ansatzbildung der Beamtenbezüge sowie auch für die Tarifbeschäftigten wurden die Orientierungsdaten angewendet.

Trotz tariflicher Erhöhung und Fortschreibung der Personalkosten aufgrund der Orientierungsdaten ist es aufgrund der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gelungen, durch Stellenminderung die Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen (Vergleich Bezüge und Vergütungen) im Wesentlichen auf einem vergleichbaren Niveau darzustellen.

Die Stadt Hückeswagen leistet für ihre Beschäftigten zur Finanzierung der Betriebsrente Umlagezahlungen an die Rheinische Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände in Köln. Als Arbeitgeber zahlt die Stadt Hückeswagen für die über den Freibetrag nach § 3 Nr. 56 EStG hinausgehende Umlage eine **pauschalierte Lohnsteuer**.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** für den allgemeinen Haushalt und die Eigenbetriebe sehen in der Gesamtdarstellung wie folgt aus:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Personal- und Versorgungsaufw. allgemeiner Haushalt	5.493.970,65	5.715.599,05	5.735.311,51	5.662.642,47	5.790.930,01	5.828.984,84
Personalaufwand Eigenbetrieb Freizeitbad	162.856,00	158.260,00	124.870,00	126.460,00	128.020,00	129.290,00
Personalaufwand Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung	128.796,00	138.170,00	141.150,00	142.890,00	144.660,00	146.100,00
Personal- und Versorgungsaufwand insgesamt	5.785.622,65	6.012.029,05	6.001.331,51	5.931.992,47	6.063.610,01	6.104.374,84

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen folgende Positionen:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
522100 Strom	198.004,78	247.400,00	254.600,00	252.000,00	263.200,00	274.800,00
522200 Gas	370.801,19	472.500,00	361.400,00	365.400,00	372.400,00	379.800,00
522400 Heizöl	6.194,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
522500 Treibstoffe für Fahrzeuge	44.932,53	51.670,00	52.004,00	52.004,00	52.204,00	52.204,00
522600 Treibstoffe für Sonstiges	4.375,10	4.060,00	4.123,00	4.123,00	4.123,00	4.123,00
522700 Wasser	29.827,70	35.490,00	29.900,00	31.040,00	32.170,00	33.270,00
522800 Abwasser	37.044,29	58.660,00	42.900,00	44.430,00	45.900,00	47.420,00
523100 Unterh. Grundst.,Geb./ 523130 Winterd.GGS W.	513.146,12	675.870,00	205.270,00	202.770,00	201.770,00	195.270,00
523110 Wartung Gebäudetechnik	4.563,42	29.850,00	20.200,00	19.950,00	19.950,00	19.950,00
523120 Pflege Außenanlagen	57.085,27	61.860,00	62.070,00	62.200,00	62.360,00	62.360,00
523140 Sanierungsmaßnahmen	0,00	0,00	412.000,00	403.000,00	200.000,00	82.700,00
523160 Unterhaltung Sicherheitseinrichtung	0,00	0,00	15.650,00	15.650,00	15.650,00	15.650,00
523200 Unterhaltung Infrastrukturvermögen	300.305,92	381.000,00	336.000,00	606.000,00	606.000,00	406.000,00
523300 Unterhaltung Maschinen und tech. Anlagen	498,02	3.750,00	3.750,00	3.750,00	3.750,00	3.750,00
523400 Unterhaltung Fahrzeuge	76.966,84	56.400,00	72.200,00	64.700,00	64.700,00	70.700,00
523500 Unterhaltung Betriebsvorrichtungen	553,27	4.900,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
523600 Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung	67.584,26	56.640,00	62.360,00	64.600,00	73.560,00	57.940,00
523710 Abfallentsorgung	30.409,11	33.710,00	31.570,00	31.590,00	31.830,00	32.430,00
523720 Gebäudereinigung	241.762,66	315.800,00	316.300,00	316.800,00	322.900,00	329.000,00
523730 Schornsteinreinigung	1.836,27	3.220,00	2.340,00	2.250,00	2.250,00	2.250,00
524100 Schülerbeförderungskosten	488.048,06	479.990,00	413.540,00	413.540,00	413.540,00	413.540,00
524200 Lehrmittel nach Lernmittelfreiheitsgesetz	60.079,62	63.900,00	61.900,00	58.200,00	53.100,00	49.800,00
524300 Lehr- und Unterrichtsmittel	10.890,64	11.560,00	11.440,00	10.560,00	9.980,00	9.550,00
524900 Andere sonst. Verw.- u. Betriebsaufwendungen	30.041,68	21.530,00	35.380,00	32.630,00	34.530,00	32.630,00
525300 Erstattungen an Gemeinden	4.596,07	81.000,00	180.950,00	230.950,00	230.950,00	230.950,00
525400 Erstattungen an Zweckverbände	149.863,68	222.400,00	257.300,00	241.800,00	241.800,00	243.800,00
525600 Erstattungen an verb. Unt., Bet., Sondervermögen	402.873,88	431.000,00	431.000,00	435.000,00	435.000,00	435.000,00
525900 Erstattungen an übrige Bereiche	12.889,40	11.620,00	13.790,00	13.950,00	14.130,00	14.260,00
526610 Fertige Erzeugnisse-Lager	81.010,22	2.053.000,00	831.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
526900 Sonstige Vorräte	40.248,00	32.300,00	37.300,00	37.300,00	37.300,00	37.300,00
528901 Erstattung Personalkosten	0,00	0,00	132.250,00	132.250,00	132.250,00	132.250,00
528902 Versorgungsbezüge nach § 107 b	-4.655,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
528904 Erstattung Raumkosten	0,00	0,00	41.013,00	41.013,00	41.013,00	41.013,00
528906 Erstattung RGM HW	0,00	0,00	99.419,00	99.419,00	99.419,00	99.419,00
529100 Sonstige Sach- und Dienstleistungen	967.957,69	997.187,00	1.029.337,00	994.437,00	1.000.037,00	995.637,00
529200 Verbandsumlagen	174.869,00	185.000,00	183.000,00	183.000,00	183.000,00	183.000,00
529900 Andere sonst. Sach- und Dienstleistungen	0,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	4.404.604,13	7.091.267,00	6.053.256,00	5.576.306,00	5.410.766,00	5.097.766,00

Die Aufwendungen in 2011 und in den Folgejahren für **Strom** wurden unter Berücksichtigung aktueller Verbrauchswerte und möglicher Preisanpassungen kalkuliert. Die Aufwendungen wurden unter Berücksichtigung eines günstigeren Vertrages mit dem Anbieter für dessen Laufzeit reduziert. Daneben wirkt sich aus, dass ab 2012 die Container für die temporäre Unterbringung des Schulbetriebes der Erich - Kästner Schule nicht mehr vorhanden sind. Die Energiekosten der Erich - Kästner Schule sinken aufgrund der dann abgeschlossenen energetischen Sanierung. Mit der Schlussabrechnung der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung 2010 sind allerdings die in 2011 monatlich zu zahlenden Abschläge erhöht worden. Der Planansatz muss hierdurch trotz eines deutlich erhöhten Ansatzes in 2011 nochmals erhöht werden. Die Ansätze der Folgejahre wurden hierfür jeweils um 5 % erhöht.

Bei der Ermittlung der Ansätze für **Gas** wurden die zu erwartenden Preissteigerungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die Aufwendungen auch hier unter Berücksichtigung eines günstigeren Vertrages mit dem Anbieter reduziert. Es ergibt sich daher ab 2011 eine deutliche Senkung der Planansätze.

Durch die Umstellung der Heizung im Gebäude in Straßweg fallen bereits ab 2010 keine weiteren Aufwendungen für **Heizöl** an.

Bei der Ermittlung der Ansätze für **Wasser** konnten aufgrund des Vorjahresbescheides die Ansätze gesenkt werden.

Bei mehreren Kostenstellen konnte der Ansatz der Aufwendungen für **Abwasser** gesenkt werden, da aufgrund der Einführung der Niederschlagswassergebühr die Gebührenbelastung gesunken ist.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth (Shared Services) werden ab dem Haushaltsjahr 2011 die Sachkonten **Sanierungsmaßnahmen** und **Unterhaltung Sicherheitseinrichtungen** separat beplant. Die Ansätze aus den Bereichen **Gebäudeunterhaltung** und **Wartung Gebäudetechnik** wurden entsprechend für die Unterhaltung Sicherheitseinrichtungen vermindert und sachgerecht verteilt. Unter dem Ansatz **Sanierungsmaßnahmen** werden zukünftig die großen Unterhaltungsmaßnahmen abgebildet, auf die im Verlauf des Vorberichtes gesondert eingegangen wird.

Im Bereich des Kontos **Unterhaltung des Infrastrukturvermögens** verbergen sich im Wesentlichen die Aufwendungen für die Unterhaltung der Gemeinde- und Kreisstraßen sowie die Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung. Nach der Ansatzreduzierung in 2009 erfolgte bereits für 2010 eine Ansatzerhöhung aufgrund der erheblichen Straßenschäden infolge des strengen Winters 2009/2010. Durch eine erfolgte erste Aufnahme des Straßenzustandes hat sich jedoch noch ein massives Schadensbild ergeben, welches ursächlich noch auf den strengen Winter 2009/2010 zurück zu führen ist. Der fortschreitende Substanzverlust muss möglichst weit reduziert werden. Die geplanten Ansatzerhöhungen dienen der Instandsetzung der maroden Straßen. Aufgrund der Schäden ist es unstrittig, dass Mehraufwendungen erforderlich werden. Allerdings ist hierbei die fach- und sachgerechte Schadensaufnahme und Bewertung sowie eine Planung über Art und Umfang der sinnvollen Maßnahmen notwendig. Die aufgewende-

ten Mittel müssen zu mittel- und langfristigen Verbesserungen des Straßenzustandes führen. Die erforderliche Analyse über Schadensart und -umfang ist in 2011 vorzunehmen.

Die bisher in 2011 zur Verfügung stehenden Mittel sind ausreichend für eine kurzfristige Beseitigung der auffälligsten Schäden sowie zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen. Auf der Grundlage der Straßenzustandserhebung sind grundlegende Sanierungen in 2012 und 2013 vorgesehen. In Summe sind hierfür in diesen beiden Jahren Mittel in Höhe von 400.000 € zusätzlich eingeplant.

Weiterhin wurden bei dieser Position Aufwendungen für die Unterhaltung der Buswartehäuschen berücksichtigt.

Unter der Position **Unterhaltung Fahrzeuge** wurden die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre ausgewertet. Es zeigt sich, dass besonders im Bereich der Feuerwehrfahrzeuge trotz der ausschließlichen Durchführung unabweisbarer Reparaturen die Ansätze nicht auskömmlich waren. Auch der Ersatz durch Neufahrzeuge hat hier das ungünstige Verhältnis zwischen älteren und neueren Fahrzeugen nicht maßgeblich verändert. Um die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr zu sichern muss der Planansatz erhöht werden.

Veränderungen im Bereich der Position **Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung** ergeben sich aufgrund von Kostensteigerungen bei einer Vielzahl von Ansätzen in nahezu allen Produktbereichen.

Im Bereich der **Gebäudereinigung** mussten die Ansätze aufgrund des Rechnungsergebnisses bereits ab 2010 angepasst werden. Die allgemeine Preissteigerung bei Reinigung, Reinigungsmitteln und Serviceverträgen war hier zu berücksichtigen. Des Weiteren wurden bei den Schulen zusätzliche Mittel eingeplant, da eigene Reinigungskräfte ausgeschieden sind bzw. noch in Ruhestand gehen. Dies wirkt sich hier Kosten steigernd aus, da bedingt durch Altersteilzeit und Ruhestand schrittweise weitere Reinigungsleistungen an Firmen vergeben werden.

Im Bereich der **Schülerbeförderungskosten** entscheidet der Schulträger über Art um Umfang der Schülerbeförderung. Die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) übernimmt im Auftrag der Stadt Hückeswagen den freigestellten Schülerspezialverkehr (Schulbuslinien) im Stadtgebiet Hückeswagen.

Die Mietwagenbeförderung wurde in diesem Jahr (nach den Sommerferien) eingestellt und wird nur noch in absoluten Einzelfällen (Behinderung, etc.) gewährt. Hier ergibt sich eine Kostenübernahme nach Schülerfahrtkostenverordnung und die Abwicklung über die OVAG entfällt komplett.

Über die OVAG werden des Weiteren die Schülerjahrestickets für den ÖPNV bestellt und dort bezahlt. Darüber hinaus entstehen Kosten im Bereich der Fahrtkostenerstattungen für Praktika und für die Kostenerstattung bei eigenständiger Schülerbeförderung durch die Eltern. Preisanpassungen sind nach den bestehenden Vereinbarungen dann vorzunehmen, wenn sich die für die Leistungserstellung relevanten Kosten gegenüber der letzten Preisanpassung kumuliert um mehr als 3 % verändern. Eine Preisanpassung erfolgt zum 01.01.2011 nicht. Durch die Verhandlungen in 2010 sind deutliche Verbesserungen im Bereich der Aufwendungen für die Schülerbeförderung eingetreten.

Die Planansätze für die Mietwagenbeförderung, die Schülerjahrestickets sowie für die Fahrtkostenerstattungen wurden aufgrund von Prognosen gebildet, da die Aufwendungen hier von der Zahl berechtigter Schulkinder abhängen.

Bei der Position **Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz** erfolgt die Berechnung der Planwerte auf Grundlage des Schulgesetzes in Verbindung mit dem Lehrmittelfreiheitsgesetz und den dazugehörigen Verordnungen.

Im Bereich der **anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** ergibt sich in 2009 eine Erhöhung durch die Einplanung der Kosten für einen Brandschutzbedarfsplan. Dieser wurde zuletzt im Jahre 2004 erstellt. Aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses war dieser Plan spätestens im Jahre 2009 fortzuschreiben. Frühestens im Jahr 2014 muss der Brandschutzbedarfsplan erneut überarbeitet werden.

Im Bereich **Erstattungen an Gemeinden** handelt es sich um Zahlungen an den Oberbergischen Kreis für Geoinformationsdienste. Der bisher geplante Ansatz war deutlich zu gering bemessen. Der Oberbergische Kreis stellt für seine erbrachten Leistungen einen jährlichen Betrag von rd. 4.000 € in Rechnung. Der Ansatz ist daher an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Die hier entstehenden Mehraufwendungen werden im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen - andere sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - eingesparrt. Ab 2010 erhöht sich der Ansatz deutlich, da hier bereits für einen anteiligen Zeitraum Personalkostenerstattungen eingeplant wurden für die gemeinsame Durchführung der Bauaufsicht, des Straßenverkehrsamtes und des Regionalen Gebäudemanagements mit der Stadt Wipperfürth. Ab 2011 sind die gesamten Personalkostenerstattungen für jeweils ein Jahr eingeplant.

Bei den Aufwendungen des Kontos **Erstattungen an Zweckverbände** handelt es sich um die Zahlungen an die Civitec in Siegburg für EDV-Leistungen. Der Ansatz bei der Kostenstelle wurde in den letzten Jahren nicht verändert und ist nun nicht mehr ausreichend. Durch Preissteigerungen und veränderte Aufgaben (u.a. Berichtswesen und Dokumenten-Management-System) ergeben sich immer wieder Erhöhungen. Darüber hinaus wurde eine Preissteigerung der Civitec von ca. 2 % eingerechnet.

Hinter dem Konto **Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen** verbirgt sich der Straßenentwässerungsanteil, der an den Betrieb Abwasserbeseitigung abzuführen ist.

Unter dem Konto **Erstattungen an übrige Bereiche** werden anteilige Personalkostenerstattungen dargestellt. Die Mitarbeiter des Betriebes Abwasser sind auch für die Kernverwaltung tätig. Die hierfür anfallenden Personalkosten werden dem Betrieb erstattet. Der Ansatz wurde entsprechend der aktuellen Aufteilung angepasst.

Bei der Position **Fertige Erzeugnisse - Lager** handelt es sich um den Abgang von Umlaufvermögen, der sich aus der Veräußerung von Grundstücken im Gewerbegebiet Winterhagen/ Scheideweg (West 2) und durch den Bau des Kreisverkehrsplatzes Raderstraße sowie dem Knoten Bachstraße ergibt. Siehe hierzu auch die Erläuterung zu den **sonstigen ordentlichen Erträgen** (Veräußerung Erschließungsmaßnahmen).

Das Konto **sonstige Vorräte** stellt den Aufwand für das Streusalz im Bereich des Winterdienstes dar.

Im Bereich der **Erstattung Personalkosten**, der **Erstattung Raumkosten** sowie bei der Position **Erstattung RGM HW** finden sich die Aufwendungen für die mit Nachbarkommunen im Rahmen von Shared Services gemeinsam organisierten Leistungen wieder. Auf die Erläuterungen zu den gleichnamigen Konten im Ertragsbereich wird verwiesen.

Die **sonstigen Sach- und Dienstleistungen** beinhalten in 2011 im Wesentlichen Aufwendungen für die unterschiedlichsten Dienstleistungen, so z.B. für:

- die Grünabfallbeseitigung städtischer Grünflächen (24.000 €)
- die Grünabfallbeseitigung des Friedhofes und die Bestattungsleistungen des Fremdunternehmers auf dem Friedhof (106.270 €)
- Hochwasserschutzbeitrag an den Wupperverband für Talsperren (63.800 €)
- den Einsatz von Sicherheitskräften (9.000 €)
- die Träger der offenen Ganztagsgrundschulen, hier jeweils 109.274 € bzw. 106.522 € für die drei Grundshulen und 104.392 € für den Bereich der Erich - Kästner Schule, hierfür somit insgesamt 429.462 €
- die Planungskosten des Wasserquintetts (30.000 €)
- die Kosten der Straßenbeleuchtung (90.000 €)
- die Fremdleistungen des Kehr- und Winterdienstes (80.500 €)
- die Kosten der geplanten zentralen Vergabestelle einschließlich Nutzung der Internetplattform D-NRW (Vergabeportal) (30.000 €)

Es ergibt sich allein aus den vg. Punkten eine Gesamtsumme in Höhe von rd. 863.000 €.

Hinter dem Ansatz für **Verbandsumlagen** verbirgt sich die jährliche Zahlung an den Zweckverband für das Berufskolleg Bergisch Land. Da auf längere Sicht mit einer Senkung des Zweckverbandbeitrages gerechnet wird ergeben sich ab 2011 leicht verringerte Aufwendungen.

Für **andere sonstige Sach- und Dienstleistungen** ergibt sich in den Planjahren ein Ansatz in Höhe von jährlich 8.000 €. Es handelt sich um eine Erstattung an die Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft - HEG. Die HEG nimmt für die Stadt zum Teil Aufgaben der Wirtschaftsförderung wahr. Der entstehende Aufwand ist durch die Stadt zu erstatten, da die Wirtschaftsförderung keine originäre Aufgabe der HEG ist.

Die **Bilanziellen Abschreibungen** und die damit zusammenhängende **Auflösung von Sonderposten** stellen sich wie folgt dar:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bilanzielle Abschreibungen	2.341.799,39	2.640.028,00	2.341.243,00	2.518.653,00	2.651.456,00	2.620.860,00
abzgl. Auflösung Sonderposten Kto-Gruppe 416	-1.046.663,73	-684.915,00	-715.558,00	-809.171,00	-955.941,00	-943.099,00
abzgl. Auflösung Sonderposten Kto-Gruppe 437	-254.575,41	-249.437,00	-254.568,00	-254.639,00	-254.552,00	-254.647,00
Saldo	1.040.560,25	1.705.676,00	1.371.117,00	1.454.843,00	1.440.963,00	1.423.114,00

Die bilanziellen Abschreibungen setzen sich aus den einzelnen Abschreibungsbeträgen des gesamten städtischen Anlagevermögens zusammen. Die Auflösung aller entsprechenden Sonderposten ist diesem Aufwand gegenüberzustellen. Im Ergebnis führt dies insgesamt zu der dargestellten verbleibenden Belastung des kommunalen Haushaltes aufgrund von Wertverlusten.

Der Anstieg der Abschreibungen im Jahr 2010 ist auf Sonderabschreibungen von noch vorhandenen Straßenteilen im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtstraße sowie dem Abriss der Gebäude Übergangsheime Kölner Straße und des Kindergartengebäudes Ewald-Gnau-Straße zurück zu führen.

Aufgrund von Anpassungen für die Einrichtung des Regionalen Gebäudemanagements werden ab dem Jahr 2011 die Abschreibungen für die Gebäude nicht mehr in den betreffenden Produktbereichen sondern zentral im Produktbereich 11.14 Technisches Immobilienmanagement dargestellt. Die Belastung der einzelnen Produktbereiche erfolgt in Zukunft im Rahmen der internen Leistungsverrechnung.

Die **Transferaufwendungen** umfassen folgende Positionen.

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
531900 Zuschüsse an übrige Bereiche	53.132,92	62.880,00	61.880,00	61.880,00	61.880,00	61.880,00
533800 Leistungen nach dem AsylbLG	95.024,28	120.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00
533810 Krankenhilfe nach dem AsylbLG	36.122,86	42.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00
533900 Sonstige soziale Leistungen	19.692,55	45.000,00				
534100 Gewerbesteuerumlage	654.715,00	366.000,00	478.000,00	509.000,00	547.000,00	581.000,00
534200 Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit	695.635,00	377.000,00	491.000,00	509.000,00	547.000,00	565.000,00
537210 Kreisumlage	10.357.396,00	11.325.000,00	10.410.000,00	9.984.000,00	10.073.000,00	10.170.000,00
539900 Andere sonstige Transferaufwendungen	179.533,70	200.000,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00
Transferaufwendungen	12.091.252,31	12.537.880,00	11.790.880,00	11.413.880,00	11.578.880,00	11.727.880,00

Die **Zuschüsse an übrige Bereiche** beinhalten im Wesentlichen die Zuschüsse an die Sport- und Kulturvereine und –verbände.

Bei der Position **Leistungen nach dem AsylbLG** (Asylbewerberleistungsgesetz) wurden die geplanten Aufwendungen der aktuellen Zuweisungsquote berechtigter Personen angepasst. Parallel dazu entwickeln sich die Krankenschutzkosten für den entsprechenden Personenkreis unter der Position **Krankenhilfe nach dem AsylbLG**.

Die Ansätze für **sonstige soziale Leistungen** stellen den Aufwand für den Einsatz der 1-EURO-Kräfte dar. Der Aufwand wird (siehe weiter oben) vom Bund erstattet. Ab 2011 erfolgt kein weiterer Einsatz von 1 € Kräften.

Die **Gewerbsteuerumlage** sowie die **Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit** berechnen sich nach dem Aufkommen der Gewerbesteuer dividiert durch den Gewerbesteuerhebesatz und multipliziert mit einem Umlagesatz von insgesamt 71 Punkten für das Jahr 2011.

Für die Berechnung der **Kreisumlage** wurden die nachstehenden Umlagesätze, basierend auf den Daten des Kreistagsbeschlusses vom 24.03.2011 angesetzt. Im Vergleich zur vorherigen Einplanung zeigen sich veränderte Be- bzw. Entlastungen für den städtischen Haushalt. Besondere Effekte entstehen hier durch die Entscheidung des Bundes, schrittweise die finanziellen Belastungen, die durch die Grundsicherung entstehen, aufzufangen. Weitere Entlastungen durch den Bund ergeben sich im Bereich der Hartz IV Leistungen. Darüber hinaus verwendet der Kreis rd. 11,2 Mio. € aus seiner allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Defizits.

Jahr	Allgemeine Umlage	KVHS	Jugendamt	Umlage insgesamt
2010	40,8700 v.H.	0,2667 v.H.	22,3560 v.H.	63,4927 v.H.
2011	45,3800 v.H.	0,2703 v.H.	25,8905 v.H.	71,5408 v.H.
2012	44,3000 v.H.	0,2543 v.H.	24,9422 v.H.	69,4965 v.H.
2013	43,6800 v.H.	0,2396 v.H.	23,9672 v.H.	67,8868 v.H.
2014	42,3500 v.H.	0,2324 v.H.	23,1176 v.H.	65,7000 v.H.

Bei der Kontierung **Andere sonstige Transferaufwendungen** handelt es sich um die Krankenhausinvestitionsumlage. Da die weitere gesetzliche Entwicklung im Bereich der Krankenhausfinanzierung derzeit nicht absehbar ist, kann die Einplanung nur nach den Erfahrungswerten der Vergangenheit erfolgen. Die Aufwendungen werden hier nach den Vorgaben von IT-NRW verbucht.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
541200 Aus- und Fortbildung, Umschulung	30.825,58	47.884,00	52.160,00	50.100,00	49.500,00	49.300,00
541300 Reisekosten	14.992,35	19.352,00	21.382,00	21.082,00	21.082,00	18.582,00
541600 Dienst- und Schutzkleidung usw.	22.139,21	7.350,00	7.550,00	7.550,00	7.550,00	7.550,00
541700 Personalnebenaufwand	4.178,20	4.600,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00
542100 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	145.886,66	428.200,00	223.000,00	279.000,00	279.000,00	279.000,00
542120 Miete für Betriebs- und Geschäftsausgaben	48.985,12	51.732,00	51.732,00	51.730,00	51.732,00	51.732,00
542200 Leasing	31.056,53	40.640,00	38.240,00	38.240,00	38.240,00	38.240,00
542300 Gebühren	35.413,79	44.720,00	43.710,00	44.300,00	44.900,00	45.500,00
542310 Bankgebühren	5.771,21	5.500,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00
542700 Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	50.306,39	98.000,00	64.250,00	64.250,00	64.250,00	64.250,00
542800 Aufw. ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	143.283,05	151.300,00	147.500,00	147.540,00	151.040,00	153.880,00
542900 Andere sonst. Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten	121.899,48	143.770,00	110.470,00	108.570,00	108.570,00	108.570,00
543100 Büromaterial	11.825,02	13.940,00	13.240,00	13.215,00	13.215,00	13.215,00
543110 Verbrauchsmaterial	22.074,23	27.100,00	26.100,00	26.100,00	26.100,00	26.100,00
543200 Drucksachen	34.568,14	35.480,00	63.380,00	63.380,00	63.380,00	63.380,00
543300 Zeitungen und Fachliteratur	16.079,50	16.910,00	15.048,00	14.948,00	14.948,00	14.948,00
543400 Porto	30.965,80	35.000,00	37.500,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
543500 Telefon	25.928,71	31.960,00	30.825,00	30.825,00	30.825,00	30.825,00
543600 Öffentliche Bekanntmachungen	134,36	2.700,00	2.700,00	2.700,00	2.700,00	2.700,00
543700 Gästebewirtung und Repräsentation	8.257,36	7.720,00	7.370,00	7.370,00	7.370,00	7.370,00
543900 And.sonst. Geschäftsaufw./543800 Werbung	46.028,97	47.910,00	39.850,00	38.350,00	47.850,00	52.750,00
543901 Stadtfeste	9.967,33	24.900,00	12.400,00	12.400,00	12.400,00	12.400,00
544100 Versicherungsbeiträge	94.294,15	108.750,00	27.950,00	28.000,00	29.050,00	29.100,00
544110 Haftpflichtversicherung	35.290,64	37.120,00	36.750,00	37.100,00	37.450,00	37.800,00
544120 Unfallversicherung	127.356,09	137.580,00	138.200,00	140.150,00	142.150,00	144.100,00
544130 Gebäudeversicherung	0,00	0,00	77.670,00	78.470,00	79.670,00	80.870,00
544140 Eigenschadenversicherungen	5.947,62	7.730,00	7.500,00	7.600,00	7.700,00	7.800,00
544150 Elektronikversicherung	0,00	0,00	4.230,00	4.530,00	4.830,00	5.130,00
544200 Kfz-Versicherungsbeiträge	21.348,93	23.850,00	24.100,00	24.350,00	25.000,00	25.250,00
544300 Beiträge zu Verbänden und Vereinen	13.976,29	15.660,00	15.680,00	15.700,00	15.720,00	15.720,00
544500 Verluste aus Abgang von VermG AV	191.961,53	17.055,00	15.918,00	9.424,00	19.000,00	0,00
544700 Sonstige Rückstellungen	3.453.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
544800 Wertberichtigungen auf Forderungen	142.236,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
544900 Sonstige Beiträge	9.946,66	180,00	180,00	180,00	180,00	180,00
547100 Grundsteuer	18.737,81	16.890,00	17.540,00	17.540,00	17.540,00	17.540,00
547200 Kraftfahrzeugsteuer	1.930,27	2.320,00	1.820,00	1.820,00	1.820,00	1.820,00
548200 Körperschaftsteuer	7.305,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
548300 Kapitalertragsteuer	63.709,00	60.000,00	97.500,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
548400 Solidaritätszuschlag	3.950,04	3.300,00	5.175,00	3.300,00	3.300,00	3.300,00
548700 Zinsabschlagsteuer	791,27	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
548900 So. Steuern vom Einkommen und Ertrag	21.110,73	0,00	24.109,00	23.940,00	23.889,00	23.935,00
549100 Verfügungsmittel	1.987,84	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
549200 Schadensfälle	16.195,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
549210 Vandalismus	607,42	8.550,00	8.550,00	8.300,00	8.300,00	8.300,00
549300 Festwerte	21.981,66	58.640,00	61.900,00	52.462,00	53.580,00	53.280,00
549500 Korrektur von SoPo Zuschreibungen	4.128,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
549700 Erstattungszinsen Gewerbesteuer	33.782,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.152.141,91	1.808.293,00	1.605.879,00	1.602.216,00	1.631.531,00	1.622.117,00

Im Bereich der **Dienst - und Schutzkleidung** sinken die Aufwendungen ab 2010, da die Ausstattung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr investiv beschafft wird und die Bewertung im Festwertverfahren erfolgt. Daher ergibt sich hier nur noch Aufwand für Reinigungs- und Reparaturkosten.

Unter der Position **Personalnebaufwand** ergeben sich unter anderem Aufwendungen für die betriebliche Gesundheitsvorsorge und für Maßnahmen der Personalentwicklung.

Das Konto **Mieten, Pachten, Erbbauzinsen** umfasst u.a. die Miete für das Gebäude Marktstraße 2 (ARGE), für die Obdachlosenunterkunft, den Bauhof sowie für die geplante Sporthalle in Wiehagen. Die seit Jahren auf dem Gelände der Grundschule Wiehagen geplante Turnhalle soll nun in einem Gemeinschaftsprojekt durch den Landesverband der Lebenshilfe e.V., dem Behindertensportverband NRW und der Rehabilitations- und Behindertensportgemeinschaft e.V. gebaut werden. In dem Gebäude sollen in erster Linie für Menschen mit und ohne Behinderungen Möglichkeiten für gemeinsamen Sport geschaffen werden. Die genannten Vorhabenträger errichten die Halle nicht nur sondern werden sie auch auf Dauer betreiben. Für die Nutzung der Halle für den Schulsport der Grundschule Wiehagen ist ein entsprechendes Nutzungsentgelt zu zahlen. Die genaue Höhe steht noch nicht fest, so dass der eingeplante Betrag vorläufig ist.

Das Konto **Leasing** setzt sich im Wesentlichen aus Leasingaufwendungen für die Dienstfahrzeuge sowie für Soft- und Hardware zusammen.

Im Bereich des Kontos **Prüfung, Beratung, Rechtsschutz** verbergen sich die Prüfungskosten für die Jahresabschlussprüfungen, Kassenprüfungen und Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt (2010). In 2010 wurden erhöhte Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungskosten für den aufzustellenden Gesamtabchluss vorgesehen, der in 2010 zusätzlich zu erstellen und zu prüfen ist. Ab 2011 werden hier die jährlichen durchschnittlichen Prüfungskosten veranschlagt und durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung zur Verfügung gestellt.

Das Konto **Aufwendungen ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten** umfasst im Wesentlichen die Aufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder, der Wehrführung sowie der Museumsleitung. Für das Jahr 2011 ist weiterhin mit dem Zensus eine neue Volks-, -Gebäude- und Wohnungszählung in Deutschland geplant. Das Land stellt dabei bestimmte Anforderungen, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Zentrale Aufgabe der Kommunen für die Jahre 2010 bis 2012 ist die Einrichtung von Erhebungsstellen. Zu den Aufgaben der Erhebungsstellen gehören u.a. das Anwerben und die Schulung von Erhebungsbeauftragten. Durch diese zusätzlichen Aufgaben entstehen Aufwendungen, die hier auf der Grundlage der bisher bekannten Informationen berücksichtigt wurden.

Die Position **andere sonst. Inanspruchnahme von Rechten, Dienstleistungen** beinhaltet im Wesentlichen Planungskosten, Aufwendungen für Gutachten sowie die Unterhaltungspauschale für den Sportplatz (Stadtssportverband). Der in 2010 vergleichsweise höhere Ansatz erklärt sich durch die Fortführung der Projekte Shared Services sowie durch die Aufwendungen für die Erstellung eines neuen Internetauftritts.

Bei der Position **Verbrauchsmaterial** wurde bereits ab dem Vorjahr ein erhöhter Bedarf eingeplant, der sich durch den Einsatz farbiger Kopfbögen in der Verwaltung ergibt. Außerdem werden hier die Kosten für Ersatzfolien der Ortseingangsschilder veranschlagt.

Bedingt durch die Einführung des elektronischen Personalausweises wurden im Bereich der **Drucksachen** die Planansätze ab 2010 angehoben. Es ergeben sich analog gestiegene Verwaltungsgebühren. Auf die Erläuterung an dieser Stelle wird verwiesen.

Die Ansatzsteigerungen bei der Position **andere sonstige Geschäftsaufwendungen** in den Jahren 2009 und 2010 ist u.a. auf die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die in diesen Jahren stattfindenden Wahlen zurück zu führen. Für die Durchführung dieser Wahlen sind daher in 2009 16.500 € und in 2010 5.500 € zusätzlich eingeplant.

Weitere Aufwendungen wurden hier geplant im Bereich der Geoinformationsdienste. Der Oberbergische Kreis bietet an, digitale Orthophotos in deutlich höherer Auflösung herstellen zu lassen, als die durch die landesweit verbreiteten digitalen Orthobilder der zuständigen Landeseinrichtung. Es ist geplant, die Befliegung kreisweit alle drei Jahre vollständig zu erneuern, aufgeteilt in Nord-, Mittel- und Südkreis. Die Bilder können vielfältige Aufgaben deutlich erleichtern: Überprüfung von Straßenschnitten, Stellplätzen und anderer Verkehrsanlagen, Betrachtung der versiegelten Flächen, Sichtung des Baubestandes, Hilfsmittel bei gerichtlichen Verfahren wie Beiträge und Gebühren und vielem mehr. Die Kosten hierfür liegen - abhängig von der Anzahl der sich beteiligenden Kommunen und sonstigen Behörden - bei erstmalig 3.000 € für 2010 und 1.000 € jährlich für die Aktualisierung ab 2011. Gegenüber einer Befliegung im Auftrag der Stadt ist dies als außerordentlich günstig einzustufen, da übliche Befliegungen in der Regel fünfstellige Beträge kosten.

Für **Stadtfeste** wurden entsprechende Mittel eingeplant. Im Sinne einer besseren Übersichtlichkeit im Rahmen der Bewirtschaftung werden für allgemeine kommunale Veranstaltungen, das Altstadtfest und für den Hückeswagener Treff Teilprodukte angelegt und eine Differenzierung in den Konten vorgenommen. Für das Haushaltsjahr 2010 wurden hier Mittel in Höhe von 15.000 € für die 925-Jahrfeier bereitgestellt.

Die wesentlichen Ansatzminderungen im Bereich der **Versicherungsbeiträge** ab dem Planungsjahr 2011 ergeben sich durch Umplanungen. Die Beträge werden ab 2011 im Rahmen der direkten Leistungsverrechnung über eine Umlage im Kostenrechnungssystem verbucht. Dies war erforderlich zur Umsetzung der Produktverantwortung. Im Bereich der Gebäudeverwaltung wurden wegen der Vergleichbarkeit mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth (Shared Services) ab dem HJ 2010 die Versicherungsbeträge neu aufgeteilt. Die Versicherungsverträge für diesen Bereich sollen neu ausgeschrieben werden. Dies ist bisher noch nicht erfolgt. Daher wurden die eingeplanten Ansätze übernommen. Es wurde nur die erforderliche Umplanung durchgeführt. Das Ergebnis der Ausschreibung bleibt abzuwarten.

Bei der Position **Beiträge zu Verbänden und Vereinen** werden beispielsweise der Beitrag für den Verein Stadtmarketing, den Touristikverband, den Heimat - Verkehrs- und Verschönerungsverein u.a. eingeplant.

Im Bereich der **Verluste aus Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens** ergeben sich in 2009 erhöhte Aufwendungen durch den Verkauf der städtischen Mietobjekte Kaiserhöhe 11 - 15.

Unter der Kontierung **Sonstige Rückstellungen** wurden in 2009 erforderliche Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte verbucht.

Bei der Position **Wertberichtigung auf Forderungen** handelt es sich um die separate Ausweisung von Steuerforderungen, deren Realisierung zweifelhaft ist.

Im Bereich der **sonstigen Beiträge** wurden in 2009 zusätzlich 9.879 € für die Imagebröschüre verbucht.

Für **Körperschaftsteuer** ergaben sich in 2009 erhöhte Aufwendungen im Bereich der HEG für die fällige Steuer auf die Gewinnausschüttung.

Bei der veranschlagten **Kapitalertragssteuer** (Erhöhung von 10 % auf 15 %) sowie dem **Solidaritätszuschlag** handelt es sich um die Versteuerung der Gewinnabführung aus dem Eigenbetrieb Freizeitbad.

Im Bereich der **sonstigen Steuern vom Einkommen und Ertrag** ergeben sich Belastungen durch die Einplanung der Umsatzsteuer im Bereich der HEG, die für die Erstattung der Verwaltungskostenbeiträge fällig wird.

Die Planwerte für **Schadensfälle** werden nicht mehr dargestellt, da die Abwicklung künftig über einen entsprechenden Haushaltsvermerk erfolgt, wonach Mehrerträge zu entsprechenden Mehraufwendungen im jeweiligen Bereich berechnen.

Im Bereich der Kontierung **Festwert** finden sich Aufwendungen, die durch die Anwendung eines entsprechenden Bewertungsverfahrens zustande kommen. Hierbei handelt es sich um eine buchungstechnische Vereinfachung. In bestimmten Bereichen (z.B. Beladung der Feuerwehrfahrzeuge, Medienbestand der Bücherei, Schulmobiliar) werden die Werte im Anlagevermögen festgeschrieben und Neubeschaffungen werden direkt als Aufwand in der Ergebnisrechnung gebucht. Nach Ablauf von jeweils 3 Jahren findet eine Bewertung der Sachgesamtheit statt und ggf. wird eine Korrektur des Festwertes durchgeführt, der den Gesamtwert im Anlagevermögen abbildet.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
551200 Zinsen an Land	11.855,51	12.000,00	11.000,00	10.000,00	10.000,00	9.000,00
551600 Zinsen an verb. U.,Beteil.,Sondervermögen	8.329,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
551700 Zinsen an sonstigen öff. SoRe	385.738,88	559.000,00	812.000,00	839.000,00	955.000,00	744.000,00
davon Kassenkreditzinsen	338.517,43	813.000,00	-663.000,00	-699.000,00	-824.000,00	-739.000,00
551800 Zinsen an Kreditinstitute	457.939,39	477.000,00	412.000,00	387.000,00	361.000,00	444.000,00
559100 Sonstige Finanzaufwendungen	14.187,27	23.700,00	21.300,00	19.400,00	207.700,00	20.900,00
Finanzaufwendungen	878.050,23	1.071.700,00	1.256.300,00	1.255.400,00	1.533.700,00	1.217.900,00

Bei der Position **Zinsen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen** handelt es sich um Zinszahlungen an die Eigenbetriebe für interne Kassenkredite des allgemeinen Haushalts. Die Planwerte des nachfolgenden Kontos 551700 beinhalten rechnerisch auch diesen Finanzbedarf.

Die Ansätze bei **Zinsen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen** beinhalten neben Zinsen für Investitionskredite auch die Kassenkreditzinsen in oben ausgewiesener Höhe.

Die **Zinsen an Kreditinstitute** spiegeln ebenfalls Zinsen für Investitionskredite wieder.

Die **sonstigen Finanzaufwendungen** beinhalten Wertberichtigungen von Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Leibrentenverträge).

3.3.2 Darstellung von besonderen Haushaltspositionen

3.3.2.1 Gebührenhaushalte der Stadt Hückeswagen

3.3.2.1.1 Straßenreinigungsgebühren

Die Straßenreinigungsgebühr unterteilt sich in eine Gebühr für die Straßenreinigung (Kehrdienst) und für die Winterwartung (Winterdienst). Maßstab für beide Gebühren sind die Seiten eines Grundstücks in Meter (Frontlänge = Veranlagungsmeter) entlang der gereinigten Straße, durch die das Grundstück erschlossen ist (§ 6 Absatz 1 der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung).

Die *Erträge* und *Aufwendungen* stellen sich wie folgt dar:

Kostenart	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
432100 Benutzungsgebühren	-176.132,00	-236.216,00	-238.341,00	-241.168,00	-205.308,00
438100 Auflösung Sonderposten	-25.800,00	-25.253,00			
Summe Erträge	-201.932,00	-261.469,00	-238.341,00	-241.168,00	-205.308,00
523100 Unterhaltung Grundstücke, Gebäude	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00
526900 Sonstige Vorräte	30.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
529100 Sonstige Sach- u. Dienstleistungen	84.800,00	81.300,00	81.300,00	81.300,00	81.300,00
542900 Andere sonstige Inanspr. Rechten, Dienstl.	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
Bauhof	228.050,00	250.390,00	235.000,00	238.020,00	229.890,00
Verwaltungskostenbeitrag	52.070,00	48.630,00	51.230,00	51.070,00	51.420,00
Summe Aufwendungen	406.920,00	427.320,00	414.530,00	417.390,00	409.610,00

Gem. § 6 Abs. I S.3 KAG NW soll das geplante Gebührenaufkommen der Einrichtung die Aufwendungen decken. In der vorstehenden Tabelle sind die geplanten Aufwendungen zunächst höher als die Erträge, da diese auch die Aufwendungen für den nichtgebührenpflichtigen Kehr- und Winterdienst (Verkehrssicherungspflicht) enthält. Nach Abzug dieser Aufwendungen ist die Gebühr für den gebührenpflichtigen Kehr- und Winterdienst – unter Berücksichtigung des 10 %-tigen Anteils für das öffentliche Interesse – kostendeckend.

Aufgrund der dargestellten Erträge und Aufwendungen ergibt sich folgende Gebührenentwicklung:

Gebührenart	2010	2011	2012	2013	2014
Winterdienstgebühr	1,52	2,15	2,17	2,20	1,81
Kehrdienstgebühr	0,94	0,94	0,95	0,95	0,95

3.3.2.1.2 Friedhofsgebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Bestattungseinrichtungen werden Gebühren erhoben. Die Gebühren gliedern sich in Bestattungsgebühren, Gebühren für Nutzungsrechte, Gebühren für die Nutzung der Leichenhalle/ Friedhofskapelle und Gebühren für die Errichtung von Grabmälern. Maßstab für die Bestattungs- u. Grabgebühren sind die Fallzahlen. Die Gebühren für die Leichenhalle und Friedhofskapelle werden auf der Grundlage der Nutzungstage berechnet.

Die *Erträge* und *Aufwendungen* stellen sich wie folgt dar:

Kostenart	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Zuweisung v. Gemeinden	-4.150,00	-4.150,00	-4.150,00	-4.150,00	-4.150,00
Benutzungsgebühren	-315.533,96	-330.768,00	-331.245,00	-335.152,00	-338.549,00
Auflösung v. Rückstellungen		-9.600,00			
Mieten u. Pachten	-1.440,00	-1.440,00	-1.440,00	-1.440,00	-1.440,00
Summe Erträge	-321.123,96	-345.958,00	-336.835,00	-340.742,00	-344.139,00
Personal- u. Versorgungsaufwendungen	74.500,00	78.300,00	78.320,00	79.150,00	79.880,00
Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	169.250,00	169.870,00	169.870,00	169.950,00	163.470,00
Sonstige ordentl. Aufwendungen	3.160,00	3.800,00	3.780,00	3.810,00	3.820,00
Software- u. Systemkosten EDV	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
Bauhof	19.630,00	19.630,00	19.630,00	19.630,00	19.630,00
Verwaltungskostenbeitrag	53.400,00	72.010,00	56.770,00	56.690,00	57.790,00
Abschreibung	9.020,00	10.990,00	11.110,00	11.390,00	11.730,00
Verzinsung	23.440,00	23.840,00	23.420,00	23.280,00	22.990,00
Summe Aufwendungen	353.200,00	379.240,00	363.700,00	364.700,00	360.110,00

Gem. § 6 Abs. I S.3 KAG NW soll das geplante Gebührenaufkommen der Einrichtung die Aufwendungen decken. In der vorstehenden Tabelle sind die geplanten Aufwendungen zunächst höher als die Erträge. Dies erklärt sich mit den Gebühren für die Nutzungsrechte an Gräbern, die in der Regel für 30 Jahre gezahlt werden. Gem. § 42 GemHVO NRW müssen diese Erträge auf die Jahre der Nutzung verteilt werden. Im aktuellen Haushaltsjahr dürfen somit nur 1/30 der gezahlten Gebühr ergebniswirksam verbucht werden. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit ist festzustellen, dass auf das jeweilige Jahr betrachtet die Friedhofsgebühren kostendeckend kalkuliert sind.

Aufgrund der dargestellten Erträge und Aufwendungen ergeben sich folgende Entwicklungen bei den wesentlichen Gebührenarten:

Gebührenart	2010	2011	2012	2013	2014
Bestattungsgebühr Reihen-/Wahlgrab	1.120,00	1.227,00	1.201,00	1.203,00	1.203,00
Bestattungsgebühr Urnengrab	586,00	693,00	667,00	668,00	669,00
Gebühr Nutzungsrechte Reihengrab	313,00	428,00	445,00	418,00	324,00
Gebühr Nutzungsrechte Wahlgrab	767,00	1.049,00	1.090,00	1.024,00	794,00
Gebühr Nutzungsrechte Urnengrab	257,00	351,00	365,00	343,00	266,00
Nutzungsgebühr Leichenhalle	60,00	64,00	64,00	64,00	65,00
Nutzungsgebühr Kapelle	119,00	145,00	152,00	152,00	156,00

3.3.2.2 Unterhaltung der städt. Gebäude

Die Unterhaltung der städtischen Immobilien durch das Immobilienmanagement umfasst die Konten **Unterhaltung Grundstücke, Gebäude usw., Wartung Gebäudetechnik, Pflege Außenanlagen, Sanierungsmaßnahmen, Unterhaltung Sicherheitseinrichtungen, Unterhaltung Maschinen und technische Anlagen**, sowie **Vandalismus**. Summiert ergeben sich danach folgende Beträge:

Unterhaltungsaufwand für städt. Gebäude	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Alle städt. Gebäude :	615.990	604.120	401.280	283.980
↳ davon nur Schulen	383.100	343.100	201.100	141.700
↳ davon alle sonstigen Gebäude	232.890	261.020	200.180	142.280

Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth (Shared Services) werden ab dem Haushaltsjahr 2011 die Sachkonten **Sanierungsmaßnahmen** und **Unterhaltung Sicherheitseinrichtungen** separat beplant. Die Ansätze aus den Bereichen Gebäudeunterhaltung und Wartung Gebäudetechnik wurden entsprechend für die Unterhaltung Sicherheitseinrichtungen vermindert und sachgerecht verteilt. Unter dem Ansatz **Sanierungsmaßnahmen** werden zukünftig die großen Unterhaltungsmaßnahmen abgebildet.

Die größeren Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen werden aufgrund einer mehrjährigen Maßnahmenplanung bzw. Prioritätenliste des Immobilienmanagements abgewickelt.

Zur Haushaltskonsolidierung wurden die meisten Maßnahmen, die grundsätzlich dringend erforderlich sind, zum Teil um mehrere Jahre verschoben. Dies ist zum Teil mit Substanzverlust bei einzelnen Gebäuden verbunden.

Neben den dringlichsten Reparaturen und erforderlichen Wartungen sind in den Planungsjahren als wesentliche Posten überwiegend nur die Brandschutzmaßnahmen in der Realschule eingeplant.

Für die jährlich wiederkehrende Unterhaltung werden bei den einzelnen Objekten (Kostenstellen) in 2011 rd. 200.000 € bereitgestellt; hiervon entfallen rd. 45.000 € auf reine Wartungs- bzw. Pflegekosten. Die Aufwendungen für die Schulen, einschließlich der nachfolgend dargestellten größeren Instandsetzungsarbeiten, werden soweit möglich durch die Inanspruchnahme der Schulpauschale finanziert. Hierzu wird auf die gesonderte Darstellung der Verwendung der pauschalen Landeszuweisungen verwiesen.

Im Folgenden werden die größeren Unterhaltungsmaßnahmen laut der Maßnahmenplanung bzw. Prioritätenliste des Regionalen Gebäudemanagements kurz erläutert:

Schulen

A. Kath. Grundschule

- Mehraufwand HJ 2012 5.000 €

Die über 50 Jahre alten Holzfenster zur Schulhofseite sind in ihrer Substanz stark angegriffen und können durch einen erneuten Schutzanstrich nicht mehr funktionstüchtig aufgebaut werden. Bis zur Durchführung der Gesamtsanierungsmaßnahme müssen die maroden Fenster nach Reparaturbedürftigkeit ausgetauscht werden.

- Mehraufwand HJ 2014 5.000 €

Die über 50 Jahre alten Holzfenster zur Schulhofseite sind in ihrer Substanz stark angegriffen und können durch einen erneuten Schutzanstrich nicht mehr funktionstüchtig aufgebaut werden. Bis zur Durchführung der Gesamtsanierungsmaßnahme müssen die maroden Fenster nach Reparaturbedürftigkeit ausgetauscht werden.

B. Gemeinschaftsgrundschule Kölner Straße

- Mehraufwand HJ 2011 5.000 €

Aufgrund eines Wechsels des Hausmeisters muss eine Renovierung der Wohnung erfolgen.

- Mehraufwand HJ 2012 27.000 €

Der Zwischentrakt der Schule ist noch mit Stahlfensteranlagen aus der Herstellungszeit ausgerüstet. Eine Fensteranlage, die sich auch öffnen lässt, ist besonders durch den Einbaustandort und die Benutzung beansprucht. Hier zeigen sich seit einigen Jahren starke Korrosionserscheinungen, die eine Erneuerung der Anlage notwendig machen. Durch regelmäßige Begutachtungen wird der Grad der Zerstörung beobachtet und zur gegebenen Zeit der Austausch der Fensteranlage umgesetzt.

C. Gemeinschaftsgrundschule Wiehagen

- Mehraufwand HJ 2011 25.000 €

Die Bauaufsicht überprüft alle Schulgebäude im Hinblick auf die Einhaltung technischer Vorschriften. Die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen sind nach der erfolgten Besichtigung bekannt, so dass die RWA-Anlage aus brandschutztechnischen Gründen angepasst werden muss.

D. Hauptschule

- Mehraufwand HJ 2011 35.000 €

Im Jungen-WC der Schule treten verstärkte Probleme mit der Urinalrinne auf. Die einzelnen Teile der Rinne bestehen aus Keramikformteilen, die durch Beschädigung und Verschleiß nicht mehr funktionstüchtig sind. Ein Ersatz der Formteile ist nicht mehr möglich. Daher ist es unumgänglich, im Bereich der Urinalrinne eine Urinalreihenanlage zu erstellen. Vorgesehen ist die Montage von acht Urinalen mit Infrarot-Sensoren bei gleichzeitiger Erneuerung der Zuleitungen. Der Einbau von Einzelurinalen entspricht dem Stand der Technik, insbesondere im Bereich der Hygiene und der Steuerung des Wasserverbrauchs.

- Mehraufwand HJ 2013 5.000 €

Die im Altbau befindlichen Sonnenschutzanlagen sind teilweise defekt und müssen ausgetauscht werden. Durch die notwendige Gerüststellung erhöht sich der Kostenanteil der Anlagen.

- Mehraufwand HJ 2014 5.000 €

Austausch der Sonnenschutzanlagen – die im Vorjahr begonnene Maßnahme wird fortgesetzt.

E. Turnhalle Hauptschule

- Mehraufwand HJ 2011 15.000 €

Die innenliegende Sonnenschutzanlage ist aufgebraucht. Um in der Halle blendfrei Schulsport ausüben zu können, ist die Südwestfassade mit Sonnenschutzgläsern auszustatten. Der Einbau der neuen Gläser in die vorhandene ca. 75 qm große Fensteranlage sorgt ohne zusätzliche Wartung für den gleichen Effekt wie die Vorhanganlage. Gleichzeitig erhält die Fensterfront dadurch eine erhöhte Wärmedämmung mit der damit verbundenen Energieeinsparung.

- Mehraufwand HJ 2012 50.000 €

Der vorhandene Bodenaufbau in der Turnhalle ist ca. 35 Jahre alt. Der Aufbau ist in seiner Substanz aufgebraucht und muss ersetzt werden. Da sich in den letzten Jahren das Nutzerverhalten und die Ansprüche an Sportstätten stark verändert haben, ist der vorhandene konstruktive Bodenaufbau nicht mehr in der Lage, den Ansprüchen zu genügen. Durch den Neubau eines flächenelastischen Schwingbodens ist es möglich, die Beanspruchungen des Oberbodens aufzufangen und in die Konstruktion abzuleiten und dadurch die neuen Sportarten und Freizeitaktivitäten in der Halle durchzuführen.

F. Forum Hauptschule

- Mehraufwand HJ 2011 10.000 €

Die Kautschukbeläge im naturwissenschaftlichen Teil des Gebäudes lösen sich auf und sind aus Unfallschutzgründen zu ersetzen.

- Mehraufwand HJ 2011 12.000 €

Die fest eingebaute Hörsaalbestuhlung in einem Klassenraum ist durch fehlende Ersatzteile auf Dauer nicht zu erhalten und auszubauen. Der fehlende Bodenbelag ist zu ersetzen.

- Mehraufwand HJ 2012 15.000 €

Weiterführung der in 2011 begonnenen Maßnahme zum Austausch der Kautschukbeläge.

G. Realschule

- Mehraufwand HJ 2011 200.000 €

Aufgrund geänderter Anforderungen und der durchgeführten Überprüfungen durch die Bauaufsichtsbehörde und der Brandschutzdienststelle des Oberbergischen Kreises sind umfangreiche Brandschutzsanierungsarbeiten in der Realschule erforderlich. Aufgrund des kosten- und zeitmäßigen hohen Umfangs der Maßnahme werden die Arbeiten in mehreren Bauabschnitten durchgeführt. Als zweiter Abschnitt steht der naturwissenschaftliche Trakt mit einem Kostenvolumen von ca. 150.000,- € an. Hier ist insbesondere der Einbau einer RWA Anlage für die offene Galerie notwendig, sowie auch ein zweiter Rettungsweg aus dem Obergeschoß. Zusätzlich zu den geplanten Maßnahmen ist die Entlüftungsanlage der NW-Räume, die Entlüftung des Degestoriums sowie die Entlüftung der Aufbewahrungsschränke für die Chemikalien zu überarbeiten. Die Funktionalität und die brandschutztechnischen Einbauten der Anlagen entsprechen nicht den Anforderungen an den Betrieb der Unterrichtsräume. Die zusätzlichen Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 50.000,- €.

- Mehraufwand HJ 2012 150.000 €

Die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen werden fortgesetzt. Im dritten Bauabschnitt werden das Sockelgeschoss mit den Technikräumen des Traktes A und der Turnhallentrakt saniert. Im Sockelgeschoß sind hauptsächlich Leitungsführungen und Schottungen der Technik (Heizung, Sanitär, Elektro) zu überarbeiten.

- Mehraufwand HJ 2013 65.000 €

Die Toilettenanlage ist veraltet und in einem aufgebrauchten Zustand. Auch aus hygienischen Gründen muss die Anlage ausgetauscht werden. Die Räume müssen neu gefliest und mit modernen Objekten und Trennwandelementen ausgestattet werden. Durch die Verwendung von Energiespararmaturen kann der Frischwasseranteil an den Waschbecken erheblich reduziert werden.

H. Turnhalle Realschule

- Mehraufwand HJ 2012 15.000 €

Der Lufterhitzer in der Turnhalle wurde im Jahr 2006 ein letztes Mal generalüberholt. Eine weitere Reparatur wird nicht möglich sein. Mit dem Ausfall der Heizungsanlage ist kurz- bis mittelfristig zu rechnen. Eine Erneuerung der Anlage ist dann unumgänglich.

- Mehraufwand HJ 2013 50.000 €

Die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen werden fortgesetzt. Im Turnhallentrakt ist die Rettungswegführung der Turnhalle mit einem zweiten baulichen Rettungsweg auszustatten.

- Mehraufwand HJ 2014 25.000 €

Die Stahlfensteranlage in der Turnhalle ist aufgebraucht und nicht mehr funktionsgerecht instand zu setzen. Die Halle ist mit neuen Fensterelementen auszustatten. Die Putzfassade des Gebäudes benötigt einen neuen Schutzanstrich, um eindringende Feuchtigkeit und daraus resultierende Bauschäden zu vermeiden. Für die Fensteranlage wurden im HJ 2014 Mittel i.H.v. 15.000 € eingeplant. Für den Schutzanstrich waren bereits im HJ 2009 Mittel eingeplant und wurden auf das HJ 2010 verschoben. Nun erfolgt nochmals eine Verschiebung auf das HJ 2014. Im Zusammenhang mit der Gerüststellung sollen nun die beiden Arbeiten in einem Zuge erledigt werden.

Sonstige städtische Gebäude

I. Stadtbibliothek

- Mehraufwand HJ 2011 25.000 €

Durch starke Benutzung in den beiden öffentlich zugänglichen Etagen sind die eingebauten Parkettböden stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Um weitere Schäden am Holzwerk zu vermeiden, muss der Boden neu versiegelt werden.

- Mehraufwand HJ 2012 30.000 €

Nach Überprüfung der Fenster auf Erhalt und Funktionsfähigkeit wurde die Notwendigkeit der Erneuerung des Schutzanstriches festgestellt. Die Maßnahme war im HJ 2010 eingeplant, wird nun in das HJ 2012 verschoben, auch wenn ein Substanzverlust der Fenster hingenommen werden muss.

J. Friedhofsbüro / - kapelle

- Mehraufwand HJ 2011 15.000 €

Die Putzfassade des Gebäudes benötigt einen neuen Schutzanstrich, um eindringende Feuchtigkeit und daraus resultierende Bauschäden zu vermeiden.

K. Wohnhaus Kölner Straße 2

- Mehraufwand HJ 2011 7.500 €

Zur Substanzerhaltung sind die Holzfenster und Holzbauteile der Fassade mit einem Schutzanstrich zu versehen.

L. Wohnhaus Kölner Straße 4

- Mehraufwand HJ 2011 7.500 €

Zur Substanzerhaltung sind die Holzfenster und Holzbauteile der Fassade mit einem Schutzanstrich zu versehen.

M. Wohnhaus Friedrichstr. 1 - 3

- Mehraufwand HJ 2012 6.000 €

Zur Substanzerhaltung sind die Holzfenster und Holzbauteile der Fassade mit einem Schutzanstrich zu versehen.

N. Rathaus

- Mehraufwand HJ 2011 25.000 €

Eigentlich war berücksichtigt, die vorhandenen einscheibenverglasten Holzfenster durch neue wärmegeämmte Holzfenster in denkmalgerechter Ausführung zu ersetzen. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung muss hierauf verzichtet werden. Zum Schutz der Fenster ist aber eine Erneuerung des Außenanstriches erforderlich.

- Mehraufwand HJ 2012 80.000 €

Die vorhandene Heizkesselanlage des Rathauses ist über 30 Jahre alt. Aufgrund des Alters und den steigenden Emissionsschutzvorschriften muss die Anlage ersetzt werden. Nach Überprüfung der technischen Voraussetzungen ist geplant, eine Heizkesselanlage zu errichten, die über eine computergesteuerte Regelung verfügt und mit Brennwertechnik ausgerüstet ist. Durch Umstellen der Verteilung ist es dann möglich, einzelne Heizkreise besser bedienen zu können.

O. Sportplatz

- Mehraufwand HJ 2013 80.000 €

Die Duschanlagen im Umkleidegebäude des Sportplatzes entsprechen weitgehend dem Ursprungszustand. In den Duschräumen sind in den letzten Jahren mehrere Einzelduschen wegen Schäden stillgelegt worden. Ein letzter größerer Wasserschaden ließ eine Reparatur der betroffenen Bereiche nicht mehr zu. Es sollen neue Kalt- und Warmwasserleitungen verlegt werden. Neue Selbstschlussthermostatarmaturen sorgen in Verbindung mit den neuen Sparbrauseköpfen für eine erhebliche Einsparung an Wasser- und Abwassergebühren. Bedingt durch die neue Trinkwasserverordnung sind höhere Anforderungen an die Trinkwasseranlage gestellt, insbesondere im Bereich Verbrühungsschutz (Temperaturregelung am Auflauf <45° C) und thermische Prophylaxe (Legionellenabwehr – Erhitzung aller Leitungen und Armaturen auf >70° C). Als Nebenleistungen fallen die sich anschließenden Maurer- und Fliesenarbeiten an.

P. BH/FH Halle Neuenherweg

- Mehraufwand HJ 2011 30.000 €

Die Halle wird durch den Bauhof und die Feuerwehr Herweg genutzt. Die Toranlagen des Bauhofhallenteiles entsprechen nicht mehr den technischen Vorschriften. Eine Fangseilsicherung fehlt und die Seile sind ankorrodiert. Der Einbau von zwei Sektionaltoren ist daher zwingend notwendig.

Q. Kiga Martin-Luther

- Mehraufwand HJ 2012 25.000 €

Die Ev. Kirchengemeinde hat den Kindergarten zum 31.07.2010 geschlossen. Anschließend wird die Kath. Kirchengemeinde das Gebäude vorübergehend nutzen, da der Kindergarten Am Kamp umgebaut wird. Bis Mitte 2011 wird diese Ausweichmöglichkeit abgeschlossen sein, so dass das Gebäude anschließend abgerissen werden kann.

R. Alle städt.Gebäude

- Mehraufwand HJ 2014 47.700 €

Die Stadt Hückeswagen muss aus gesetzlichen Gründen als Gebäudeeigentümer bis 2015 die Dichtigkeitsprüfungen der Kanalhausanschlüsse ihrer Gebäude überprüfen lassen. Bei Bedarf müssen Sanierungsarbeiten durchgeführt werden; diese sind in den eingeplanten Beträgen noch nicht enthalten. In 2014 soll mit den Arbeiten begonnen werden.

3.3.2.3 Ergebnislage der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS)

In Hückeswagen wurde die Offene Ganztagschule an allen drei Grundschulen mit jeweils zwei Gruppen (á 25 Kinder) sowie an der Erich Kästner Schule mit drei Gruppen (á 12 Kinder) eingeführt. Die Offene Ganztagschule sichert eine Betreuung nach dem regulären Schulunterricht bis 16.00 Uhr. Hauptaugenmerk liegt hier bei der Hausaufgabenbetreuung, der Mittagsverpflegung sowie der kreativen Freizeitgestaltung durch Einbeziehung außerschulischer Angebote. Die Finanzierung der Offenen Ganztagschule erfolgt durch Landes- und Kreiszuschüsse sowie durch Elternbeiträge.

Für die finanzielle Abwicklung der Offenen Ganztagsgrundschule werden im Haushalt der Stadt Hückeswagen separate Teilprodukte geführt. Im Folgenden wird der Teilergebnisplan der Offenen Ganztagsgrundschule dargestellt:

Teilergebnisplan OGGS	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-313.643	-275.280	-321.650	-321.650	-321.650	-321.650
Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-66.848	-74.552	-96.444	-96.444	-96.444	-96.444
Ordentliche Erträge	-380.491	-349.832	-418.094	-418.094	-418.094	-418.094
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	416.461	398.377	432.062	432.062	432.062	432.062
Ordentliche Aufwendungen	416.461	398.377	432.062	432.062	432.062	432.062
Aufwendungen a. int. Leistungsbeziehung	1.236	1.240	1.240	1.240	1.240	1.240
Jahresergebnis	37.206	49.785	15.208	15.208	15.208	15.208

Unter den Positionen Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind die Landes- und Kreiszuschüsse und bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten die Elternbeiträge geplant.

Für die Durchführung der Offenen Ganztagsgrundschule hat die Stadt Hückeswagen als Schulträger entsprechende Institutionen verpflichtet. Im Wesentlichen beinhaltet diese Position die Planwerte bei den Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen. Aufgrund von Tarif- und Preiserhöhungen wurde dieser Ansatz angepasst.

Der Teilergebnisplan für die Offene Ganztagsgrundschule schließt für die nächsten Jahre mit einem Defizit von jeweils rund 15.000 € ab.

Das Defizit konnte im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich verringert werden. Zum einen wurden zum 1.8.2010 die Elternbeiträge erhöht, was zu einer jährlichen Mehreinnahme von ca. 22.000 € führt, zum anderen sind die Landeszuschüsse ab 2011 um jährlich 23.000 € gestiegen.

3.3.3 Haushaltsausgleich

Die neue Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen sieht einen mehrstufigen Aufbau für den Haushaltsausgleich vor.

Gemäß § 75 GO NW ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Dies ist auch dann noch der Fall, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

Die Ausgleichsrücklage ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen. Die Höhe der Einnahmen bemisst sich dabei nach dem Durchschnitt der drei Haushaltsjahre, die dem Eröffnungsbilanzstichtag vorangehen. Der Ausgleichsrücklage können Jahresüberschüsse durch Beschluss nach § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NW zugeführt werden, soweit ihr Bestand nicht den in der Eröffnungsbilanz zulässigen Betrag erreicht hat.

Der Haushalt ist nicht ausgeglichen, wenn das Eigenkapital (in Planung oder Rechnung) über die Ausgleichsrücklage hinaus verringert wird. Dies ist dann der Fall, wenn zur Abdeckung eines Fehlbedarfs eine Verringerung der allgemeinen Rücklage notwendig ist. Die allgemeine Rücklage ist hierbei der Saldo aus dem Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz und den Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz. Der Haushalt ist dann der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrages der Gemeinde eine andere Entscheidung trifft. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Ein Haushaltssicherungskonzept ist dann aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

- der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
- in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
- innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

3.3.4 Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals. Gleichzeitig wird die neue Haushaltsausgleichssystematik mit den aktuellen Zahlen des Gesamtergebnisplanes 2011 mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 dargestellt.

Jahr	PASSIVA (Auszug)	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Jahresergebnis	Verringerung des Eigenkapitals	Erhöhung des Eigenkapitals	Sonstige Änderungen des Eigenkapitals	Stand zu Ende eines Haushaltsjahres	Haushalts-			
								Ausgleich	Genehmigung	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW 1/4 allg. Rückl.	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW 1/20 allg. Rückl.
2008	1. Eigenkapital							Ja	Nein	13.273.283 €	2.654.657 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	53.093.133 €	182.549 €	0 €	0 €	-5.261 €	5087.872 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	1.828.813 €		0 €	182.549 €		2.011.62 €				
	Summe Eigenkapital	54.921.946 €		0 €	182.549 €	-5.261 €	5099.234 €			Nein	Nein
2009	1. Eigenkapital							Nein	Ja	13.271.968 €	2.654.394 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	53.087.872 €	-3.044.353 €	1.032.991 €	0 €	3371 €	52.088.352 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	2.011.362 €		2.011.362 €	0 €		0 €				
	Summe Eigenkapital	55.099.234 €		3.044.353 €	0 €	33.47 €	52.088.352 €			Nein	Nein
2010	1. Eigenkapital							Nein	Ja	13.022.088 €	2.604.418 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	52.088.352 €	-9.916.494 € ^{*)}	9.916.494 €	0 €	€	42.171.858 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	0 €		0 €				
	Summe Eigenkapital	52.088.352 €		9.916.494 €	0 €	0 €	4271.858 €			Nein	Ja
2011	1. Eigenkapital							Nein	Ja	10.542.964 €	2.108.593 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	42.171.858 €	-3.836.118 €	3.836.118 €	0 €	€	38.335.740 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	0 €		0 €				
	Summe Eigenkapital	42.171.858 €		3.836.118 €	0 €	0 €	3835.740 €			Nein	Ja
2012	1. Eigenkapital							Ja	Nein	9.583.935 €	1.916.787 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	38.335.740 €	556.076 € ^{*)}	0 €	0 €	0 €	38.335.740 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	556.076 €		556.076 €				
	Summe Eigenkapital	38.335.740 €		0 €	556.076 €	0 €	38.891.816 €			Nein	Nein
2013	1. Eigenkapital							Nein	Ja	9.583.935 €	1.916.787 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	38.335.740 €	-1.085.853 € ^{*)}	529.777 €	0 €	0 €	73805.963 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	556.076 €		556.076 €	0 €		0 €				
	Summe Eigenkapital	38.891.816 €		1.085.853 €	0 €	0 €	3705.963 €			Nein	Nein
2014	1. Eigenkapital							Ja	Nein	9.451.491 €	1.890.298 €
	1.1 Allgemeine Rücklage	37.805.963 €	406.065 €	0 €	0 €	0 €	37.805.963 €				
	1.2 Ausgleichsücklage	0 €		0 €	406.065 €		406.065 €				
	Summe Eigenkapital	37.805.963 €		0 €	406.065 €	0 €	38.212.028 €			Nein	Nein

*) Für das Jahr 2010 handelt es sich um den Planwert für das Jahresergebnis laut Haushaltsplan 2010. Insgesamt wird für die Besonderheiten bei den Jahresergebnissen für die Jahre 2010, 2012 und 2013 auf den Punkt 3.5 Zusammenfassung verwiesen.

3.3.5 Gesamtfinanzplan

Der Gesamtfinanzplan schließt im Jahr 2011 mit einem Ergebnis an liquiden Mitteln von 12.398.526 € ab (Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit). Bis zum Jahr 2014 addiert sich dieser Kassenfehlbestand auf rd. 16,6 Mio. €.

Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Hier spiegeln sich die kassenwirksamen Erträge und Aufwendungen des Gesamtergebnisplanes als Ein- und Auszahlungen wieder. Der Saldo beträgt hier 4.069.874 €.

Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Gegenüberstellung der Investitionszuwendungen und der Einzahlungen aus der Veräußerung von Anlagevermögen zu den Auszahlungen für Grundstücke und Gebäude, Baumaßnahmen sowie für bewegliches Vermögen weist ein Finanzierungssaldo von -162.940 € aus. Dieser Betrag ist um die Erträge der verschiedenen Investitionspauschalen zu bereinigen (siehe hierzu nachstehende Tabelle zur Ermittlung des Kreditbedarfs).

Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Die Gegenüberstellung der Krediteinplanung sowie der sonstigen Darlehensrückflüsse zu den Tilgungsleistungen ergibt ein negatives Saldo von 837.000 €.

Ermittlung des Kreditbedarfs

Die Beträge der Zeile 33 des Gesamtfinanzplanes „Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen“ setzen sich wie folgt zusammen:

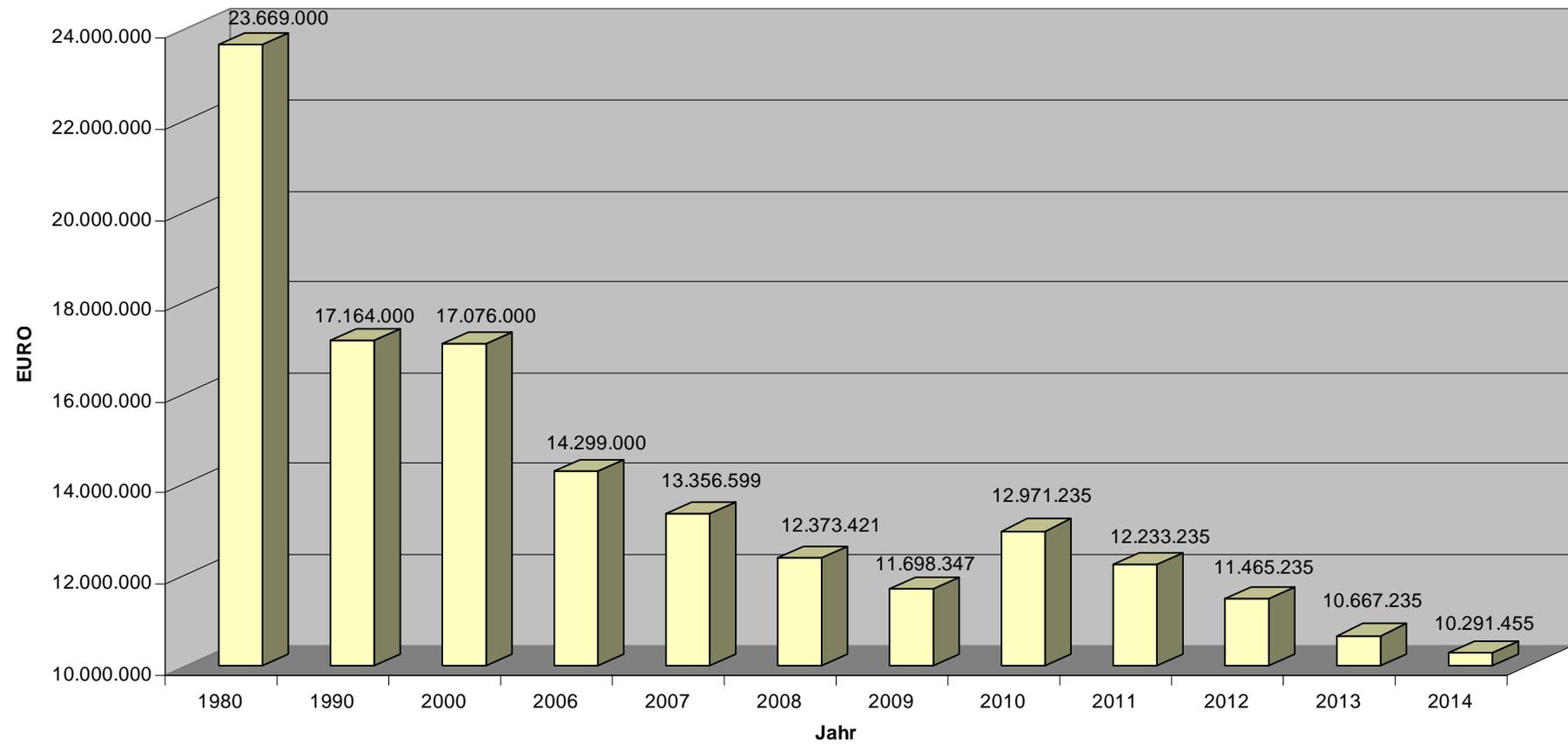
<u>Ermittlung des Kreditbedarfs</u>					
	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Saldo aus Investitionstätigkeit = vorläufiger Kreditbedarf	-1.924.388,00 €	162.940,00 €	41.280,00 €	287.480,00 €	21.080,00 €
Korrekturen durch:					
Sportpauschale	-16.000,00 €	-41.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-41.000,00 €
Feuerwehrrpauschale	-22.500,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	-40.000,00 €	0,00 €
Schul- und Bildungspauschale	0,00 €	0,00 €	-40.700,00 €	-131.900,00 €	-191.300,00 €
Erlöse aus Immobilienverkäufen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
tatsächliche Kreditermächtigung (=Satzungswert)	-1.962.888,00 €	111.940,00 €	580,00 €	115.580,00 €	-211.220,00 €
Umschuldungskredite	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-909.150,00 €	-3.779.574,00 €
Kreditermächtigung (=SAP-Wert)	-1.962.888,00 €	111.940,00 €	580,00 €	-793.570,00 €	-3.990.794,00 €
Rückflüsse Darlehen (Leibrenten)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Aufnahme von Krediten	-1.962.888,00 €	111.940,00 €	580,00 €	-793.570,00 €	-3.990.794,00 €

Im Planungsjahr nicht verbrauchte zweckgebundene Investitionspauschalen (Zuführung zu den sonstigen Verbindlichkeiten) führen zu einer Erhöhung des Kreditbedarfs. Reicht im Planungsjahr eine zweckgebundene Investitionspauschale nicht zur Deckung von Investitionsauszahlungen (auch unter Berücksichtigung von konsumtivem Aufwand), führt eine Auflösung der sonstigen Verbindlichkeiten zu einer Verringerung des Kreditbedarfs.

3.3.6 Schuldenübersicht

<i>Entwicklung der Schulden</i>						
	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Schuldenstand am 01.01.	12.373.421 €	11.698.347 €	12.971.235 €	12.232.235 €	11.465.235 €	10.667.235 €
+ Kreditaufnahmen (für Investitionen)	0 €	1.962.888 €	0 €	0 €	0 €	12.220 €
+ Kreditaufnahmen (für Umschuldungen)		0 €	0 €	0 €	910.000 €	3.781.000 €
- Tilgung (ordentliche Tilgung)	675.074 €	690.000 €	738.000 €	760.000 €	798.000 €	587.000 €
- Tilgung (für Umschuldungen)		0 €	0 €	0 €	910.000 €	3.781.000 €
= Nettoneuverschuldung	-675.074 €	1.272.888 €	-738.000 €	-768.000 €	-798.000 €	-375.780 €
Schuldenstand am 31.12.	11.698.347 €	12.971.235 €	12.233.235 €	11.465.235 €	10.667.235 €	10.291.455 €

Entwicklung der Schulden



3.3.7 Wesentliche Investitionsmaßnahmen

Investive Maßnahmen ab einer Gesamtsumme i.H.v. 10.000 € werden einzeln veranschlagt, Investitionen unterhalb dieser Wertgrenze werden gesammelt dargestellt. Im Haushaltsplan finden sich hier die Hinweise "Investitionsmaßnahme oberhalb der festgesetzten Wertgrenze" bzw. "Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze".

Für die unten aufgeführten Beschaffungen des Bauhofs gilt, dass sie nur zum Tragen kommen, wenn und soweit die Untersuchungen aus dem Projekt Shared Services dies auch bestätigen.

Als wesentliche Investitionsauszahlungen des Haushaltsplans 2011 sind folgende Maßnahmen zu nennen:

Stadtstraße (Investitionsobjekt - Nr. 5000048)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung		-2.492.700,00				
Auszahlung		3.561.000,00				
Saldo		1.068.300,00				

Die Stadt Hückeswagen baut eine städtische Hauptverkehrsstraße. Diese wird zu einer Entlastung der hoch belasteten Ortsdurchfahrt der B 237 (Bahnhofstraße) führen. Es wird damit möglich, die städtebauliche Zäsur durch die Bundesstraße zu überwinden und so ein Zusammenwachsen von historischer Altstadt und neuem Zentrum zu ermöglichen. Die Maßnahme ist eingebunden in eine Perspektive für die städtebauliche Entwicklung der Innenstadt. Die Planung sieht vor, auf den heutigen Gleisanlagen nordöstlich des Etapler Platzes eine neue Straße zu bauen, die nördlich des Kreisverkehrs an der Montanusstraße von der Peterstraße abzeigt und in einem neuen fünfarmigen Knotenpunkt Bachstraße / Bergstraße / Mühlenweg / Rader Straße / Stadtstraße endet. Im Zuge dieser Maßnahme ist ebenfalls der Umbau des Knotens Bachstraße / Bahnhofstraße erforderlich. Der Etapler Platz wird über einen weiteren Kreisverkehrsplatz auf Höhe der Einmündung der heutigen Ladestraße zum Etapler Platz angebunden.

Mit Bescheid vom 09.11.2009 wurde eine 70 %-tige Förderung bewilligt.

Der für die Stadt investive Teil der Maßnahme ist als kommunaler Straßenneubau im Investitionsplan mit Planungs-, Baukosten und den dazugehörigen Zuschüssen für die Jahre 2009- 2010 eingeplant. Da der fünfarmige Kreisverkehr eine Maßnahme an einer Bundesstraße ist, wird der überwiegende Teil von StraßenNRW finanziert. Die Stadt baut auch diesen Knoten vollständig und erhält den Anteil von StraßenNRW als Erstattung.

Maßstab der Kostenteilung sind die Breiten der zuführenden Straßen. Die von Straßen NRW finanzierten Anteile der Maßnahme werden bei der Stadt im Umlaufvermögen bis zum Jahr 2011 geführt (siehe Punkt 3.9.9 Maßnahme im Umlaufvermögen).

Straße Brunsbachtal (Investitionsobjekt - Nr. 5000145)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						-937.500,00
Auszahlung		10.000,00	10.000,00	116.000,00	80.000,00	1.360.000,00
Saldo		10.000,00	10.000,00	116.000,00	80.000,00	422.500,00

Im Bereich der Kölner Straße befinden sich drei Schulen und zwei Kindergärten. In den Spitzenzeiten führt die Verkehrsbelastung auf der Kölner Straße regelmäßig zu chaotischen Verhältnissen, die eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer, vor allem der Schüler, zur Folge hat. Eine Nord-Süd-Verbindung zwischen der B 237 und der Kölner Straße besteht nicht, so dass der größte Teil des Verkehrs auf der Kölner Straße über den Altstadtbereich abgewickelt werden muss. Die Kölner Straße ist aufgrund ihrer Dimensionierung nicht geeignet, über 2.000 Fahrzeuge pro Tag aufzunehmen.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 05.09.2006 den Beschluss gefasst, mit der Variante 5 eine Straßenverbindung zwischen der Straße Zum Sportzentrum und der Kölner Straße zu planen, um einen Lückenschluss im städtischen Verkehrsnetz herzustellen. Am 11.03.2008 hat der Rat den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 74 "Verbindungsstraße Brunsbachtal" gefasst. Die Bezirksregierung hat im Juli 2010 mitgeteilt, dass das Vorhaben ab 2014 im mittelfristigen Programm enthalten ist. In den Jahren 2012 und 2013 soll die Bauleitplanung durchgeführt werden (Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächenutzungsplanes). Im Jahr 2011 ist ein Betrag in Höhe von 10.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 690.000 € für den nötigen Grunderwerb eingeplant, um ggf. einen Optionsvertrag mit dem jetzigen Grundstückseigentümer schließen zu können. Durch die um ein Jahr verschobene Neueinplanung der Maßnahme verfällt der alte Ansatz von 10.000 € im Haushaltsjahr 2010.

Der Baubeginn ist für das Jahr 2014 vorgesehen, im Jahr 2015 soll die Baumaßnahme voraussichtlich abgeschlossen werden.

Anliegerweg Friedrichstraße (Investitionsobjekt - Nr. 5000065)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung					-160.000,00	
Auszahlung				36.000,00	144.000,00	
Saldo				36.000,00	-16.000,00	

Aufgrund des Baus der Stadtstraße werden in erheblichem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen gebunden. Deshalb ist der für ursprünglich 2009 / 2010 geplante Ausbau als erstmalige Herstellung der äußeren Erschließung gem. BauGB als beitragspflichtige Maßnahme nicht möglich. Trotz des schlechten Straßenzustands ist die Maßnahme nun erst für die Jahre 2012 / 2013 vorgesehen. Die Gesamtbaukosten betragen voraussichtlich 180.000 €. Für 2012 sind zunächst Leistungen für die Planungskosten vorgesehen. Bis zum Ausbau wird die Unterhaltung nur in solchem Umfang erfolgen, dass die Verkehrssicherungspflicht erfüllt ist.

Geh- und Radweg Bahntrasse (Investitionsobjekt - Nr. 5000231)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Einzahlung		-699.400	-1.302.000,00	-262.000,00		
Finanzierung durch allg. IVP*) aus Vorjahren				-135.000,00		
Auszahlung		932.500	1.735.960,00	397.000,00		
Saldo		233.100	433.960,00	0,00		

*) Allgemeine Investitionspauschale

Als Leitfaden für das „Wasserquintett“ wurden ein Projektdossier und ein Maßnahmenkatalog durch das Projektkonsortium erstellt, um als Regionale2010-Projekt den A-Stempel zu erhalten. Dieser Maßnahmenkatalog wurde von den vier kommunalen Fachausschüssen und dem Kreisentwicklungsausschuss im November 2007 als Projektarchitektur beschlossen. Am 21. Juni 2008 wurde das „Wasserquintett“ als A-Projekt qualifiziert und kann damit vielfache Fördermittel des Landes beantragen. Die erforderlichen städtischen Eigenanteile müssen jedoch als Anteilsfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt „Bahntrassenweg“ ist ein wesentliches Projekt des „Wasserquintetts“. Die Freistellung (Endwidmung) der Bahntrasse ist bereits erfolgt. Die beteiligten Kommunen des Wasserquintetts haben im Juni 2008 einen Fördermittelantrag für dieses Projekt gestellt. Die BEG (Bahnentwicklungsgesellschaft) unterstützt das Vorhaben und hat bereits erreicht, dass die Kosten für einige Bauabschnitte zu 100 % durch den Bund als Stra-

ßenbaulastträger übernommen werden. Dennoch verbleibt ein großer Streckenabschnitt in der Baulast der Stadt Hückeswagen. Die Förderung durch das Land erfolgt mit einem Fördersatz von 75 % mit GVFG-Mitteln, da das „Wasserquintett“ den A-Stempel als Regionale 2010-Projekt erhalten hat.

Der Grunderwerb wurde im Jahr 2009 getätigt. Der erste Bauabschnitt von Hückeswagen nach Wipperfürth wurde in 2010 fertig gestellt. Der dritte Teilabschnitt von Hückeswagen Richtung Remscheid - Lennep konnte in 2010 noch nicht fertig gestellt werden und soll nun in 2011 gebaut werden. Der zweite Bauabschnitt betrifft lediglich die Gemeinde Marienheide. Da die Fördermittel nur bewilligt werden, wenn eine Kommune die Antragsstellung, federführende Bearbeitung und Bauleitung übernimmt, haben sich die beteiligten Kommunen darauf geeinigt, dass die Stadt Wipperfürth diese Rolle übernimmt.

Die Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (BEG) hat 2007 eine erste, sehr pauschale Kostenschätzung zum Umbau der Gleisstrecke in einen Rad-/Gehweg angestellt. Die Berechnungsgrundlagen für die Kostenschätzung waren aufgrund noch fehlender Erfahrung in der Umsetzung solcher Projekte eher dürftig. In Ermangelung anderer Erkenntnisse wurden diese Zahlen als Grundlage für den Förderantrag und die Haushaltsplanung verwendet.

Die Stadt Wipperfürth hat als Projektverantwortliche danach ein Ingenieurbüro damit beauftragt, die Kosten zu überarbeiten. Diese veränderten Kosten lagen höher als die Zahlen der BEG, der Förderantrag wurde daher in seiner Kostenschätzung korrigiert und der Bezirksregierung Köln 2009 nachgemeldet. Die im Haushalt der Stadt Hückeswagen angemeldeten Mittel blieben zunächst unverändert, um die tatsächliche Kostenentwicklung abbilden zu können.

Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes in 2010 erfolgte die vorläufige Abrechnung zum Jahresende. Im Haushalt waren ausreichend Mittel eingestellt, da der erste und der dritte Abschnitt in Summe veranschlagt waren. Nach der Abrechnung erfolgte die Kostenkontrolle und Hochrechnung durch die Verwaltung der Stadt Hückeswagen. Danach sind die Baukosten tatsächlich höher als von der BEG veranschlagt, liegen jedoch in den abgewickelten Baumaßnahmen unter denen, die das Ingenieurbüro ermittelt hatte.

Gleichwohl ergibt sich aus der Kostensteigerung ein höherer Finanzbedarf. Insgesamt sind die Kosten von der ersten Projektidee der BEG bis zur Baufertigstellung lediglich rund 14,8 % gestiegen. Angesichts der Unwägbarkeiten in diesem Projekt ist dies als sehr moderat zu betrachten. Die Steigerung des Eigenanteils für die Stadt Hückeswagen für alle drei Bauabschnitte einschließlich Tunnelanierung beläuft sich auf rund 135.000 €. Angesichts eines Finanzvolumens von über 3 Mio. für das gesamte Projekt ist dies ein überschaubarer Betrag.

Darin enthalten sind rund 550.000 € für die Sanierung des Tunnels (Planung und Bau). Da die Bestandsaufnahme zu den Fledermäusen noch nicht abgeschlossen ist, daraus ggf. resultierende Schutzmaßnahmen noch nicht entwickelt wurden und eine genaue Untersuchung des Tunnelbaus noch nicht begonnen wurde, ist die Kostensicherheit bei dieser Position als niedrig einzustufen.

Vor dem Hintergrund eines Haushalts sicherungskonzeptes müssen für die Finanzierung von investiven Maßnahmen vor einer Kreditfinanzierung zunächst vorhandene Mittel aus Investitionspauschalen für eine Finanzierung eingesetzt werden. In Anbetracht dieser Notwendigkeit sind Mittel der allgemeinen Investitionspauschale aus Vorjahren als investive Einzahlung planerisch zugeordnet worden.

Wegebau Rundweg Bevertalsperre (Investitionsobjekt - Nr. 5000266)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung			-50.000,00	-50.000,00		
Finanzierung durch allg. IVP*) aus Vorjahren			-12.000,00			
Auszahlung			62.500,00	62.500,00		
Saldo			0,00	12.500,00		

*) Allgemeine Investitionspauschale

Als Leitfaden für das Wasserquintett wurden ein Projektdossier und ein Maßnahmenkatalog durch das Projektkonsortium erstellt, um als Regionale-2010-Projekt den A-Stempel zu erhalten. Dieser Maßnahmenkatalog wurde von den vier kommunalen Fachausschüssen und dem Kreisentwicklungsausschuss im November 2007 als Projektarchitektur beschlossen. Am 21. Juni 2008 wurde das Wasserquintett als A-Projekt qualifiziert und kann damit vielfache Fördermittel des Landes beantragen. Die erforderlichen städtischen Eigenanteile müssen jedoch als Anteilfinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Mehrere Einzelprojekte im „Wasserquintett“ befassen sich mit der Schaffung von neuen Wegeverbindungen. In Hückeswagen sollen vor allem an der Bever neue Verknüpfungen von Wanderwegen geschaffen, bzw. Teilstücke neu ausgebaut werden.

Die zu bauenden Wege befinden sich im Bereich Mickenhagen auf dem Zeltplatz unterhalb des Wochenendplatzes Beverblick. Hier fehlt noch eine Verknüpfung des neu ausgebauten Weges von der der Zornigen Ameise in Richtung Käfernberg, direkt am Ufer entlang. Dieses Teilstück hat eine Länge von etwa 230 m. Eine weitere Wegeverbindung verläuft im Bereich Wefelsen vom Fritz –Perls –Institut in Richtung Wuppertaler Seglerverein. Die Förderung durch das Land erfolgt voraussichtlich mit einem Fördersatz von 80 % mit "Fördermittel Naturschutz" (FÖNA-Mitteln). Sollte eine Landesförderung nicht erfolgen können, sollen für die vorgesehenen Eigenanteile Wegestücke realisiert werden.

Vor dem Hintergrund eines Haushalts sicherungskonzeptes müssen für die Finanzierung von investiven Maßnahmen vor einer Kreditfinanzierung zunächst vorhandene Mittel aus Investitionspauschalen für eine Finanzierung eingesetzt werden. In Anbetracht dieser Notwendigkeit sind Mittel der allgemeinen Investitionspauschale aus Vorjahren als investive Einzahlung planerisch zugeordnet worden.

Erwerb Ersatz Renault Pritsche Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000190)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung			-1.000,00			
Auszahlung			35.000,00			
Saldo			34.000,00			

Die bisherige Renault Pritsche ist Baujahr 2000. Durch die starke Beanspruchung und bedingt durch das Fahrzeugalter kommt es vermehrt zu Reparaturen, weshalb das Fahrzeug in 2011 ersetzt werden soll.

Erwerb neues Fahrzeug für alten Unimog Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000194)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung			-30.000,00			
Finanzierung durch allg. IVP*) aus Vorjahren			-90.000,00			
Auszahlung			120.000,00			
Saldo			0,00			

*) Allgemeine Investitionspauschale

Die ursprünglich für 2009 geplante Ersatzbeschaffung für den Mercedes Unimog ist in Anbetracht der aktuellen großen Investitionsmaßnahmen (z.B. Stadtstraße) und wegen "Shared Services" auf 2011 verschoben worden. Als kalkulierten Verkaufserlös sind 30.000 € als investive Einzahlung eingeplant. Der Empfehlung von Deckert Consulting im Rahmen des Projektes „Shared Services“ wird ausdrücklich gefolgt – das neu zu beschaffende Fahrzeug wird kein Unimog.

Vor dem Hintergrund eines Haushalts sicherungskonzeptes müssen für die Finanzierung von investiven Maßnahmen vor einer Kreditfinanzierung zunächst vorhandene Mittel aus Investitionspauschalen für eine Finanzierung eingesetzt werden. In Anbetracht dieser Notwendigkeit sind Mittel der allgemeinen Investitionspauschale aus Vorjahren als investive Einzahlung planerisch zugeordnet worden.

Erwerb Ersatz Streuer Ersatzfahrzeug Unimog Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000186)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung			40.000,00			
Saldo			40.000,00			

Der Ersatz des Streuers steht in Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung für den Mercedes Unimog und wurde deshalb ebenfalls auf das Jahr 2011 verschoben.

Erwerb Ersatz Ford Kanalwagen Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000196)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung			45.000,00			
Saldo			45.000,00			

Der bisherige Ford Kanalwagen ist Baujahr 1996. Bedingt durch das hohe Alter ist das Fahrzeug sehr reparaturanfällig. Ein Ersatz ist für das Jahr 2011 geplant.

Erwerb Ersatz Aufsitzmäher Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000212)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Finanzierung durch allg. IVP*) aus Vorjahren			-15.000,00			
Auszahlung			20.000,00			
Saldo			5.000,00			

*) Allgemeine Investitionspauschale

Der bisherige Aufsitzmäher stammt aus dem Jahr 2005. Aufgrund bisheriger Erfahrungen muss davon ausgegangen werden, dass der Mäher in 2011 verschlissen ist und ersetzt werden muss.

Vor dem Hintergrund eines Haushaltsicherungskonzeptes müssen für die Finanzierung von investiven Maßnahmen vor einer Kreditfinanzierung zunächst vorhandene Mittel aus Investitionspauschalen für eine Finanzierung eingesetzt werden. In Anbetracht dieser Notwendigkeit sind Mittel der allgemeinen Investitionspauschale aus Vorjahren als investive Einzahlung planerisch zugeordnet worden.

Erwerb Ersatz Auslegearm f. Schlepper Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000213)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung			30.000,00			
Saldo			30.000,00			

Der bisherige Auslegearm für den Schlepper stammt aus dem Jahr 2000. Aufgrund des jetzigen Zustandes des Gerätes muss davon ausgegangen werden, dass der Auslegearm in 2011 verschlissen ist und ersetzt werden muss.

Erwerb Ersatz Gazelle Kipper Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000216)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung				30.000,00		
Saldo				30.000,00		

Die bisherige Gazelle Kipper ist Baujahr 2005. Durch die starke Beanspruchung und bedingt durch das Fahrzeualter ist davon auszugehen, dass das Fahrzeug bis 2012 verschlissen ist und ersetzt werden muss.

Erwerb LKW Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000218)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung					85.000,00	
Saldo					85.000,00	

Der bisherige LKW ist Baujahr 2005. Aufgrund der Beanspruchungen und des Fahrzeualters ist davon auszugehen, dass es in den Jahren bis 2013 vermehrt zu Reparaturen kommen wird. Eine Ersatzbeschaffung ist für das Jahr 2013 eingeplant.

Erwerb Ersatz Gazelle Kipper Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000219)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung					35.000,00	
Saldo					35.000,00	

Die bisherige Gazelle Kipper ist Baujahr 2006. Durch die starke Beanspruchung und bedingt durch das Fahrzeualter ist davon auszugehen, dass das Fahrzeug bis 2013 verschlissen ist und ersetzt werden muss.

Erwerb Ersatz Streuer f. LKW Bauhof (Investitionsobjekt - Nr. 5000226)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung					60.000,00	
Saldo					60.000,00	

Der bisherige Streuer stammt aus dem Jahr 2005. Der Ersatz des Streuers steht in Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung für den LKW.

Erwerb Ersatz Feuerwehr Einsatzleitwagen (Investitionsobjekt - Nr. 5000294)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung			-30.000,00			
Auszahlung			30.000,00			
Saldo			0,00			

Ein Einsatzleitwagen dient der Feuerwehr für die Führung und Koordination von taktischen Einheiten. Des Weiteren dient er der Einsatzleitung zum Transport und zur Abwicklung des Funkverkehrs an der Einsatzstelle, zwischen den Einsatzstellen und zu höheren Führungseinrichtungen. Ein Einsatzleitwagen muss aus den vorgenannten Gründen jederzeit betriebsbereit vorgehalten werden.

Die Ersatzbeschaffung des Einsatzleitwagens ist erforderlich, da der jetzige Wagen bereits 15 Jahre alt ist. Durch das Fahrzeualter kommt es deshalb vermehrt zu Reparaturen. Diese können oftmals nur schwer ausgeführt werden, da zum Teil keine Ersatzteile mehr für dieses Fahrzeug hergestellt werden.

Die Einzahlung resultiert aus der Verwendung der Feuerschutzpauschale. Hierzu wird auf die gesonderte Darstellung der Feuerschutzpauschale im Vorbericht verwiesen.

Energetische Sanierung EKS (Investitionsobjekt - Nr. 5000302)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung		-1.043.242,00	-277.360,00			
Finanzierung durch allg. IVP*) aus Vorjahren			-727.500,00			
Auszahlung		1.500.000,00	1.005.000,00			
Saldo		456.758	140,00			

*) Allgemeine Investitionspauschale

Das Gebäude der EKS wurde 1960 als Verbandsberufsschulgebäude errichtet. Die Räumlichkeiten wurden in zwei Abschnitten bis 1999 von der EKS übernommen und nur geringfügig für die veränderte Nutzung angepasst. Die Stahlbetonskelettkonstruktion mit gemischter Massivbauweise wurde über drei Etagen mit einem Satteldach versehen. Bis auf die aufgelegte Wärmedämmung im DG sind die Fassaden ungedämmt.

Der Innenausbau stammt bis auf einzelne Oberböden aus der Errichtungszeit. Bei den Fensteranlagen an der Südseite handelt es sich um Alufenster, die Nordseite besteht aus den ursprünglichen Holzfenstern. Das Gebäude ist einhüftig erschlossen und über zwei massive Treppenhäuser zu begehren. Das Gebäude soll nach dem Umbau zur Anpassung des Raumbedarfs eine grundlegende energetische Sanierung erhalten. Als einzelne Maßnahmen sind geplant:

- Energetische Sanierung durch Dämmung aller Hüllflächen auf einen Bauzustand, der die Forderungen der EnEV 2007 entspricht
- Erneuerung der technischen Betriebsanlagen im Bereich der Heizung, Elektro- und Sanitärinstallation, soweit erforderlich
- Entfernen der Südfassade (Fensteranlagen und Mauerwerksausfachung)
- Abbruch der Natursteinfassade in den Giebelbereichen
- Errichtung einer gedämmten Vorhangfassade inkl. Fensteranlagen an der Südseite
- Erneuerung der Fenster inkl. Wärmedämmputz an der Nordfassade
- Ggf. vorübergehende Unterbringung der Schule während der Bauphase

Außerdem sind die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchzuführen. Der Rat der Stadt Hückeswagen hat beschlossen, für diese Maßnahmen die Mittel aus dem Konjunkturpaket II im Bildungsbereich vollständig zu verwenden.

Die im Haushaltplan 2010 eingeplanten Mittel für 2012 sind in das Jahr 2011 vorgezogen worden. Die Maßnahme soll vollständig in 2011 abgeschlossen werden.

Bei der Kalkulation der Maßnahme ist davon ausgegangen worden, dass die vorhandene Einrichtung des naturwissenschaftlichen Raumes (Experimenttisch, Energiesäulen, Zu- und Abführungen von Wasser, Gas und Elektro etc.) erhalten werden konnte. Im Verlauf der Maßnahme hat sich gezeigt, dass die Einrichtung den heutigen sicherheitstechnischen Anforderungen nicht mehr genügt und ersetzt werden muss. Hierfür sind in 2011 zusätzlich 55.000 € eingeplant.

Vor dem Hintergrund eines Haushaltsicherungskonzeptes müssen für die Finanzierung von investiven Maßnahmen vor einer Kreditfinanzierung zunächst vorhandene Mittel aus Investitionszuschüssen für eine Finanzierung eingesetzt werden. In Anbetracht dieser Notwendigkeit sind Mittel der allgemeinen Investitionszuschüsse aus Vorjahren als investive Einzahlung planerisch zugeordnet worden.

Erneuerung öffentliche Toilette Bever (Investitionsobjekt - Nr. 5000329)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung				50.000,00		
Saldo				50.000,00		

Im Bereich der „Zornigen Ameise“ befindet sich neben der Liegewiese eine Toilettenanlage. Dabei handelt es sich um einen Fertigelementcontainer mit Damen- und Herrentoilette, der auf der Abdeckung einer Pumpenanlage aufgestellt wurde. Der Container ist aus den 70er Jahren und wird für die Badesaison geöffnet. Durch Verschleiß und permanente Zerstörung ist es nicht mehr möglich, die Benutzung des Containers aufrecht zu erhalten. Die abgängige Toilettenanlage sollte daher vollständig erneuert werden.

Absauganlage Feuerwehr Straßweg (Investitionsobjekt - Nr. 5000330)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung				15.000,00		
Saldo				15.000,00		

Aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen ist der Einbau einer Abgasabsauganlage in der Fahrzeughalle der Feuerwehr Straßweg erforderlich.

Absauganlage Feuerwehr Holte (Investitionsobjekt - Nr. 5000333)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung			15.000,00			
Saldo			15.000,00			

Aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen ist der Einbau einer Abgasabsauganlage in der Fahrzeughalle der Feuerwehr Holte erforderlich.

Erwerb Telefonanlage (Investitionsobjekt - Nr. 5000331)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung						
Auszahlung				50.000,00		
Saldo				50.000,00		

Der Mietvertrag für die derzeitige Telefonanlage läuft zum 31.12.2011 aus. Derzeitige Überlegungen sehen einen möglichen Kauf einer neuen Telefonanlage vor. Die Überlegungen sind bisher noch nicht entgeltlich abgeschlossen. Entsprechende Beratungsgespräche stehen in 2011 an. Eine Entscheidung fällt im zweiten Quartal 2011.

Parkplatz Stadtstraße (Investitionsobjekt - Nr. 5000334)						
Finanzpositionen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einzahlung			-70.200,00			
Auszahlung			70.200,00			
Saldo			0,00			

Im B-Plan 54 ist die Fläche zwischen Lärmschutzwand und Wohnbebauung „Am Schwarzen Weg“ als Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Die Herstellung des Parkplatzes ist erforderlich, um langfristig ausreichend Parkraum zur Verfügung stellen zu können. Die Deckung der investiven Auszahlungen erfolgt aus Mitteln vereinnahmter Stellplatzablösebeträge.

3.3.8 Zweckgebundene Investitionspauschalen

Die Stadt Hückeswagen erhält neben der allgemeinen Investitionspauschale auch zweckgebundene Investitionspauschalen, und zwar

- die Schul- und Bildungspauschale
- die Sportpauschale
- die Feuerschutzpauschale

Die Verwendung der zweckgebundenen Pauschalen wird nachstehend tabellarisch dargestellt.

<u>Einsatz der Schul- und Bildungspauschale</u>					
	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Höhe Schul- und Bildungspauschale :	-428.000,00 €	-431.000,00 €	-431.000,00 €	-431.000,00 €	-431.000,00 €
Summe der investiven Auszahlungen :	166.192,00 €	349.560,00 €	47.200,00 €	48.000,00 €	48.000,00 €
Verbleibende Pauschale nach Investitionen :	-261.808,00 €	-81.440,00 €	-383.800,00 €	-383.000,00 €	-383.000,00 €
Summe der konsumtiven Aufwendungen :	698.600,00 €	383.100,00 €	343.100,00 €	251.100,00 €	191.700,00 €
Verbleibende Pauschale nach Investitionen/Aufwand :	436.792,00 €	301.660,00 €	-40.700,00 €	-131.900,00 €	-191.300,00 €
Auflösung Verbindlichkeiten Schulpauschale (investiv)					
Auflösung Verbindlichkeiten Schulpauschale (konsumtiv)	-436.792,00 €	-301.660,00 €			
Saldo Pauschale im Geschäftsjahr zum 31.12. :	0,00 €	0,00 €	-40.700,00 €	-131.900,00 €	-191.300,00 €
Zuführung zu den sonstigen Verbindlichkeiten	0,00 €	0,00 €	-40.700,00 €	-131.900,00 €	-191.300,00 €
Bestand der Bilanz bei der Position "Sonstige Verbindlichkeiten" zum 31.12.	-301.660,58 €	-0,58 €	-40.700,58 €	-172.600,58 €	-363.900,58 €

<u>Einsatz der Sportpauschale</u>					
	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Höhe Sportpauschale :	-43.500,00 €	-43.500,00 €	-43.500,00 €	-43.500,00 €	-4500,00 €
Summe der investiven Auszahlungen :	27.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €
Verbleibende Pauschale nach Investitionen :	-16.000,00 €	-41.000,00 €	-41.000,00 €	-41.000,00 €	-4100,00 €
Summe der konsumtiven Aufwendungen :	0,00 €	0,00 €	5000,00 €	80.000,00 €	0,00 €
Verbleibende Pauschale nach Investitionen/Aufwand :	-16.000,00 €	-41.000,00 €	9.000,00 €	39.000,00 €	-41.000,00 €
Auflösung Verbindlichkeiten Sportpauschale (investiv)					
Auflösung Verbindlichkeiten Sportpauschale (konsumtiv)			-9.000,00 €	-39.000,00 €	
Saldo Pauschale im Geschäftsjahr zum 31.12. :	-16.000,00 €	-41.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-41.000,00 €
Zuführung zu den sonstigen Verbindlichkeiten	-16.000,00 €	-41.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-41.000,00 €
Bestand der Bilanz bei der Position "Sonstige Verbindlichkeiten" zum 31.12.	-16.700,17 €	-57.700,17 €	-48.700,17 €	-9.700,17 €	-5000,17 €

<u>Einsatz der Feuerschutzpauschale</u>					
	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Höhe Feuerschutzpauschale :	-40.000,00 €	-40.000,00 €	-40.000,00 €	-40.000,00 €	-40.000,00 €
Summe der investiven Auszahlungen :	17.500,00 €	30.000,00 €	60.000,00 €	0,00 €	210.000,00 €
Verbleibende Pauschale nach Investitionen :	-22.500,00 €	-10.000,00 €	20.000,00 €	-40.000,00 €	170.000,00 €
Auflösung Verbindlichkeiten Feuerschutzpauschale (investiv)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Saldo Pauschale im Geschäftsjahr zum 31.12. :	-22.500,00 €	-10.000,00 €	20.000,00 €	-40.000,00 €	170.000,00 €
Saldo Pauschale gesamt zum 31.12. :	219.001,30 €	209.001,30 €	229.001,30 €	189.001,30 €	359.001,30 €
Die Zuwendungen der Folgejahre können auf die Investitionen der Vorjahre angerechnet werden.					
Zuführung zu den sonstigen Verbindlichkeiten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bestand der Bilanz bei der Position "Sonstige Verbindlichkeiten" zum 31.12.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

3.3.9 Wesentliche Maßnahmen im Bereich des Umlaufvermögens

Zum Umlaufvermögen gehören die Vermögensgegenstände, die sich nicht dauerhaft im Eigentum der Stadt befinden, sondern umgesetzt werden sollen. Die betreffenden Vermögensgegenstände dienen nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb. Der Bestand ist geprägt durch häufige Zu- und Abgänge. Bei der Stadt Hückeswagen werden zurzeit das Gewerbegebiet West2 (Winterhagen-Scheideweg), und Teile der Stadtstraße im Umlaufvermögen geführt. Die Erträge für Vermögensabgänge (Verkäufe bei Gewerbegebiet West2 bzw. Erstattungen im Bereich Stadtstraße von StraßenNRW) sind im Ergebnisplan bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** (siehe Konto 451600 Veräußerung Erschließungsmaßnahmen) veranschlagt.

Produktgruppe 1.51.02 (Räumliche Entwicklung)

Gewerbegebiet West 2 (Winterhagen-Scheideweg)				
Finanzpositionen	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Auszahlung	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	120.000,00

Die Stadt Hückeswagen entwickelt und erschließt seit 1998 das Gewerbegebiet West 2 (Winterhagen - Scheideweg). Die Refinanzierung erfolgt über den Verkauf der erschlossenen Gewerbegrundstücke. Ca. 3/4 der Grundstücke sind vermarktet. Die Roherschließung ist nahezu abgeschlossen. Es fehlen noch die abschließende Herstellung einzelner Baustraßen und die erforderlichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen.

Produktgruppe 1.54.01 (Gemeindestraßen)

Stadtstraße (Knoten Bachstraße)				
Finanzpositionen	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Auszahlung	731.000,00 €			

Die Stadt Hückeswagen betreibt den Bau einer städtischen Hauptverkehrsstraße, die zu einer Entlastung der hoch belasteten Ortsdurchfahrt der B 237 (Bahnhofstraße) führen soll (siehe Punkt 3.3.7 Wesentliche Investitionsmaßnahmen). Die beiden oben genannten Baumaßnahmen sind Maßnahmen an einer Bundesstraße und werden deshalb überwiegend von StraßenNRW finanziert. Die Stadt baut vollständig und erhält die Anteile von StraßenNRW als Erstattung zurück.

3.3.10 Haushaltsvermerke zur Ausführung des Haushaltsplanes

Budgetierung

Die Budgets werden auf der Ebene der Produktgruppen sowohl bei den Teilergebnis- wie auch bei den Teilfinanzplänen gebildet. Bei den Budgets handelt es sich grundsätzlich um so genannte Aufwandsbudgets.

Darüber hinaus wird ein Budget für die Personal- und Versorgungsaufwendungen gebildet. Ergeben sich aus der Auflösung von Bilanzpositionen im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen Mehrerträge so berechtigen diese zu Mehraufwendungen bzw. –auszahlungen in diesem Bereich.

Des Weiteren werden die Zinsaufwendungen in einem Budget zusammengefasst.

Zweckbindungen von Einnahmen

Neben den in einzelnen Teilplänen ausgewiesenen Deckungsvermerken gelten grundsätzlich folgende Regelungen:

- Mehrerträge / -einzahlungen aus der Abwicklung von Schadensfällen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Beseitigung der Folgen des Schadensereignisses.
- Mehrerträge / -einzahlungen aus pauschalierten Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen, Zuschüsse, Zuweisungen, zweckgebundene Gebühren, Spenden und sonstige Leistungen Dritter berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen im jeweiligen Produktbereich bzw. für Investitionsobjekte.

Überschreitung von Budgetermächtigungen oder Einzelpositionen

Die näheren Bestimmungen zum Verfahren bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen regelt § 8 der Haushaltssatzung.

Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen aus der Verrechnung interner Leistungsbeziehungen und bilanzieller Abschreibungen stellen keine Haushaltsüberschreitung gemäß § 83 GO dar.

3.3.11 Kosten- und Leistungsrechnung

Im Rahmen des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ sind in der Gemeindehaushaltsverordnung NRW § 18 die grundlegenden Pflichten und Ziele einer Kosten- und Leistungsrechnung genannt. Demnach soll die Kosten- und Leistungsrechnung zur Unterstützung der Verwaltungsführung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung geführt werden.

Darüber hinaus ist durch die Entscheidung zum Einsatz der SAP-Software insbesondere für den Bereich der Haushaltsplanung und Budgetierung die Anwendung der entsprechenden Tools der Kosten- und Leistungsrechnung eine notwendige Größe geworden. Es galt die Vorgaben des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ mit seinen Produktbereichen, Produktgruppen, etc. in die Strukturen der SAP-Software einzubauen.

Als Ergebnis werden die Kosten auf Vor- und Endkostenstellen bzw. auf entsprechenden Produkten oder Teilprodukten der Produktstruktur erfasst. Dabei sind sämtliche Kontierungsobjekte sogenannten „Profitcentern“ zugeordnet, welche die Ebene der Produktgruppen darstellen sollen.

Zur Verrechnung der Kontierungsobjekte auf die Endprodukte (Fachprodukte) ist ein Abrechnungsmodell entwickelt worden. In diesem Abrechnungsmodell ist für jede Kostenstelle und jedes Management- und Serviceprodukt ein Abrechnungsmodus festgelegt. Grundlage der Abrechnung ist die erbrachte Leistung des Senders (z.B. Kostenstelle) und das Volumen der Inanspruchnahme der Leistung durch den Empfänger (z.B. andere Kostenstelle, Produkt). Zur Messung des Leistungsvolumens werden Mengen, Fallzahlen, errechnete Verhältniszahlen, etc. in Form von Kennzahlen benutzt. Zur Beachtung von Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Kontierungsobjekten sind diese zu einzelnen Abrechnungszyklen zugeordnet. Dabei steht jeder Abrechnungszyklus für eine bestimmte Art der Verrechnung (z.B. Vorkostenstellen auf Hauptkostenstellen, etc.). Durch den Ablauf sämtlicher Zyklen in entsprechender Reihenfolge werden nach und nach alle Kosten beginnend mit den Vorkostenstellen auf die nachfolgenden Kontierungsobjekte bis hin zu den Endprodukten verrechnet (siehe Abbildung Verrechnungsmodell).

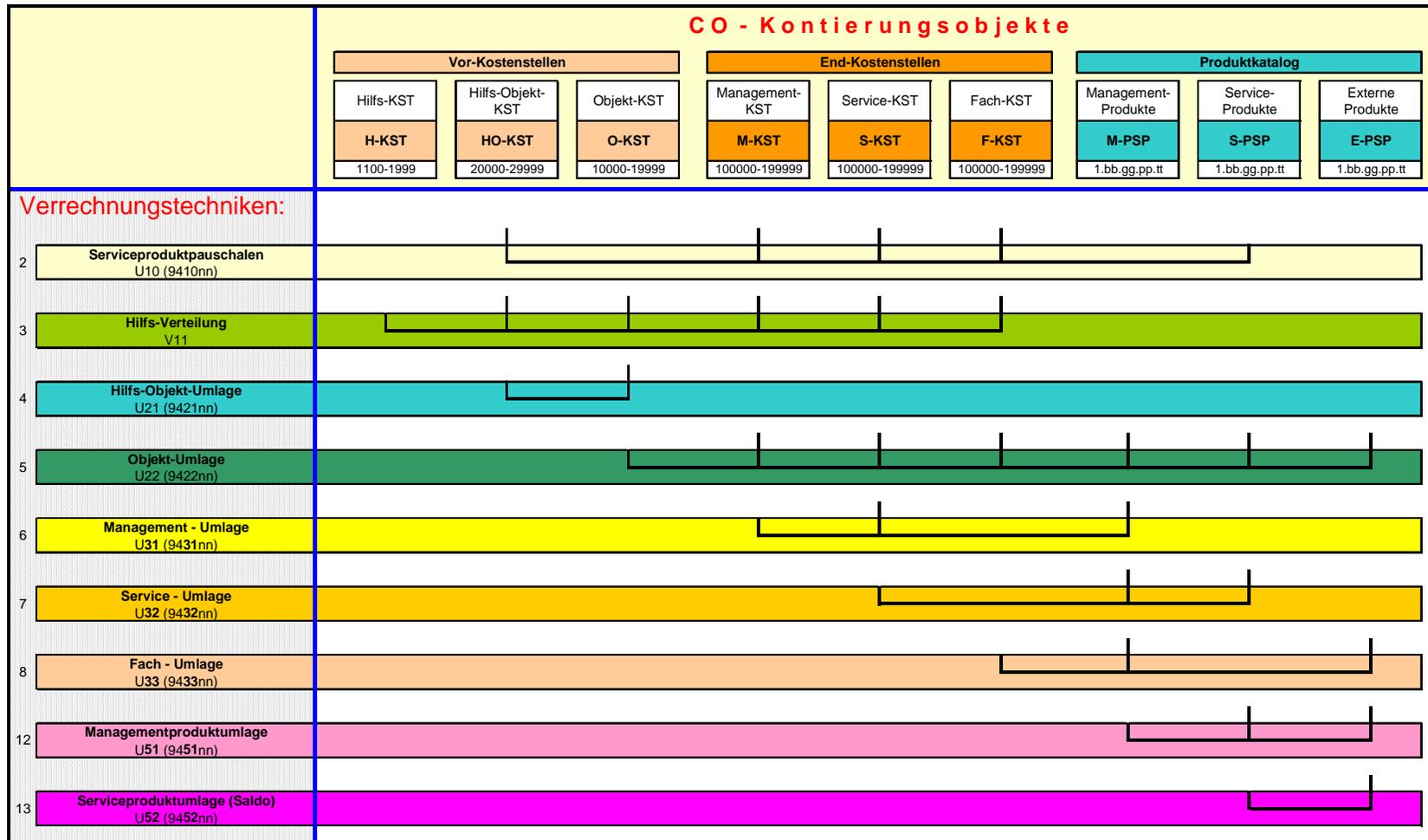


Abb.: Auszug der wichtigsten Abrechnungszyklen des Verechnungsmodells der Stadt Hückeswagen

Die Gestaltung der Kosten-, Leistungsrechnung und des Verrechnungsmodells ist in starkem Maße von der jeweiligen Zielsetzung, aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen und vorhandenen organisatorischen Strukturen, etc. abhängig. Insofern besteht hier ein permanenter Änderungsbedarf. Dem gegenüber stehen die Möglichkeiten, durch Auswertungen aus der Kosten- und Leistungsrechnung mit interner Leistungsverrechnung Daten zu generieren, die für die Steuerung und strategische Ausrichtung erforderlich sind, da diese Informationen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

3.4 Bilanz- und Haushaltsanalyse mit Hilfe von Kennzahlen

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage jeder Kommune in der gleichen Art und Weise ist ein einheitliches NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden. Dieses Kennzahlenset umfasst insgesamt 19 Kennzahlen zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Hier-von hat die Stadt Hückeswagen folgende Kennzahlen ermittelt.

3.4.1 Bilanzanalyse

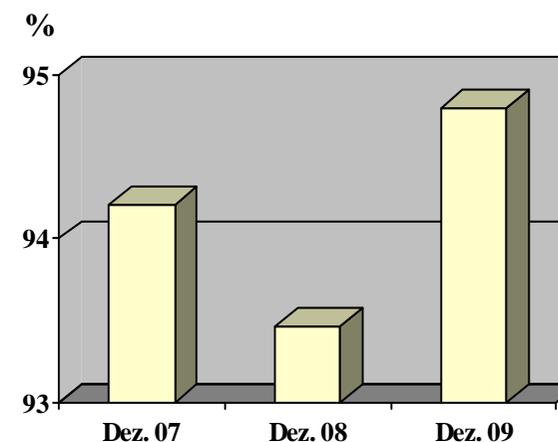
Analyse der Mittelverwendung

A. Anlagenintensität

Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bilanz 31.12.2007	Bilanz 31.12.2008	Bilanz 31.12.2009
94,21 %	93,46 %	94,80 %

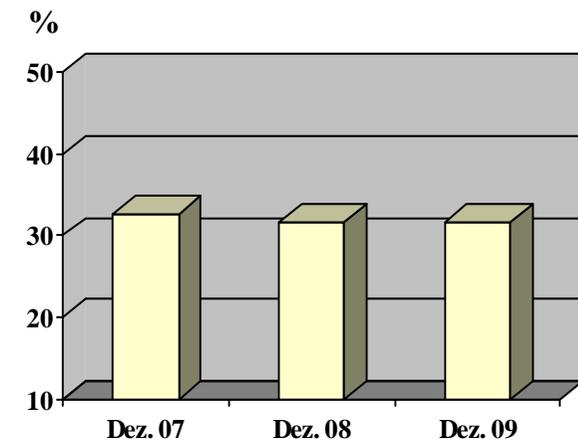


B. Infrastrukturquote

Kommunen verfügen im Bereich der Daseinsfürsorge über ein umfangreiches Infrastrukturvermögen. Die Infrastrukturquote verdeutlicht in welchem Umfang das kommunale Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bilanz 31.12.2007	Bilanz 31.12.2008	Bilanz 31.12.2009
32,58 %	31,75 %	31,76 %



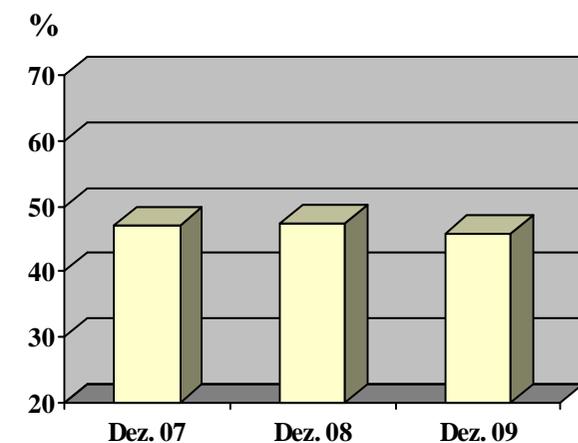
Analyse der Mittelherkunft

A. Eigenkapitalquote 1

Die Eigenkapitalquote I zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von externen Kapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bilanz 31.12.2007	Bilanz 31.12.2008	Bilanz 31.12.2009
46,97 %	47,22 %	45,69 %

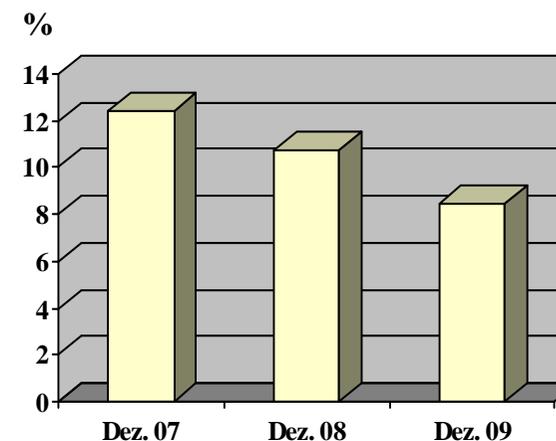


B. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote verdeutlicht, wie hoch der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken.

$$\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} = \frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bilanz 31.12.2007	Bilanz 31.12.2008	Bilanz 31.12.2009
12,40 %	10,78 %	8,45 %

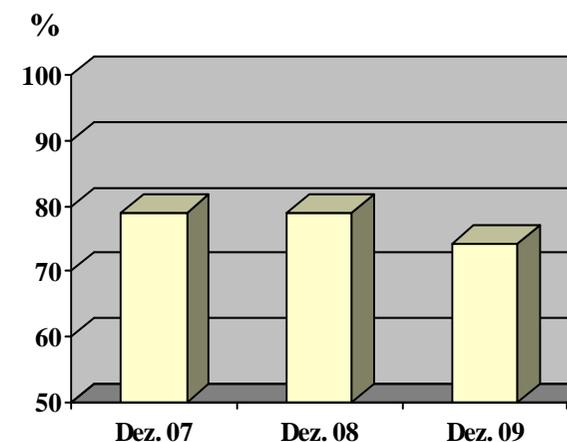


C. Anlagendeckungsgrad 2

Der Anlagendeckungsgrad II gibt Auskunft inwieweit das langfristige Vermögen mit langfristigem Kapital finanziert ist. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad II 100% betragen.

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{(\text{EK} + \text{Sopo Zuw./ Beiträge} + \text{Langf. Fremdk.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Bilanz 31.12.2007	Bilanz 31.12.2008	Bilanz 31.12.2009
78,79 %	78,99 %	74,11 %



3.4.1 Haushaltsanalyse

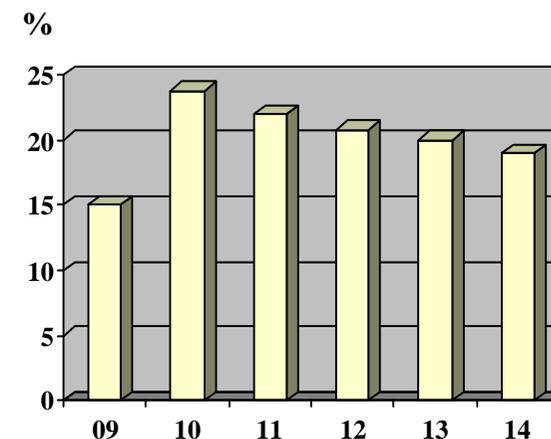
Analyse der Aufwandslage

A. Sach- u. Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$\text{Sach- u. Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$$

Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15,0 %	23,8 %	22,0 %	20,8 %	20 %	19 %

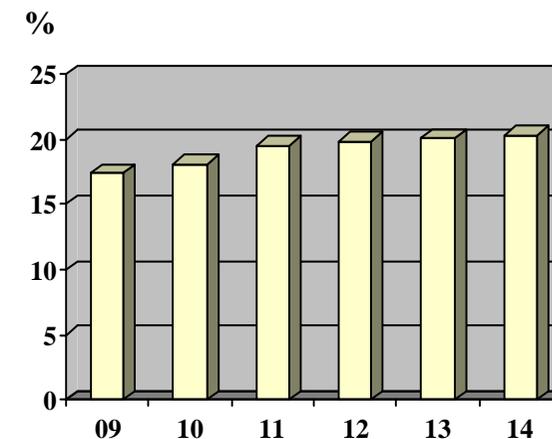


B. Personalintensität I

Die Personalintensität I gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad an Ausgliederungen in der Kommune zu beachten.

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$$

Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
17,4 %	18,1 %	19,5 %	19,8 %	20,1 %	20,3 %

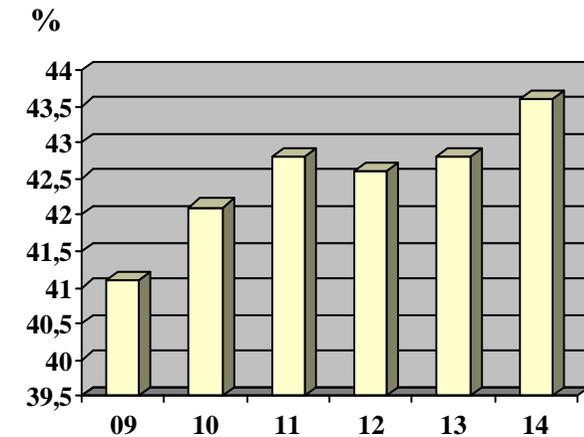


C. Transferaufwandsquote

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen belastet wird. Die Kennzahl dürfte insbesondere im interkommunalen Vergleich von Interesse sein.

$$\text{Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$$

Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
41,1 %	42,1 %	42,8 %	42,6 %	42,8 %	43,6 %



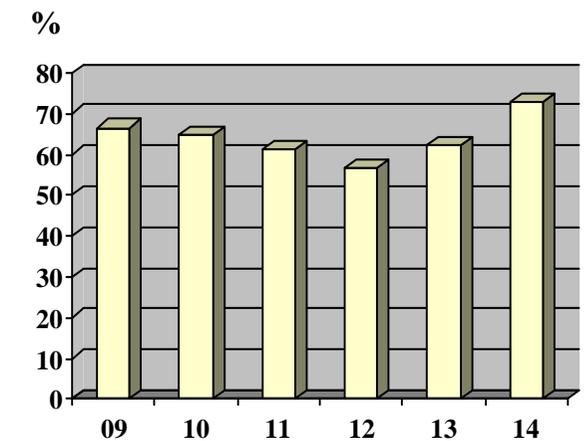
Analyse der Ertragslage

A. Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Steuererträge an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Steuerquote deutet i. d. R. auf eine hohe Finanzkraft der Kommune hin.

$$\text{Steuerquote} = \frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{ordentliche Erträge}}$$

Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
66,6 %	64,7 %	61,3 %	56,6 %	62,3 %	72,9 %



Abkürzungen:

EK = Eigenkapital

Sopo = Sonderposten

Zuw. = Zuwendungen

Langf. Fremdk. = Langfristiges Fremdkapital

3.5 Zusammenfassung

Der vorliegende Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 macht wie bereits in den Vorjahren deutlich, dass die Stadt Hückeswagen auch weiterhin nicht in der Lage ist, ihren Haushalt strukturell auszugleichen.

In der Vergangenheit ist es für die Haushaltsjahre 2006 bis 2008 gelungen, unter Einbeziehung des Bestandes der Ausgleichsrücklage einen Haushalt aufzustellen, der als ausgeglichen bezeichnet werden konnte. Im Ergebnis konnte für das Jahr 2008 sogar ein geringer Überschuss von rd. 180.000 € festgestellt werden, der den Bestand der Ausgleichsrücklage nochmals leicht erhöht hat.

Für das Haushaltsjahr 2009 reichten die noch vorhandenen Mittel der Ausgleichsrücklage nicht mehr aus, um die ausgewiesene Unterdeckung von rd. 3.000.000 € auszugleichen. Eine Verringerung der allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 1.000.000 € wurde erforderlich.

Im Haushaltsjahr 2010 erlebte die Stadt Hückeswagen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise einen finanziellen Absturz. Der Haushaltsplan zeigte für das Jahr 2010 einen Fehlbedarf von rd. 9.900.000 €.

Im Haushaltsplan 2011 wird für das Jahr 2011 ein Fehlbedarf von rd. 3.800.000 € ausgewiesen. Auch diese Unterdeckung muss erneut durch eine Verringerung der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden.

Für den Finanzplanungszeitraum sind folgende Ergebnisse ausgewiesen:

- Überschuss in 2012 rd. 0,56 Mio. €
- Fehlbedarf in 2013 rd. 1,08 Mio. €
- Überschuss in 2014 rd. 0,41 Mio. €

Um Unterschied zum Jahr 2010 verbessert sich die Situation in 2011 alleine dadurch erheblich, dass die Stadt Hückeswagen wieder Schlüsselzuweisungen des Landes erhält. Darüber hinaus ist mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit einhergehend mit steigenden Steuereinnahmen zu rechnen.

Durch strukturelle Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 fallen die Schlüsselzuweisungen jedoch deutlich niedriger aus, als sie ohne diese Änderungen zu erwarten gewesen wären. Gegenüber den ursprünglich geplanten Werten im Haushaltsplanentwurf macht dies einen Rückgang von rd. 1,1 Mio. € nur für das Planjahr 2011 aus. Im gesamten Finanzplanungszeitraum beträgt die Mehrbelastung rd. 6,2 Mio. €.

Diese weitere zusätzliche Belastung durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 kann der städt. Haushalt nicht ohne Folgen verkraften. Nach § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW überschreitet die Stadt Hückeswagen in 2010 und 2011 den gesetzlichen Schwellenwert mit der Folge, dass die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht (siehe hierzu auch die Ausführung unter 3.3.3 „Haushaltsausgleich“).

Darüber hinaus sind für das Jahr 2010 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Drohverlustrückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte zu bilden. In Fachkreisen ist der Zwang zur Bildung solcher Rückstellungen lange diskutiert worden. Auf Grundlage der aktuellsten Fachmeinung des Berufsverbandes der Wirtschaftsprüfer besteht die Pflicht zur Bildung solcher Rückstellungen. Indikator für die Höhe der Rückstellungen ist die Bewertung der Geschäfte zu den Bilanzstichtagen.

Festzuhalten ist dabei, dass es sich hier nicht um faktische Zahlungen handelt. Trotzdem verschlechtert die Bildung von Rückstellungen das Saldo der Ergebnisrechnung. In den Jahresabschluss 2010 müssen rd. 13 Mio. € als zusätzliche Drohverlustrückstellungen eingebucht werden.

Entsprechend der deutlichen Mehrheit der Analysten der wesentlichsten Institute wird für die Folgejahre eine positive Entwicklung für die Zinsoptimierungsgeschäfte gesehen. Aufgrund der dann aktuellen Bewertung sind auch die Drohverlustrückstellungen anzupassen. Entsprechende Auflösungen sind im aktuellen Haushaltsplan mit folgenden Werten eingeplant:

- 2012 5 Mio. €
- 2013 3 Mio. €

Als zusätzliche Konsolidierungsmaßnahme im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurde eine Kapitalrückführung aus dem Betrieb Abwasserbeseitigung zur Senkung von Haushaltsdefiziten eingeplant. Es handelt sich um folgenden Betrag:

- 2014 3,78 Mio. €

Anzumerken bleibt, dass diese Finanztransaktion keinerlei Auswirkung auf die Höhe der Abwasserbeseitigungsgebühren hat.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist demnach die Überschreitung des Schwellenwertes nach § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW für das Jahr 2011 eingeplant. Aufgrund der oben beschriebenen Sachlage zeigt der Gesamtergebnisplan 2012 einen Überschuss von rd. 0,56 Mio. €. Für das Jahr 2013 sieht die Finanzplanung einen Abbau der allgemeinen Rücklage unterhalb des Schwellenwertes vor (Siehe hierzu auch die Ausführung unter 3.3.3 „Haushaltsausgleich“). Die Verringerung der allgemeinen Rücklage in 2013 bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Diese kann die Genehmigung mit Auflagen und Bedingungen versehen. Im letzten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung weist der Gesamtergebnisplan einen Überschuss von rund 0,41 Mio. € aus.

Insgesamt zeigt sich, dass die Stadt Hückeswagen weiterhin alle Anstrengungen unternehmen muss, um ihr ordentliches Ergebnis deutlich zu verbessern. Hierzu gehören die Ausschöpfung aller möglichen vertretbaren Einnahmequellen, eine weiterhin restriktive Ausgabenpolitik sowie eine dauerhafte Überprüfung von Standards und Leistungen im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit.

Darüber hinaus gehört auch eine entsprechende Zurückhaltung im investiven Bereich zu den Voraussetzungen, um in Zukunft einen Haushaltsausgleich darstellen zu können. Im Finanzplanungszeitraum sind keine wesentlichen neuen Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Hierdurch sinkt der Kreditbedarf erheblich. In einigen Jahren ist überhaupt keine Kreditaufnahme erforderlich. Der sich hierdurch ergebende Minderaufwand für Zinsen entlastet weiterhin den Ergebnisplan. Der Weg des konsequenten Schuldenabbaus wird damit konsequent fortgesetzt.

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden im Rahmen des vorgelegten Haushaltssicherungskonzeptes, auf welches hier verwiesen wird, detailliert dargestellt.

4. Schlussbilanz der Stadt Hückeswagen zum 31.12.2009

Schlussbilanz der Stadt Hückeswagen zum 31.12.2009				Passiva			
Aktiva	€	€	31.12.08 T€		€	€	31.12.08 T€
1. Anlagevermögen		108.082.940,32	109.057	1. Eigenkapital		52.091.840,29	55.100
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		70.250,00	59	1.1 Allgemeine Rücklage	53.121.342,18		53.087
1.1.1 DV-Software		70.250,00	59	davon Deckungsrücklage	(31.539)		(168)
1.2 Sachanlagen		69.127.777,38	70.180	1.2 Sonderrücklagen	3.488,60		1
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte		5.923.505,86	5.919	1.3 Ausgleichsrücklage	2.011.362,09		1.829
1.2.1.1 Grünflächen - Grund+Boden	5.401.285,10		5.392	1.4 Jahresfehlbetrag / - überschuss	-3.044.352,58		183
1.2.1.2 Ackerland - Grund+Boden	163.957,40		164	2. Sonderposten		23.084.555,85	22.687
1.2.1.3 Wald, Forsten - Grund+Boden	94.495,13		95	2.1 Sonderposten für Zuwendungen	15.405.961,15		14.977
1.2.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke - Grund+Boden	263.768,23		268	2.2 Sonderposten für Beiträge	7.616.072,08		7.612
1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte		22.901.741,27	23.396	2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	60.350,62		96
1.2.2.1 Kindertageseinrichtung-Gebäude, Aufbauten u. Betriebsvorrichtung	71.482,00		74	2.4 Sonstige Sonderposten	2.172,00		2
1.2.2.2 Schulen, Grund u. Boden	3.142.034,00		3.142	3. Rückstellungen		15.745.787,73	12.216
1.2.2.3 Schulen - Gebäude, Aufbauten u. Betriebsvorrichtung	11.068.586,42		9.741	3.1 Pensionsrückstellungen	8.056.140,00		8.047
1.2.2.4 Wohnbauten - Grund+Boden	1.720.772,40		2.039	3.2 Sonstige Rückstellungen	7.689.647,73		4.169
1.2.2.5 Wohnbauten - Gebäude, Aufbauten u. Betriebsvorrichtung	1.322.802,00		1.504	4. Verbindlichkeiten		21.440.629,16	25.142
1.2.2.6 Sonst Dienst.Geschäfts-u. Betriebsgebäude - Grund+Boden	1.755.868,45		1.987	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.698.347,58		12.373
1.2.2.7 Sonst Dienst.Geschäfts-u. Betriebsgebäude -Gebäude, Aufb., Betriebsvor.	3.820.196,00		4.909	4.1.1 vom öffentlichen Bereich	2.967.573,64		3.185
1.2.3 Infrastrukturvermögen		36.211.371,42	37.055	4.1.2 vom privaten Kreditmarkt	8.730.773,94		9.188
1.2.3.1 Grund u. Böden des Infrastrukturvermögens	6.233.914,33		6.233	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	4.000.000,00		8.000
1.2.3.2 Brücken	713.973,00		727	4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	879.748,32		961
1.2.3.3 Straßennetz, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	29.114.584,09		29.932	4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	1.116.031,67		1.015
1.2.3.4 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	148.900,00		163	4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	3.746.501,59		2.793
1.2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		355.986,23	356	5. Passive Rechnungsabgrenzung		1.643.249,01	1.549
1.2.5 Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge		662.788,00	686				
1.2.5.1 Maschinen	188,00		1				
1.2.5.2 Technische Anlagen	28.859,00		33				
1.2.5.3 Betriebsvorrichtung	48.444,00		14				
1.2.5.4 Fahrzeuge	585.297,00		638				
1.2.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.339.357,54	1.303				
1.2.6.1 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.332.990,54		1.294				
1.2.6.2 Geringwertige Wirtschaftsgüter in Sammelverwaltung	6.367,00		9				
1.2.7 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		1.733.027,06	1.465				
1.3 Finanzanlagen		38.884.912,94	38.818				
1.3.1 Beteiligungen		1.187.124,97	1.137				
1.3.2 Sondervermögen		37.598.326,12	37.598				
1.3.3 Wertpapiere des Anlagevermögens		97.787,46	81				
1.3.4 Sonstige Ausleihungen		1.674,39	2				
2. Umlaufvermögen		5.857.847,18	7.587				
2.1 Vorräte		3.282.537,23	3.294				
2.1.1 Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, Waren		3.282.537,23	3.294				
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.398.593,34	1.882				
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen		1.116.944,58	1.810				
2.2.1.1 Gebühren	178.016,70		143				
2.2.1.2 Beiträge	11.988,64		0				
2.2.1.3 Steuern	498.684,52		784				
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	142.444,67		560				
2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	285.810,05		323				
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		280.070,57	70				
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	279.827,38		68				
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	243,19		1				
2.2.2.3 gegen Sondervermögen	0,00		1				
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände		1.578,19	2				
2.3 Liquide Mittel		1.176.716,61	2.411				
3. Aktive Rechnungsabgrenzung		65.274,54	50				
Summe Aktiva		114.006.062,04	116.694	Summe Passiva		114.006.062,04	116.694

5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

		Stand am Ende des Vorvorjahres 31.12.2009 TEUR	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2011 TEUR	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2011 TEUR
1	Anleihen			
2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.698	12.971	12.233
2.1	von verbundenen Unternehmen			
2.2	von Beteiligungen			
2.3	von Sondervermögen			
2.4	vom öffentlichen Bereich	2.967	2.774	2.530
2.4.1	vom Bund			
2.4.2	vom Land	362	344	325
2.4.3	von Gemeinden (GV)			
2.4.4	von Zweckverbänden			
2.4.5	vom sonstigen öffentlichen Bereich			
2.4.6	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2.605	2.430	2.205
2.5	vom privaten Kreditmarkt	8.731	10.197	9.703
2.5.1	von Banken und Kreditinstituten	8.731	10.197	9.703
2.5.2	von übrigen Kreditgebern			
3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	4.000	4.000	4.000
3.1	vom öffentlichen Bereich	4.000	4.000	4.000
3.2	vom privaten Kreditmarkt			
4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	879	781	682
5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.116	1.116	1.116
6	Verbindlichkeiten aus Transferzahlungen	0	0	0
7	Sonstige Verbindlichkeiten	3.747	3.747	3.747
8	Summe aller Verbindlichkeiten	21.440	22.615	21.778

Die Punkte 3.1, 5, 6 und 7 sind mit den Werten aus 2009 in das Haushaltsjahr 2011 übernommen worden.
Sie werden nicht beplant und können aus diesem Grund nicht fortgeschrieben werden.

6. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2011	Voraussichtlich fällige Auszahlungen		
	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
2010	63	0	0
2011	216	80	494
Summe	279	80	494
Nachrichtlich: Im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	0	0	211

Für einige Investitionsmaßnahmen (z.B. Brunsbachtalstraße) sind für den Haushaltsplan 2011 erneut Verpflichtungsermächtigungen eingeplant worden. In diesen Fällen wurden die Vorjahreswerte entsprechend gekürzt.

7. Zuwendungen an die Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

Nr. Fraktion	Haushaltsansatz		Ergebnis der	Erläuterungen
	2011 EUR	2010 EUR	Jahresrechnung 2009 EUR	
1 CDU	1.521	1.521	1.650	
2 SPD	918	918	997	
3 UWG	402	402	0	
4 FDP	574	574	562	
5 Bündnis 90 / Grüne	402	402	0	
6 Freie aktive Bürger	316	316	89	
Summe	4.133	4.133	3.298	

Teil B: Geldwerte Leistungen

Zweckbestimmung	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Geldwert Vorjahr 2010 in EUR	mehr (+) weniger (-) in EUR	Erläuterungen
1 Gestellung von Personal der Kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2 Bereitstellung von Fahrzeugen				
3 Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	465	465	0	
4 Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	288	288	0	
4.2 sonstiges Büromaterial	34	34	0	
5 Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellter Räume (Heizung, Reinigung, etc.)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	60	60	0	
5.4 Rechnerzeiten aus zentraler EDV-Anlage				
Summe	847	847	0	

8. Stellenplan und Stellenübersicht

Stellenplan

A. Beamte

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2011			Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2010	Erläuterungen
		insgesamt	darunter mit Zulage	ausgesondert			
Wahlbeamte Bürgermeister	B 3	1	AE 210,00 €/mtl.		1	1	
	B 2						
Höherer Dienst	A 16						
	A 15	1	AE 100,00 €/mtl.		1		Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
	A 14					1	
	A 13	2			2	2	
Gehobener Dienst	A 13						
	A 12	3			3	3	
	A 11	4			4	3	
	A 10					1	
	A 9	1			1	1	
Mittlerer Dienst	A 9	0,8			1	0,8	
	A 8						
	A 7	1			1	1	
	A 6	2			2	2,1	
	A 5						
Insgesamt		15,8			16	15,9	

B. Tariflich Beschäftigte

Entgelt- gruppen	Zahl der Stellen 2011	Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2010	Erläuterungen
15				
14	2	1	1	
13		1	1	
12	1	1	1	
11	5	5	5	
10	4	5	5	
9	18,1	16,3	15,5	
8	8,2	7,2	8,2	
7	3,3	3	3	
6	19,3	19,5	18,3	
5	11,06	12,86	12,06	
4	6	5	6	
3	0,6	2,6	2,6	
2	6,2	6,2	6,2	
1	0,2	0,2	0,2	
Insgesamt	84,96	85,86	85,06	

Stellenübersicht**A. Beamte**

Produktbereich	Bezeichnung	Wahlbeamte	Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				
			A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5
		B 3														
11	Innere Verwaltung	1		1		2		2				0,8		1	1	
12	Sicherheit und Ordnung								1		0,5					
21	Schulträgeraufgaben								1						1	
25	Kultur															
31	Soziale Hilfen								2							
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe															
42	Sportförderung															
51	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.															
52	Bauen und Wohnen															
54	Verkehrsflächen und -anlagen							1			0,5					
55	Natur- und Landschaftspflege															
56	Umweltschutz															
	insgesamt	1		1		2		3	4		1	0,8		1	2	

B. Tariflich Beschäftigte

Produktbereich	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
11	Innere Verwaltung		1,3		6	7,5	11,4	3,3	7	10,6	2	2	1		2	
12	Sicherheit und Ordnung			0,6			5,1			3						
21	Schulträgeraufgaben		4,6			3,06	0,8									
25	Kultur					0,5			1	0,5						
31	Soziale Hilfen						1		0,2	4						
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,2									1					
42	Sportförderung															
51	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.											1				
52	Bauen und Wohnen										1					
54	Verkehrsflächen und -anlagen											1				
55	Natur- und Landschaftspflege		0,3				1									
56	Umweltschutz											1				
	insgesamt	0,2	6,2	0,6	6	11,1	19,3	3,3	8,2	18,1	4	5	1		2	

1. Beamte zur Anstellung

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2011	Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2010	Erläuterungen
Rät/innen z.A.	A 13				
Inspektor/innen z.A.	A 9				
Sekretär/innen z.A.	A 6				
Insgesamt		0	0	0	

2. Nachwuchskräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl der Stellen 2011	Zahl der Stellen 2010	beschäftigt am 01.10.2010	Erläuterungen
Inspektoranwärter/innen	Anwärterbezüge	1	1	1	
Sekretäranwärter/innen	Anwärterbezüge	1	1		
Praktikant/innen	Unterhaltszuschuss				
Auszubildende	Ausbildungsvergütung	3	3		
Insgesamt		5	5	1	

9. Haushalt- und Wirtschaftspläne

9.1 Haushaltsplan

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	
1.11 Innere Verwaltung	1.11.01	Politische Gremien	1.11.01.01 Rat und Ausschüsse	
	1.11.02	Verwaltungsführung	1.11.02.01	Unterst. Verwaltungsführung und Recht
			1.11.02.10	Verwaltungsführung
			1.11.02.11	Führung FB 1
			1.11.02.12	Führung FB 2
			1.11.02.13	Führung FB 3
			1.11.02.60	Führung Immobilienmanagemen t
			1.11.02.80	Shared Services
			1.11.02.81	Picture Prozessbeschreibung
	1.11.03	Gleichstellung von Frau und Mann	1.11.03.01	Gleichstellung in der Verwaltung
			1.11.03.02	Gleichstellung der Bürger / innen
	1.11.04	Beschäftigtenvertretung	1.11.04.01	Personalrat
	1.11.06	Zentrale Dienste	1.11.06.01	Zentrale Dienste
			1.11.06.02	Zentrale Vergabestelle
1.11.06.40			HEG Hückeswagen	
1.11.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.11.07.01	Inf.- / Öffentlichkeitsarbeit, Internet	
		1.11.08	Personalmanagement	1.11.08.01

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
	1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09.01 Haushalts-u. bzw. Steuerung, Controlling	
		1.11.09.02 Finanzbuchhaltung	
		1.11.09.03 Steuern und sonstige Abgaben	
	1.11.10 Organis.angel. und technikuterst.Infov.	1.11.10.02 TUI-Beratung und Verarbeitung	
	1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13.01 An- u. Verkauf von Liegenschaften	
		1.11.13.02 Miet- u. Pachtangelegenheiten	
	1.11.14 Technisches Immobilienmanagement	1.11.14.01 Unterhaltung, Bewirtschaftung v Gebäuden	
		1.11.14.10 Verr. Regionales Gebäudemanagement (RGM)	
		1.11.14.90 Budget Unt., Bewirtschaftung v. Gebäuden	
	1.11.18 Bauhof	1.11.18.01 Bauhof	
		1.11.18.90 Budget Bauhof	
1.12 Sicherheit und Ordnung	1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung	1.12.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr	
	1.12.02 Gewerbewesen	1.12.02.01 Gewerbewesen	
	1.12.07 Verkehrsangelegenheiten	1.12.07.01 Verkehrsregelung und -lenkung	

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
		1.12.07.02	Überwachung des ruhenden Verkehrs
		1.12.07.10	Verr. Straßenverkehrsamt
	1.12.10	Einwohnerangelegenheiten	1.12.10.01 Einwohnerangelegenheiten, Bürgerservice
			1.12.10.02 Namens- und Staatsangehörigkeitsangel.
	1.12.11	Personenstandsangelegenheiten	1.12.11.01 Standesamt
	1.12.13	Statistik	1.12.13.01 Statistik
	1.12.14	Wahlen	1.12.14.01 Vorbereitung und Durchführung von Wahlen
	1.12.15	Gefahrenabwehr	1.12.15.01 Brand- und Bevölkerungsschutz
1.21	Schulträgeraufgaben	1.21.01	Grundschulen
			1.21.01.01 Gemeinschafts Grundschule Stadt
			1.21.01.02 Gemeinschafts Grundschule Wiehagen
			1.21.01.03 Katholische Grundschule - St. Katharina
	1.21.02	Hauptschulen	1.21.02.01 Montanus Hauptschule
	1.21.03	Realschulen	1.21.03.01 Städtische Realschule

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
	1.21.06 Sonderschulen	1.21.06.01 Erich Kästner Schule (Verbundschule)	
	1.21.07 Berufskolleg	1.21.07.01 Zweckverband Berufskolleg Bergisch Land	
	1.21.08 Schülerbeförderung	1.21.08.01 Schülerbeförderung	
	1.21.10 Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10.01 Sonstige schulische Aufgaben	
1.25 Kultur	1.25.01 Kommunale Veranstaltungen	1.25.01.01 Kommunale Veranstaltungen	
	1.25.04 Heimat- und sonstige Kulturpflege	1.25.04.01 Heimat- und sonstige Kulturpflege	
	1.25.07 Kunst- Musikschulen	1.25.07.01 Musikschule	
	1.25.08 Bibliothek	1.25.08.01 Stadtbibliothek	
	1.25.09 Museum	1.25.09.01 Heimatmuseum	
	1.25.10 Archiv (Sammlungen)	1.25.10.01 Historisches Stadtarchiv	
1.31 Soziale Hilfen	1.31.01 Grundvers.,Behind.u.Pfl egebedürftigkeit	1.31.01.01 Hilfe b. Behinder.+Pflegebedür ftigkeit	
	1.31.10 Grundvers.,Hilf. bes.Lebensl. (SGB XII)	1.31.10.01 Hilfen bei Einkommensdefiziten	
	1.31.11 Hilfen für Asylbewerber	1.31.11.01 Hilfen nach dem AsylbLG	
	1.31.15 Grundsicherungsleistun gen	1.31.15.01 Verrechnung ARGE (SGB II)	

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
		1.31.15.10	Hilfen Einsatz 1 Euro-Kräfte
		1.31.17	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36.01	Förderung v.Kindern in Tageseinricht.
		1.36.03	Jugendarbeit
		1.36.04	Einrichtungen der Jugendarbeit
1.41	Gesundheitsdienste	1.41.05	Krankenhäuser
1.42	Sportförderung	1.42.01	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen
		1.42.02	Sportförderung
		1.42.03	Bereitstellung, Betrieb von Bädern
1.51	Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.	1.51.01	Räumliche Planung
		1.51.02	Räumliche Entwicklung
		1.51.04	Geoinfo.dienste,Geodat enmanagement
1.52	Bauen und Wohnen	1.52.01	Bauordnung
		1.52.01.01	Verr. Bauaufsichtsbehörde

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt	
1.53 Ver- und Entsorgung	1.52.02	Baubehördliche Beratung u. Information	1.52.02.01 Baubehördliche Dienstleistungen	
	1.52.03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	1.52.03.01 Denkmalschutz und Denkmalpflege	
	1.52.05	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	1.52.05.01 Gewährung von Wohngeld	
	1.52.06	Wohnraumsicherung und -versorgung	1.52.06.01	Verw.+Betrieb v. Unterkünften f. Aussied
			1.52.06.02	Wohnraumsicherung und -versorgung
	1.52.10	Wohnprobleme (Einr.)	1.52.10.01 Obdachlosenunterkunft	
	1.53.01	Elektrizitätsversorgung	1.53.01.01 Elektrizitätsversorgung	
	1.53.02	Gasversorgung	1.53.02.01 Gasversorgung	
	1.53.03	Wasserversorgung	1.53.03.01 Wasserversorgung	
	1.53.05	Kombinierte Versorgung	1.53.05.01 Kombinierte Versorgung	
1.53.06	Abfallwirtschaft	1.53.06.01 Leistungen Abfallentsorgung		
1.53.07	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	1.53.07.10 Betrieb Abwasserbeseitigung		
1.54 Verkehrsflächen und -anlagen	1.54.01	Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)	1.54.01.01	Bau u. Unterhaltung v. Verkehrsflächen
			1.54.01.02	Straßenbeleuchtung
	1.54.02	Kreisstraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)	1.54.02.01 Unterhaltung Kreisstraßen	

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
	1.54.05 Parkeinrichtungen (Öffentl. Verkehrsfl.)	1.54.05.01	Bau u. Unterhaltung von Parkflächen
	1.54.16 ÖPNV	1.54.16.01	Bürgerbus
	1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst	1.54.17.01	Straßenreinigung und Winterdienst
1.55 Natur- und Landschaftspflege	1.55.01 Öffentliches Grün	1.55.01.01	Grünflächen, Kommunalwald, Ackerland
	1.55.02 Natur und Landschaft	1.55.02.01	Baumschutz
	1.55.04 Wasser und Wasserbau	1.55.04.01	Gewässer und Hochwasserschutz
	1.55.06 Friedhöfe	1.55.06.01	Gebührenpflichtiges Friedhofswesen
		1.55.06.02	Sonstiges Friedhofswesen
1.56 Umweltschutz	1.56.01 Umweltinformation und -koordination	1.56.01.01	Umweltschutzmaßnah- men
1.57 Wirtschaft und Tourismus	1.57.01 Wirtschaftsförderung	1.57.01.01	Wirtschaftsförderung
		1.57.01.02	Marketing
	1.57.02 Tourismus	1.57.02.01	Fremdenverkehr
	1.57.03 Allgemeine Einrichtungen	1.57.03.01	Wochenmarkt
1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.01 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen	1.61.01.01	Steuern, allg.Zuweisungen, allg. Umlagen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Teilprodukt
	1.61.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.02.01 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	
1.71 Stiftungen	1.71.01 Gerd und Arno Zoll Stiftung	1.71.01.01 Gerd- und Arno Zollstiftung	

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.370.361	-12.840.000	-14.453.000	-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.539.672	-1.517.753	-4.582.298	-3.421.571	-3.425.641	-3.085.899
3	+ Sonstige Transfererträge	-398	-150	-150	-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-974.395	-1.002.054	-1.131.999	-1.109.419	-1.116.066	-1.083.698
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-315.840	-275.520	-264.760	-264.760	-264.760	-264.760
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-666.690	-615.118	-1.023.433	-1.032.061	-1.024.480	-1.022.429
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.171.329	-3.586.228	-2.137.162	-6.081.402	-4.117.743	-953.567
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-29.563					
9	+/- Bestandsveränderungen						
10	= Ordentliche Erträge	-26.068.247	-19.836.823	-23.592.802	-27.466.363	-26.376.840	-23.616.503
11	- Personalaufwendungen	5.109.483	5.384.599	5.381.312	5.304.642	5.429.930	5.463.985
12	- Versorgungsaufwendungen	334.488	331.000	354.000	358.000	361.000	365.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.404.604	7.091.267	6.053.256	5.576.306	5.410.766	5.097.766
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.341.799	2.640.028	2.341.243	2.518.653	2.651.456	2.620.860
15	- Transferaufwendungen	12.091.252	12.537.880	11.790.880	11.413.880	11.578.880	11.727.880
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.152.142	1.808.293	1.605.879	1.602.216	1.631.531	1.622.117
17	= Ordentliche Aufwendungen	29.433.768	29.793.067	27.526.570	26.773.697	27.063.563	26.897.608
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.365.522	9.956.244	3.933.768	-692.666	686.723	3.281.105

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
19	+ Finanzerträge	-1.199.219	-1.111.450	-1.353.950	-1.118.810	-1.134.570	-4.905.070
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	878.050	1.071.700	1.256.300	1.255.400	1.533.700	1.217.900
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-321.169	-39.750	-97.650	136.590	399.130	-3.687.170
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	3.044.353	9.916.494	3.836.118	-556.076	1.085.853	-406.065
23	+ Außerordentliche Erträge						
24	- Außerordentliche Aufwendungen						
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)						
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	3.044.353	9.916.494	3.836.118	-556.076	1.085.853	-406.065

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.644.798	-12.840.000	-14.453.000	-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.139.461	-832.838	-3.866.740	-2.612.400	-2.469.700	-2.142.800
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-598	-150	-150	-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-707.415	-726.817	-852.178	-854.780	-861.514	-829.051
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-308.625	-275.520	-264.760	-264.760	-264.760	-264.760
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-577.020	-615.118	-1.023.433	-1.032.061	-1.024.480	-1.022.429
7	+ Sonstige Einzahlungen	-973.375	-3.149.250	-1.795.600	-1.072.100	-1.078.440	-953.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.224.335	-1.111.450	-1.353.950	-1.118.810	-1.134.570	-4.905.070
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-25.575.627	-19.551.143	-23.609.811	-22.512.061	-23.261.614	-27.323.660
10	- Personalauszahlungen	5.246.806	5.029.867	5.075.288	5.034.012	5.142.534	5.170.022
11	- Versorgungsauszahlungen	108.357	11.000	14.000	14.000	14.000	14.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.276.444	7.191.267	6.153.256	5.676.306	5.510.766	5.117.766
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	913.868	1.071.700	3.056.300	1.255.400	1.533.700	1.217.900
14	- Transferauszahlungen	12.250.595	12.537.880	11.790.880	11.413.880	11.578.880	11.727.880
15	- sonstige Auszahlungen	1.626.867	1.791.238	1.589.961	1.592.792	1.612.531	1.622.117
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	24.422.937	27.632.952	27.679.685	24.986.390	25.392.411	24.869.685
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)	-1.152.690	8.081.809	4.069.874	2.474.329	2.130.797	-2.453.975

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.841.497	-5.743.942	-2.266.760	-674.900	-900.900	-1.803.800
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.589.735	-100.000	-131.000	-100.000	-100.000	-100.000
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen						
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-247.439					
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen						
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.678.670	-5.843.942	-2.397.760	-774.900	-1.000.900	-1.903.800
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	5.967	125.000	125.000	115.000	155.000	715.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.612.482	7.259.460	1.554.700	279.500	189.000	760.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	328.197	366.870	538.120	328.120	358.420	396.720
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen						
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen						
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	27.026	17.000	17.000	11.000	11.000	11.000
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	1.973.672	7.768.330	2.234.820	733.620	713.420	1.882.720
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	-2.704.998	1.924.388	-162.940	-41.280	-287.480	-21.080
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	-3.857.688	10.006.197	3.906.934	2.433.049	1.843.317	-2.475.055

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-3.000.256	-1.962.888			-793.570	-3.990.794
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	7.771.482	788.000	837.000	869.000	1.812.000	4.474.500
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	4.771.226	-1.174.888	837.000	869.000	1.018.430	483.706
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	913.538	8.831.309	4.743.934	3.302.049	2.861.747	-1.991.349
37	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	-2.090.255	-1.176.717	7.654.592	12.398.526	15.700.575	18.562.322
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	-1.176.717	7.654.592	12.398.526	15.700.575	18.562.322	16.570.973

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-258.358	-84.627	-478.855	-460.789	-470.545	-452.759
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.828	-3.200	-3.700	-3.700	-3.700	-3.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-288.090	-233.150	-217.590	-217.590	-217.590	-217.590
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-225.438	-118.448	-594.768	-593.708	-593.389	-593.678
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-59.170	-31.150	-63.400	-33.400	-33.400	-33.400
10	= Ordentliche Erträge	-835.884	-470.575	-1.358.313	-1.309.187	-1.318.624	-1.301.127
11	- Personalaufwendungen	3.156.780	3.330.578	3.362.606	3.283.508	3.331.346	3.343.441
12	- Versorgungsaufwendungen	186.573	192.583	212.402	214.801	216.600	221.212
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.663.593	2.187.058	2.430.021	2.385.501	2.200.861	2.114.280
14	- Bilanzielle Abschreibungen	203.332	221.414	781.095	808.938	761.229	750.028
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	952.367	1.115.880	1.046.825	1.096.766	1.110.480	1.096.523
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.162.645	7.047.513	7.832.949	7.789.515	7.620.515	7.525.484
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.326.762	6.576.938	6.474.636	6.480.328	6.301.891	6.224.357
19	+ Finanzerträge	-21.146	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	71.301	58.429	20.550	21.498	23.688	26.170
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	50.155	56.229	18.350	19.298	21.488	23.970
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	5.376.917	6.633.167	6.492.986	6.499.626	6.323.380	6.248.328
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.376.917	6.633.167	6.492.986	6.499.626	6.323.380	6.248.328

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.065.419	-6.405.571	-6.335.428	-6.352.921	-6.173.868	-6.069.806
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	66.483	82.995	96.374	99.747	101.221	103.043
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	377.981	310.592	253.932	246.452	250.733	281.565

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-54.143						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.918	-3.200	-3.700		-3.700	-3.700	-3.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-281.834	-233.150	-217.590		-217.590	-217.590	-217.590
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-157.719	-118.448	-594.768		-593.708	-593.389	-593.678
7	+ Sonstige Einzahlungen	-51.411	-31.150	-33.400		-33.400	-33.400	-33.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-22.356	-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-572.381	-388.148	-851.658		-850.598	-850.279	-850.568
10	- Personalauszahlungen	3.444.898	3.230.941	3.315.735		3.266.409	3.318.560	3.328.197
11	- Versorgungsauszahlungen	108.357	11.000	14.000		14.000	14.000	14.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.617.824	2.248.310	2.491.379		2.446.859	2.265.459	2.179.679
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	100						
15	- sonstige Auszahlungen	996.317	1.183.510	1.115.579		1.170.440	1.175.659	1.180.505
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.167.497	6.673.761	6.936.693		6.897.708	6.773.678	6.702.381
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.595.115	6.285.613	6.085.035		6.047.110	5.923.399	5.851.813
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-107.701	-225.000	-105.000				
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-432.347	-100.000	-131.000		-100.000	-100.000	-100.000
23	= investive Einzahlungen	-540.047	-325.000	-236.000		-100.000	-100.000	-100.000

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung



verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.967	115.000	115.000		115.000	115.000	115.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.718	375.000	15.000		15.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	83.035	115.450	346.850	50.000	129.850	219.350	48.850
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	22.683	11.000	11.000		11.000	11.000	11.000
30	= investive Auszahlungen	172.403	616.450	487.850	50.000	270.850	345.350	174.850
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-367.645	291.450	251.850	50.000	170.850	245.350	74.850

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Ratsmitglieder (ANZ)	38	38	38	38	38	38
2	Anzahl Fraktionen (ANZ)	6	6	6	6	6	6
3	Anzahl erstellter Kopien (ANZ)	71.000	74.000	37.000	37.000	37.000	37.000
4	Anzahl sachkundiger Bürger (ANZ)	43	43	43	43	43	43
5	Anzahl Zugriffe (Internetseite)	134.000	130.000	150.000	160.000	250.000	180.000
6	Anzahl eigene Vollstreckungsaufträge (ANZ)	721	920	772	772	772	772
7	Anzahl Amtshilfeersuchen (ANZ)	1.000	1.000	700	700	700	700
8	Anzahl bearbeiteter Insolvenzen (ANZ)	21	10	8	8	8	8
9	Anz.städt.Wohn.i.Verhält.z.vermiet.Wohn. (%)	74	90	90	90	90	90



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Politische Gremien-* umfasst die Vorbereitung, Betreuung und Nachbereitung der Sitzungen des Rates und seiner Gremien. Weiterhin gehört zu den Aufgaben die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, Verdienstausfallentschädigungen, das Verleihen von Ehrenzeichen, das Führen des Ratshandbuches und des Ratsinformationsdienstes und die Regelung der Mitgliedschaft in anderen Körperschaften.

Auftragsgrundlage:

- Gemeindeordnung NW
- Verwaltungsvorschriften
- Satzungsregelungen und Dienstanweisungen der Stadt Hückeswagen
- Geschäftsordnung des Rates, Ratsbeschlüsse
- Ehrenordnung, Ehrenzeichensatzung

Ziele:

- Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben im Sinne der GO NW
- Sicherstellung und Optimierung der Rats-, Ausschuss- und Fraktionsarbeit

Zielgruppen:

- Rat, Rats- und Ausschussvorsitzende / -mitglieder
- Fraktionen
- Bürger / -innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.01.01 Rat und Ausschüsse Herr Torsten Kemper

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.01 Politische Gremien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
11	- Personalaufwendungen	2.698					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	129.529	137.000	138.800	138.800	138.800	138.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	132.227	137.000	138.800	138.800	138.800	138.800
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	132.227	137.000	138.800	138.800	138.800	138.800
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	132.227	137.000	138.800	138.800	138.800	138.800
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	132.227	137.000	138.800	138.800	138.800	138.800
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-185.621	-181.393	-184.384	-186.225	-185.736	-186.390
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	53.395	44.393	45.584	47.425	46.936	47.590

Unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** finden sich insbesondere die Ansätze für die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder und für Fraktionszuwendungen.

Die Höhe der Aufwandsentschädigung ergibt sich aufgrund der Erhöhung der Anzahl der Ratsmitglieder von 36 auf 38 Mandate nach der Kommunalwahl 2009.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.01 Politische Gremien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	14.160						
15	- sonstige Auszahlungen	130.007	137.000	138.800		138.800	138.800	138.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	144.168	137.000	138.800		138.800	138.800	138.800
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	144.168	137.000	138.800		138.800	138.800	138.800

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.01 Politische Gremien



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Ratsmitglieder (ANZ)	38	38	38	38	38	38
2	Anzahl Fraktionen (ANZ)	6	6	6	6	6	6
3	Anzahl erstellter Kopien (ANZ)	71.000	74.000	37.000	37.000	37.000	37.000
4	Anzahl sachkundiger Bürger (ANZ)	43	43	43	43	43	43



Beschreibung:

Die Produktgruppe -*Verwaltungsführung*- umfasst die Leitung, Kontrolle und Steuerung des Geschäftsganges / Geschäftsverteilung, Verwaltungsgliederung und innerem Dienstbetrieb.

- Allgemeine Rechtsangelegenheiten, Grundsatzentscheidungen, Bearbeitung von Satzungen der kommunalen Willensbildung und anderem Kommunalrecht einschließlich der Zusammenstellung, Pflege und Herausgabe.
- Vertretung der Gemeinde gegenüber Dritten sowie Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse.
- Unterrichtung der Gemeindevertretung in allen wichtigen Angelegenheiten.

Auftragsgrundlage:

- GO NW
- Hauptsatzung
- Dienstanweisungen des Bürgermeisters
- Geschäftsordnung
- Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan

Ziele:

- Rechtmäßige, ziel- und ressourcenorientierte Leitung der Verwaltung
- Sicherstellung der Rechtmäßigkeit, Arbeit und Gemeindevertretung

Zielgruppen:

- Gemeindevertretung und Bürger / Innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.02.01	Unterst. Verwaltungsführung und Recht	Herr Torsten Kemper
1.11.02.10.01	Verwaltungsführung allg.	Frau Monika Winter
1.11.02.10.02	Verwaltungsführung Verfügungsmittel	Frau Monika Winter
1.11.02.11	Führung FB 1	Herr Bernd Müller
1.11.02.12	Führung FB 2	Frau Melanie Brandt
1.11.02.13	Führung FB 3	Herr Andreas Schröder
1.11.02.60	Führung Immobilienmanagement	Herr Dietmar Persian
1.11.02.80	Shared Services	Herr Torsten Kemper
1.11.02.81	Picture Prozessbeschreibung	Herr Torsten Kemper

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.02 Verwaltungsführung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-108.461	-1.402	-1.662	-1.661	-1.663	-702
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.977					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-500					
10	= Ordentliche Erträge	-105.984	-1.402	-1.662	-1.661	-1.663	-702
11	- Personalaufwendungen	662.945	729.659	725.353	643.685	654.056	663.078
12	- Versorgungsaufwendungen	35.538	39.119	35.401	35.800	36.100	36.869
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.959	21.206	21.695	20.276	21.008	21.187
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.299	3.156	3.314	3.309	3.314	2.351
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	118.381	103.280	63.348	63.073	63.347	63.371
17	= Ordentliche Aufwendungen	833.122	896.420	849.111	766.143	777.825	786.856
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	727.139	895.018	847.449	764.482	776.162	786.154
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	103	71	88	74	60	54
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	103	71	88	74	60	54
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	727.242	895.089	847.537	764.556	776.222	786.209
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	727.242	895.089	847.537	764.556	776.222	786.209
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-861.223	-1.045.883	-1.029.186	-961.615	-954.753	-966.209
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	133.981	150.795	181.649	197.059	178.531	180.001

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.02 Verwaltungsführung



Unter der Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** wurde im Jahre 2009 im Wesentlichen die Landesförderung für das Projekt Shared Services in Höhe von 105.244 € verbucht.

Die **Personalaufwendungen** variieren u.a. aufgrund von Rückstellungen für die Altersteilzeit.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** verbergen sich im Wesentlichen der Ansatz für Gästebewirtung und Repräsentation (7.670 €), Verfügungsmittel des Bürgermeisters (2.500 €), Aufwendungen für Alters- und Ehejubiläen, Reisekosten, Repräsentationskosten und die Kosten der Altenfeier. Des Weiteren wurden hier bis 2010 Versicherungsbeiträge (Straf – Rechtsschutzversicherung, Unfallversicherung für Mandatsträger, Eigenschadensversicherung) eingeplant. Zur Umsetzung der Produktverantwortung wurden diese Aufwendungen hier nicht mehr zentral eingeplant, was zu einer erheblichen Minderung des Ansatzes ab 2011 führt.

Weiterhin sind hier Beiträge für die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund NRW und im Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V. eingeplant.

Der in 2010 gebildete Ansatz beinhaltet ebenfalls noch Mittel für die Umsetzung des Projektes Shared Services im Bereich des Bauhofes für weitere Beratungsleistungen durch das Consultingunternehmen in Höhe von 25.000 €.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.02 Verwaltungsführung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	-50						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-50						
10	- Personalauszahlungen	586.991	562.772	596.047		538.160	543.495	548.885
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		150	150		150	150	150
15	- sonstige Auszahlungen	211.543	76.850	40.340		40.340	40.340	40.340
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	798.535	639.772	636.537		578.650	583.985	589.375
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	798.485	639.772	636.537		578.650	583.985	589.375
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	160	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
30	= investive Auszahlungen	160	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	160	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Ufer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.02 Verwaltungsführung



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	160	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000	1.248	5.248
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	160	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000	1.248	5.248

Es handelt sich um die Einplanung von Mitteln für investive Beschaffungen im Bereich der Verwaltungsführung.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Gleichstellung von Frau und Mann-* umfasst die interne / externe Beratung und Hilfestellung in Gleichstellungsangelegenheiten.

- Durchführung von Maßnahmen bei Projekten und Veranstaltungen.
- Information und Kontaktpflege mit Beteiligten.
- Mitwirkung bei Personalangelegenheiten.

Auftragsgrundlage:

- GG, GO NW, LGG
- Dienstanweisung,
- Hauptsatzung § 7

Ziele:

- Durchsetzung der Gleichstellung bei Bürger / - innen und innerhalb der Verwaltung;
- Verwirklichung des Gleichstellungsangebotes

Zielgruppen:

- Bürger / - innen
- Mitarbeiter / - innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|--|---------------------|
| 1.11.03.01 Gleichstellung in der Verwaltung | Frau Susanne Müller |
| 1.11.03.02 Gleichstellung der Bürger / innen | Frau Susanne Müller |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Fr. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.03 Gleichstellung von Frau und Mann



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.050					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
10	= Ordentliche Erträge	-802					
11	- Personalaufwendungen	44.549	53.355	53.558	53.741	54.422	54.954
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.749	2.548	2.545	2.545	2.627	2.647
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.392	3.473	3.473	3.423	3.453	3.457
17	= Ordentliche Aufwendungen	52.651	62.385	63.116	63.290	64.112	64.745
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	51.849	62.385	63.116	63.290	64.112	64.745
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	51.850	62.385	63.117	63.290	64.113	64.745
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	51.850	62.385	63.117	63.290	64.113	64.745
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-33.150	-39.076	-39.538	-39.652	-40.156	-40.549
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.185	9.980	10.208	10.199	10.325	10.475
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	27.885	33.289	33.787	33.837	34.281	34.671



Der verbleibende Betrag im Ergebnis bezieht sich auf die externen Leistungen für die Bürgerinnen der Stadt Hückeswagen. Die internen Leistungen werden bei der Leistungsverrechnung auf die übrigen Produkte umgelegt.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Erzielte Erträge erhöhen die Aufwandsermächtigung im entsprechenden Budget.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Fr. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.03 Gleichstellung von Frau und Mann



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-700						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-700						
10	- Personalauszahlungen	44.891	51.984	52.130		52.334	52.853	53.378
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.896	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	1.060	950	950		950	950	950
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	47.847	53.934	54.080		54.284	54.803	55.328
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	47.147	53.934	54.080		54.284	54.803	55.328



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Beschäftigtenvertretung-* beschreibt die Tätigkeit und das Aufgabenfeld des Personalrates:

- Verhütung von Unfall- und Gesundheitsgefahren
- Beantragung von Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen
- Annahme von Anregungen und Beschwerden
- Förderung der Eingliederung und Entwicklung bei Schwerbehinderten
- Hinwirken auf die Gleichstellung von Frau und Mann
- Überwachung, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden.

Auftragsgrundlage:

- LPVG, TVöD, LGG, GG
- Dienstvereinbarungen

Ziele:

- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge

Zielgruppen:

- Mitarbeiter / - innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.04.01 Personalrat Herr Axel Kremer

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kremer

1.11 Innere Verwaltung

1.11.04 Beschäftigtenvertretung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.982	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.982	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.982	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.982	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.982	2.000	2.200	2.200	2.200	2.200
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-20.619	-23.268	-22.507	-23.645	-22.717	-22.921
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.638	21.268	20.307	21.445	20.517	20.721

Die Personalaufwendungen für den Personalratsvorsitzenden werden über die Kostenstelle der Produktgruppe zugeordnet, für welche die Person schwerpunktmäßig tätig ist. Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung erfolgt dann eine Belastung des Produktes Beschäftigtenvertretung.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kremer

1.11 Innere Verwaltung**1.11.04 Beschäftigtenvertretung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- sonstige Auszahlungen	1.982	2.000	2.200		2.200	2.200	2.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.982	2.000	2.200		2.200	2.200	2.200
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.982	2.000	2.200		2.200	2.200	2.200



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Zentrale Dienste-* umfasst die Bereitstellung von erforderlicher Ausstattung der Verwaltung. Das zentrale Beschaffungswesen, die Unterhaltung der Dienstfahrzeuge und Inventarverwaltung, Betrieb der Telekommunikationseinrichtungen, Kopiersysteme mit interner / externer Abrechnung, Telefonzentrale, Mobiltelefone, Sicherstellung des Post- und Botendienstes und die Archivverwaltung. Sie umfasst die Tätigkeit der Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft- HEG und die Verwaltung, Vermarktung von Immobilien und Grundbesitz auf privatrechtlicher Basis.

Auftragsgrundlage:

- Dienstanweisung, VOL, GemHVO,
- Gesellschaftsvertrag der HEG

Ziele:

- Beschaffung von erforderlichem Material in kürzester Zeit unter Berücksichtigung wirtschaftlichster Konditionen unter ökologischen Gesichtspunkten
- Grundservedienst für die Gesamtverwaltung
- Sicherstellung des störungsfreien Einsatzes der Dienstfahrzeuge, der Telekommunikationseinrichtungen und anderer technischer Ausstattung (z.B. Kopierer)
- Verwaltung und Vermarktung von Immobilien – und Grundbesitz

Zielgruppen:

Gesamtverwaltung, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiter/Innen, Bürger /Innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.06.01	Zentrale Dienste	Frau Sabine Müller
1.11.06.02	Zentrale Vergabestelle	NN
1.11.06.40.01	Stadtentwicklungsgesellschaft Verr. Allg	Herr Christian Potthoff
1.11.06.40.02	Verr. Verwaltungs-GmbH HEG Hückeswagen	Herr Christian Potthoff
1.11.06.40.10	Stadtentwicklungsgesellschaft Verr. BH	Herr Dietmar Persian

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.06 Zentrale Dienste



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.375	-14.470	-1.861	-9.807	-20.936	-20.934
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.182	-3.050	-3.050	-3.050	-3.050	-3.050
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-132.906	-118.448	-150.997	-149.937	-149.618	-149.907
10	= Ordentliche Erträge	-151.464	-135.968	-155.908	-162.794	-173.604	-173.891
11	- Personalaufwendungen	115.330	105.167	97.072	97.372	98.486	99.455
12	- Versorgungsaufwendungen	8.884	6.018	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.482	40.248	50.767	42.767	42.930	42.970
14	- Bilanzielle Abschreibungen	28.229	28.122	6.668	10.781	16.550	16.548
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.799	23.869	58.227	58.008	58.018	58.067
17	= Ordentliche Aufwendungen	228.724	203.425	216.274	212.508	219.593	220.727
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	77.261	67.457	60.366	49.714	45.989	46.836
19	+ Finanzerträge	-15.201	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	18.196	13.984	488	2.000	4.006	4.228
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.995	11.984	-1.512	0	2.006	2.228
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	80.255	79.441	58.854	49.714	47.995	49.064
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	80.255	79.441	58.854	49.714	47.995	49.064
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-423.892	-436.341	-462.964	-510.499	-432.269	-437.979

Haushaltsplan 2011**1.11 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.11.06 Zentrale Dienste

H. Müller



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	339.757	360.030	414.414	461.768	385.363	389.775
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-3.879	3.130	10.304	984	1.089	860

Bei dem **Ertrag aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen** handelt es sich um die Erstattung seitens der HEG und der HEG Verwaltungs - GmbH für die von der Stadt erbrachten Leistungen (Personal- und Sachkosten – ehemaliger Verwaltungskostenbeitrag).

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ergibt sich die Ansatzsteigerung im Wesentlichen aus der Einplanung der Kosten der zentralen Vergabestelle einschließlich der Nutzung der Internetplattform D - NRW (Vergabeportal) i.H.v. 30.000 €.

Bei dem Ansatz für **sonstige ordentliche Aufwendungen** handelt es um einen Ansatz für Zeitungen und Fachliteratur sowie um die ehemaligen zentralen Geschäftsausgaben. Darüber hinaus sind hier die Beratungskosten im Zusammenhang mit der Körperschaftssteuer- und Kapitalertragssteuererklärung eingeplant sowie die Aufwendungen für die steuerlichen Belastungen selbst in Höhe von rd.24.000 €. Des Weiteren wurden hier ab 2011 die Telefonkosten in Höhe von rd. 11.000 € zentral eingeplant. Diese Planwerte wurden in den vergangenen Jahren dezentral auf einer Vielzahl von Kostenstellen geplant, durch die veränderte Einplanung ergibt sich eine nutzungsgerechte Verteilung im gesamten Haushalt.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten berechtigen zu entsprechend erhöhten Mehraufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Mehrerträge im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen berechtigen zu Mehraufwendungen für Steuerzahlungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.06 Zentrale Dienste



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.755	-3.050	-3.050		-3.050	-3.050	-3.050
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-151.272	-118.448	-150.997		-149.937	-149.618	-149.907
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-16.411	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-169.438	-123.498	-156.047		-154.987	-154.668	-154.957
10	- Personalauszahlungen	113.597	107.178	95.644		95.965	96.916	97.878
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-22.703	39.900	48.900		40.900	40.900	40.900
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	100						
15	- sonstige Auszahlungen	167.766	118.420	152.339		149.670	149.619	149.665
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	258.760	265.498	296.883		286.535	287.435	288.443
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	89.322	142.000	140.836		131.548	132.767	133.486
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-107.701	-225.000					
23	= investive Einzahlungen	-107.701	-225.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.718	375.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	38.025			50.000	50.000		
30	= investive Auszahlungen	98.743	375.000		50.000	50.000		
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-8.958	150.000		50.000	50.000		

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.11.06 Zentrale Dienste

H. Müller



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000235 Aussenanlagen Schloss										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-107.701	-225.000						-332.701	-332.701
6	= Summe Einzahlungen	-107.701	-225.000						-332.701	-332.701
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.718	375.000						435.718	435.718
13	= Summe Auszahlungen	60.718	375.000						435.718	435.718
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-46.983	150.000						103.017	103.017

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000303 Erwerb Tischanlage Ratssaal										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	38.025							38.025	38.025
13	= Summe Auszahlungen	38.025							38.025	38.025
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	38.025							38.025	38.025

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.06 Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000331 Erwerb Telefonanlage										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen				50.000	50.000				50.000
13	= Summe Auszahlungen				50.000	50.000				50.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				50.000	50.000				50.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.06 Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen								14.887	14.887
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)								14.887	14.887

Im Bereich der investiven Auszahlungen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze sind investive Auszahlungen für den Erwerb einer Telefonanlage eingeplant. Für weitere Informationen wird auf die Darstellungen der wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Vorbericht verwiesen.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Presse und Öffentlichkeitsarbeit-* umfasst die allgemeine Bürgerinformation und Medienarbeit.

- Information der Medien über kommunale Anliegen, die Kontaktpflege zu Firmen, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Vereinen, verwaltungsinterne Information
- Medienbeobachtung und Auswertung; amtliche Bekanntmachungen (soweit nicht produktbezogen) sind zu organisieren.
- Pflege und Aktualisierung der städtischen Internetseiten, städtische Angaben im Unternehmerportal Hückeswagen.
- Redaktionelle Arbeit zur Veröffentlichung des Schlosskuriers.

Auftragsgrundlage:

- Bekanntmachungsverordnung, Hauptsatzung
- GO, Dienstanweisung BM, Ratsbeschlüsse oder Entscheidungen des Bürgermeisters im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung

Ziele:

Sicherstellung des Informationsanspruchs / -bedürfnisses der Öffentlichkeit und der Gesamtverwaltung

Zielgruppen:

Bürger / - innen, Mitarbeiter / - innen, Gesamtverwaltung, Allgemeinheit, Vereine

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.07.01 Inf.- / Öffentlichkeitsarbeit, Internet Frau Sabine Müller

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-2.250	-2.250	-2.250	-2.250
10	= Ordentliche Erträge	248		-2.250	-2.250	-2.250	-2.250
11	- Personalaufwendungen	54.757	56.390	56.577	56.790	57.502	58.065
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.330	1.536	1.533	1.533	1.615	1.635
14	- Bilanzielle Abschreibungen	29	29	28	29	28	29
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.153	14.327	7.206	6.426	6.457	6.460
17	= Ordentliche Aufwendungen	63.230	75.290	68.885	68.359	69.211	69.876
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	63.478	75.290	66.635	66.109	66.961	67.626
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4	3	3	3	2	2
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4	3	3	3	2	2
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	63.482	75.293	66.638	66.112	66.963	67.628
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	63.482	75.293	66.638	66.112	66.963	67.628
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-40.890	-41.006	-45.447	-45.492	-45.370	-45.819
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.945	72.174	72.856	75.102	73.124	74.590
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	58.538	106.462	94.047	95.721	94.718	96.399

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** wurden in 2010 Mittel in Höhe von 10.000 € für die Neugestaltung des städtischen Internetauftritts durch einen externen Dienstleister eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen			-2.250		-2.250	-2.250	-2.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.250		-2.250	-2.250	-2.250
10	- Personalauszahlungen	54.169	55.019	55.149		55.382	55.932	56.488
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	545						
15	- sonstige Auszahlungen	550	11.870	4.750		4.020	4.020	4.020
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	55.264	66.889	59.899		59.402	59.952	60.508
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	55.264	66.889	57.649		57.152	57.702	58.258

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Zugriffe (Internetseite)	134.000	130.000	150.000	160.000	250.000	180.000



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Personalmanagement-* umfasst alle Aufgaben, die mit der Bereitstellung und Verwaltung personeller Ressourcen in Zusammenhang stehen, somit Aufgabenbereiche wie:

- Stellenausschreibungen
- Durchführung von Bewerberauswahlverfahren
- Personalbetreuung
- Ausbildung
- Auszahlung von Bezügen, Beihilfen, Reisekosten und sonstigen Entschädigungen, Versorgungsbezüge und Kindergeld
- Begleitung von Veränderungsprozessen;
- Aufstellung Stellenplan
- Fragen von Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz

Auftragsgrundlage:

- Aufträge der Fachbereiche
- GO NW, TVöD, LPVG, Stellenplan, Haushaltsplan, Kontakte zwischen Rat, Verwaltungsführung und Personalrat
- LPVG, Stellenplan
- Tarifrecht, Beamtenrecht, Arbeitsrechtliche Bundes- und Landesgesetze, Schwerbehindertengesetz,
- Landesgleichstellungsgesetz, Landesreisekostengesetz, Trennungsentschädigungsverordnung,
- Einkommenssteuerrecht, Beihilfeverordnung

Ziele .

- Zeitnahe Zahlung von Geldleistungen
- Beratung in allen die Geldleistungen betreffenden Angelegenheiten
- Sicherstellung einer professionellen Arbeits- und Dienstrechtspraxis
- Gleichbehandlung aller Mitarbeiter / - innen

Zielgruppen:

- Gesamtbelegschaft, Verwaltungsführung, Fachbereiche, Mitarbeiter / - innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.08.01 Personalbüro Herr Norbert Pätzold

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.08 Personalmanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-49.923		-933	-933	-933	-777
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	744					
10	= Ordentliche Erträge	-49.179		-933	-933	-933	-777
11	- Personalaufwendungen	118.912	125.667	133.153	118.465	119.936	121.109
12	- Versorgungsaufwendungen	8.884	9.027	7.080	7.160	7.220	7.374
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.020	9.972	9.967	9.967	10.130	10.170
14	- Bilanzielle Abschreibungen	568	62	994	995	995	838
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.183	14.108	200.480	203.130	206.341	209.049
17	= Ordentliche Aufwendungen	156.567	158.837	351.675	339.718	344.622	348.539
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	107.388	158.837	350.742	338.785	343.689	347.762
19	+ Finanzerträge	-5.773					
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	10	7	8	7	6	5
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-5.763	7	8	7	6	5
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	101.626	158.844	350.750	338.792	343.694	347.767
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	101.626	158.844	350.750	338.792	343.694	347.767
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-143.364	-197.063	-394.395	-384.230	-386.437	-390.942
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.738	38.220	43.645	45.438	42.742	43.175

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.08 Personalmanagement



Bei der Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** handelte es sich im Jahre 2009 um Eingliederungsbeihilfen für Beschäftigte.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** setzen sich aus Aufwendungen für Büro – und Verbrauchsmaterial, Porto, Kosten für Stellenausschreibungen, Kosten von Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung und Fachliteratur zusammen. Die erhebliche Ansatzsteigerung ab 2011 erklärt sich mit der produktgerechten Zuordnung der Planansätze für Versicherungen. So ergeben sich hier für die Unfallversicherung Aufwendungen i.H.v. rd. 116.000 €, für die Haftpflichtversicherung i.H.v. rd. 37.000 € und für Kfz-Versicherungen i.H.v. rd. 24.000 €.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.08 Personalmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-48.383						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-5.773						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-54.156						
10	- Personalauszahlungen	557.398	212.566	230.379		223.027	240.851	242.137
11	- Versorgungsauszahlungen	108.357	11.000	14.000		14.000	14.000	14.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.714	6.900	6.900		6.900	6.900	6.900
15	- sonstige Auszahlungen	37.603	41.300	223.950		226.650	229.800	232.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	710.072	271.766	475.229		470.577	491.551	495.537
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	655.917	271.766	475.229		470.577	491.551	495.537
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	4.665						
30	= investive Auszahlungen	4.665						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	4.665						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.08 Personalmanagement



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	4.665							4.665	4.665
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	4.665							4.665	4.665



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Finanzmanagement-* umfasst Haushalt, Steuerung, Controlling, Finanzbuchhaltung, Steuern und sonstige Abgaben.

- Aufstellung von Haushalts- und Wirtschaftsplänen einschließlich deren Investitionsprogrammen
- Bearbeitung der Mittelanforderungen
- Finanzstatistiken
- Finanzwirtschaftliche Rahmenrichtlinien
- Kassenaufsicht und Kassenprüfungen
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Schuldenverwaltung
- Service für Beteiligungen und Konzessionsabgaben
- Vorzuprüfende Finanzvorfälle gemäß LHO
- Zentrales Controlling und Berichtswesen
- Aufstellung von Jahresabschlüssen für Haushalt und Betriebe
- Durchführung der Geschäftsbuchführung und Zahlungsabwicklung
- Vollstreckung
- Aufstellung und Erlass von Satzungen zur Erhebung öffentlicher Abgaben
- Bearbeitung von Widersprüchen und Klageverfahren
- Berechnung und Veranlagung von Gebühren- und Steuerbescheiden

Auftragsgrundlage:

- Gemeindeordnung, Gemeindehaushalts-, Eigenbetriebsverordnung, Haushaltsgrundsatzgesetz, Haushalts- und Betriebs-satzungen, Gesellschafterverträge, Dienstanweisungen
- Ratsbeschluss, Auftrag der Verwaltungsführung, Aufträge der Fachbereiche und Betriebe
- Abgaben-, Kosten-, Zivilprozessordnung
- Gemeindehaushaltsverordnung, EigVO, Satzung der Betriebe, HGB
- Verwaltungsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungsgesetz, Insolvenzordnung
- Aufträge der Fachbereiche zur Gebührenerhebung
- Gewerbesteuer-, Grundsteuer-, Kommunalabgaben-, Straßenreinigungs-, Landeswasser-, Vergnügungssteuergesetz
- Haushalts-, Hebesatz-, Straßenreinigungs-, Entwässerungs-, Beitrags- Gebühren-, Zweitwohnungssteuer-, Hundesteuer-satzung

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Ziele:

- Bereitstellung finanzwirtschaftlicher Informationen
- Bereitstellung notwendiger Finanzmittel für die Verwaltung und Betriebe zur Sicherung deren Aufgabenerfüllung
- Sicherstellung der Beteiligungsziele
- Sicherstellung und Optimierung der Planzielerreichung durch stetige Überprüfung und Anpassung der Planrechnung
- Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Buchungsgeschäfts
- Sicherstellung der Liquidität
- Termingerechte Durchführung von Vereinnahmungs-, Zahlungs- und sonstigen Buchungsvorgängen
- Wirtschaftliche Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen
- Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten
- Einnahmehbeschaffung durch Steuern und sonstige Abgaben
- Zeitnahe Veranlagung und Erstellung von rechtmäßigen Bescheiden

Zielgruppen:

- Rat, Ausschüsse, Verwaltung, Aufsichtsbehörde, Öffentlichkeit
- Zahlungspflichtige/-empfänger der Stadt Hückeswagen, Fachbereiche, Betriebe,
- Vollstreckungsschuldner / -gläubiger
- Gewerbliche Einrichtungen, Grundstückseigentümer, Veranstalter, Inhaber von Zweitwohnungen / Dauerstellplätzen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.09.01 Haushalts- u. bw. Steuerung, Controlling	Frau Isabel Bever
1.11.09.02 Finanzbuchhaltung	Herr Jörg Tillmanns
1.11.09.03 Steuern und sonstige Abgaben	Frau Isabel Bever

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.769		-584	-585	-584	-585
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.057	-600	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.507	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.225		-51.900	-51.900	-51.900	-51.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-29.151	-26.150	-26.150	-26.150	-26.150	-26.150
10	= Ordentliche Erträge	-33.259	-31.750	-84.734	-84.735	-84.734	-84.735
11	- Personalaufwendungen	792.560	679.684	613.124	618.056	629.963	613.040
12	- Versorgungsaufwendungen	38.499	42.127	42.480	42.960	43.320	44.242
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57.275	102.560	173.992	164.761	165.737	165.977
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.407	5.829	6.241	6.550	6.860	7.170
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.263	137.930	98.641	96.491	96.857	96.891
17	= Ordentliche Aufwendungen	969.005	968.130	934.478	928.818	942.736	927.321
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	935.746	936.380	849.744	844.083	858.002	842.586
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	39	127	134	183	220	275
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	39	127	134	183	220	275
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	935.784	936.507	849.878	844.266	858.222	842.861
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	935.784	936.507	849.878	844.266	858.222	842.861

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.033.086	-1.021.204	-953.306	-959.329	-956.099	-942.050
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	97.302	84.697	103.427	115.063	97.877	99.189

Im Bereich der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** handelt es sich um Zahlungen Dritter für Leistungen im Rahmen der Vollstreckung.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** handelt es sich ab 2011 um die Einplanung der Erstattung der Stadt Wipperfürth aufgrund der gemeinsamen Durchführung der Vollstreckung im Rahmen von Shared Services.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** setzen sich zusammen aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren und Säumniszuschlägen.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Erstattungen an Zweckverbände und Aufwendungen für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Bereich der Erstattungen an Zweckverbände ergeben sich Mehraufwendungen durch den zusätzlichen Bedarf an Lizenzen, ab 2012 sinkt der Ansatz um 10.000 €, da SAP dann 5 Jahre im Einsatz ist und ein Teil der Fixkosten entfällt.

Die erhebliche Ansatzsteigerung ab 2011 erklärt sich mit der Einplanung von jährlichen Aufwendungen in Höhe von 102.000 € für die gemeinsame Organisation der Vollstreckung im Rahmen des Projektes Shared Services.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** umfassen im Wesentlichen:

- Fortbildungskosten
- Bankgebühren
- Aufwendungen für die Prüfung der Jahresabschlüsse und für die Prüfung der GPA
- Sonstige Rückstellungen
- Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung

In 2010 ergab sich ein erhöhter Ansatz für den Bereich Prüfung, Beratung, Rechtsschutz. Für diese Mittel wird hinsichtlich der Prüfung des Gesamtabchlusses eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die Ansätze für die Jahresabschlussprüfungen, Kassenprüfungen und die Prüfungen der GPA werden nach dem ersten Gesamtabschluss ab 2011 linear geplant, da eine exakte jährliche Kostenplanung nicht möglich ist.

Weiterhin ergeben sich Verschiebungen aufgrund der unterschiedlichen Fortbildungsbedarfe in den einzelnen Jahren.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.127	-600	-1.100		-1.100	-1.100	-1.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.507	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-51.900		-51.900	-51.900	-51.900
7	+ Sonstige Einzahlungen	-26.227	-26.150	-26.150		-26.150	-26.150	-26.150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-31.861	-31.750	-84.150		-84.150	-84.150	-84.150
10	- Personalauszahlungen	628.221	619.327	547.840		550.115	559.718	543.097
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.049	30.000	103.300		103.300	103.300	103.300
15	- sonstige Auszahlungen	71.649	114.000	77.600		75.700	75.700	75.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	700.919	763.327	728.740		729.115	738.718	722.097
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	669.057	731.577	644.590		644.965	654.568	637.947
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.995	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000
30	= investive Auszahlungen	4.995	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	4.995	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	4.995	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000	25.719	65.719
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	4.995	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000	25.719	65.719

Es handelt sich hier um die pauschale Veranschlagung der investiven Auszahlungen für

- die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 5.000 € sowie
- die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 5.000 €

für den Fachbereich I und das Ratsbüro.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl eigene Vollstreckungsaufträge (ANZ)	721	920	772	772	772	772
2	Anzahl Amtshilfeersuchen (ANZ)	1.000	1.000	700	700	700	700
3	Anzahl bearbeiteter Insolvenzen (ANZ)	21	10	8	8	8	8



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Organisationsangelegenheiten, Technikunterstützung, Informationsverarbeitung-* umfasst Beratung und Unterstützung der Anwender

- Aufbau und Pflege einer informationstechnischen Infrastruktur.
- Beschaffung, Installation, Betreuung, Pflege von Hard- / Software.
- Systemmanagement für alle Rechner Ebenen.
- Betreuung von Projekten.
- Störungsbeseitigung
- Verwaltung von Datenbeständen / Datensicherung.

Auftragsgrundlage:

- Aufträge der Fachbereiche
- Ortsrecht
- Dienstanweisung des BM
- Allgemeine Verträge
- Datenschutzgesetze

Ziele:

- Sicherstellung eines reibungslosen EDV Einsatzes
- Standardisierung der IT- Anwendungen und Ausbau der technischen Integration
- Optimierung von Arbeitsabläufen

Zielgruppen:

- Gesamtverwaltung, Verwaltungsführung, Fachbereiche, Mitarbeiter/innen, Schulen,
- Eigenbetriebe

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.10.02 TUI-Beratung und Verarbeitung Herr Axel Kremer

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Organis.angel. und technikuterst.Infov.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.043	-2.036	-2.431	-2.018	-902	-273
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-105					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	496					
10	= Ordentliche Erträge	-6.652	-2.036	-2.431	-2.018	-902	-273
11	- Personalaufwendungen	99.674	119.441	107.950	108.323	109.695	110.767
12	- Versorgungsaufwendungen	5.923	6.018	7.080	7.160	7.220	7.374
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.344	53.172	55.567	56.567	56.730	57.270
14	- Bilanzielle Abschreibungen	8.359	12.505	12.859	15.123	16.705	18.278
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.671	12.798	16.333	16.283	16.344	16.351
17	= Ordentliche Aufwendungen	163.971	203.935	199.790	203.456	206.693	210.040
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	157.320	201.899	197.359	201.438	205.791	209.767
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	157.321	201.899	197.359	201.438	205.792	209.767
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	157.321	201.899	197.359	201.438	205.792	209.767
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-166.087	-214.690	-224.383	-229.429	-232.073	-236.332
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.767	12.791	27.024	27.991	26.281	26.565



Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um die Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes.

Hinter den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verbergen sich im Wesentlichen die Kosten der Civitec, die hier zentral veranschlagt werden.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen u.a. Aufwendungen für Verbrauchsmaterial, Leasingkosten, die andere sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten sowie die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Organis.angel. und technikuterst.Infov.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-140						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-140						
10	- Personalauszahlungen	96.689	101.248	105.094		105.507	106.556	107.614
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	151.854	226.800	261.700		246.200	246.200	248.200
15	- sonstige Auszahlungen	39.110	49.200	52.500		52.500	52.500	52.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	287.653	377.248	419.294		404.207	405.256	408.314
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	287.513	377.248	419.294		404.207	405.256	408.314
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.039	8.500	8.500		8.500	8.500	8.500
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	18.018	11.000	11.000		11.000	11.000	11.000
30	= investive Auszahlungen	22.058	19.500	19.500		19.500	19.500	19.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	22.058	19.500	19.500		19.500	19.500	19.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Organis.angel. und technikuterst.Infov.



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-395	-395
2	- Summe der investiven Auszahlungen	22.058	19.500	19.500		19.500	19.500	19.500	64.344	142.344
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	22.058	19.500	19.500		19.500	19.500	19.500	63.950	141.950

Es handelt sich hier um die Kosten für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) im Rahmen der Ausstattung der EDV-Arbeitsplätze (z.B. Monitore, Drucker, Verkabelungen), um die Beschaffung von Software als immaterielles Vermögen, sowie um die Beschaffung beweglichen Anlagevermögens für die EDV.

Pauschal veranschlagt sind für:

- die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 6.000 €
- die Beschaffung von Software 11.000 €
- die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 2.500 €



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Grundstücks- und Gebäudemanagement-* umfasst den An-/Verkauf von Liegenschaften, Miet- /Pacht-angelegenheiten.

- An-/Verkauf, Ausübung von Vorkaufsrechten einschl. Bestellung von Rechten an Grundstücken Dritter (z.B. Dienstbarkeiten), Bodentausch
- Bewirtschaftung des allg. Grundvermögens;
- Bewirtschaftung auf Verwalter übertragener Objekte, Abschluss des Vertrages, Abrechnung mit dem Verwalter;
- Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude (z.B. Schulen), Beauftragung von Reinigungsdiensten (intern / extern),
- Vermietung, Verpachtung, Jagdpacht, Fischereipachtverträge, Abschluss von Gestattungs- / Nutzungsverträgen
- Vermietung, Verpachtung von Wohnungen, gewerblichen Räumen und Stellplätzen.
- Nebenkostenabrechnung, Bedarfsermittlung, Umlagen und Beiträge zur Berufsgenossenschaft / Landwirtschaftskammer;
- Versicherung- und Schadensabwicklungen
- Bestellung und Änderung von Erbbaurechten
- Erhebung von Erbpachtzinsen

Auftragsgrundlage:

- Ratsbeschlüsse, Entscheidungen des Bürgermeisters
- Verpflichtungen aus Gesetz und Verträgen mit Bedarfsträgern / sonstigen Nutzern

Ziele :

- Bereitstellung von Grundstücken für die Aufgaben der Stadt
- Bereitstellung von Wohnbau- / Gewerbegrundstücken für private Bauträger
- Grundbuchliche Sicherung von Rechten zugunsten der Stadt an Grundstücken Dritter
- Bedarfsgerechte, termingerechte und wirtschaftliche Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistung zur Zufriedenheit der Geschäftspartner
- Wirtschaftlichen Auslastung der zu vermietenden, verpachtenden Grundstücke, Gebäude und Räume

Zielgruppen:

- Vertragspartner / Marktbeteiligte
- Bedarfsträger (Mieter, Pächter und Nutzungsberechtigte)

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.13.01	An- u. Verkauf von Liegenschaften	Herr Bernd Schütz
1.11.13.02.01	Miet- u. Pachtangelegenheiten allg.	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.05	VWG Etapler Platz 42 (Bürgerbüro)	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.10	FW Garagentrakt Bachstraße 9	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.28	Hauptschule (Garage)	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.32	Realschule (Garage)	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.35	Erich-Kästner-Schule (Garage)	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.40	Kindergarten Ewald-Gnau-Straße	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.50	Wohnung FW Bachstraße	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.51	Wohnung FW Straßweg	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.55	WH Brunnenweg 20	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.56	WH Brunnenweg 22	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.58	WH Friedrichstr. 1-3	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.60	WH Gerh.-Hauptm.-Str. 2	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.61	WH Gerh.-Hauptm.-Str. 4	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.62	WH Gerh.-Hauptm.-Str. 6	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.65	WH Kölnerstr. 2	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.66	WH Kölnerstr. 4	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.70	PP Goethestraße	Herr Burkhardt Metzener
1.11.13.02.71	PP Schmittweg	Herr Burkhardt Metzener

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung
1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement


Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-32.729	-32.729	-3.811	-3.812	-3.815	-3.812
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.771	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-280.245	-225.100	-209.540	-209.540	-209.540	-209.540
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
10	= Ordentliche Erträge	-316.498	-260.429	-215.951	-215.952	-215.955	-215.952
11	- Personalaufwendungen	66.794	75.488	75.653	76.057	76.961	77.719
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	842	2.036	8.534	7.233	7.315	7.335
14	- Bilanzielle Abschreibungen	74.614	74.576	3.955	3.954	3.959	3.954
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	195.373	19.065	19.065	19.015	19.046	19.049
17	= Ordentliche Aufwendungen	340.585	174.175	110.747	109.840	110.891	111.744
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	24.087	-86.254	-105.204	-106.112	-105.064	-104.208
19	+ Finanzerträge	-172	-200	-200	-200	-200	-200
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	51.359	43.006	19.725	19.121	19.279	21.468
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	51.187	42.806	19.525	18.921	19.079	21.268
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	75.274	-43.448	-85.679	-87.191	-85.985	-82.940
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	75.274	-43.448	-85.679	-87.191	-85.985	-82.940

Haushaltsplan 2011**1.11 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement

H. Persian



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-110.192	-129.943	-134.504	-131.021	-132.245	-134.343
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	367.392	348.376	332.082	318.932	315.437	328.453
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	332.474	174.985	111.900	100.721	97.208	111.170

Die Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** beinhaltet u.a. die Auflösung von Sonderposten aus zweckgebundenen Zuweisungen des Landes.

Im Bereich der **öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelte** handelt es sich um die Verwaltungsgebühren für Vorkaufsrechte.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten die Mieten und Mietnebenkosten der städtischen Mietobjekte. Die Beträge mindern sich, da die Gebäude in der Gerhard - Hauptmann Straße saniert werden müssen. Die Vermarktung der Wohnungen ist wegen der baulichen Gegebenheiten (u.a. Nachtspeicherheizung) äußerst schwierig. Daher wird hier nur die Hälfte der Mieteinnahmen eingeplant. Das Objekt Brunnenweg 22 ist zurzeit nicht vermietet, ein Verkauf wird erwogen.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen auch die Kosten für Prüfung, Beratung und Rechtschutz im Zusammenhang mit Streitigkeiten aus Mietverhältnissen, z.B. bei Räumungsklagen. Im Jahr 2009 ergaben sich hier stark erhöhte Aufwendungen durch die Sonderabschreibungen aufgrund des Verkaufs der Mietobjekte Kaiserhöhe.

Die **Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen** setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

- Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten allgemeines Grundvermögen (insbesondere Mietobjekte)
- Management- und Servicekostenumlagen

Die Ansatzschwankungen in den einzelnen Jahren erklären sich durch teilweise große Instandsetzungsarbeiten an einzelnen Objekten. Der Unterhaltungsaufwand in den einzelnen Jahren für die unterschiedlichen Objekte ist im Vorbericht detailliert aufgeführt.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.791	-2.600	-2.600		-2.600	-2.600	-2.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-274.732	-225.100	-209.540		-209.540	-209.540	-209.540
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-172	-200	-200		-200	-200	-200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-278.695	-227.900	-212.340		-212.340	-212.340	-212.340
10	- Personalauszahlungen	66.263	74.118	74.225		74.649	75.392	76.142
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	5.592	16.650	16.650		16.650	16.650	16.650
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	71.855	91.268	91.375		91.799	92.542	93.292
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-206.840	-136.632	-120.965		-120.541	-119.798	-119.048
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-427.247	-100.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000
23	= investive Einzahlungen	-427.247	-100.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.967	115.000	115.000		115.000	115.000	115.000
30	= investive Auszahlungen	5.967	115.000	115.000		115.000	115.000	115.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-421.279	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-427.247	-100.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	-548.835	-948.835
2	- Summe der investiven Auszahlungen	5.967	115.000	115.000		115.000	115.000	115.000	158.702	618.702
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-421.279	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000	-390.133	-330.133

Bei der investiven Einzahlung handelt es sich um die Pauschalveranschlagung von Erträgen aus Grundstücksveräußerungen.

Die investiven Auszahlungen beinhalten die vorsorgliche Einplanung von Mitteln für den Ankauf von Grundvermögen sowie für die erforderlichen Grunderwerbsnebenkosten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz.städt.Wohn.i.Verhält.z.vermiet.Wohn. (%)	74	90	90	90	90	90



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Technisches Immobilienmanagement-* umfasst die Bewirtschaftung des allg. Grundvermögens und von öffentlichen Gebäuden, die Beauftragung von Reinigungsdiensten (intern / extern), den Abschluss von Versicherungen und Schadensabwicklungen, die Erstellung von Nebenkostenabrechnungen, Bedarfsermittlung, die Umlagen und Beiträge an Berufsgenossenschaft und Landwirtschaftskammer. Planung, Realisierung und Projektsteuerung von Neubauten, die Unterhaltung aller Hochbauten und betriebstechnischen Anlagen, die Vermietung, Verpachtung, Jagdpacht, Abschluss von Gestattungs- und Nutzungsverträgen. Des weiteren Fischereipachtverträge, die Erhebung von Erbpachtzinsen, die Vermietung, Verpachtung von Wohnungen, gewerblichen Räumen und Stellplätzen. Zum Teil ist die Bewirtschaftung auf Verwalter übertragen; hier zählen zum Produktumfang der Abschluss des Vertrages und die Abrechnung mit dem Verwalter.

Ab dem Jahr 2011 betreiben im Rahmen von Shared Services die Städte Wipperfürth und Hückeswagen ein gemeinsames Regionales Gebäudemanagement (RGM).

Auftragsgrundlage:

- Rats- bzw. Fachausschussbeschlüsse, Bedarfsträger, Fachbereiche
- Verpflichtungen aus Gesetz, Verträgen mit Bedarfsträgern und sonstigen Nutzern

Ziele:

- Gebäude, betriebstechnische Anlagen mit den zu Verfügung gestellten Mitteln unterhalten und Substanzverluste vermeiden.
- Bau, Errichtung von Neubauten:
- Bedarfsgerechte, termingerechte und wirtschaftliche Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistung .
- Energieverbrauch sollte durch wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen reduziert werden.
- Einhaltung des Kostenrahmens (Haushaltsmittel) und des Zeitrahmens (Terminvorgaben)
- Gewährleistung einer wirtschaftlichen Auslastung der zu vermietenden / verpachtenden Grundstücke,
- Umsetzung der Planungsanforderung

Zielgruppen:

- Bedarfsträger (Mieter, Pächter und Nutzungsberechtigte)
- Gebäudenutzer

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|---|------------------------|
| 1.11.14.01 Unterhaltung, Bewirtschaftung v Gebäuden | Herr Rainer Frauendorf |
| 1.11.14.10 Verr. Regionales Gebäudemanagement (RGM) | Herr Dietmar Persian |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Technisches Immobilienmanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.984	-7.163	-437.005	-404.857	-404.855	-390.650
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-105.680		-391.871	-391.871	-391.871	-391.871
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-23.213	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-136.877	-12.163	-833.876	-801.728	-801.726	-787.521
11	- Personalaufwendungen	373.301	443.325	550.980	558.924	566.081	571.599
12	- Versorgungsaufwendungen	20.730	21.064	38.940	39.380	39.710	40.555
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.372.438	1.819.100	1.953.957	1.937.787	1.756.794	1.663.114
14	- Bilanzielle Abschreibungen	8.250	11.024	649.259	666.881	603.547	585.697
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	305.411	596.972	404.710	462.120	464.392	466.532
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.080.130	2.891.485	3.597.847	3.665.093	3.430.524	3.327.498
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.943.253	2.879.322	2.763.971	2.863.365	2.628.798	2.539.977
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	26	49	65	85	101	125
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	26	49	65	85	101	125
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.943.279	2.879.371	2.764.035	2.863.450	2.628.899	2.540.102
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.943.279	2.879.371	2.764.035	2.863.450	2.628.899	2.540.102
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.131.301	-3.089.165	-3.040.937	-3.119.111	-2.886.387	-2.799.141
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	188.023	209.794	276.902	255.661	257.488	259.039



Die Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** beinhaltet die ertragswirksame Auflösung von Zuschüssen. Diese waren bisher im Kostenrechnungssystem an anderer Stelle geplant. Durch die Einplanungen des Regionalen Gebäudemanagements war die Umplanung erforderlich. Aus dem gleichen Grunde erhöhen sich hier die **bilanziellen Abschreibungen**.

Im Bereich der **Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergeben sich ab 2011 die Einplanungen der Erstattungen der Stadt Wipperfürth für das gemeinsame regionale Gebäudemanagement. Auf die Erläuterungen zu den entsprechenden Ertrags- und Aufwandskonten im Vorbericht, die im Zusammenhang mit dem Verrechnungsprodukt stehen, wird verwiesen.

Zu den **sonstigen ordentlichen Erträgen** zählen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Im Bereich der **Personalaufwendungen** ergeben sich ab 2011 erhöhte Ansätze durch die Einrichtung des Regionalen Gebäudemanagements gemeinsam mit der Stadt Wipperfürth. Der deutliche Anstieg erklärt sich unter anderem durch den Fortgang einer von der Stadt Wipperfürth gestellten Mitarbeiterin für das gemeinsame Regionale Gebäudemanagement. Lt. vertraglicher Regelung ist die Stadt Hückeswagen für die Neubesetzung der Stelle zuständig. Hierdurch verringert sich allerdings auch die Erstattung an die Stadt Wipperfürth für deren Personalkosten.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich um die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Gas, Wasser, Strom, Reinigung etc.) der städtischen Liegenschaften.

Die Aufwendungen für Strom, Gas und Heizöl wurden unter Berücksichtigung aktueller Verbrauchswerte und möglicher Preissteigerungen kalkuliert. Die Kosten für Strom wurden außerdem unter Berücksichtigung eines günstigeren Vertrages mit dem Anbieter für dessen Laufzeit reduziert. Daneben wirkt sich aus, dass ab 2012 die Container für die temporäre Unterbringung des Schulbetriebes der Erich - Kästner Schule nicht mehr vorhanden sind. Die Energiekosten der Erich - Kästner Schule sinken aufgrund der dann abgeschlossenen energetischen Sanierung. Für Gas ergeben sich erhöhte Aufwendungen, da in den Objekten Straßweg 23 und Straßweg 25 eine Umstellung von Heizöl- auf Gasheizung erfolgte.

Die unterschiedliche Höhe der Ansätze für Gebäudeunterhaltung in den einzelnen Jahren ist auf verschiedene größere Instandhaltungsmaßnahmen bei bestimmten Objekten (in 2010 z.B. Brandschutzmaßnahmen an der Realschule und der Katholischen Grundschule) zurück zu führen.

Die Kosten der jährlich wiederkehrenden Unterhaltung wurden aufgrund von Erfahrungen aus den Vorjahren gebildet. Aus dem Budgetkreis Gebäudeunterhaltung ist ein hoher Anteil für Wartungsverträge (Aufzüge, Heizungen, Brand-, Einbruchmeldeanlagen, Elektroanlagen etc.) bereits fest gebunden. Durch die zunehmenden Anforderungen der technischen Prüfverordnung steigt der Anteil der regelmäßigen Wartungskosten kontinuierlich. Wartungen und Überprüfungen führen gleichzeitig zu Folgekosten aufgrund der Anforderungen der jeweiligen Sachverständigen. Im Übrigen reichen die Ansätze im Regelfall nur aus, um die notwendigen Reparaturen durchführen zu können.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Technisches Immobilienmanagement



Größere Unterhaltungsmaßnahmen werden auf der Grundlage einer mehrjährigen Maßnahmen - und Prioritätenliste durchgeführt. Zur Haushaltskonsolidierung wurden einzelne Maßnahmen, die eigentlich dringend erforderlich sind, nun zum Teil um mehrere Jahre verschoben. Auf die detaillierte Darstellung der geplanten Maßnahmen im Vorbericht wird verwiesen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten u.a. die Unterhaltungspauschale für den Sportplatz, Mieten und Pachten, Versicherungsbeiträge, Grundsteuer, Straßenreinigung und Winterdienstgebühren, Gebühren für Abwasser, etc.. Die seit Jahren auf dem Gelände der Grundschule Wiehagen geplante Turnhalle soll nun in einem Gemeinschaftsprojekt durch den Landesverband der Lebenshilfe e.V., dem Behindertensportverband NRW und der Rehabilitations- und Behindertensportgemeinschaft e.V. gebaut werden. In dem Gebäude sollen in erster Linie für Menschen mit und ohne Behinderungen Möglichkeiten für gemeinsamen Sport geschaffen werden. Die genannten Vorhabenträger errichten die Halle nicht nur sondern werden sie auch auf Dauer betreiben. Für die Nutzung der Halle für den Schulsport der Grundschule Wiehagen ist ein entsprechendes Nutzungsentgelt zu zahlen. Die genaue Höhe steht noch nicht fest, so dass der eingeplante Betrag vorläufig ist.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Technisches Immobilienmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-6.447		-391.871		-391.871	-391.871	-391.871
7	+ Sonstige Einzahlungen	-23.213	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-29.660	-5.000	-396.871		-396.871	-396.871	-396.871
10	- Personalauszahlungen	467.315	532.958	637.466		646.021	652.419	658.883
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.329.290	1.814.480	1.923.552		1.911.932	1.730.532	1.636.752
15	- sonstige Auszahlungen	306.128	591.000	396.230		453.690	455.810	457.910
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.102.732	2.938.438	2.957.248		3.011.643	2.838.761	2.753.545
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.073.073	2.933.438	2.560.377		2.614.772	2.441.890	2.356.674
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			15.000		15.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.485	15.950	19.850		4.850	4.850	4.850
30	= investive Auszahlungen	2.485	15.950	34.850		19.850	4.850	4.850
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	2.485	15.950	34.850		19.850	4.850	4.850

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Technisches Immobilienmanagement



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000330 Absauganlage FW Straßweg										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					15.000				15.000
13	= Summe Auszahlungen					15.000				15.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					15.000				15.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000333 Erwerb Absauganlage Holte										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			15.000						15.000
13	= Summe Auszahlungen			15.000						15.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			15.000						15.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Technisches Immobilienmanagement



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	2.485	15.950	19.850		4.850	4.850	4.850	42.975	77.375
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	2.485	15.950	19.850		4.850	4.850	4.850	42.975	77.375

Im Bereich der investiven Auszahlungen unterhalb der festgelegten Wertgrenze handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 650 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen des Immobilienmanagements 2.200 €
- Beschaffung von Geräten und Maschinen 2.000 €

Im Jahr 2011 ist der Ansatz einmalig um weitere 15.000 € erhöht. Bedingt durch die vielen Schneefälle der letzten Winterjahre sollen fünf Schneefräsen beschafft werden (Realschule, Mehrzweckhalle, Grundschule Kölner Str., Grundschule Wiehagen, Hauptschule bzw. Erich-Kästner-Schule).

Im Bereich der investiven Auszahlungen oberhalb der festgelegten Wertgrenze sind investive Auszahlungen für den Einbau von Absaugeinrichtungen in der Wagenhalle der Feuerwehr Straßweg und Holte eingeplant. Für weitere Informationen wird auf die Darstellungen der wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Vorbericht verwiesen.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Bauhof-* umfasst Leistungen in den Bereichen Verkehrsflächenunterhaltung, Gebäudeunterhaltung, Stadtreinigung, Abfallbeseitigung, Winterdienst, Betreuung von Pumpanlagen und sonstigen Abwassereinrichtungen, Bereitschaftsdienst im Bereich Abwasserbeseitigung, Pflege von Rasenflächen, Gehölz- u. Pflanzflächen, Pflege von Hecken und sonstigen Grünflächen. Darüber hinaus bietet der Bauhof Service in zahlreichen weiteren Bereichen der Verwaltung (z.B. durch Hilfe bei Veranstaltungen). Im Einzelfall ist der Bauhof darüber hinaus bei der Durchführung von investiven Maßnahmen z.B. im Bereich der Verkehrsflächen und der Gebäudeunterhaltung beteiligt.

Auftragsgrundlage:

Dauer- und Einzelaufträge der einzelnen Fachbereiche und Betriebe

Ziele:

- Schaffung und Substanzerhalt der Verkehrsinfrastruktur
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit
- Erfüllung der gesetzlichen Verkehrssicherungspflicht
- Zufriedenstellender Grundservice für die Gesamtverwaltung und der Allgemeinheit
- Vollausslastung der personellen Ressourcen und Arbeitsmittel

Zielgruppen:

Bürger / - innen
Verwaltung

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.11.18.01 Bauhof Herr Thomas Schnepfel

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-34.075	-26.827	-30.568	-37.116	-36.857	-35.026
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.962					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.306		-30.000			
10	= Ordentliche Erträge	-35.419	-26.827	-60.568	-37.116	-36.857	-35.026
11	- Personalaufwendungen	825.259	942.403	949.186	952.094	964.244	973.655
12	- Versorgungsaufwendungen	59.230	60.182	67.260	68.020	68.590	70.050
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	151.154	134.677	151.463	142.063	135.977	141.977
14	- Bilanzielle Abschreibungen	74.577	86.111	97.777	101.316	109.271	115.163
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.231	51.058	34.341	27.797	35.225	16.294
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.140.451	1.274.431	1.300.027	1.291.290	1.313.307	1.317.140
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.105.032	1.247.604	1.239.459	1.254.174	1.276.450	1.282.114
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.563	1.183	37	25	14	12
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.563	1.183	37	25	14	12
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.106.595	1.248.787	1.239.496	1.254.199	1.276.465	1.282.125
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.106.595	1.248.787	1.239.496	1.254.199	1.276.465	1.282.125
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.248.314	-1.390.637	-1.419.223	-1.391.922	-1.394.936	-1.386.763
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	104.682	134.577	183.622	152.912	141.909	143.103

Haushaltsplan 2011**1.11 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.11.18 Bauhof

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-37.037	-7.274	3.895	15.189	23.438	38.465

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um Erträge aus der Auflösung zweckgebundener Zuweisungen des Landes.

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** handelt es sich um Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Sachen des Anlagevermögens.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beinhalten im Wesentlichen die Treibstoffkosten und die Kosten der Unterhaltung von Fahrzeugen und Geräten sowie sonstige Dienstleistungen. Die Unterhaltungs- und Reparaturkosten enthalten insbesondere folgende Maßnahmen:

- LKW 1 - in 2011 muss der Ansatz erhöht werden, da die Reparatur der Bremsen ansteht. Es ist davon auszugehen, dass die Bremsen verschleißbedingt in 2014 wieder instand gesetzt werden müssen.
- LKW 2 - Unimog - der Ansatz für 2011 ist zu erhöhen, da der Unimog mit neuen Reifen versehen werden muss. Ein neuer Reifensatz steht dann wieder in 2014 an.
- Kleiner Traktor das Jahr 2009 hat gezeigt, dass der kleine Traktor reparatur- und wartungsanfällig ist. Aufgrund des Rechnungsergebnisses 2009 und den bisher in 2010 verausgabten Beträgen ist eine Ansatzerhöhung dringend geboten.
- Baggerlader - am Auslegerarm des Baggerladers sind sämtliche Buchsen und Bolzen verschlissen; die Benutzung stellt eine Gefährdung für das Personal dar. In 2011 soll der Auslegerarm instand gesetzt werden – ebenso ist eine komplette Neubereifung erforderlich. Der erhöhte Ansatz 2014 ist für eine verschleißbedingte Neubereifung erforderlich.
- Schlegelmäher - in 2011 müssen die Messer für den Schlägelmähkopf erneuert werden.
- Seilwinde - im Jahr 2011 muss das Seil sowie der Akku für die Fernbedienung erneuert werden.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** gehören Kfz-Versicherungen, Fahrzeugleasing, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmaterial, etc..

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.760						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.922						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.682						
10	- Personalauszahlungen	815.204	913.771	921.761		925.250	934.427	943.696
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	149.179	128.580	145.377		135.977	135.977	141.977
15	- sonstige Auszahlungen	23.327	24.270	9.270		9.270	9.270	9.270
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	987.710	1.066.621	1.076.408		1.070.497	1.079.674	1.094.943
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	980.029	1.066.621	1.076.408		1.070.497	1.079.674	1.094.943
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-105.000				
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-5.100		-31.000				
23	= investive Einzahlungen	-5.100		-136.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	33.330	80.000	307.500		55.500	195.000	24.500
30	= investive Auszahlungen	33.330	80.000	307.500		55.500	195.000	24.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	28.230	80.000	171.500		55.500	195.000	24.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000186 Erwerb Streuer Ersatzfahrzeug Unimog										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			40.000						40.000
13	= Summe Auszahlungen			40.000						40.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			40.000						40.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000190 Ersatz Renault Pritsche										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen			-1.000						-1.000
6	= Summe Einzahlungen			-1.000						-1.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			35.000						35.000
13	= Summe Auszahlungen			35.000						35.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			34.000						34.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000191 Ersatz Daihasu Kipper GM-2827										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		20.000						20.000	20.000
13	= Summe Auszahlungen		20.000						20.000	20.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		20.000						20.000	20.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000192 Ersatz Kubota Schlepper										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-4.950							-4.950	-4.950
6	= Summe Einzahlungen	-4.950							-4.950	-4.950
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	22.391							22.391	22.391
13	= Summe Auszahlungen	22.391							22.391	22.391
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	17.441							17.441	17.441

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000194 Neues Fahrzeug für alten UNIMOG										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-90.000						-90.000
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen			-30.000						-30.000
6	= Summe Einzahlungen			-120.000						-120.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			120.000						120.000
13	= Summe Auszahlungen			120.000						120.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000196 Ersatz Ford Kanalwagen										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			45.000						45.000
13	= Summe Auszahlungen			45.000						45.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./- Auszahlungen)			45.000						45.000

Haushaltsplan 2011

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.11.18 Bauhof

H. Schröder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000201 Erwerb Kompressor Bauhof										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen							15.000		15.000
13	= Summe Auszahlungen							15.000		15.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)							15.000		15.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000204 Erwerb Kanalspülgerät										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		40.000						40.000	40.000
13	= Summe Auszahlungen		40.000						40.000	40.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		40.000						40.000	40.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000209 Erwerb Schneepflug/Streuer Hako Kehrm.										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					6.000				6.000
13	= Summe Auszahlungen					6.000				6.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					6.000				6.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000212 Erwerb Aufsitzmäher										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-15.000						-15.000
6	= Summe Einzahlungen			-15.000						-15.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			20.000						20.000
13	= Summe Auszahlungen			20.000						20.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			5.000						5.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000213 Erwerb Ersatzauslegearm f. Schlepper										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			30.000						30.000
13	= Summe Auszahlungen			30.000						30.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			30.000						30.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000216 Ersatz Gazelle-Kipper										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					30.000				30.000
13	= Summe Auszahlungen					30.000				30.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					30.000				30.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000218 Erwerb LKW Bauhof										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen						85.000			85.000
13	= Summe Auszahlungen						85.000			85.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						85.000			85.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000219 Ersatz Gazelle-Kipper										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen						35.000			35.000
13	= Summe Auszahlungen						35.000			35.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						35.000			35.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000223 Erwerb Streuer f. Case Trecker										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					15.000				15.000
13	= Summe Auszahlungen					15.000				15.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					15.000				15.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000226 Erwerb Streuer f. LKW										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen						60.000			60.000
13	= Summe Auszahlungen						60.000			60.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						60.000			60.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Bauhof



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-150							-3.476	-3.476
2	- Summe der investiven Auszahlungen	10.939	20.000	17.500		4.500	15.000	9.500	106.423	152.923
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	10.789	20.000	17.500		4.500	15.000	9.500	102.947	149.447

Oberhalb der Wertgrenze von 10.000 € Anschaffungswert wird die Beschaffung von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sowie **von Fahrzeugen** für den städtischen Bauhof **einzeln** veranschlagt und kann deshalb direkt an der entsprechenden Bezeichnung erkannt werden. Bei wesentlichen Investitionsmaßnahmen wird auf die Ausführungen im Vorbericht verwiesen.

In der jährlichen Sammelveranschlagung sind Beschaffungen wie z.B. Rasenmäher, Freischneider, etc. und die geringwertigen Wirtschaftsgüter eingeplant.

Zusätzlich sind für das Jahr 2011 eingeplant:

- Streuer 6.000 €
- Dreibock 2.000 €
- Hänger 5.000 €

Zusätzlich sind für das Jahr 2013 eingeplant:

- Rüttelplatte 8.000 €
- Motorsäge 2.500 €

Im Jahr 2014 ist ein Abbruchhammer (5.000 €) zusätzlich eingeplant.



Die Beschaffungen kommen nur zum Tragen, wenn und soweit die Untersuchungen aus dem Projekt Shared Services dies auch bestätigen.

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-90.796	-66.575	-48.273	-38.723	-44.674	-50.060
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-111.419	-102.900	-135.400	-135.400	-135.400	-135.400
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.807	-8.450	-13.250	-13.250	-13.250	-13.250
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.243	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-20.138	-15.100	-21.860	-22.360	-22.700	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-228.403	-202.025	-227.783	-218.733	-225.024	-230.710
11	- Personalaufwendungen	571.724	553.691	586.441	589.853	597.709	604.339
12	- Versorgungsaufwendungen	32.280	32.799	42.126	42.602	42.959	43.874
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	72.834	82.266	87.175	99.675	100.851	101.090
14	- Bilanzielle Abschreibungen	96.005	95.769	65.789	55.949	52.659	55.743
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	179.749	178.747	182.711	185.925	199.791	207.065
17	= Ordentliche Aufwendungen	952.592	943.272	964.242	974.004	993.968	1.012.111
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	724.189	741.247	736.459	755.271	768.944	781.401
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	6.510	5.473	130	105	82	70
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	6.510	5.473	130	105	82	70
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	730.698	746.720	736.589	755.376	769.026	781.471
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	730.698	746.720	736.589	755.376	769.026	781.471

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-60.854	-60.621	-69.562	-69.956	-70.930	-71.736
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	347.938	348.459	417.755	401.000	407.347	422.491
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.017.783	1.034.558	1.084.782	1.086.420	1.105.443	1.132.226

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.000	-8.000				-9.300	-14.800
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-108.837	-102.900	-135.400		-135.400	-135.400	-135.400
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.832	-8.450	-13.250		-13.250	-13.250	-13.250
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.819	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-20.144	-15.100	-21.860		-22.360	-22.700	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-144.633	-143.450	-179.510		-180.010	-189.650	-195.450
10	- Personalauszahlungen	525.822	524.331	548.443		550.609	555.787	561.216
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	62.967	65.340	68.605		81.105	81.305	81.305
15	- sonstige Auszahlungen	157.289	150.536	154.170		157.860	171.360	178.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	746.078	740.207	771.218		789.574	808.452	821.121
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	601.445	596.757	591.708		609.564	618.802	625.671
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-17.500	-30.000		-40.000		-40.000
23	= investive Einzahlungen		-17.500	-30.000		-40.000		-40.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	138.914	43.700	64.800		96.800	36.800	245.500
30	= investive Auszahlungen	138.914	43.700	64.800		96.800	36.800	245.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	138.914	26.200	34.800		56.800	36.800	205.500

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz.gemeld.Gew.-Betr./erl.-frei/pflicht (ANZ)	1.216	1.200	1.220	1.220	1.220	1.220
2	Anz. der Gewerbe-Anmeldungen (ANZ)	137	144	144	144	144	144
3	Anz. der Gewerbe-Abmeldungen (ANZ)	136	107	107	107	107	107
4	Anzahl der Verwarnungen/Bußgeldbescheide (ANZ)	631	600	770	820	870	920
5	Anz.der durchgef. Erhebungen/Statistiken (ANZ)	1	0	2	0	1	1
6	Anzahl d. Brand-u. sonstigen Einsätze (ANZ)	93	80	90	110	100	120
7	Eintreffzeit < 10 Min. b. zeitkr. Eins. (%)	53	80	7	6	8	10
8	Kundenzufriedenheit "sehr gut" (%)	93	91	90	90	91	91
9	Kundenzufriedenheit "zufrieden" (%)	5	9	10	10	9	9
10	Wartezeit "keine" (%)	86	78	20	20	20	20
11	Wartezeit "bis 2 Min." (%)	9	16	45	45	45	45
12	Wartezeit "bis 5 Min." (%)	5	5	25	25	25	25
13	Wartezeit "länger als 5 Min." (%)	0	1	10	10	10	10
14	Anz. Eheschließungen / Lebenspartnersch. (ANZ)	120	100	130	130	130	130
15	Anzahl der zeitkritischen Einsätze (ANZ)			10	10	15	17

Haushaltsplan 2011**1.12 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	Anzahl der nicht zeitkritischen Einsätze (ANZ)			90	90	85	103



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Allgemeine Sicherheit und Ordnung-* umfasst die Einleitung und Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Verstößen gegen Vorschriften (MeldeG, GewO, LImSchG, Straßenordnung), Anliegen und Beschwerden aus der Bevölkerung, Amtshilfeersuchen, Immissionsschutz, Abfallrecht, tierhaltungsrechtlichen Vorschriften, Obdachlosigkeit, Fundsachen, Zwangseinweisungen und Bestattungen.

Auftragsgrundlage:

Gesetze, Verordnungen, Satzungen; insbes. OBG, VwfG, VwVG, LImSchG, LHundG, PsychKG, OWiG

Ziele:

- Erreichung bzw. Gewährung eines angemessenen Sicherheitsstandards im Gemeindegebiet
- Schnelle und rechtssichere Erledigung der Aufgaben
- Verringerung der Beschwerdefälle durch Aufklärungsarbeit und Vorsorgeplanung

Zielgruppen:

Allgemeinheit
Behörden

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr Herr Roland Kissau

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-519					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.586	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-5.100	-10.100	-10.100	-10.100	-10.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.773	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.660	-2.300	-2.300	-2.300	-2.300	-2.300
10	= Ordentliche Erträge	-12.538	-11.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400
11	- Personalaufwendungen	165.133	132.171	154.320	156.461	158.768	160.980
12	- Versorgungsaufwendungen	5.923	6.018	10.620	10.740	10.830	11.061
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.746	15.468	16.306	16.306	16.631	16.711
14	- Bilanzielle Abschreibungen	849					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.909	14.492	20.878	20.668	20.990	20.832
17	= Ordentliche Aufwendungen	193.560	168.150	202.124	204.174	207.219	209.583
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	181.022	156.750	185.724	187.774	190.819	193.183
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5	1	1	1	1	1
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	5	1	1	1	1	1
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	181.027	156.751	185.725	187.776	190.821	193.185
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	181.027	156.751	185.725	187.776	190.821	193.185

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-90.839	-75.886	-114.551	-116.032	-117.965	-119.690
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.957	53.949	72.483	71.676	72.670	74.389
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	143.145	134.814	143.658	143.419	145.526	147.883

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich im Wesentlichen um die Erstattung von Unterbringungskosten bei Zwangseinweisungen.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** handelt es sich um die Erstattung von Gebühren (Kreis) in Höhe von 3.000 €.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** ergeben sich aus ordnungsrechtlichen Erträgen, Verwarnungs- und Bußgeldern und aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** berücksichtigen im Wesentlichen die Kosten für einen Sicherheitsdienst.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** erhöhen sich ab 2011, da die Obdachlosenunterkunft in 2010 aufgegeben wurde und daher Einweisungen in städtische Mietwohnungen erfolgt. Die Zahlung der Mieten erfolgt aus dem hierfür erhöhten Ansatz.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.606	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-5.100	-10.100		-10.100	-10.100	-10.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.145	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.799	-2.300	-2.300		-2.300	-2.300	-2.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.550	-11.400	-16.400		-16.400	-16.400	-16.400
10	- Personalauszahlungen	112.431	110.611	123.818		124.512	125.527	126.552
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.510	12.300	10.100		10.100	10.100	10.100
15	- sonstige Auszahlungen	6.369	9.070	14.340		14.180	14.380	14.220
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	129.310	131.981	148.258		148.792	150.007	150.872
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	116.761	120.581	131.858		132.392	133.607	134.472



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Gewerbewesen-* umfasst die Durchführung / Überwachung von gaststättenrechtlichen Genehmigungsverfahren, erlaubnispflichtigen Gewerben, Veranstaltungen, Märkten, Annahme von Gewerbean-, Gewerbeum- / Gewerbeabmeldungen; Führung der Gewerbekartei, Ahndung von Verstößen sowie die Durchführung von Rücknahme- und Widerrufsverfahren

Auftragsgrundlage:

Gewerbeordnung, Gaststättengesetz, Ausführungsbestimmungen, OWiG

Ziele:

Beachtung der berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden, Arbeitnehmer und Bürger
Minimierung der berechtigten Beschwerden Dritter; rechtssichere Erledigung der Aufgaben
Schutz der Bürger/Allgemeinheit

Zielgruppen:

Gewerbetreibende, Beschäftigte, Allgemeinheit

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.02.01 Gewerbewesen Frau Monika Podszus

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.12.02 Gewerbewesen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-203		-813	-813	-813	-609
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.614	-18.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-872	-300	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
10	= Ordentliche Erträge	-17.441	-18.300	-17.113	-17.113	-17.113	-16.909
11	- Personalaufwendungen	34.306	37.076	37.299	37.320	37.837	38.203
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	917	1.620	1.617	1.617	1.699	1.719
14	- Bilanzielle Abschreibungen	315	114	925	927	925	722
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.951	4.965	4.783	4.708	4.738	4.742
17	= Ordentliche Aufwendungen	42.450	46.784	48.165	48.152	48.809	49.073
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	25.009	28.484	31.052	31.039	31.696	32.164
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	12	10	12	10	8	7
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	12	10	12	10	8	7
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	25.022	28.494	31.064	31.050	31.704	32.170
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	25.022	28.494	31.064	31.050	31.704	32.170
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.394	-10.277	-10.405	-10.406	-10.544	-10.645

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.02 Gewerbewesen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.901	42.382	31.513	31.262	31.796	32.341
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	62.529	60.600	52.173	51.906	52.956	53.867

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.02 Gewerbewesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.259	-18.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-872	-300	-300		-300	-300	-300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.131	-18.300	-16.300		-16.300	-16.300	-16.300
10	- Personalauszahlungen	33.655	35.705	35.872		35.912	36.268	36.626
15	- sonstige Auszahlungen	518	900	700		700	700	700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.174	36.605	36.572		36.612	36.968	37.326
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	17.043	18.305	20.272		20.312	20.668	21.026

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.02 Gewerbewesen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz.gemeld.Gew.-Betr./erl.-frei/pflicht) (ANZ)	1.216	1.200	1.220	1.220	1.220	1.220
2	Anz. der Gewerbe-Anmeldungen (ANZ)	137	144	144	144	144	144
3	Anz. der Gewerbe-Abmeldungen (ANZ)	136	107	107	107	107	107



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Verkehrsangelegenheiten-* umfasst die Beseitigung von Gefahren, Erteilung und Überwachung von Genehmigungen, Erlaubnissen (Sondernutzung, Baustellen), Mitwirkung bei planerischen Maßnahmen, Schulwegsicherung, Mitwirkung bei verkehrsrechtlichen Anordnungs- und Genehmigungsverfahren der Straßenverkehrsbehörde (Baustellen, Verkehrszeichen), Durchführung von Überwachungsgängen; Ahndung der Verstöße bei Verletzung der Straßenverkehrsordnung, Erfassung und Bearbeitung der Ahndungen

Auftragsgrundlage:

Straßenverkehrsordnung, Straßen-, Wege-, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele:

- Verbesserung, Kontrolle der Verkehrssicherheit in Zusammenarbeit mit Bürgern und Behörden
- Kontrolle der öffentlichen Verkehrsflächen

Zielgruppen:

Verkehrsteilnehmer, Anwohner, Allgemeinheit

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.07.01 Verkehrsregelung und -lenkung	Herr Roland Kissau
1.12.07.02 Überwachung des ruhenden Verkehrs	Herr Andreas Henseler
1.12.07.10 Verr. Straßenverkehrsamt	Herr Roland Kissau

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.07 Verkehrsangelegenheiten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.331	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-14.478	-12.800	-19.560	-20.060	-20.400	-20.700
10	= Ordentliche Erträge	-15.561	-14.000	-20.760	-21.260	-21.600	-21.900
11	- Personalaufwendungen	44.118	50.256	51.208	51.367	52.025	52.533
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.488	15.024	15.021	27.521	27.603	27.623
14	- Bilanzielle Abschreibungen	241					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.161	5.787	5.840	5.715	5.746	5.749
17	= Ordentliche Aufwendungen	57.970	74.076	75.610	88.184	88.983	89.592
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	42.409	60.076	54.850	66.924	67.383	67.692
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	42.409	60.076	54.850	66.924	67.383	67.692
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	42.409	60.076	54.850	66.924	67.383	67.692
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-25.648	-28.951	-29.699	-29.738	-30.108	-30.392
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	69.310	59.518	70.480	70.461	71.648	72.826
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	86.071	90.643	95.630	107.647	108.924	110.126



Hinter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** verbergen sich im Wesentlichen Verwarnungs- und Bußgelder. Aufgrund der positiven Entwicklung des Rechnungsergebnisses im Vorjahr wurden die Ansätze angepasst.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurden ab 2010 zusätzliche Mittel eingeplant für eine finanzielle Beteiligung an den Personalkosten für ein gemeinsames Straßenverkehrsamt in Kooperation mit der Stadt Wipperfurth. Es ist geplant, dass die Stadt Wipperfurth das Personal zur Verfügung stellt und hier eine Kostenbeteiligung stattfindet. In 2011 ist die Erstattung anteilig eingeplant, ab 2012 erfolgt eine vollständige Einplanung für diesen Zweck.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** werden u.a. Portokosten und die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.07 Verkehrsangelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.203	-1.200	-1.200		-1.200	-1.200	-1.200
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.346	-12.800	-19.560		-20.060	-20.400	-20.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.549	-14.000	-20.760		-21.260	-21.600	-21.900
10	- Personalauszahlungen	50.305	48.886	49.780		49.960	50.456	50.956
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.657	13.500	13.500		26.000	26.000	26.000
15	- sonstige Auszahlungen	1.523	1.380	1.380		1.380	1.380	1.380
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.485	63.766	64.660		77.340	77.836	78.336
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	40.937	49.766	43.900		56.080	56.236	56.436

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.07 Verkehrsangelegenheiten



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl der Verwarnungen/Bußgeldbescheide (ANZ)	631	600	770	820	870	920



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Einwohnerangelegenheiten-* umfasst das Durchführen amtlicher Beglaubigungen von Kopien und Unterschriften, An-, Ab- und Ummeldungen von Personen sowie alle damit zusammenhängenden Tätigkeiten, Führung des Melderegisters, Auskunftserteilung, Ausstellung melderechtlicher Bescheinigungen; Ausstellung und Änderung von Lohnsteuerkarten. Annahme, Bearbeitung und Weiterleitung von Aufenthaltsgenehmigungsanträgen; Fahrerlaubnisanträgen (Erst- und Neuerteilung), Führerscheinumtausch; vorübergehende Stilllegung von Kraftfahrzeugen. Annahme und Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung von Personaldokumenten; Fischereischeine, Führungszeugnisse, Untersuchungsberechtigungsscheine. Bürgerservice z.B. Formularausgabe für andere Behörden, Einbürgerungen und Namensänderungen an die Kreisverwaltung.

Auftragsgrundlage:

- Melde-, Ausländer-, Register-, Einkommenssteuer-, Pass- und Personalausweis-, Fischerei-, Verwaltungsverfahrensgesetz, StVZO
- Staatsangehörigkeitsgesetz, Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen sowie entsprechende Verwaltungsvorschriften

Ziele:

- Bürgerservice, freundliche, schnelle und korrekte Erledigung der Aufgaben, kurze Durchlaufzeiten der Anträge, geringe Wartezeiten

Zielgruppen:

- Einwohner und Bürger, andere Behörden, Einbürgerungsbewerber

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|--|-----------------------|
| 1.12.10.01 Einwohnerangelegenheiten, Bürgerservice | Frau Dietlinde Müller |
| 1.12.10.02 Namens- und Staatsangehörigkeitsangel. | Frau Ursula Thiel |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Einwohnerangelegenheiten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-401					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-61.246	-59.500	-94.000	-94.000	-94.000	-94.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-97	-100	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	992					
10	= Ordentliche Erträge	-60.751	-59.600	-94.100	-94.100	-94.100	-94.100
11	- Personalaufwendungen	193.127	191.580	229.829	230.364	233.386	235.659
12	- Versorgungsaufwendungen	11.846	12.036	17.700	17.900	18.050	18.434
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.475	6.157	11.132	11.132	11.539	11.639
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.540	1.023	1.022	1.021	1.022	1.021
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.068	48.593	76.344	76.394	76.347	76.365
17	= Ordentliche Aufwendungen	254.056	259.388	336.028	336.812	340.344	343.119
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	193.305	199.788	241.928	242.712	246.244	249.019
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	126	88	108	86	67	56
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	126	88	108	86	67	56
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	193.431	199.877	242.036	242.798	246.311	249.075
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	193.431	199.877	242.036	242.798	246.311	249.075
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-20.564	-21.133	-34.786	-34.893	-35.340	-35.698

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.10 Einwohnerangelegenheiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	119.127	123.080	116.590	113.992	115.414	117.297
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	291.994	301.824	323.840	321.897	326.385	330.674

Bei den **öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich im Wesentlichen um Verwaltungsgebühren für:

- Ausweise und Pässe
- Führungszeugnisse
- Meldebescheinigungen
- Fischereischeine
- Melderegisterauskünfte und
- Kfz-Abmeldungen

Hinter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** verbergen sich die Kosten der Bundesdruckerei für die Erstellung von Ausweisen und Pässen.

Durch die Einführung des elektronischen Personalausweises und die erheblich gestiegenen Verwaltungsgebühren erhöhen sich dementsprechend die Erträge und gleichzeitig die Kosten für die Bundesdruckerei.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Einwohnerangelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-61.246	-59.500	-94.000		-94.000	-94.000	-94.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-97	-100	-100		-100	-100	-100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-61.342	-59.600	-94.100		-94.100	-94.100	-94.100
10	- Personalauszahlungen	190.580	186.097	222.689		223.325	225.539	227.775
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	97		3.465		3.465	3.465	3.465
15	- sonstige Auszahlungen	36.978	40.916	67.900		68.050	67.850	67.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	227.655	227.013	294.054		294.840	296.854	299.090
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	166.313	167.413	199.954		200.740	202.754	204.990

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.10 Einwohnerangelegenheiten**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Kundenzufriedenheit "sehr gut" (%)	93	91	90	90	91	91
2	Kundenzufriedenheit "zufrieden" (%)	5	9	10	10	9	9
3	Wartezeit "keine" (%)	86	78	20	20	20	20
4	Wartezeit "bis 2 Min." (%)	9	16	45	45	45	45
5	Wartezeit "bis 5 Min." (%)	5	5	25	25	25	25
6	Wartezeit "länger als 5 Min." (%)	0	1	10	10	10	10



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Personenstandsangelegenheiten-* umfasst die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen und damit zusammenhängenden Tätigkeiten. Anmeldung, Bearbeitung und Vornahme von Eheschließungen und damit zusammenhängenden Tätigkeiten. Beurkundungen, z.B. namensrechtliche Erklärungen.

Auftragsgrundlage:

Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, BGB

Ziele:

Führung des Personenstandsregisters als staatliche Auftragsangelegenheit

Zielgruppen:

Bürger /- innen, sonstige Behörden

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.11.01 Standesamt Frau Ursula Thiel

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.11 Personenstandsangelegenheiten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-912		-995	-995	-994	-83
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.835	-14.200	-14.200	-14.200	-14.200	-14.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.769	-2.300	-2.300	-2.300	-2.300	-2.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	496					
10	= Ordentliche Erträge	-19.020	-16.500	-17.495	-17.495	-17.494	-16.583
11	- Personalaufwendungen	94.393	95.530	59.324	59.565	60.304	60.895
12	- Versorgungsaufwendungen	5.923	6.018	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.597	5.384	3.857	3.857	3.939	3.959
14	- Bilanzielle Abschreibungen	993	80	1.036	1.033	1.033	120
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.509	10.338	8.510	8.385	8.416	8.419
17	= Ordentliche Aufwendungen	113.415	117.351	76.268	76.421	77.302	77.080
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	94.395	100.851	58.773	58.926	59.808	60.497
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	7	5	5	4	4	3
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	7	5	5	4	4	3
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	94.402	100.855	58.778	58.930	59.811	60.500
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	94.402	100.855	58.778	58.930	59.811	60.500
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-56.642	-58.859	-20.951	-21.400	-20.942	-21.152

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.11 Personenstandsangelegenheiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.177	32.168	40.339	41.595	38.875	39.483
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	66.937	74.164	78.166	79.126	77.744	78.831

Bei den **öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich im Wesentlichen um Gebühren im Rahmen der Beurkundung von Hochzeiten, Geburten und Sterbefällen, um Servicegebühren – z.B. für Eheschließungen an Samstagen – und um Gebühren für angeforderte Urkunden.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um Erträge aus dem Verkauf von Stammbüchern, der Ankauf der Stammbücher wird entsprechend unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen abgebildet.

Bei der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** handelt es sich im Wesentlichen um die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung, Kosten der Aus- und Fortbildung sowie um Aufwendungen für Porto, Büromaterial und Zeitungen / Fachliteratur.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.11 Personenstandsangelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.835	-14.200	-14.200		-14.200	-14.200	-14.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.769	-2.300	-2.300		-2.300	-2.300	-2.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.604	-16.500	-16.500		-16.500	-16.500	-16.500
10	- Personalauszahlungen	91.956	92.789	57.896		58.157	58.735	59.318
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.903	2.300	2.300		2.300	2.300	2.300
15	- sonstige Auszahlungen	2.312	4.450	3.750		3.750	3.750	3.750
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	97.171	99.539	63.946		64.207	64.785	65.368
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	78.567	83.039	47.446		47.707	48.285	48.868

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.11 Personenstandsangelegenheiten



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz. Eheschließungen / Lebenspartnersch. (ANZ)	120	100	130	130	130	130



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Statistik-* umfasst Erhebungen nach dem Agrarstatistikgesetz (Bodennutzungshaupt-, Baumschulenerhebung, Arbeitskräfte-, Vieh-, Volkszählungen).

Auftragsgrundlage: Volkszählungs-, Agrarstatistikgesetz

Ziele: Ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung und Agrarstatistiken

Zielgruppen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.12.13.01 Statistik Frau Ursula Thiel

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.13 Statistik



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen					-300	-300
10	= Ordentliche Erträge					-300	-300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.300			700	700
17	= Ordentliche Aufwendungen		3.300			700	700
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)		3.300			400	400
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)		3.300			400	400
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)		3.300			400	400
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.523	11.937	8.794	8.838	8.881	8.955
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	7.523	15.237	8.794	8.838	9.281	9.355

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.13 Statistik



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen						-300	-300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						-300	-300
15	- sonstige Auszahlungen		3.300				700	700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		3.300				700	700
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)		3.300				400	400

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.13 Statistik



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz.der durchgef. Erhebungen/Statistiken (ANZ)	1	0	2	0	1	1



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Wahlen-* umfasst die Vorbereitung der Wahlen (Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen), Einteilung der Stimmbezirke, Führung des Wählerverzeichnisses, Einberufung der Wahlvorstände, Durchführung der Wahlen (Organisation, Wahltag, Erfassung, Ergebnisse und Weiterleitung), Vorbereitung und Durchführung von Volksinitiativen, Bürgerbegehren.

Auftragsgrundlage:

Grundgesetz, Landesverfassung, Gemeindeordnung sowie verschiedene Wahlgesetze mit Ausführungsanordnung

Ziele:

Ornungsgemäße Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksinitiativen.

Zielgruppen:

Bürger / - innen, Parteien, Fraktionen und Wählergemeinschaften

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.14.01 Vorbereitung und Durchführung von Wahlen Frau Ursula Thiel

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.14 Wahlen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.000	-8.000			-9.000	-14.500
10	= Ordentliche Erträge	-4.000	-8.000			-9.000	-14.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.131	8.300	300	300	9.100	16.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	27.131	8.300	300	300	9.100	16.800
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	23.131	300	300	300	100	2.300
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	23.131	300	300	300	100	2.300
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	23.131	300	300	300	100	2.300
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.103	29.471	27.414	27.600	29.176	31.074
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	57.233	29.771	27.714	27.900	29.276	33.374

Bei den **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** handelt es sich um Zuschüsse von Kreis und Land zur Durchführung der Wahlen.

Im Jahr 2009 fanden Kommunal-, Bundes- und Europawahlen statt; Landtagswahlen in 2010. Hier wurden entsprechende Ansätze im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** gebildet. Die nächsten Wahlen erfolgen in 2013, daher erfolgt hier eine entsprechende Einplanung.

Auch in den wahlfreien Jahren sind geringe Mittel im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen erforderlich für folgende Fälle:

- ein Vertreter im Rat scheidet aus und dieser Platz muss neu besetzt werden;
- ein Volksentscheid, eine Volksinitiative o.ä. findet statt



Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für sonstige ordentliche Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.14 Wahlen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.000	-8.000				-9.000	-14.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.000	-8.000				-9.000	-14.500
15	- sonstige Auszahlungen	27.131	8.300	300		300	9.100	16.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	27.131	8.300	300		300	9.100	16.800
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	23.131	300	300		300	100	2.300



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Gefahrenabwehr-* umfasst die Brandbekämpfung, technische Hilfe bei Unglücksfällen, Sicherheitswachdiensten, Mitwirkung im vorbeugenden Brandschutz (Brandschauen, Aufklärung in Schulen). Sicherstellung des ausreichenden Schutzes der Bevölkerung (Wartung von Sirenen, Hydranten, Genehmigung von Brauchtumsfeuern) Nachbearbeitung der Einsätze (Lohnausfallkostenerstattung, Erstellung von Gebührenbescheiden) und Verwaltung der Feuerwehr (Beschaffung von KFZ, Ausrüstung und Bekleidung).

Auftragsgrundlage:

- Feuerschutzhilfegesetz NRW mit ergänzenden Vorschriften
- Örtliche Gebührensatzung

Ziele:

- Brandbekämpfung, Hilfeleistung mit kurzfristigem Eintreffen am Einsatzort nach Alarmierung und sachgerechte Gefahrenabwehr am Einsatzort.
- Sicherstellung eines vorbeugenden Brandschutzes
- Realisierung von Forderungen bei kostenpflichtigen Einsätzen.

Zielgruppen:

- Betroffene Personen
- Allgemeinheit

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.12.15.01 Brand- und Bevölkerungsschutz Herr Roland Kissau

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.15 Gefahrenabwehr



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-84.762	-58.575	-46.465	-36.915	-33.567	-34.568
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.808	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-70	-650	-450	-450	-450	-450
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-454	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge	-99.094	-74.225	-61.915	-52.365	-49.017	-50.018
11	- Personalaufwendungen	40.647	47.079	54.461	54.776	55.389	56.068
12	- Versorgungsaufwendungen	2.665	2.708	3.186	3.222	3.249	3.318
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.611	38.612	39.240	39.240	39.440	39.440
14	- Bilanzielle Abschreibungen	92.067	94.552	62.806	52.968	49.679	53.880
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	81.021	82.973	66.055	69.755	73.755	73.458
17	= Ordentliche Aufwendungen	264.011	265.923	225.747	219.961	221.511	226.164
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	164.917	191.698	163.832	167.596	172.494	176.146
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	6.360	5.368	3	3	2	2
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	6.360	5.368	3	3	2	2
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	171.277	197.067	163.836	167.598	172.497	176.149
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	171.277	197.067	163.836	167.598	172.497	176.149
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	131.074	130.440	190.973	178.090	182.856	191.967

Haushaltsplan 2011**1.12 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.12.15 Gefahrenabwehr

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	302.351	327.507	354.808	345.688	355.352	368.115

Zu den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** zählen auch die Auflösungen von Sonderposten aus pauschalen oder zweckgebundenen Zuweisungen des Landes.

Im Bereich der **öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelte** sind Benutzungsgebühren für Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr eingeplant.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beinhalten im Wesentlichen die Unterhaltung der Fahrzeuge und Geräte sowie deren Betriebsstoffe. Die Aufwendungen für Treibstoffe wurden entsprechend der Preissteigerung angepasst. Der Planansatz für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde an die bekannten Erfordernisse angepasst. Ein erheblicher Teil der Feuerwehrgeräte (Atemschutzgeräte, Hydraulikgeräte, usw.) unterliegt einer regelmäßigen Überprüfungspflicht (nach UVV, TÜV – Fristen, Feuerwehrdienstvorschriften, etc.) durch externe Sachverständige. Diese kostenintensiven Überprüfungen können nicht mehr durch die Feuerwehrangehörigen selbst durchgeführt werden, da dies zum einen rechtlich nicht zulässig ist und zum anderen aufgrund der immer komplizierter werdenden Technik die nötigen Geräte nicht vorhanden sind. Die Ansätze für die Folgejahre wurden an die derzeit erkennbaren jeweiligen Prüfungserfordernisse angepasst. Die Ansätze variieren je nachdem, welche Geräte und Fahrzeuge im betreffenden Jahr instandgesetzt werden müssen. Die Reparaturkosten der Fahrzeuge sinken noch nicht durch die Beschaffung neuer Fahrzeuge, da derzeit noch in der Mehrzahl ältere Fahrzeuge mit steigendem Reparaturbedarf im Bestand sind.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** gehören u.a. Versicherungen, Dienst- und Schutzkleidung sowie Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten. Ab dem Planjahr 2009 erhöht sich der Ansatz hier um jährlich 22.000 €. Der Betrag wurde für die freiwillige Rentenversicherung der Feuerwehrangehörigen eingeplant. Des Weiteren ergeben sich ab 2010 erhöhte Aufwendungen durch die Anwendung des Festwertverfahrens. Hierbei handelt es sich um ein buchungstechnisches Vereinfachungsverfahren, bei dem die Beladung der Fahrzeuge und die Ausrüstung der Feuerwehrleute mit einem Festwert im Anlagevermögen der Stadt bewertet sind. Laufende Kosten werden im Ergebnisplan und nicht als investive Maßnahme abgewickelt. Die Vermögenswerte werden turnusgemäß insgesamt neu bewertet und der Festwert dabei entsprechend angepasst.

Deckungsvermerke und Budgetregeln:

Mehrerträge im Bereich der Benutzungsgebühren berechtigen zu Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie zu Mehraufwendungen für sonstige ordentliche Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.15 Gefahrenabwehr



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.000						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.688	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-95	-650	-450		-450	-450	-450
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-675	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.458	-15.650	-15.450		-15.450	-15.450	-15.450
10	- Personalauszahlungen	46.894	50.244	58.389		58.743	59.263	59.987
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	44.801	37.240	39.240		39.240	39.440	39.440
15	- sonstige Auszahlungen	82.458	82.220	65.800		69.500	73.500	73.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	174.152	169.704	163.429		167.483	172.203	172.627
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	158.695	154.054	147.979		152.033	156.753	157.177
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-17.500	-30.000		-40.000		-40.000
23	= investive Einzahlungen		-17.500	-30.000		-40.000		-40.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	138.914	43.700	64.800		96.800	36.800	245.500
30	= investive Auszahlungen	138.914	43.700	64.800		96.800	36.800	245.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	138.914	26.200	34.800		56.800	36.800	205.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.15 Gefahrenabwehr



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000109 Erwerb Feuerwehrfahrzeug										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	122.963							122.963	122.963
13	= Summe Auszahlungen	122.963							122.963	122.963
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	122.963							122.963	122.963
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000293 Erwerb Mannschaftstransportwagen FW										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-17.500						-17.500	-17.500
6	= Summe Einzahlungen		-17.500						-17.500	-17.500
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		17.500						17.500	17.500
13	= Summe Auszahlungen		17.500						17.500	17.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.15 Gefahrenabwehr



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000294 Erwerb Einsatzleitwagen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-30.000						-30.000
6	= Summe Einzahlungen			-30.000						-30.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			30.000						30.000
13	= Summe Auszahlungen			30.000						30.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000295 Erwerb Mehrzweckfahrzeug FW										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					-40.000				-40.000
6	= Summe Einzahlungen					-40.000				-40.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					60.000				60.000
13	= Summe Auszahlungen					60.000				60.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./- Auszahlungen)					20.000				20.000

Haushaltsplan 2011

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.12.15 Gefahrenabwehr

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000296 Erwerb Löschfahrzeug 10/6 FW										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-40.000		-40.000
6	= Summe Einzahlungen							-40.000		-40.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen							210.000		210.000
13	= Summe Auszahlungen							210.000		210.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)							170.000		170.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.15 Gefahrenabwehr



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-850	-850
2	- Summe der investiven Auszahlungen	15.951	26.200	34.800		36.800	36.800	35.500	75.040	218.940
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.951	26.200	34.800		36.800	36.800	35.500	74.190	218.090

Oberhalb der Wertgrenze von 10.000 € Anschaffungswert wird die Beschaffung von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sowie **von Fahrzeugen** für die Feuerwehr **einzel**n veranschlagt und kann deshalb direkt an der entsprechenden Bezeichnung erkannt werden. Bei wesentlichen Investitionsmaßnahmen wird auf die Ausführungen im Vorbericht verwiesen.

In der jährlichen Sammelveranschlagung sind Beschaffungen wie z.B. Schutzanzüge, Atemschutzgeräte, Funkgeräte, Hochdrucklüfter, Reinigungsgeräte, etc. und die geringwertigen Wirtschaftsgüter eingeplant.

Hinsichtlich der Verwendung der Feuerschutzpauschale wird ebenfalls auf die Darstellung im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl d. Brand-u. sonstigen Einsätze (ANZ)	93	80	90	110	100	120
2	Eintreffzeit < 10 Min. b. zeitkr. Eins. (%)	53	80	7	6	8	10
3	Anzahl der zeitkritischen Einsätze (ANZ)			10	10	15	17
4	Anzahl der nicht zeitkritischen Einsätze (ANZ)			90	90	85	103

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-773.207	-633.249	-492.233	-794.794	-727.968	-669.155
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-66.885	-74.552	-96.444	-96.444	-96.444	-96.444
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.699	-22.780	-22.780	-22.780	-22.780	-22.780
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.363					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-135	-19	-301.795	-9.135	-135	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-6.140					
10	= Ordentliche Erträge	-861.703	-730.600	-913.252	-923.153	-847.327	-788.379
11	- Personalaufwendungen	405.015	403.198	389.417	383.952	389.565	392.193
12	- Versorgungsaufwendungen	38.499	39.119	31.861	32.220	32.490	29.495
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.253.138	1.187.128	1.195.067	1.187.127	1.180.962	1.176.751
14	- Bilanzielle Abschreibungen	528.435	491.978	51.291	50.530	115.257	114.625
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	124.913	160.373	72.326	58.986	56.248	53.454
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.350.002	2.281.796	1.739.962	1.712.816	1.774.521	1.766.518
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.488.299	1.551.196	826.710	789.663	927.194	978.139
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	75.301	104.333	4.481	3.872	11.969	11.921
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	75.301	104.333	4.481	3.872	11.969	11.921
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.563.599	1.655.529	831.191	793.536	939.163	990.060
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.563.599	1.655.529	831.191	793.536	939.163	990.060

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-49.888	-51.427	-51.927	-51.428	-49.428	-49.992
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.765.720	2.514.814	2.406.192	2.361.908	2.223.456	2.176.929
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.279.432	4.118.916	3.185.457	3.104.016	3.113.191	3.116.997

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-374.750	-275.280	-457.090		-759.750	-626.750	-567.350
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.439	-74.552	-96.444		-96.444	-96.444	-96.444
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.684	-22.780	-22.780		-22.780	-22.780	-22.780
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-862						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-126						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-456.860	-372.612	-576.314		-878.974	-745.974	-686.574
10	- Personalauszahlungen	328.775	285.788	262.124		265.800	268.400	271.025
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.237.657	1.175.297	1.184.632		1.176.692	1.169.972	1.165.622
15	- sonstige Auszahlungen	116.506	149.492	62.122		48.982	46.152	43.652
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.682.938	1.610.577	1.508.878		1.491.474	1.484.524	1.480.299
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.226.077	1.237.965	932.564		612.500	738.550	793.725
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-252.639	-1.171.742	-1.077.060		-47.200	-48.000	-48.000
23	= investive Einzahlungen	-252.639	-1.171.742	-1.077.060		-47.200	-48.000	-48.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	370.353	1.500.000	1.005.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	82.273	136.790	80.490		55.490	56.290	56.290
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	4.343						
30	= investive Auszahlungen	456.970	1.636.790	1.085.490		55.490	56.290	56.290
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	204.331	465.048	8.430		8.290	8.290	8.290

Haushaltsplan 2011
1.21 Schulträgeraufgaben


verantwortlich:

H. Ufer

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Schülerbezug z.Ges.-zahl d. Grundschüler (%)	34	34	35	33	34	34
2	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	26	24	23	24	23	25
3	Durchschnittl. Klassenstärke GGS-Stadt (PRS)	25	24	25	22	22	20
4	Schülerbezug z.Ges.-zahl d.Grundschüler (%)	37	37	38	39	37	36
5	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	30	28	27	27	27	29
6	Durchschnittl. Klassenstärke GGS-Wiehagen (PRS)	23	20	22	22	20	17
7	Schülerbezug z.Ges.-zahl d.Grundschüler (%)	29	29	28	28	29	30
8	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	20	21	19	19	20	19
9	Durchschnittl. Klassenstärke KGS (PRS)	24	24	23	21	21	20
10	Anzahl der Schülerinnen aus Hückeswagen (PRS)	226	229	215	198	191	205
11	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	21	20	19	19	19	19
12	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	40	55	55	55	55	54
13	Durchschnittl. Klassenstärke, HS (PRS)	22	21	21	20	19	20
14	Anzahl der Schülerinnen aus Hückeswagen (PRS)	1.165	1.141	1.110	1.058	1.028	952
15	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	76	79	78	76	72	71

Haushaltsplan 2011
1.21 Schulträgeraufgaben


verantwortlich:

H. Ufer

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	49	49	48	48	48	48
17	Durchschnittl. Klassenstärke, RS (PRS)	29	28	27	26	26	25
18	Pri-stufe, Schülerinn.n.Förd-schw- punkten (PRS)	52	36	41	32	30	29
19	Sek-stufe, Schülerinn.n.Förd-sche- punkten (PRS)	82	90	93	70	69	65
20	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	37	39	40	38	36	35
21	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	38	48	46	47	48	48
22	Durchschnittl. Klassenstärke, EKS (PRS)	13	14	13	13	12	13
24	Schülerinnen aus Hüeck. am Berufskolleg (PRS)	161	180	160	155	150	145
25	Anz. Fahrschülerinnen der GGS-Stadt (PRS)	60	57	50	50	44	43
26	Anz. Fahrschülerinnen der GGS- Wiehagen (PRS)	116	111	113	112	108	99
27	Anz. Fahrschülerinnen der KGS (PRS)	50	49	49	46	43	43
28	Anz. Fahrschülerinnen der Hauptschule (PRS)	59	55	92	87	80	78
29	Anz. Fahrschülerinnen der Realschule (PRS)	209	207	220	206	202	200
30	Mit Mietw. bef. Schülerinnen GGS-Stadt (PRS)	0	1	0	0	0	0

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

H. Ufer

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	Mit Mietw. bef. Schülerinnen GGS- Wiehag. (PRS)	4	5	1	1	1	0
32	Mit Mietw. bef. Schülerinnen KGS (PRS)		4	0	0	0	0
33	Mit Mietw. bef. Schülerinnen Hauptschule (PRS)	4	6	0	0	0	0
34	Mit Mietw. bef. Schülerinnen Realschule (PRS)	10	10	0	0	0	0
35	Mit Mietw. bef. Schülerinnen EKS (PRS)	8	10	1	1	1	1
36	Durchschnittliche Kosten je Fahrschüler (EUR)	816	854	703	735	772	797
37	Anz. Fahrschülerinnen der EKS (PRS)		72	64	62	59	56



Beschreibung : Die Produktgruppe *-Grundschulen-* umfasst die Bereiche Beratung, Auskünfte und Bewerbungsverfahren Schulleitung nach § 21 SchV sowie des Weiteren die Bereitstellung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke, der baulichen Anlagen, der Einrichtungen und der Lehr- und Lernmittel. Die Grundschule vermittelt den Schüler/ -innen die allgemeinen Grundlagen für die weitere Bildung. Die Stadt Hückeswagen trägt für ihre Errichtung, Unterhaltung, Organisation und Verwaltungsführung die Verantwortung.

Auftragsgrundlage : Schulrecht

Ziele : Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten wohnungsnahen Grundschulangebotes

Zielgruppen : Sechs- bis zehnjährige Kinder in den Klassen 1 – 4

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.21.01.01.01 GGS Stadt allg.	Herr Kai Waier
1.21.01.01.10 GGS Stadt OGGS	Herr Kai Waier
1.21.01.02.01 GGS Wiehagen allg.	Herr Kai Waier
1.21.01.02.10 GGS Wiehagen OGGS	Herr Kai Waier
1.21.01.03.01 KGS St. Katharina allg.	Herr Kai Waier
1.21.01.03.10 KGS St. Katharina OGGS	Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-358.093	-300.597	-273.961	-356.297	-324.565	-338.157
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-60.242	-67.047	-85.824	-85.824	-85.824	-85.824
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.275	-6.650	-6.650	-6.650	-6.650	-6.650
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.240					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-29.660			
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-6.140					
10	= Ordentliche Erträge	-427.510	-374.294	-396.095	-448.771	-417.039	-430.631
11	- Personalaufwendungen	210.446	191.977	170.840	167.710	169.693	169.627
12	- Versorgungsaufwendungen	14.807	15.046	10.620	10.740	10.830	7.374
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	519.106	525.397	506.421	504.441	503.077	501.087
14	- Bilanzielle Abschreibungen	162.185	134.349	18.385	18.991	18.151	17.644
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.585	69.307	21.249	21.936	21.174	20.865
17	= Ordentliche Aufwendungen	954.130	936.076	727.516	723.818	722.925	716.596
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	526.620	561.782	331.421	275.047	305.886	285.965
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	16.036	11.930	1.668	1.505	1.366	1.377
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	16.036	11.930	1.668	1.505	1.366	1.377
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	542.656	573.712	333.088	276.552	307.252	287.342
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	542.656	573.712	333.088	276.552	307.252	287.342

Haushaltsplan 2011**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	496.967	974.739	662.360	721.880	690.667	710.183
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.039.622	1.548.451	995.448	998.432	997.919	997.526

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich zusammen aus Zuschüssen des Landes und des Oberbergischen Kreises für die Offene Ganztagsgrundschule und aus der ertragswirksamen Auflösung von Landeszuschüssen. Auf die gesonderte Darstellung im Vorbericht zur Verwendung der Schulpauschale wird verwiesen.

Hinter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** verbergen sich die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule. Auf die gesonderte Darstellung zur Situation der offenen Ganztagschule im Vorbericht wird verwiesen. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 24.06.2010 wurden die Elternbeiträge ab 01.08.2010 erhöht. Dieses spiegelt sich in den Ansatzserhöhungen ab 2011 wieder.

Zu den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** gehören die ehemaligen sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen sowie die Miete für die Hausmeisterwohnung an der Gemeinschaftsgrundschule Kölner Straße.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** umfassen im Wesentlichen die Schülerbeförderungskosten, die Lehrmittel und sonstige Sach- und Dienstleistungen. Auf die Ausführungen im Vorbericht zur Entwicklung der Schülerfahrtkosten wird verwiesen. Die sonstigen Sach- und Dienstleistungen umfassen hauptsächlich die Leistungen für die Betreuung im Rahmen der offenen Ganztagsgrundschule.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen u.a.:

- die Miete für die Betriebs- und Geschäftsausstattung
- die Telefonkosten

Der Ansatz vermindert sich ab 2011 durch die Umplanung von Versicherungsbeiträgen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.01 Grundschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-221.648	-195.000	-262.940		-344.600	-312.600	-325.700
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-56.960	-67.047	-85.824		-85.824	-85.824	-85.824
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.268	-6.650	-6.650		-6.650	-6.650	-6.650
7	+ Sonstige Einzahlungen	-126						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-283.001	-268.697	-355.414		-437.074	-405.074	-418.174
10	- Personalauszahlungen	122.135	92.473	73.310		74.891	75.618	76.352
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	509.923	521.030	503.510		501.530	500.010	497.980
15	- sonstige Auszahlungen	43.494	65.380	17.930		18.692	17.930	17.930
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	675.552	678.883	594.750		595.113	593.558	592.262
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	392.551	410.186	239.336		158.039	188.484	174.088
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-62.146	-31.000	-20.500		-19.500	-20.300	-20.300
23	= investive Einzahlungen	-62.146	-31.000	-20.500		-19.500	-20.300	-20.300
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	126.430						
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	32.729	34.040	23.540		22.540	23.340	23.340
30	= investive Auszahlungen	159.159	34.040	23.540		22.540	23.340	23.340
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	97.014	3.040	3.040		3.040	3.040	3.040

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000008 Offene Ganztagschule KGS										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-10.215							-78.633	-78.633
6	= Summe Einzahlungen	-10.215							-78.633	-78.633
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								18.530	18.530
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	3.112							53.974	53.974
13	= Summe Auszahlungen	3.112							72.503	72.503
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.103							-6.129	-6.129
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000015 Offene Ganztagschule Stadt										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-22.077							-559.614	-559.614
6	= Summe Einzahlungen	-22.077							-559.614	-559.614
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.575							517.335	517.335
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	1.361							32.546	32.546
13	= Summe Auszahlungen	8.936							549.881	549.881
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-13.141							-9.733	-9.733

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
500022 Offene Ganztagschule GGS W										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-28.941							-156.161	-156.161
6	= Summe Einzahlungen	-28.941							-156.161	-156.161
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.059							102.049	102.049
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	2.936							45.642	45.642
13	= Summe Auszahlungen	13.996							147.690	147.690
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-14.946							-8.470	-8.470
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000246 Kleinspielfeld GGS Wiehagen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	23.286							64.317	64.317
13	= Summe Auszahlungen	23.286							64.317	64.317
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	23.286							64.317	64.317

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.01 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000279 Umbau GGS Wiehagen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	84.510							84.510	84.510
13	= Summe Auszahlungen	84.510							84.510	84.510
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	84.510							84.510	84.510

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-912	-31.000	-20.500		-19.500	-20.300	-20.300	-36.528	-117.128
2	- Summe der investiven Auszahlungen	25.190	34.040	23.540		22.540	23.340	23.340	90.404	183.164
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	24.278	3.040	3.040		3.040	3.040	3.040	53.875	66.035

Die regelmäßigen investiven Auszahlungen setzen sich pauschal wie folgt zusammen:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG –
 - KGS 800 €
 - KGS Sporthalle 400 €
 - GGS Stadt 1.040 €
 - GGS Wiehagen 800 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen
 - KGS 4.040 €
 - GGS Stadt 3.040 €
 - GGS Wiehagen 3.040 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Festwertverfahren)
 - KGS 2.960 €
 - GGS Stadt 2.960 €
 - GGS Wiehagen (einmalig nur in 2010, sonst auch 2.960 €) 2.960 €
- Beschaffung von Medien
 - KGS 500 €
 - GGS Stadt 500 €

Haushaltsplan 2011**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.21.01 Grundschulen**H. Kirch**

- GGS Wiehagen

500 €

Der im Planjahr 2010 einmalig erhöhte Wert war für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich Festwertverfahren an der GGS Wiehagen im Zusammenhang mit der Einrichtung von zwei Kellerräumen eingeplant. Hier wurde ein Computer- und ein Gruppenraum eingerichtet.

Die Investitionen werden mit Ausnahme der geringwertigen Wirtschaftsgüter -GWG- durch Mittel der Schulpauschale finanziert. Für weitere Informationen zur Schul- und Bildungspauschale wird auf die Darstellungen im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.01 Grundschulen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Schülerbezug z.Ges.-zahl d. Grundschüler (%)	34	34	35	33	34	34
2	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	26	24	23	24	23	25
3	Durchschnittl. Klassenstärke GGS-Stadt (PRS)	25	24	25	22	22	20
4	Schülerbezug z.Ges.-zahl d.Grundschüler (%)	37	37	38	39	37	36
5	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	30	28	27	27	27	29
6	Durchschnittl. Klassenstärke GGS- Wiehagen (PRS)	23	20	22	22	20	17
7	Schülerbezug z.Ges.-zahl d.Grundschüler (%)	29	29	28	28	29	30
8	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	20	21	19	19	20	19
9	Durchschnittl. Klassenstärke KGS (PRS)	24	24	23	21	21	20
10	Anzahl der Schülerinnen aus Hückeswagen (PRS)	664	650	646	602	576	518
11	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	7	10	9	8	6	5



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Hauptschulen-* umfasst die Bereiche Beratung, Auskünfte, Bewerbungsverfahren Schulleitung § 21 SchV. Die Bereitstellung, Unterhaltung, Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen incl. der Sporthalle, Einrichtungen, Lehr- und Lernmitteln. Die Hauptschule vermittelt den Schüler, - innen die allgemeinen Grundlagen für die weitere Bildung. Die Stadt Hückeswagen trägt für ihre Errichtung, Unterhaltung, Organisation und Verwaltungsführung die Verantwortung.

Auftragsgrundlage:

Schulrecht

Ziele:

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten, wohnungsnahen Hauptschulangebotes

Zielgruppen:

Schulpflichtige Kinder in den Klassen 5 – 10

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.21.02.01 Montanus Hauptschule Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.02 Hauptschulen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-144.470	-140.745	-24.740	-79.152	-28.614	-36.593
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.679	-10.350	-10.350	-10.350	-10.350	-10.350
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-72.000	-9.000		
10	= Ordentliche Erträge	-148.916	-151.095	-107.090	-98.502	-38.964	-46.943
11	- Personalaufwendungen	26.876	30.882	31.209	30.850	31.299	31.596
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.601	76.676	90.146	88.336	86.883	86.223
14	- Bilanzielle Abschreibungen	183.584	183.977	7.419	5.511	5.654	6.128
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.348	24.852	9.346	9.881	9.321	9.325
17	= Ordentliche Aufwendungen	335.370	319.396	141.660	138.158	136.767	136.959
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	186.454	168.301	34.570	39.656	97.803	90.016
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	27.467	51.547	706	535	489	498
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	27.467	51.547	706	535	489	498
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	213.921	219.848	35.276	40.191	98.292	90.513
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	213.921	219.848	35.276	40.191	98.292	90.513

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.02 Hauptschulen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		-24.398	-24.894	-24.186	-21.787	-22.386
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	605.596	562.910	696.802	672.171	608.983	626.908
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	819.517	758.360	707.184	688.177	685.488	695.035

Die ausgewiesenen Erträge bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ergeben sich aus der ertragswirksamen Auflösung von Landeszuschüssen für Investitionen.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um Mieten und Pachten (Hausmeisterwohnung), um Verkaufserlöse und um Elternanteile für die Schülerbeförderung.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** umfassen im Wesentlichen die Schülerbeförderungskosten und die Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz. Auf die Ausführungen im Vorbericht zur Entwicklung der Schülerfahrtkosten wird verwiesen.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen im Wesentlichen die Kosten für die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung und Telefonkosten. Der Ansatz vermindert sich ab 2011 durch die Umplanung von Versicherungsbeiträgen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.02 Hauptschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.080		-20.000		-76.000	-25.000	-32.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.679	-10.350	-10.350		-10.350	-10.350	-10.350
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.774	-10.350	-30.350		-86.350	-35.350	-42.850
10	- Personalauszahlungen	26.444	29.512	29.781		29.443	29.729	30.019
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	102.512	75.220	88.690		86.880	85.350	84.670
15	- sonstige Auszahlungen	17.814	24.150	8.630		9.190	8.630	8.630
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	146.770	128.882	127.101		125.513	123.709	123.319
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	138.996	118.532	96.751		39.163	88.359	80.469
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-3.850	-24.500	-10.700		-10.700	-10.700	-10.700
23	= investive Einzahlungen	-3.850	-24.500	-10.700		-10.700	-10.700	-10.700
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.757	26.050	12.250		12.250	12.250	12.250
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	178						
30	= investive Auszahlungen	3.935	26.050	12.250		12.250	12.250	12.250
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	85	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.02 Hauptschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-3.850	-24.500	-10.700		-10.700	-10.700	-10.700	-34.958	-77.758
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.935	26.050	12.250		12.250	12.250	12.250	49.188	98.188
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	85	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550	14.229	20.429

Die regelmäßigen investiven Auszahlungen setzen sich pauschal wie folgt zusammen:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 750 €
- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – (Sporthalle) 800 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 5.100 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Sporthalle) 1.000 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Festwertverfahren) 4.100 €
- Beschaffung von Medien 500 €

Die erhöhten Ansätze aus dem Jahr 2010 waren für den Bau eines neuen Bühnenpodestes im Forum und für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Rahmen des Projektes IZBB eingeplant. Bei dem Projekt IZZB handelte es sich um Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Ganztagschulen (Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung IZBB“).

Die Investitionen werden mit Ausnahme der geringwertigen Wirtschaftsgüter -GWG- durch Mittel der Schulpauschale finanziert. Für weitere Informationen zur Schul- und Bildungspauschale wird auf die Darstellungen im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.02 Hauptschulen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl der Schülerinnen aus Hückeswagen (PRS)	226	229	215	198	191	205
2	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	21	20	19	19	19	19
3	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	40	55	55	55	55	54
4	Durchschnittl. Klassenstärke, HS (PRS)	22	21	21	20	19	20



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Realschulen-* umfasst die Bereiche Beratung, Auskünfte, Bewerbungsverfahren Schulleitung § 21 SchV. Die Bereitstellung, Unterhaltung, Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen incl. der Sporthalle, Bereitstellung von Einrichtungen, Lehr- und Lernmittel

Auftragsgrundlage: Schulrecht

Ziele: Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten, wohnungsnahen Realschulangebotes.

Zielgruppen: Schulpflichtige Kinder der Klassen 5-10

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.21.03.01 Städtische Realschule Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.03 Realschulen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.154	-79.500	-55.198	-220.649	-170.674	-84.506
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.906	-4.800	-4.800	-4.800	-4.800	-4.800
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-118					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-135	-19	-200.135	-135	-135	
10	= Ordentliche Erträge	-114.312	-84.319	-260.133	-225.584	-175.609	-89.306
11	- Personalaufwendungen	58.649	60.869	33.327	33.292	33.769	34.095
12	- Versorgungsaufwendungen	8.884	9.027	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	249.628	214.246	216.406	215.536	213.393	212.603
14	- Bilanzielle Abschreibungen	127.909	126.182	15.348	15.523	15.439	15.120
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.678	39.826	10.988	11.521	10.463	10.467
17	= Ordentliche Aufwendungen	481.748	450.150	279.609	279.452	276.675	275.972
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	367.436	365.831	19.476	53.868	101.066	186.666
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	24.856	35.572	1.743	1.499	1.287	1.219
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	24.856	35.572	1.743	1.499	1.287	1.219
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	392.292	401.403	21.218	55.368	102.353	187.885
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	392.292	401.403	21.218	55.368	102.353	187.885
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	467.869	773.560	840.322	795.715	743.092	647.927
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	860.161	1.174.964	861.540	851.083	845.445	835.812



Die ausgewiesenen Erträge bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ergeben sich aus der ertragswirksamen Auflösung von Landeszuschüssen für Investitionen.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** umfassen die Miete für die Hausmeisterwohnung und die Elternanteile für die Schülerbeförderung.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** umfassen im Wesentlichen die Kosten der Schülerbeförderung und der Lehrmittel nach Lernmittelfreiheitsgesetz. Auf die Ausführungen im Vorbericht zur Entwicklung der Schülerfahrtkosten wird verwiesen.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen im Wesentlichen die Kosten für die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung und Telefonkosten. Der Ansatz vermindert sich ab 2011 durch die Umplanung von Versicherungsbeiträgen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.03 Realschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-30.069		-44.250		-209.250	-159.250	-73.250
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.898	-4.800	-4.800		-4.800	-4.800	-4.800
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-862						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-35.830	-4.800	-49.050		-214.050	-164.050	-78.050
10	- Personalauszahlungen	66.865	56.371	31.884		31.885	32.200	32.518
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	246.068	212.790	214.950		214.080	211.860	211.050
15	- sonstige Auszahlungen	33.039	38.472	10.272		10.830	9.772	9.772
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	345.971	307.633	257.106		256.795	253.832	253.340
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	310.141	302.833	208.056		42.745	89.782	175.290
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-138.227	-59.000	-16.000		-11.000	-11.000	-11.000
23	= investive Einzahlungen	-138.227	-59.000	-16.000		-11.000	-11.000	-11.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	161.395						
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	32.666	61.400	18.400		13.400	13.400	13.400
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	4.165						
30	= investive Auszahlungen	198.226	61.400	18.400		13.400	13.400	13.400
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	59.999	2.400	2.400		2.400	2.400	2.400

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.03 Realschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000272 Mensa Realschule										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-99.138							-99.138	-99.138
6	= Summe Einzahlungen	-99.138							-99.138	-99.138
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	161.395							161.395	161.395
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	27.495							27.495	27.495
13	= Summe Auszahlungen	188.890							188.890	188.890
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	89.752							89.752	89.752
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5000300 Bewegl.AV Projekt IzBB RS 2010										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-39.089	-48.000						-87.089	-87.089
6	= Summe Einzahlungen	-39.089	-48.000						-87.089	-87.089
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		48.000						48.000	48.000
13	= Summe Auszahlungen		48.000						48.000	48.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-39.089							-39.089	-39.089

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.03 Realschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen		-11.000	-16.000		-11.000	-11.000	-11.000	-17.572	-66.572
2	- Summe der investiven Auszahlungen	9.336	13.400	18.400		13.400	13.400	13.400	40.873	99.473
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	9.336	2.400	2.400		2.400	2.400	2.400	23.301	32.901

Die regelmäßigen investiven Auszahlungen setzen sich pauschal wie folgt zusammen:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 1.600 €
- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – (Sporthalle) 800 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 10.100 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Sporthalle) 1.000 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Festwertverfahren) 4.400 €
- Beschaffung von Medien 500 €

Im Planjahr 2011 sind einmalig zusätzlich 5.000 € für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen für die Aula eingeplant. Hiermit sollen insbesondere neue Stühle, etc. angeschafft werden.

Die Investitionen werden mit Ausnahme der geringwertigen Wirtschaftsgüter -GWG- durch Mittel der Schulpauschale finanziert. Für weitere Informationen zur Schul- und Bildungspauschale wird auf die Darstellungen im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.03 Realschulen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl der Schülerinnen aus Hückeswagen (PRS)	501	491	464	456	452	434
2	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	69	69	69	68	66	66
3	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	49	49	48	48	48	48
4	Durchschnittl. Klassenstärke, RS (PRS)	29	28	27	26	26	25



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Sonderschulen-* umfasst die Bereiche Beratung, Auskünfte, Bewerbungsverfahren Schulleitung § 21 SchV. Die Bereitstellung, Unterhaltung, Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Bereitstellung von Einrichtungen, Lehr- und Lernmitteln.

Auftragsgrundlage:

Schulrecht

Ziele:

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten, wohnungsnahen Sonderschulangebotes

Zielgruppen:

Schulpflichtige Kinder, Lernbehinderte, Sprach- und Erziehungsschwierige Kinder

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|---------------------------------------|----------------|
| 1.21.06.01.01 EKS Verbundschule allg. | Herr Kai Waier |
| 1.21.06.01.10 EKS Verbundschule OGGS | Herr Kai Waier |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.06 Sonderschulen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-149.732	-112.407	-124.334	-124.696	-190.115	-195.899
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.628	-7.505	-10.620	-10.620	-10.620	-10.620
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.839	-80	-80	-80	-80	-80
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	496					
10	= Ordentliche Erträge	-159.703	-119.992	-135.034	-135.396	-200.815	-206.599
11	- Personalaufwendungen	22.424	21.593	32.493	29.444	29.870	30.020
12	- Versorgungsaufwendungen	5.923	6.018	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	179.932	171.713	176.982	176.202	174.752	173.922
14	- Bilanzielle Abschreibungen	54.650	47.456	10.139	10.505	76.013	75.733
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.357	21.368	22.006	6.961	6.961	6.965
17	= Ordentliche Aufwendungen	281.286	268.148	245.160	226.693	291.207	290.327
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	121.583	148.156	110.126	91.297	90.392	83.728
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	6.940	5.284	364	333	8.827	8.827
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	6.940	5.284	364	333	8.827	8.827
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	128.523	153.440	110.490	91.630	99.218	92.555
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	128.523	153.440	110.490	91.630	99.218	92.555
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-25.863					

Haushaltsplan 2011**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.21.06 Sonderschulen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	205.546	225.107	274.321	241.335	250.972	261.700
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	308.206	378.546	384.812	332.965	350.190	354.254

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich zusammen aus:

- der ertragswirksamen Auflösung von Landeszuschüssen für Investitionen
- dem Landeszuschuss für die offene Ganztagschule
- dem Kreiszuschuss für die offene Ganztagschule

Hinter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** verbergen sich die Elternanteile für die offene Ganztagschule. Auf die gesonderte Darstellung zur Situation der offenen Ganztagschule im Vorbericht wird verwiesen.

Zu den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** gehören die ehemaligen sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen sowie die Miete für die Hausmeisterwohnung an der Erich – Kästner Schule.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** umfassen im Wesentlichen die Schülerbeförderungskosten, die Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz und sonstige Sach- und Dienstleistungen.

Im Falle der Erich - Kästner Schule steigen die Ansätze für Schülerbeförderungskosten aufgrund der prognostizierten erhöhten Schülerzahlen. Auf die Ausführungen im Vorbericht zur generellen Entwicklung der Schülerfahrtkosten wird verwiesen. Grundsätzlich berechnen sich die Planansätze für Sach- und Dienstleistungen insgesamt auf der Grundlage der Schülerzahlen. Die sonstigen Sach- und Dienstleistungen umfassen hierbei im Wesentlichen die Leistungen für die Betreuung im Rahmen der offenen Ganztagschule.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** zählen im Wesentlichen die Kosten für die Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung und Telefonkosten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.06 Sonderschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-108.289	-80.280	-115.900		-115.900	-115.900	-121.900
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.464	-7.505	-10.620		-10.620	-10.620	-10.620
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.839	-80	-80		-80	-80	-80
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-118.592	-87.865	-126.600		-126.600	-126.600	-132.600
10	- Personalauszahlungen	29.189	18.497	26.166		27.912	28.176	28.443
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	179.988	170.257	176.982		176.202	174.752	173.922
15	- sonstige Auszahlungen	17.979	20.340	21.290		6.270	6.270	6.270
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	227.156	209.094	224.438		210.384	209.198	208.635
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	108.564	121.229	97.838		83.784	82.598	76.035
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-48.417	-1.057.242	-1.029.860		-6.000	-6.000	-6.000
23	= investive Einzahlungen	-48.417	-1.057.242	-1.029.860		-6.000	-6.000	-6.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	82.528	1.500.000	1.005.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	13.121	15.300	26.300		7.300	7.300	7.300
30	= investive Auszahlungen	95.650	1.515.300	1.031.300		7.300	7.300	7.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	47.233	458.058	1.440		1.300	1.300	1.300

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.06 Sonderschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000041 Offene Ganztagschule EKS										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-48.417							-199.922	-199.922
6	= Summe Einzahlungen	-48.417							-199.922	-199.922
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								111.439	111.439
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	3.954							53.909	53.909
13	= Summe Auszahlungen	3.954							165.348	165.348
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-44.463							-34.574	-34.574

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000302 Energetische Sanierung EKS										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-1.043.242	-1.004.860					-1.043.242	-2.048.102
6	= Summe Einzahlungen		-1.043.242	-1.004.860					-1.043.242	-2.048.102
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	82.528	1.500.000	1.005.000					1.582.528	2.587.528
13	= Summe Auszahlungen	82.528	1.500.000	1.005.000					1.582.528	2.587.528
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	82.528	456.758	140					539.286	539.426

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.06 Sonderschulen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen		-14.000	-25.000		-6.000	-6.000	-6.000	-17.399	-60.399
2	- Summe der investiven Auszahlungen	9.167	15.300	26.300		7.300	7.300	7.300	41.056	89.256
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	9.167	1.300	1.300		1.300	1.300	1.300	23.658	28.858

Die regelmäßigen investiven Auszahlungen setzen sich pauschal wie folgt zusammen:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 1.300 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 5.880 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (Festwertverfahren) (Erhöhter Wert in 2010 und 2011 sonst nur 3.600 €) 18.620 €
- Beschaffung von Medien 500 €

Die erhöhten Planwerte im Bereich Festwertverfahren in den Jahren 2010 und 2011 stehen im Zusammenhang mit der Neueinrichtung von vier Klassenräumen. Die Neueinrichtungen werden aufgrund der umfangreichen Umbaumaßnahmen in der EKS notwendig.

Im Bereich der investiven Auszahlungen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze ist die energetische Sanierung der EKS eingeplant. Für weitere Informationen wird auf die Darstellungen der wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Vorbericht verwiesen.

Die Investitionen werden mit Ausnahme der geringwertigen Wirtschaftsgüter -GWG- durch Mittel der Schulpauschale finanziert. Für weitere Informationen zur Schul- und Bildungspauschale wird auf die Darstellungen im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.06 Sonderschulen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Pri-stufe, Schülerinn.n.Förd-schw-punkten (PRS)	52	36	41	32	30	29
2	Sek-stufe, Schülerinn.n.Förd-sche-punkten (PRS)	82	90	93	70	69	65
3	Anzahl der auswärtigen Schülerinnen (PRS)	37	39	40	38	36	35
4	Kosten Lernmittel je Schüler (EUR)	38	48	46	47	48	48
5	Durchschnittl. Klassenstärke, EKS (PRS)	13	14	13	13	12	13



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Berufskolleg-* umfasst die Wahrnehmung der Schulträgerinteressen im Bereich der Berufsbildung sowie die Zahlung der Umlage an das Berufskolleg Bergisch Land.

Auftragsgrundlage: Satzung des Zweckverbandes für das Berufskolleg Bergisch Land

Ziele: Sicherstellung der dualen Ausbildungsmöglichkeiten

Zielgruppen: Berufsschüler

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.21.07.01 Zweckverband Berufskolleg Bergisch Land Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.07 Berufskolleg

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	174.869	185.000	183.000	183.000	183.000	183.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	174.869	185.000	183.000	183.000	183.000	183.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	174.869	185.000	183.000	183.000	183.000	183.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	174.869	185.000	183.000	183.000	183.000	183.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	174.869	185.000	183.000	183.000	183.000	183.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	528	595	584	588	597	596
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	175.397	185.595	183.584	183.588	183.597	183.596

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich um die an den Berufsschulzweckverband zu leistende Umlage. Da auf längere Sicht mit einer leichten Senkung des Zweckverbandbeitrages gerechnet wird ergeben sich verringerte Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.07 Berufskolleg



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	174.869	185.000	183.000		183.000	183.000	183.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	174.869	185.000	183.000		183.000	183.000	183.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	174.869	185.000	183.000		183.000	183.000	183.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.07 Berufskolleg



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Schülerinnen aus Hück. am Berufskolleg (PRS)	161	180	160	155	150	145



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Schülerbeförderung-* umfasst die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Beförderung der berechtigten Schüler, - innen; Überwachung der rechtmäßigen Nutzung, Zahlung von Fahrtkostenentschädigungen

Auftragsgrundlage:

Schülerfahrkostenverordnung

Ziele:

- Kostengünstige und sichere Durchführung des Schülerspezialverkehrs,
- Rechtzeitige Beförderung der Schüler/ - innen von und zur Schule

Zielgruppen:

Fahrberechtigte Schüler, - innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.21.08.01 Schülerbeförderung Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.08 Schülerbeförderung

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-900	-900	-900	-900	-900
10	= Ordentliche Erträge		-900	-900	-900	-900	-900
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
17	= Ordentliche Aufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)		100	100	100	100	100
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)		100	100	100	100	100
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)		100	100	100	100	100
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.160	12.717	18.126	18.128	18.420	18.491
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	11.160	12.817	18.226	18.228	18.520	18.591

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.08 Schülerbeförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-900	-900		-900	-900	-900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-900	-900		-900	-900	-900
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)		100	100		100	100	100

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.08 Schülerbeförderung



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz. Fahrschülerinnen der GGS-Stadt (PRS)	60	57	50	50	44	43
2	Anz. Fahrschülerinnen der GGS-Wiehagen (PRS)	116	111	113	112	108	99
3	Anz. Fahrschülerinnen der KGS (PRS)	50	49	49	46	43	43
4	Anz. Fahrschülerinnen der Hauptschule (PRS)	59	55	92	87	80	78
5	Anz. Fahrschülerinnen der Realschule (PRS)	209	207	220	206	202	200
6	Mit Mietw. bef. Schülerinnen GGS-Stadt (PRS)	0	1	0	0	0	0
7	Mit Mietw. bef. Schülerinnen GGS-Wiehag. (PRS)	4	5	1	1	1	0
8	Mit Mietw. bef. Schülerinnen KGS (PRS)		4	0	0	0	0
9	Mit Mietw. bef. Schülerinnen Hauptschule (PRS)	4	6	0	0	0	0
10	Mit Mietw. bef. Schülerinnen Realschule (PRS)	10	10	0	0	0	0
11	Mit Mietw. bef. Schülerinnen EKS (PRS)	8	10	1	1	1	1
12	Durchschnittliche Kosten je Fahrschüler (EUR)	816	854	703	735	772	797
13	Anz. Fahrschülerinnen der EKS (PRS)		72	64	62	59	56



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Zentrale schulbezogene Leistungen Schulträger-* umfasst die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, Schulartenübergreifende Maßnahmen, Schülerunfall- / Schülerhaftpflichtversicherung, Abwicklung von Versicherungsangelegenheiten bei Schadensfällen.

Auftragsgrundlage:

Schulrecht

Ziele:

- Versicherungsschutz für Schüler/ -innen
- Bedarfsgerechte Planung zur Entwicklung der Hückeswagener Schullandschaft

Zielgruppen:

Schüler/ -innen der Hückeswagener Schulen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.21.10.01 Sonstige schulische Aufgaben Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.10 Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.758		-14.000	-14.000	-14.000	-14.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	496					
10	= Ordentliche Erträge	-11.262		-14.000	-14.000	-14.000	-14.000
11	- Personalaufwendungen	86.621	97.877	121.549	122.655	124.934	126.855
12	- Versorgungsaufwendungen	5.923	6.018	10.620	10.740	10.830	11.061
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.003	13.096	21.112	18.612	18.856	18.916
14	- Bilanzielle Abschreibungen	107	14				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.946	5.020	8.736	8.686	8.328	5.832
17	= Ordentliche Aufwendungen	122.599	122.026	162.018	160.694	162.948	162.664
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	111.337	122.026	148.018	146.694	148.948	148.664
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	111.339	122.026	148.018	146.695	148.948	148.665
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	111.339	122.026	148.018	146.695	148.948	148.665
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-88.671	-99.828	-133.901	-134.935	-136.913	-136.739
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.701	37.985	20.546	19.783	19.997	20.258
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	65.368	60.183	34.663	31.542	32.032	32.183

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.10 Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger



Bei der Position **Zuweisungen vom Land** handelt es sich um die Zuweisung für das Landesprojekt "Kein Kind ohne Mahlzeit". Die Zuschüsse werden umgehend an den Verein "Junges Gemüse" weitergeleitet und dienen zur Unterstützung einkommensschwacher Familien, die das Mittagessen in der Ganztagsbetreuung nicht finanzieren können. Die Einnahmen und Ausgaben richten sich nach der Anzahl der zu fördernden Kinder. Sie werden voraussichtlich 14.000 € nicht überschreiten.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** werden Mittel des Landesprojektes "Kein Kind ohne Mahlzeit" entsprechend als Aufwand eingeplant. Des Weiteren sind unter dieser Position in 2011 weitere 2.500 € eingeplant für die Erstellung des Schulentwicklungsplans. Die Entwicklung hat bereits in 2010 begonnen. In 2010 standen hierfür 10.000 € zur Verfügung. In 2011 ergibt sich ein weiterer Bedarf.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.10 Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.664		-14.000		-14.000	-14.000	-14.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-11.664		-14.000		-14.000	-14.000	-14.000
10	- Personalauszahlungen	84.143	88.934	100.984		101.670	102.677	103.694
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	24.297	10.000	16.500		14.000	14.000	14.000
15	- sonstige Auszahlungen	4.180	1.150	4.000		4.000	3.550	1.050
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	112.620	100.084	121.484		119.670	120.227	118.744
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	100.956	100.084	107.484		105.670	106.227	104.744

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.573	-16.084	-4.368	-5.045	-4.317	-4.313
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-21.384	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.091	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	992					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-250					
10	= Ordentliche Erträge	-33.306	-42.084	-30.368	-31.045	-30.317	-30.313
11	- Personalaufwendungen	89.455	100.522	112.739	112.103	113.760	114.811
12	- Versorgungsaufwendungen	11.846	12.036	14.160	14.320	14.440	14.747
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.132	8.957	9.196	13.946	26.771	9.351
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.797	18.882	7.603	8.546	7.767	7.890
15	- Transferaufwendungen	26.086	26.590	26.590	26.590	26.590	26.590
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.370	47.412	34.127	34.052	34.174	34.189
17	= Ordentliche Aufwendungen	175.686	214.400	204.416	209.558	223.502	207.578
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	142.380	172.316	174.048	178.513	193.185	177.265
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	8.839	7.893	9.023	8.430	7.877	8.151
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	8.839	7.893	9.023	8.430	7.877	8.151
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	151.220	180.209	183.071	186.942	201.063	185.416
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	151.220	180.209	183.071	186.942	201.063	185.416

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-23.566	-25.320	-23.593	-23.548	-23.896	-24.713
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	236.880	236.975	272.686	275.649	240.001	245.117
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	364.534	391.865	432.164	439.043	417.168	405.820

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-21.384	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.091	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-705						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-250						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-23.430	-26.000	-26.000		-26.000	-26.000	-26.000
10	- Personalauszahlungen	89.754	95.039	107.027		106.473	107.483	108.503
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.808	2.860	3.110		7.860	20.360	2.860
14	- Transferauszahlungen	26.086	26.590	26.590		26.590	26.590	26.590
15	- sonstige Auszahlungen	27.817	42.160	28.670		28.670	28.670	28.670
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	150.465	166.649	165.397		169.593	183.103	166.623
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	127.034	140.649	139.397		143.593	157.103	140.623
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
23	= investive Einzahlungen		-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.312	12.680	13.380		13.380	13.380	13.380
30	= investive Auszahlungen	1.312	12.680	13.380		13.380	13.380	13.380
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	1.312	9.180	9.880		9.880	9.880	9.880

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Musikschrler (ANZ)	297	320	310	310	310	310
2	Anzahl der Entleihungen (ANZ)	47.147	55.000	48.500	48.750	49.000	49.250
3	Anzahl der Besucher (ANZ)	11.978	22.000	12.250	12.400	12.550	12.700
4	6ffnungsstunden je Woche (STD)	25	25	25	25	25	25
5	Anzahl der Besucherinnen (ANZ)	731	500	600	610	620	630
6	Anzahl Printmedien (ANZ)	22.836	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
7	Anzahl Non-Book-Medien (ANZ)	3.807	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
8	Anzahl Internetnutzungen (ANZ)	198	200	200	200	200	200



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Kommunale Veranstaltungen-* umfasst die Beantragung / Ausstellung der erforderlichen Genehmigungen (u.a. verkehrs- und gaststättenrechtlich). Das Einzeichnen der Standflächen, Kassieren von Standgeldern, Regelung bei Unklarheiten, Überwachung gesetzlicher Vorgaben. Die Organisation, Bewerbung, Verträge und Durchführung der Frühjahrskirmes und des Altstadtfestes.

Auftragsgrundlage:

Gewerbeordnung, Gaststätten-, Jugendschutzgesetz, Marktgebührensatzung

Ziele:

Vorbereitung und Durchführung des Altstadtfestes / Frühjahrskirmes mit einem attraktiven Angebot für die Besucher

Zielgruppen:

Bevölkerung, Werbegemeinschaft, Beschicker

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.25.01.01.01 Allg. kommunale Veranstaltungen	Frau Heike Rösner
1.25.01.01.02 Altstadtfest	Herr Kai Waier
1.25.01.01.03 Hückeswagener Treff	Frau Heike Rösner
1.25.01.01.50 NRW-Tag 2013	Frau Heike Rösner

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.01 Kommunale Veranstaltungen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-1.780	-1.190		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.429	-14.000	-14.000	-14.000	-14.000	-14.000
10	= Ordentliche Erträge	-12.429	-14.000	-15.780	-15.190	-14.000	-14.000
11	- Personalaufwendungen			3.500	3.500	3.500	3.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	357			5.000	15.000	
14	- Bilanzielle Abschreibungen			3.201	2.337	646	646
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.762	25.922	13.415	13.415	13.415	13.415
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.119	25.922	20.116	24.252	32.561	17.561
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.310	11.922	4.336	9.062	18.561	3.561
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			135	107	89	84
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)			135	107	89	84
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.310	11.922	4.471	9.169	18.650	3.645
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.310	11.922	4.471	9.169	18.650	3.645
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	45.747	48.243	58.434	58.276	58.986	59.628
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	44.436	60.165	62.906	67.445	77.636	63.272

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte setzen sich wie folgt zusammen:

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.01 Kommunale Veranstaltungen

H. Kirch



- Entgelte Altstadtfest 8.000 €
- Sonstige kommunale Veranstaltungen (Kirmes) 6.000 €

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Aufwendungen für das Altstadtfest. In 2010 wurden zusätzliche Mittel für die 925-Jahrfeier eingeplant.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei den öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten oder aufgrund von Spenden berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.01 Kommunale Veranstaltungen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.429	-14.000	-14.000		-14.000	-14.000	-14.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.429	-14.000	-14.000		-14.000	-14.000	-14.000
10	- Personalauszahlungen			3.500		3.500	3.500	3.500
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	357				5.000	15.000	
15	- sonstige Auszahlungen	17.234	25.850	13.350		13.350	13.350	13.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.591	25.850	16.850		21.850	31.850	16.850
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.162	11.850	2.850		7.850	17.850	2.850



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Heimat- und sonstige Kulturpflege-* umfasst die Förderung der örtlichen kulturellen Vereine. Die Planung, Organisation, Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen (Seniorenfeier).

Auftragsgrundlage: Ratsbeschluss

Ziele: - Förderung der Kultur und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in Hückeswagen

Zielgruppen: Hückeswagener Bevölkerung und auswärtige Besucher, - innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.25.04.01 Heimat- und sonstige Kulturpflege Frau Dietlinde Müller

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.04 Heimat- und sonstige Kulturpflege

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-501					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-244	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
10	= Ordentliche Erträge	-745	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
15	- Transferaufwendungen	10.746	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	605	1.800	2.150	2.150	2.150	2.150
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.352	14.050	14.400	14.400	14.400	14.400
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	10.607	11.850	12.200	12.200	12.200	12.200
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	10.607	11.850	12.200	12.200	12.200	12.200
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	10.607	11.850	12.200	12.200	12.200	12.200
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.937	36.657	25.784	25.520	25.685	25.868
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	51.544	48.507	37.984	37.720	37.885	38.068

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** betreffen mit 2.000 € die Erstattung seitens der Vereine für die Inanspruchnahme des Bauhofes.

Darüber hinaus wurden **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ab 2009 in Höhe von 1.000 € eingeplant. Hierbei handelt es sich um Kosten für einen Veranstaltungstechniker. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich aus der Versammlungsstättenverordnung.

Die **Transferaufwendungen** setzen sich aus folgenden Zuschüssen zusammen:

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.04 Heimat- und sonstige Kulturpflege



H. Kirch

• Kosten der Städtepartnerschaft	2.560 €
• Zuschuss an die Kulturgemeinde	4.620 €
• Zuschuss an die Kulturgemeinde für Migrantenkinder	1.000 €
• Zuschuss an sonstige kulturelle Vereine	3.070 €

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten die Ausgaben für die Seniorenfeier etc.

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.04 Heimat- und sonstige Kulturpflege

H. Kirch



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-501						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-244	-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-745	-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	10.746	11.250	11.250		11.250	11.250	11.250
15	- sonstige Auszahlungen	605	1.800	2.150		2.150	2.150	2.150
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.352	14.050	14.400		14.400	14.400	14.400
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	10.607	11.850	12.200		12.200	12.200	12.200



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Kunst / Musikschulen-* umfasst alle Aktivitäten der Musikschule.

Auftragsgrundlage: Allgemeine staatliche Bildungsaufgabe

Ziele: Unterstützung der Musikschule

Zielgruppen: Kinder und Jugendliche, musisch interessierte Bürger, - innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.25.07.01 Musikschule Frau Melanie Brandt

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.07 Kunst- Musikschulen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.181					
15	- Transferaufwendungen	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340
17	= Ordentliche Aufwendungen	20.521	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	20.521	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.521	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.521	15.340	15.340	15.340	15.340	15.340
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.701	32.824	33.535	32.338	29.536	30.367
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	56.223	48.164	48.875	47.678	44.876	45.707

Bei den **Transferaufwendungen** handelt es sich um den Zuschuss an die Musikschule.

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.07 Kunst- Musikschulen

H. Kirch



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.181						
14	- Transferauszahlungen	15.340	15.340	15.340		15.340	15.340	15.340
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.521	15.340	15.340		15.340	15.340	15.340
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	20.521	15.340	15.340		15.340	15.340	15.340

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.07 Kunst- Musikschulen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Musikschüler (ANZ)	297	320	310	310	310	310



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Bibliothek-* umfasst Ausleihe (Ausgabe, Rücknahme, Abwicklung von Schadensfällen und Mahnungen), Beratung, Information und Vermittlung. Sammlung von Medien, Beschaffung, Erfassung und Erschließung. Die Bereitstellung von öffentlichen Internetplätzen. Konzeption, Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Projekten.

Auftragsgrundlage:

- Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Hückeswagen
- Dienstanweisung des Bürgermeisters

Ziele:

- Durchführung attraktiver und besucherintensiver Veranstaltungen
- Erweiterung und Aktualisierung des Medienangebotes
- Steigerung der Anzahl der Nutzer und Entleihungen

Zielgruppen:

Bürger, - innen, insbesondere Kinder und Jugendliche

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.25.08.01 Stadtbibliothek Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.959	-12.138	-2.408	-3.674	-4.253	-4.249
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.396	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-300	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	744					
10	= Ordentliche Erträge	-18.611	-21.438	-11.708	-12.974	-13.553	-13.549
11	- Personalaufwendungen	68.730	77.657	78.391	78.117	79.329	80.086
12	- Versorgungsaufwendungen	8.884	9.027	10.620	10.740	10.830	11.061
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.891	5.062	5.054	5.054	5.298	5.358
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.183	14.620	3.868	5.599	6.553	6.600
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.886	14.099	13.667	13.592	13.683	13.694
17	= Ordentliche Aufwendungen	104.575	120.466	111.601	113.102	115.694	116.799
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	85.964	99.028	99.893	100.128	102.141	103.250
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.021	2.986	3.588	3.378	3.173	3.281
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.021	2.986	3.588	3.378	3.173	3.281
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	89.985	102.013	103.480	103.506	105.314	106.531
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	89.985	102.013	103.480	103.506	105.314	106.531
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.625	77.220	111.028	116.077	81.331	84.023

Haushaltsplan 2011**1.25 Kultur**

verantwortlich:

1.25.08 Bibliothek

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	152.610	179.233	214.508	219.584	186.645	190.555

Bei den **öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um die Benutzungsgebühren der Stadtbibliothek.

Hinter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** verbergen sich hauptsächlich Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung, Leasingkosten, Büromaterial, Portokosten und Telefonkosten.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Spenden berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen.

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.08 Bibliothek

H. Kirch



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.396	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-300	-300		-300	-300	-300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.396	-9.300	-9.300		-9.300	-9.300	-9.300
10	- Personalauszahlungen	68.835	73.545	74.107		73.894	74.621	75.356
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	398	490	490		490	490	490
15	- sonstige Auszahlungen	8.856	10.100	9.420		9.420	9.420	9.420
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	78.089	84.135	84.017		83.804	84.531	85.266
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	69.693	74.835	74.717		74.504	75.231	75.966
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
23	= investive Einzahlungen		-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.312	11.800	11.900		11.900	11.900	11.900
30	= investive Auszahlungen	1.312	11.800	11.900		11.900	11.900	11.900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.312	8.300	8.400		8.400	8.400	8.400

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.08 Bibliothek

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen		-3.500	-3.500		-3.500	-3.500	-3.500	-20.206	-34.206
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.312	11.800	11.900		11.900	11.900	11.900	23.996	71.596
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.312	8.300	8.400		8.400	8.400	8.400	3.790	37.390

Es handelt sich hier um die pauschale Veranschlagung für:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 400 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 1.500 €
- Aktualisierung von Medien (Festwertverfahren) 5.000 €
- Förderfähige Projekte 5.000 €

Der Ansatz für die Aktualisierung von Medien (Festwertverfahren) ist ab dem Planjahr 2011 um jährlich 100 € erhöht worden.

Bei Nichtgewährung der Landesförderung entfällt die Auszahlungsermächtigung für den Erwerb von Medien für Projekte.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl der Entleihungen (ANZ)	47.147	55.000	48.500	48.750	49.000	49.250
2	Anzahl der Besucher (ANZ)	11.978	22.000	12.250	12.400	12.550	12.700
3	Öffnungszeiten je Woche (STD)	20	21	21	21	21	21
4	Anzahl Printmedien (ANZ)	22.836	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
5	Anzahl Non-Book-Medien (ANZ)	3.807	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
6	Anzahl Internetnutzungen (ANZ)	198	200	200	200	200	200



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Museum-* umfasst Beratung und Führungen, Sammlung, Bewahrung, Sichtung der Exponate, Erschließung und Bestandssicherung. Bereitstellung von Informationsmaterial. Koordination von Veranstaltungen / Ausstellungen.

Auftragsgrundlage:

Ratsbeschluss, Dienstanweisung des Bürgermeisters

Ziele:

- Erhalt des historischen Museumsgutes
- Steigerung der Besucherzahlen
- Geschichtsvermittlung
- Unterstützung der Schulen bei geschichtlichem Unterricht

Zielgruppen:

- Auswärtige Gäste
- Bürger- / Schüler, - innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.25.09.01 Heimatmuseum Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.09 Museum



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1		-64	-64	-64	-64
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-847	-500	-500	-500	-500	-500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-250					
10	= Ordentliche Erträge	-1.098	-500	-564	-564	-564	-564
11	- Personalaufwendungen	2.761					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	758	1.070	1.320	1.070	3.570	1.070
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1	299	418	494	568	644
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	278	3.575	3.572	3.572	3.572	3.572
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.798	4.944	5.310	5.136	7.710	5.286
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.701	4.444	4.746	4.572	7.146	4.722
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.817	3.789	5.300	4.945	4.615	4.786
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.817	3.789	5.300	4.945	4.615	4.786
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	7.517	8.233	10.046	9.517	11.761	9.508
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	7.517	8.233	10.046	9.517	11.761	9.508
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.444	12.462	14.338	14.090	14.599	14.336
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	14.961	20.696	24.384	23.607	26.360	23.845

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.09 Museum

H. Kirch



Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurden mit jährlich 250 € die Kosten des Museumsfestes eingeplant, welches ab 2011 in 2 - jährigem Turnus durchgeführt werden soll. Im Jahre 2013 ergibt sich eine weitere Ansatzerhöhung um 1.500 € zur Ausrichtung der Feier zum 50 - jährigen Bestehen des Heimatmuseums. Generell sind jährlich 1.000 € eingeplant zur Umsetzung des Projektes "Attraktivierung des Heimatmuseums".

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** handelt es sich im Wesentlichen um die Entschädigung für die Museumsleitung mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 3.160 €.

Deckungsvermerke und Budgetregeln:

Mehrerträge aus Spenden berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen.

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.09 Museum

H. Kirch



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-847	-500	-500		-500	-500	-500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-250						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.097	-500	-500		-500	-500	-500
10	- Personalauszahlungen	2.531						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	758	1.070	1.320		1.070	3.570	1.070
15	- sonstige Auszahlungen	230	3.280	3.280		3.280	3.280	3.280
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.519	4.350	4.600		4.350	6.850	4.350
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.422	3.850	4.100		3.850	6.350	3.850
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		880	1.480		1.480	1.480	1.480
30	= investive Auszahlungen		880	1.480		1.480	1.480	1.480
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		880	1.480		1.480	1.480	1.480

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.09 Museum

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen		880	1.480		1.480	1.480	1.480	880	6.800
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		880	1.480		1.480	1.480	1.480	880	6.800

Es handelt sich hier um die pauschale Veranschlagung für:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 280 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 1.200 €

Zur Umsetzung des Projekts "Attraktivierung Heimatmuseum" werden die Planwerte für das bewegliche Anlagevermögen für die Jahre 2011 - 2013 um 600 € erhöht. Das Projekt soll spätestens bis zur 50 Jahrfeier des Heimatmuseums im Jahr 2013 umgesetzt werden.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.09 Museum



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Öffnungszeiten je Woche (STD)	5	4	4	4	4	4
2	Anzahl der Besucherinnen (ANZ)	731	500	600	610	620	630



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Archiv / Sammlungen-* umfasst die Aktualisierung der Findbücher, Erarbeitung von historischen Auswertungen auf Anforderung, Erforschung und Vermittlung der Ortsgeschichte, Übernahme, Verwaltung und Verwahrung von kommunalem Archivgut und des historischen Aktenbestandes.

Auftragsgrundlage:

Landesarchivgesetz NRW

Ziele:

- Auskunftserteilung
- Sicherstellung und Nutzbarmachung des Archivgutes im Interesse von Bürgerschaft, Verwaltung und Forschung
- Statistische und geschichtliche Fortschreibung

Zielgruppen:

Bürger, - innen, Medien

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.25.10.01 Historisches Stadtarchiv Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.10 Archiv (Sammlungen)

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-614	-3.946	-116	-117		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-58					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
10	= Ordentliche Erträge	-424	-3.946	-116	-117		
11	- Personalaufwendungen	17.964	22.865	30.848	30.486	30.931	31.224
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	944	1.824	1.821	1.821	1.903	1.923
14	- Bilanzielle Abschreibungen	614	3.963	116	116		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.839	2.016	1.323	1.323	1.354	1.357
17	= Ordentliche Aufwendungen	24.322	33.678	37.649	37.327	37.798	38.191
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	23.897	29.732	37.533	37.210	37.798	38.191
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	1.119	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	1.119	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	23.899	30.851	37.534	37.211	37.798	38.192
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	23.899	30.851	37.534	37.211	37.798	38.192
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-23.566	-25.320	-23.593	-23.548	-23.896	-24.713

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.10 Archiv (Sammlungen)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.426	29.569	29.566	29.347	29.864	30.895
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	44.759	35.100	43.507	43.010	43.766	44.374

Haushaltsplan 2011

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.10 Archiv (Sammlungen)

H. Kirch



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-58						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-705						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-764						
10	- Personalauszahlungen	18.388	21.494	29.420		29.079	29.362	29.648
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	113	300	300		300	300	300
15	- sonstige Auszahlungen	891	1.130	470		470	470	470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.392	22.924	30.190		29.849	30.132	30.418
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	18.629	22.924	30.190		29.849	30.132	30.418

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.25 Kultur

1.25.10 Archiv (Sammlungen)



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-250	-250
2	- Summe der investiven Auszahlungen								583	583
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)								333	333

Haushaltsplan 2011

1.31 Soziale Hilfen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-314.124	-294.696	-76.900	-76.900	-76.900	-76.900
3	+ Sonstige Transfererträge	-398	-150	-150	-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.269					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.936	-17.225	-33.900	-33.900	-33.900	-33.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.246					
10	= Ordentliche Erträge	-358.974	-312.071	-110.950	-110.950	-110.950	-110.950
11	- Personalaufwendungen	372.908	385.043	302.703	285.335	339.128	343.473
12	- Versorgungsaufwendungen	35.379	24.019	24.641	24.989	25.198	25.734
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.460	13.665	8.027	8.027	8.434	8.534
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.193	84.184	2.663	2.988	3.313	3.638
15	- Transferaufwendungen	153.860	210.020	153.020	153.020	153.020	153.020
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.698	30.678	19.043	18.668	18.821	18.839
17	= Ordentliche Aufwendungen	598.498	747.609	510.098	493.028	547.914	553.238
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	239.524	435.538	399.148	382.078	436.964	442.288
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.701	95	127	179	220	276
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.701	95	127	179	220	276
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	241.224	435.633	399.276	382.257	437.183	442.565
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	241.224	435.633	399.276	382.257	437.183	442.565

Haushaltsplan 2011**1.31 Soziale Hilfen**

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-86.689	-103.600	-121.669	-114.626	-137.043	-138.977
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	173.545	243.567	109.007	104.408	111.445	113.407
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	328.080	575.599	386.614	372.038	411.585	416.995

Haushaltsplan 2011

1.31 Soziale Hilfen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-313.224	-241.000	-76.900		-76.900	-76.900	-76.900
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-598	-150	-150		-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.269						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-33.900	-17.225	-33.900		-33.900	-33.900	-33.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-348.992	-258.375	-110.950		-110.950	-110.950	-110.950
10	- Personalauszahlungen	413.351	345.714	266.978		251.844	293.620	296.530
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.374	4.400	300		300	300	300
14	- Transferauszahlungen	140.348	210.020	153.020		153.020	153.020	153.020
15	- sonstige Auszahlungen	13.853	14.860	4.310		4.310	4.310	4.310
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	574.926	574.994	424.608		409.474	451.250	454.160
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	225.934	316.619	313.658		298.524	340.300	343.210
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-1.000					
23	= investive Einzahlungen		-1.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.103	9.900	7.200		7.200	7.200	7.200
30	= investive Auszahlungen	4.103	9.900	7.200		7.200	7.200	7.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	4.103	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200

Haushaltsplan 2011**1.31 Soziale Hilfen**

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Pflege- / Wohnberatungen (ANZ)	94	80	210	220	230	240
2	Anz. betreute Personen im Asylverfahren (ANZ)	7	7	22	21	20	19
3	Anzahl Rentenauskünfte (ANZ)	410	490	0	0	0	0
4	Durch. Dauer der Beratungen (MIN)			40	40	40	40
5	Wartezeit f. Rentenberatungstermin (TAG)			18	20	22	24



Beschreibung:

Die Produktgruppe -*Grundversorgung, Hilfe in besonderen Lebenslagen (SGB XII)*- umfasst die Bereiche Altenhilfe (§ 71 SGB XII) und Beratung bei Pflegebedürftigkeit. Annahme und Weiterleitung (LVR / Kreis) von Anträgen n. d. Gesetz f. Blinde u. Gehörlose. Beratung auf Eingliederungshilfe (Kap. 6 SGB XII). Gewährung von Pflegeleistungen inner- / außerhalb von Einrichtungen (Kap. 7 SGB XII); Gewährung der Kostenübernahme für das Hausnotrufsystem. Bearbeitung von Anträgen „Betreutes Wohnen“. Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes (§ 70 SGB XII). Annahme, Prüfung / Bewilligung von Anträgen auf Übernahme der Kosten für den „Fahrbaren Mittagstisch“, entgegengenommene Anträge Kriegsopferfürsorge.

Auftragsgrundlage:

- SGB IX, Kreissatzung, Schwerbehindertengesetz
- SGB XII, Landespflegegesetz, Gesetz für Blinde und Gehörlose (GHBG); Eingliederungshilfe - VO

Ziele:

- Vermeidung von Heimaufnahmen durch umfassende Pflegeberatung, Information, Zusammenarbeit mit freien Trägern, Einbindung Dritter, Hilfestellungen
- Kurzfristige Hilfestellung
-

Zielgruppen:

- Personen mit Behinderung oder von einer Behinderung bedroht.
- Pflegebedürftige Personen
- Angehörige

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.31.01.01 Hilfe b. Behinder.+Pflegebedürftigkeit Frau Melanie Brandt

Haushaltsplan 2011

1.31 Soziale Hilfen

verantwortlich:

1.31.01 Grundvers.,Behind.u.Pflegebedürftigkeit

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-33.900	-17.225	-33.900	-33.900	-33.900	-33.900
10	= Ordentliche Erträge	-33.900	-17.225	-33.900	-33.900	-33.900	-33.900
15	- Transferaufwendungen	3.020	3.020	3.020	3.020	3.020	3.020
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.020	3.020	3.020	3.020	3.020	3.020
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-30.880	-14.205	-30.880	-30.880	-30.880	-30.880
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-30.880	-14.205	-30.880	-30.880	-30.880	-30.880
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-30.880	-14.205	-30.880	-30.880	-30.880	-30.880
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.174	42.499	53.409	50.322	58.836	59.782
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.294	28.294	22.529	19.442	27.956	28.902

Bei dem Planansatz zu **Kostenerstattung und Kostenumlagen** handelt es sich um die Erstattung des Kreises für die Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung des integrierten Senioren- und Pflegeberatungssystems. Die hierzu mit dem Kreis geschlossene Vereinbarung galt zunächst ab dem 01.01.2008 bis zum 30.06.2010. Die Personalkostenerstattung des Kreises erfolgt nach den Richtlinien der KGST, der Betrag wurde seitens der Kreisverwaltung entsprechend angepasst. Ab dem 01.07.2010 wird das Konzept unverändert fortgeführt, daher sind ab 2011 wieder die Erstattungen in vollem Umfang eingeplant.

Unter der Position **Transferaufwendungen** ist der Zuschuss für die Diakoniestation veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.01 Grundvers.,Behind.u.Pflegebedürftigkeit



Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-33.900	-17.225	-33.900		-33.900	-33.900	-33.900
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-33.900	-17.225	-33.900		-33.900	-33.900	-33.900
14	-	Transferauszahlungen	3.020	3.020	3.020		3.020	3.020	3.020
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.020	3.020	3.020		3.020	3.020	3.020
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-30.880	-14.205	-30.880		-30.880	-30.880	-30.880

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.01 Grundvers.,Behind.u.Pflegebedürftigkeit



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Pflege- / Wohnberatungen (ANZ)	94	80	210	220	230	240
2	Durch. Dauer der Beratungen (MIN)			40	40	40	40



Beschreibung:

Die Produktgruppe -*Grundversorgung, Hilfe in besonderen Lebenslagen (SGB XII)*- umfasst a) Leistungserbringung nach dem Sozialhilfegesetz (SGB XII) für alle Aufgaben, die der kommunale Träger (Kreis) oder der überörtliche Träger (LVR) auf die Kommune übertragen hat. b) Antragsannahme und Weiterleitung an den zuständigen Träger, wenn die Aufgabe nicht auf die Kommune übertragen wurde. Beratung, Hilfestellungen, Prüfung, Bewilligung, Refinanzierung und Zusammenarbeit mit dem Kreis und mit freien Trägern. Hilfen zur Gesundheit; Bestattungskosten; Hilfen in anderen Lebenslagen, Klärung von Grundsatzfragen mit dem Kreis. Teilnahme an Arbeitskreisen; Stellungnahmen bei Räumungsklagen; Zahlstelle; Einnahmeabrechnungen mit dem Kreis.; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung inner- / außerhalb von Einrichtungen incl. einmaliger Leistungen. Nicht erfasst sind alle Leistungen nach dem SGB XII, die bereits durch das Produkt "Hilfe bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit" erfasst sind.

Auftragsgrundlage:

SGB XII, AG+AV zum SGB XII, Kreissatzung

Ziele:

Allen anspruchsberechtigten Personen helfen, ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben zu führen und aufzuzeigen, welche Hilfen (sozial + finanziell) in Anspruch genommen werden können.
Die Leistungen sollen durch kurzfristige Bearbeitung, gleichmäßige Entscheidungspraxis und kompetente Beratung erbracht werden.

Zielgruppen:

Personen mit Einkommens- oder anderen Defiziten, die Unterstützungsleistungen benötigen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.31.10.01 Hilfen bei Einkommensdefiziten Frau Melanie Brandt

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.10 Grundvers.,Hilf. bes.Lebensl. (SGB XII)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-89					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.240					
10	= Ordentliche Erträge	1.151					
11	- Personalaufwendungen	142.969	185.374	239.525	222.043	274.918	278.656
12	- Versorgungsaufwendungen	14.807	12.036	14.160	14.320	14.440	14.748
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.508	6.505	6.494	6.494	6.819	6.899
14	- Bilanzielle Abschreibungen	97	2.620	2.574	2.900	3.224	3.550
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.488	11.608	11.985	11.910	12.032	12.041
17	= Ordentliche Aufwendungen	168.870	218.143	274.738	257.668	311.433	315.894
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	170.022	218.143	274.738	257.668	311.433	315.894
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	10	102	131	184	225	283
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	10	102	131	184	225	283
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	170.032	218.245	274.870	257.852	311.659	316.177
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	170.032	218.245	274.870	257.852	311.659	316.177
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-114.438	-147.516	-192.954	-181.786	-217.337	-220.403
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.724	38.048	41.853	39.894	43.863	44.655
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	86.318	108.777	123.768	115.960	138.184	140.430

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.10 Grundvers.,Hilf. bes.Lebensl. (SGB XII)



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	179.552	151.266	207.719		192.628	233.820	236.139
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		300	300		300	300	300
15	- sonstige Auszahlungen	2.190	3.570	4.010		4.010	4.010	4.010
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	181.742	155.136	212.029		196.938	238.130	240.449
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	181.742	155.136	212.029		196.938	238.130	240.449
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.753	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200
30	= investive Auszahlungen	3.753	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	3.753	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200

Haushaltsplan 2011

1.31 Soziale Hilfen

verantwortlich:

1.31.10 Grundvers.,Hilf. bes.Lebensl. (SGB XII)

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.753	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200	14.928	43.728
3	Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.753	8.900	7.200		7.200	7.200	7.200	14.928	43.728

Es handelt sich hier um die pauschale Veranschlagung

- der Kosten für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter 2.000 € und
- der Auszahlungen für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 5.200 €

für den Fachbereich II.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Hilfen für Asylbewerber-* umfasst die Gewährung von einmaligen und laufenden Hilfen zur Bestreitung der Kosten des Lebensunterhaltes entsprechend dem ausländerrechtlichen Status. Betreuung, Beratung, Zusammenarbeit mit freien Trägern. Die Gewährung des Krankenschutzes, Asylbewerberleistungsstatistik, Beantragung der Landeserstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Inanspruchnahme von Pflichtigen aufgrund von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchsetzung von Rückforderungen. Organisation gemeinnütziger Arbeit und die Hilfestellung bei der Beantragung von Arbeitserlaubnissen

Auftragsgrundlage:

Asylbewerberleistungsgesetz, SGB X

Ziele:

- Rechtssichere Leistungsgewährung i.R.d. gesetzliche Grundlagen

Zielgruppen:

Asylantragsteller / geduldete Flüchtlinge, auch in Klage- und Folgeverfahren

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.31.11.01 Hilfen nach dem AsylbLG Frau Sabine Erxleben

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.11 Hilfen für Asylbewerber



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-32.579	-73.696	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-398	-150	-150	-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.269					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.246					
10	= Ordentliche Erträge	-46.492	-73.846	-25.150	-25.150	-25.150	-25.150
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.658	80.476				
15	- Transferaufwendungen	131.147	162.000	150.000	150.000	150.000	150.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	786	1.022	1.065	1.015	1.015	1.015
17	= Ordentliche Aufwendungen	135.592	243.498	151.065	151.015	151.015	151.015
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	89.099	169.652	125.915	125.865	125.865	125.865
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.676		0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.676		0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	90.775	169.652	125.915	125.865	125.865	125.865
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	90.775	169.652	125.915	125.865	125.865	125.865
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.988	116.510	61.516	58.433	63.747	64.730
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	153.763	286.162	187.431	184.298	189.612	190.596

Bei den **Zuwendungen und Umlagen** handelt es sich um die Kostenpauschalen des Landes für Asylbewerber. Diese werden eingeplant soweit abschätzbar ist, ob

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.11 Hilfen für Asylbewerber



und in welchem Umfang mit der Neuzuweisung von Asylantragstellern gerechnet werden kann. Der bisher berechnete Personenkreis ist nicht mehr abrechnungsfähig; die Asylverfahren in diesen Altfällen sind abgeschlossen. Aufgrund der Gesamtschätzung der Situation für das Jahr 2011 wurden die Planungswerte entsprechend angepasst. In 2010 ergaben sich erhöhte Planwerte i.H.v. rund 53.700 € durch die Auflösung eines Sonderpostens für das Übergangsheim Kölner Str. 29 - 29b, das in diesem Jahr abgerissen wurde.

Hinter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** verbargen sich bisher die Benutzungsgebühren für das Übergangsheim Kölner Straße.

Im Bereich der **bilanziellen Abschreibungen** ergaben sich höhere Aufwendungen in 2010 in Höhe von rund 80.000 € durch den Abriss des Übergangsheimes Kölner Str. 29 - 29b.

Die **Transferaufwendungen** beinhalten die Leistungen für den Lebensunterhalt und den Krankenschutz der Personen, die Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Da nicht mit der Neuzuweisung weiterer Anspruchsberechtigter zu rechnen ist und einige bisher berechnete Personen in der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden konnten, ermäßigt sich auch dieser Ansatz entsprechend.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.11 Hilfen für Asylbewerber



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-30.139	-20.000	-25.000		-25.000	-25.000	-25.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-598	-150	-150		-150	-150	-150
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.269						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-32.006	-20.150	-25.150		-25.150	-25.150	-25.150
14	- Transferauszahlungen	115.520	162.000	150.000		150.000	150.000	150.000
15	- sonstige Auszahlungen	7.672	200	200		200	200	200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	123.192	162.200	150.200		150.200	150.200	150.200
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	91.186	142.050	125.050		125.050	125.050	125.050

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.11 Hilfen für Asylbewerber



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anz. betreute Personen im Asylverfahren (ANZ)	7	7	22	21	20	19



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Grundsicherungsleistungen-* umfasst die Beziehungen aus dem Vertragsverhältnis zwischen der Stadt Hückeswagen und der ARGE Oberberg. Hier werden die Personalaufwendungen und die entsprechenden Erstattungen für Personalkosten dargestellt sowie die entsprechenden Betriebs- und Geschäftsaufwendungen, die ebenfalls pauschal erstattet werden. Bei den Beziehungen sind auch die 1,- € Kräfte als durch die Stadt getragene Maßnahme berücksichtigt.

Auftragsgrundlage:

SGB II; Kreissatzung; vertragliche Vereinbarungen ARGE, Zuweisungsbewilligungen für 1,- € Kräfte

Ziele:

- Sicherstellung der Rahmenbedingungen für die Durchführung der Aufgaben der ARGE Oberberg;
- Kostendeckung

Zielgruppen:

- ARGE Oberberg
- 1,- € Kräfte

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|---|----------------------|
| 1.31.15.01 Verrechnung ARGE (SGB II) | Frau Sabine Erxleben |
| 1.31.15.10 Hilfen Einsatz 1 Euro-Kräfte | Frau Susanne Müller |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen
1.31.15 Grundsicherungsleistungen


Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-281.456	-221.000	-51.900	-51.900	-51.900	-51.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	979					
10	= Ordentliche Erträge	-280.477	-221.000	-51.900	-51.900	-51.900	-51.900
11	- Personalaufwendungen	176.240	152.684	54.365	54.743	55.431	55.962
12	- Versorgungsaufwendungen	11.687	5.964	6.941	7.089	7.149	7.300
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.320	4.100				
14	- Bilanzielle Abschreibungen	350	1.000				
15	- Transferaufwendungen	19.693	45.000				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.327	14.225	4.117	3.892	3.892	3.899
17	= Ordentliche Aufwendungen	223.617	222.974	65.423	65.724	66.472	67.161
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-56.860	1.974	13.523	13.824	14.572	15.261
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	-16	-15	-14	-13	-13
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	-16	-15	-14	-13	-13
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-56.859	1.958	13.509	13.811	14.560	15.248
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-56.859	1.958	13.509	13.811	14.560	15.248
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-452	-365				
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	78.346	94.703	7.174	7.521	7.375	7.440

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.15 Grundsicherungsleistungen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	21.035	96.296	20.683	21.332	21.934	22.688

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ermäßigen sich ab 2011 deutlich, da nunmehr nur noch eine städtische Mitarbeiterin abgeordnet wurde für die sich eine entsprechende Personal- und Sachkostenerstattung ergibt. Darüber hinaus werden ab 2011 Arbeitsgelegenheiten für 1 € Kräfte nicht mehr vorgehalten. Daher entfällt die Erstattung auch in diesem Bereich. Auf die weiteren Ausführungen zur Weiterentwicklung der ARGE im Vorbericht wird verwiesen.

Bei den **Personalaufwendungen** handelt es sich um die Personalkosten der städtischen Mitarbeiterinnen, die aufgrund eines Personalgestellungsvertrages in der ARGE tätig sind. Die Aufwendungen und analog die Erstattungen durch die Bundesagentur verringern sich entsprechend der Anzahl und der Bezahlungsstruktur der dort eingesetzten städtischen Mitarbeiterinnen. Daher mindern sich auch hier ab 2011 entsprechend der obenstehenden Erläuterung die Personalaufwendungen.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** werden ab 2011 nicht mehr eingeplant aufgrund der anstehenden Änderungen der Organisationsform der heutigen ARGE.

Die **Transferaufwendungen** beinhalten die Kosten für Maßnahmen zur Eingliederung Arbeitssuchender. Da ab 2011 entsprechende Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt Hückeswagen nicht mehr angeboten werden ergeben sich keine weiteren Aufwendungen.

Zu den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** gehören u.a. Büromaterial sowie sonstige Geschäftsausgaben. Diese Ansätze werden analog der oben aufgeführten Begründung deutlich reduziert.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.15 Grundsicherungsleistungen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-283.085	-221.000	-51.900		-51.900	-51.900	-51.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-283.085	-221.000	-51.900		-51.900	-51.900	-51.900
10	- Personalauszahlungen	180.979	150.204	51.873		52.074	52.591	53.113
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.374	4.100					
14	- Transferauszahlungen	21.808	45.000					
15	- sonstige Auszahlungen	3.385	10.250					
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	213.546	209.554	51.873		52.074	52.591	53.113
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-69.539	-11.446	-27		174	691	1.213
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-1.000					
23	= investive Einzahlungen		-1.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	350	1.000					
30	= investive Auszahlungen	350	1.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	350						

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.15 Grundsicherungsleistungen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen		-1.000						-1.000	-1.000
2	- Summe der investiven Auszahlungen	350	1.000						2.169	2.169
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	350							1.169	1.169

Bei dem Ansatz aus dem Jahr 2010 handelte es sich um Mittel zu Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter für 1 € - Kräfte. Die Auszahlungen wurden durch die Zuweisung der entsprechenden Bundesmittel finanziert.

Wegen der Aufgabe der Beschäftigung von 1 € - Kräften sind hier ab dem Jahr 2011 keine Mittel mehr eingeplant.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Sonstige soziale Hilfen und Leistungen-* umfasst die Beratung in allen die Rente betreffenden Angelegenheiten, Zahlung von freiwilligen Beiträgen in die Rentenversicherung. Annahme und Weiterleitung von Anträgen zu med. Leistungen, Reha- / berufsfördernde Maßnahmen. Annahme von Rentenanträgen und Weiterleitung an den entsprechenden Rententrägern mit Beratung und Prüfung aller Möglichkeiten und Voraussetzungen. Klärung von Versicherungsangelegenheiten (Verlauf, Zeiten, Fremdrentengesetz, Übersiedlungen).

Auftragsgrundlage:

ZuVO SGB v. 13.12.89; SGB I, SGB IV (§§92,93), SGB VI

Ziele:

Rentenberatung, Antragsaufnahme mit ausführlicher Beratung.

Zielgruppen:

Hückeswagener Bürger

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.31.17.01 Rentenangelegenheiten Frau Sabine Erxleben

Haushaltsplan 2011

1.31 Soziale Hilfen

verantwortlich:

1.31.17 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	744					
10	= Ordentliche Erträge	744					
11	- Personalaufwendungen	53.699	46.985	8.814	8.549	8.779	8.854
12	- Versorgungsaufwendungen	8.884	6.018	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.632	3.060	1.533	1.533	1.615	1.635
14	- Bilanzielle Abschreibungen	88	88	89	88	89	88
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.096	3.822	1.875	1.850	1.881	1.884
17	= Ordentliche Aufwendungen	67.399	59.974	15.851	15.601	15.973	16.148
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	68.143	59.974	15.851	15.601	15.973	16.148
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14	8	10	8	7	6
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	14	8	10	8	7	6
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	68.157	59.982	15.862	15.610	15.980	16.154
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	68.157	59.982	15.862	15.610	15.980	16.154
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-25.070	-22.566	-6.260	-6.191	-6.315	-6.380
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.583	18.655	22.600	21.589	24.233	24.606
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	62.670	56.071	32.202	31.007	33.898	34.380

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen**1.31.17 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	52.820	44.244	7.386		7.142	7.209	7.277
15	- sonstige Auszahlungen	606	840	100		100	100	100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	53.426	45.084	7.486		7.242	7.309	7.377
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	53.426	45.084	7.486		7.242	7.309	7.377

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.31 Soziale Hilfen

1.31.17 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Rentenauskünfte (ANZ)	410	490	0	0	0	0
2	Wartezeit f. Rentenberatungstermin (TAG)			18	20	22	24

Haushaltsplan 2011

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-24.473	-22.152	-21.681	-21.525	-21.470	-21.473
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-705					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-148.377	-167	-167	-167	-168	-167
10	= Ordentliche Erträge	-173.616	-22.319	-21.848	-21.692	-21.638	-21.640
11	- Personalaufwendungen	56.405	52.701	73.203	73.505	74.307	74.960
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.343	15.724	15.721	15.721	15.803	15.823
14	- Bilanzielle Abschreibungen	27.736	90.067	15.141	16.127	17.251	16.189
15	- Transferaufwendungen	1.670	3.580	3.580	3.580	3.580	3.580
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.597	4.790	4.618	4.193	4.074	4.077
17	= Ordentliche Aufwendungen	99.713	169.871	115.804	116.707	118.624	118.316
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-73.903	147.552	93.956	95.015	96.986	96.676
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.991	15.235	1.137	1.010	884	845
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	20.991	15.235	1.137	1.010	884	845
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-52.913	162.787	95.093	96.025	97.870	97.521
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-52.913	162.787	95.093	96.025	97.870	97.521
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	176.172	233.632	234.794	332.533	227.613	228.980

Haushaltsplan 2011**1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	123.259	396.419	329.887	428.558	325.482	326.501

Haushaltsplan 2011

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-19.297	-18.500	-18.500		-18.500	-18.500	-18.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-953						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-20.312	-18.500	-18.500		-18.500	-18.500	-18.500
10	- Personalauszahlungen	52.585	51.330	71.775		72.098	72.737	73.383
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.023	14.200	14.200		14.200	14.200	14.200
14	- Transferauszahlungen	1.670	3.580	3.580		3.580	3.580	3.580
15	- sonstige Auszahlungen	1.753	3.010	2.835		2.460	2.310	2.310
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	65.031	72.120	92.390		92.338	92.827	93.473
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	44.720	53.620	73.890		73.838	74.327	74.973
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800
30	= investive Auszahlungen	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800

Haushaltsplan 2011

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Durchschn. Besucherzahl je Öffnungsstd. (ANZ)	7	8	8	8	8	8
2	Durchschn. Besucherzahl Gruppe 8- 12Jahre (ANZ)	263	250	250	250	250	250
3	Durchschn. Besucherzahl Gruppe 13-18 J. (ANZ)	236	250	250	250	250	250
4	Besucherstruktur: weiblich in % (%)	35	40	40	40	40	40
5	Besucherstruktur: männlich in % (%)	65	60	60	60	60	60
6	Bes.-struktur:deutsche Staatsangeh. in % (%)	80	50	50	50	50	50
7	Bes.-struktur:ausländ. Staatsangeh. in % (%)	20	50	50	50	50	50



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen-* umfasst die Bedarfsplanung (Mitwirkung des Kreisjugendamtes). Ermittlung, Förderung und Überprüfung der Einrichtungen freier Träger bei Betriebskostenzuschüssen. Registrierung der An- / Abmeldungen der Kinder. Festsetzung der Elternbeiträge (Prüfung der Einkommensverhältnisse, Festsetzungen, Bescheide). Einnahmeüberwachung.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK); Satzung des Kreises zur Ausführung des § 17 Abs. 6 GTK, SGBVIII

Ziele:

- -Bereitstellung von ausreichenden Kiga - Plätzen, besonders für Leistungsempfänger nach dem SGB II (Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
- -Festsetzung der Elternbeiträge vor Beginn des Kiga - Jahres
- -Integration von Benachteiligten
- -Belegung der vorhandenen Kiga - Plätze
- -Überwachung der Beitragseingänge
- Eltern von Kindern ab 3 Jahre bis Schulpflicht
- Träger von Kiga's

Zielgruppen:

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.36.01.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung Frau Melanie Brandt

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.01 Förderung v.Kindern in Tageseinricht.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-953					
10	= Ordentliche Erträge	-953					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	953					
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.465	69.017				
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.418	69.017				
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.465	69.017				
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.485	362				
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.485	362				
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.950	69.379				
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.950	69.379				
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.511	53.930	49.958	148.961	42.854	43.310
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	45.461	123.309	49.958	148.961	42.854	43.310

Nach Einführung des Kinderbildungsgesetzes entfällt der Betriebskostenzuschuss der Stadt Hückeswagen und entsprechend die Erstattung durch das Kreisjugendamt. Die Finanzierung erfolgt nun direkt über den Oberbergischen Kreis. Die bestehenden Verträge mit den Trägern der Kindergärten über die Zahlung von Betriebskostenzuschüssen wurden bereits 2008 gekündigt.

Im Bereich der **bilanziellen Abschreibungen** ergibt sich in 2010 ein entsprechend hoher Aufwand durch den Abriss des Kindergartens in der Ewald - Gnau Straße, in der bisher der Martin - Luther Kindergarten untergebracht war.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.01 Förderung v.Kindern in Tageseinricht.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-953						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-953						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	953						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	953						



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Jugendarbeit-* umfasst die Planung, Durchführung von Angeboten, Projekten im Stadtgebiet in Kooperation mit Schulen. Planung, Organisation, Durchführung des Ferienspaßangebotes in Kooperation mit dem Kreisjugendamt eigener Angebote im Ferienspaß.

Auftragsgrundlage:

- Beschluss des Rates der Stadt Hückeswagen
- Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG - SGB XIII
- Konzept über die Durchführung der Jugendarbeit in Hückeswagen

Ziele:

- Gewinnung zahlreicher Anbieter im Jugendfreizeitbereich z.B. für Ferienspaßangebote
- Bekanntheitsgrad - Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Freizeit im Rahmen der offenen Jugendarbeit gemeinsam gestalten und zu erleben.
- Vernetzung

Zielgruppen:

- Kinder und Jugendliche im Alter von 8 - 17 Jahren, schwerpunktmäßig im Alter von 13 - 17 Jahren

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.36.03.01 Durchführung offener Jugendarbeit Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.03 Jugendarbeit



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	1.670	3.580	3.580	3.580	3.580	3.580
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	102	300	300	300	300	300
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.772	3.880	3.880	3.880	3.880	3.880
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.772	3.880	3.880	3.880	3.880	3.880
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.772	3.880	3.880	3.880	3.880	3.880
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.772	3.880	3.880	3.880	3.880	3.880
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	374	753	800	766	773	785
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.146	4.633	4.680	4.646	4.653	4.665

Bei den **Transferaufwendungen** handelt es sich um Zuschüsse nach den geltenden Richtlinien der Stadt Hückeswagen für Jugendfahrten und Jugendfreizeiten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.03 Jugendarbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
14	- Transferauszahlungen	1.670	3.580	3.580		3.580	3.580	3.580
15	- sonstige Auszahlungen	102	300	300		300	300	300
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.772	3.880	3.880		3.880	3.880	3.880
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.772	3.880	3.880		3.880	3.880	3.880



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Einrichtungen der Jugendarbeit-* umfasst Planung, Durchführung und Weiterentwicklung der Arbeit im Jugendtreff „Freestyle Club“ und somit bedarfsorientierte Projekte, Kurse, Workshops. Geschlechtsspezifische Arbeit und Veranstaltungen und andere Angebote im Freizeitbereich. Im Sinne des Leitbildes ist hier der Bildungsbegriff ganzheitlich gemeint und umfasst die Vermittlung persönlicher, sozialer, interkultureller, politischer und Medienkompetenzen. Planung, Durchführung und Kontrolle des Offenen Treffs und der thematischen Angebote erfolgt auf der Basis des bestehenden Konzeptes.

Anlage und Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen

Auftragsgrundlage:

- Beschluss des Rates und der Fachausschüsse der Stadt Hückeswagen
- Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG -
- Konzept des städtischen Jugendtreffs „Freestyle Club“

Ziele:

- Gewinnung und Begleitung qualifizierter Ergänzungskräfte, ehrenamtlich Tätigen, Praktikant, - innen.
- Im Rahmen des offenen Treffs jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, Freizeit zu gestalten und zu erleben.
- Schaffung eines sozialen Raumes zur Erprobung von Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Verhalten.
- Vernetzung
- Weiterentwicklung des Konzeptes in Hinblick auf Bildungs- / Bedarfsziele, Fortschreibung.
- Kindern und Jugendlichen sollen in Wohnungsnähe ausreichende, kindgerechte und sichere Spielmöglichkeiten geboten werden.

Zielgruppen:

Kinder und Jugendliche im Alter von 8 - 17 Jahren, schwerpunktmäßig im Alter von 13 - 17 Jahren

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|--------------------------|-----------------|
| 1.36.04.01 Jugendzentrum | Herr Kai Waier |
| 1.36.04.02 Spielflächen | Herr Georg Rath |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.04 Einrichtungen der Jugendarbeit



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-24.473	-22.152	-21.681	-21.525	-21.470	-21.473
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-148.377	-167	-167	-167	-168	-167
10	= Ordentliche Erträge	-172.664	-22.319	-21.848	-21.692	-21.638	-21.640
11	- Personalaufwendungen	56.405	52.701	73.203	73.505	74.307	74.960
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.390	15.724	15.721	15.721	15.803	15.823
14	- Bilanzielle Abschreibungen	25.271	21.050	15.141	16.127	17.251	16.189
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.494	4.490	4.318	3.893	3.774	3.777
17	= Ordentliche Aufwendungen	94.523	96.974	111.924	112.827	114.744	114.436
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-78.141	74.655	90.076	91.135	93.106	92.796
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	18.506	14.872	1.137	1.010	884	845
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	18.506	14.872	1.137	1.010	884	845
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-59.635	89.527	91.213	92.145	93.990	93.641
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-59.635	89.527	91.213	92.145	93.990	93.641
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	135.287	178.949	184.035	182.806	183.985	184.885
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	75.652	268.477	275.248	274.951	277.974	278.526



Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um den Kreis- bzw. Landeszuschuss für den Betrieb des Jugendtreffs.

Von den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** entfallen in 2011 auf

- | | |
|--|---------|
| • Unterhaltung von Spielplätzen, bauliche Unterhaltung | 8.000 € |
| • Sonstige Sachleistungen Jugendtreff | 5.000 € |
| • sonst. Sach- und Dienstleistungen Jugendtreff | 1.000 € |
| • Erstattungen an Zweckverbände | 1.455 € |

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten Büromaterial, Fortbildungskosten, Telefonkosten etc.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge – mit Ausnahme des Kreis- bzw. Landeszuschusses – für den Jugendtreff erhöhen die Aufwandsermächtigungen bei den Sach- und Dienstleistungen sowie bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Zuschüsse und Spenden Dritter für die Unterhaltung von Spielplätzen berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.04 Einrichtungen der Jugendarbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-19.297	-18.500	-18.500		-18.500	-18.500	-18.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.359	-18.500	-18.500		-18.500	-18.500	-18.500
10	- Personalauszahlungen	52.585	51.330	71.775		72.098	72.737	73.383
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.071	14.200	14.200		14.200	14.200	14.200
15	- sonstige Auszahlungen	1.651	2.710	2.535		2.160	2.010	2.010
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	62.306	68.240	88.510		88.458	88.947	89.593
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	42.947	49.740	70.010		69.958	70.447	71.093
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800
30	= investive Auszahlungen	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.04 Einrichtungen der Jugendarbeit



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-11.440	-11.440
2	- Summe der investiven Auszahlungen	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800	66.907	114.107
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	10.145	21.800	11.800		11.800	11.800	11.800	55.467	102.667

Der Ansatz teilt sich wie folgt auf:

1. Spielplätze:

- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen für den Austausch defekter Spielgeräte 10.000 €

Die Zahl der Spielplätze ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Viele Spielgeräte müssen aufgrund ihres Alters in den nächsten Jahren ersetzt werden. Entsprechend den Vorgaben der Kommunalaufsicht wird darauf geachtet, dass lediglich eine Standardausrüstung auf den Spielplätzen vorgehalten wird. Der Ansatz enthält neben den reinen Anschaffungskosten auch die Personal- und Fahrzeugkosten des Bauhofes.

Im Planjahr 2010 waren zusätzlich 10.000 € für neue Metallgitterzäune eingeplant, da Spielplätze aus Gründen der Verkehrssicherheit eingezäunt werden müssen und viele Holzzäune den Belastungen aus Witterung, Spielgeschehen und Vandalismus zeitlich nur sehr begrenzt standhalten und ausgetauscht werden mussten.

2. Jugendzentrum:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 800 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 1.000 €



Deckungsvermerke und Budgetregeln:

Zuschüsse und Spenden Dritter für die Neugestaltung von Spielplätzen oder auch im Bereich des Jugendtreffs berechtigen zu entsprechenden Erhöhungen bei den investiven Auszahlungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.04 Einrichtungen der Jugendarbeit



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Durchschn. Besucherzahl je Öffnungsstd. (ANZ)	7	8	8	8	8	8
2	Durchschn. Besucherzahl Gruppe 8- 12Jahre (ANZ)	263	250	250	250	250	250
3	Durchschn. Besucherzahl Gruppe 13-18 J. (ANZ)	236	250	250	250	250	250
4	Besucherstruktur: weiblich in % (%)	35	40	40	40	40	40
5	Besucherstruktur: männlich in % (%)	65	60	60	60	60	60
6	Bes.-struktur:deutsche Staatsangeh. in % (%)	80	50	50	50	50	50
7	Bes.-struktur:ausländ. Staatsangeh. in % (%)	20	50	50	50	50	50

Haushaltsplan 2011

1.41 Gesundheitsdienste



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Haushaltsplan 2011

1.41 Gesundheitsdienste



verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
14	- Transferauszahlungen	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Krankenhäuser-* umfasst die Zahlung der Krankenhausinvestitionsumlage nach dem Krankenhausgesetz

Auftragsgrundlage: Krankenhaus- , Krankenhausfinanzierungsgesetz NRW

Ziele:

- Sicherung der Krankenversorgung;
- Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung durch Krankenhäuser

Zielgruppen: Bürger, - innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.41.05.01 Krankenhausinvestitionsumlage	Frau Isabel Bever
--	-------------------

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.05 Krankenhäuser



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	179.534	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Bei den **Transferaufwendungen** handelt es sich um die Veranschlagung der Krankenhausinvestitionsumlage. Neue Erkenntnisse zur Entwicklung im Bereich der Krankenhausfinanzierung liegen noch nicht vor.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.05 Krankenhäuser



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
14	- Transferauszahlungen	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	179.534	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-343.636	-5.337	-1.610	-1.833	-43.084	-2.149
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.123	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.682	-4.750	-4.750	-4.750	-4.750	-4.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-44.552	-57.771	-52.705	-56.253	-55.941	-55.601
7	+ Sonstige ordentliche Erträge					-39.000	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-5.473					
10	= Ordentliche Erträge	-400.466	-69.358	-60.565	-64.336	-144.275	-64.000
11	- Personalaufwendungen	14.509	15.506	14.177	14.223	14.364	14.506
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009				
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.567	1.700	1.766	1.766	1.769	1.769
14	- Bilanzielle Abschreibungen	68.789	25.747	7.636	7.793	7.949	8.105
15	- Transferaufwendungen	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.142	67.542	106.581	67.131	67.161	67.161
17	= Ordentliche Aufwendungen	181.658	138.194	153.849	114.602	114.934	115.232
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-218.808	68.836	93.284	50.266	-29.341	51.232
19	+ Finanzerträge	-410.261	-400.000	-650.000	-400.000	-400.000	-400.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	13.170	12.261	529	442	361	359
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-397.092	-387.739	-649.471	-399.558	-399.639	-399.641
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-615.900	-318.903	-556.187	-349.291	-428.980	-348.409

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-615.900	-318.903	-556.187	-349.291	-428.980	-348.409
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.475	-14.356	-15.209	-15.559	-15.691	-15.771
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	386.181	524.712	561.002	569.737	670.207	581.063
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-227.244	191.453	-10.394	204.887	225.535	216.883

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen						-41.000	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.739	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.682	-4.750	-4.750		-4.750	-4.750	-4.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-54.244	-57.771	-52.705		-56.253	-55.941	-55.601
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-410.261	-400.000	-650.000		-400.000	-400.000	-400.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-470.925	-464.021	-708.955		-462.503	-503.191	-461.851
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.608	1.700	1.700		1.700	1.700	1.700
14	- Transferauszahlungen	20.690	24.690	23.690		23.690	23.690	23.690
15	- sonstige Auszahlungen	66.364	65.460	104.235		64.860	64.860	64.860
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	90.662	91.850	129.625		90.250	90.250	90.250
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-380.263	-372.171	-579.330		-372.253	-412.941	-371.601
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-27.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.157.388						
23	= investive Einzahlungen	-1.157.388	-27.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	498.727	25.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		5.900	5.900		5.900	5.900	5.900
30	= investive Auszahlungen	498.727	30.900	5.900		5.900	5.900	5.900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-658.661	3.400	3.400		3.400	3.400	3.400

Haushaltsplan 2011**1.42 Sportförderung**

verantwortlich:

H. Ufer

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Nutzungsstd.pro Woche für Schulsport (STD)	28	28	28	28	28	28
2	Nutzungsstd.pro Woche für Vereinssport (STD)	33	33	33	33	33	33
3	Veranstaltungen in der MZH (ANZ)	88	78	80	80	80	80



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen-* umfasst die Bereitstellung für den Schul- / Vereinssport. Unterhaltung / Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Mehrzweckhalle, Sportplatz). Koordinierung von Veranstaltungen und Sportstättenbelegung. Regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen.

Auftragsgrundlage:

- Richtlinien und Sportförderung der Stadt Hückeswagen
- Unfallverhütungsvorschriften

Ziele:

- Bereitstellung bedarfsgerechter Sportmöglichkeiten für Vereine und Schulen
- Auslastung der zur Verfügung stehenden Sportstätten
- Förderung des Sports und Sicherstellung des Schulsports

Zielgruppen:

Sportvereine, Schüler, - innen, Bevölkerung

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.42.01.01 Bereitstellung/Betrieb von Sportanlagen Frau Dietlinde Müller

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-343.636	-5.337	-1.610	-1.833	-43.084	-2.149
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.123	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.682	-4.750	-4.750	-4.750	-4.750	-4.750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge					-39.000	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-5.473					
10	= Ordentliche Erträge	-355.665	-11.587	-7.860	-8.083	-88.334	-8.399
11	- Personalaufwendungen	14.509	15.506	14.177	14.223	14.364	14.506
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009				
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.567	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
14	- Bilanzielle Abschreibungen	68.789	25.747	7.636	7.793	7.949	8.105
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.028	1.917	990	990	990	990
17	= Ordentliche Aufwendungen	94.854	47.879	24.503	24.706	25.003	25.301
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-260.811	36.292	16.643	16.623	-63.331	16.902
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	13.170	12.261	529	442	361	359
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	13.170	12.261	529	442	361	359
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-247.642	48.553	17.172	17.065	-62.970	17.261
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-247.642	48.553	17.172	17.065	-62.970	17.261

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.475	-14.356	-15.209	-15.559	-15.691	-15.771
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	326.678	452.724	502.739	508.744	609.603	520.747
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	81.512	486.921	504.702	510.250	530.941	522.236

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um die ertragswirksame Auflösung von Zuschüssen für Investitionen.

Bei den **öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten** werden die Benutzungsgebühren veranschlagt.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten im Wesentlichen die Miete für die Hausmeisterwohnung in der Mehrzweckhalle.

Die **Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen** erklären sich im Wesentlichen durch die jährlich unterschiedlich hohen Unterhaltungskosten. Auf die detaillierten Erläuterungen im Vorbericht hierzu wird verwiesen. Aufgrund von Sanierungsmaßnahmen erhöht sich die Mietbelastung für die Mehrzweckhalle sukzessive bis 2012. Vor Abschluss der Sanierung ergibt sich eine entsprechend verringerte Mietzahlung.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen						-41.000	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.739	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.682	-4.750	-4.750		-4.750	-4.750	-4.750
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.420	-6.250	-6.250		-6.250	-47.250	-6.250
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.608	1.700	1.700		1.700	1.700	1.700
15	- sonstige Auszahlungen	1.440	1.260	660		660	660	660
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.048	2.960	2.360		2.360	2.360	2.360
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.372	-3.290	-3.890		-3.890	-44.890	-3.890
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-27.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.157.388						
23	= investive Einzahlungen	-1.157.388	-27.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	498.727	25.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		5.900	5.900		5.900	5.900	5.900
30	= investive Auszahlungen	498.727	30.900	5.900		5.900	5.900	5.900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-658.661	3.400	3.400		3.400	3.400	3.400

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000239 Herstellung eines Kunstrasenplatzes										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	466.000							466.000	466.000
13	= Summe Auszahlungen	466.000							466.000	466.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	466.000							466.000	466.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000278 Veräußerung Mehrzweckhalle										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-1.157.388							-1.157.388	-1.157.388
6	= Summe Einzahlungen	-1.157.388							-1.157.388	-1.157.388
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.157.388							-1.157.388	-1.157.388

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000280 Lastenaufzug Mehrzweckhalle										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	32.727							32.727	32.727
13	= Summe Auszahlungen	32.727							32.727	32.727
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	32.727							32.727	32.727
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000317 Erstellung Ballfangzaun										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-25.000						-25.000	-25.000
6	= Summe Einzahlungen		-25.000						-25.000	-25.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		25.000						25.000	25.000
13	= Summe Auszahlungen		25.000						25.000	25.000

Haushaltsplan 2011

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen

H. Kirch



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen		-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-12.500
2	- Summe der investiven Auszahlungen		5.900	5.900		5.900	5.900	5.900	10.122	33.722
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		3.400	3.400		3.400	3.400	3.400	7.622	21.222

Es handelt sich hier um die pauschale Veranschlagung für:

- Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter – GWG – 3.400 €
- Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 2.500 €

im Bereich der Mehrzweckhalle.

Die Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen werden über die Sportpauschale finanziert (siehe investive Einzahlung). Auf die besondere Darstellung im Vorbericht wird auch hier verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.01 Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Nutzungsstd.pro Woche für Schulsport (STD)	28	28	28	28	28	28
2	Nutzungsstd.pro Woche für Vereinssport (STD)	33	33	33	33	33	33
3	Veranstaltungen in der MZH (ANZ)	88	78	80	80	80	80



Beschreibung: Die Produktgruppe -*Sportförderung*- umfasst die Bezuschussung von Sportvereinen, verwaltungstechnische Abwicklung mit dem Stadtsportverband.

Auftragsgrundlage: Sportförderrichtlinien der Stadt Hückeswagen

Ziele: Förderung des Sports auf kommunaler Ebene.

Zielgruppen: Sportvereine

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.42.02.01 Sportförderung Frau Melanie Brandt

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.02 Sportförderung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
17	= Ordentliche Aufwendungen	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.690	24.690	23.690	23.690	23.690	23.690
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.892	15.594	4.886	4.681	4.722	4.792
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	36.582	40.284	28.576	28.371	28.412	28.482

Hinter den **Transferaufwendungen** verbergen sich im Planungsjahr 2011 folgende Zuschüsse:

- an Sportvereine 3.580 €
- an Vereine zur Integration von Migrantenkindern 3.000 €
- an Sportvereine mit Sportstätten 15.340 €
- an die DLRG 1.770 €

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.42 Sportförderung

1.42.02 Sportförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
14	- Transferauszahlungen	20.690	24.690	23.690		23.690	23.690	23.690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.690	24.690	23.690		23.690	23.690	23.690
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	20.690	24.690	23.690		23.690	23.690	23.690



Beschreibung:

Die Produktgruppe dient der Verrechnung des Leistungsaustausches zwischen Betrieb „Freizeitbad“ und dem allg. Haushalt.

Auftragsgrundlage:

Ziele:

Zielgruppen:

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.42.03.80.01 Betrieb Freizeitbad Verr. Allg.

Herr Christian Potthoff

1.42.03.80.10 Betrieb Freizeitbad Verr. BBH

Herr Jürgen Mark

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Mark

1.42 Sportförderung

1.42.03 Bereitstellung, Betrieb von Bädern



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-44.800	-57.771	-52.705	-56.253	-55.941	-55.601
10	= Ordentliche Erträge	-44.800	-57.771	-52.705	-56.253	-55.941	-55.601
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			66	66	69	69
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	66.114	65.625	105.591	66.141	66.171	66.171
17	= Ordentliche Aufwendungen	66.114	65.625	105.657	66.207	66.241	66.241
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	21.313	7.854	52.952	9.954	10.300	10.640
19	+ Finanzerträge	-410.261	-400.000	-650.000	-400.000	-400.000	-400.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-410.261	-400.000	-650.000	-400.000	-400.000	-400.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-388.948	-392.146	-597.048	-390.046	-389.700	-389.360
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-388.948	-392.146	-597.048	-390.046	-389.700	-389.360
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.610	56.393	53.377	56.313	55.882	55.525
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-345.338	-335.753	-543.671	-333.734	-333.818	-333.836

Bei dem Ertrag aus **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** handelt es sich um die Erstattung seitens des Betriebes Freizeitbad für die von der Stadt erbrachten Leistungen (Personal- und Sachkosten).

Durch die Übernahme des operativen Badgeschäftes durch die Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH entfallen in erheblichem Umfang Verrechnungsleistungen der Stadt an den Eigenbetrieb. Hier im Wesentlichen die Verrechnung der Personalkosten des bisherigen Badleiters sowie die

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Mark

1.42 Sportförderung

1.42.03 Bereitstellung, Betrieb von Bädern



Aufwendungen für die Geschäftsbuchhaltung. Für den noch verbleibenden Eigenbetrieb (Verpachtung der Immobilie) fallen jedoch weiterhin Kosten der Verwaltung an, die im Wege der Verrechnung zu erstatten sind.

Es ergeben sich **Finanzerträge** durch Gewinnanteile aus Beteiligungen in Höhe von 650.000 € in 2011 sowie in den Folgejahren in Höhe von jährlich 400.000 €. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Freizeitbad weist aufgrund höherer Gewinnbeteiligungen der BEW in 2011 einen Überschuss in der Größenordnung von 680.000 € aus. Aufgrund der bisher bekannten Plandaten der Bürgerbad gGmbH sind die eingeplanten jährlichen Gewinnabführungen an den allgemeinen Haushalt darstellbar. Zur Sicherung der Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes ist eine Gewinnabführung in dieser Größenordnung unverzichtbar.

Für die an den Haushalt abzuführenden Gewinnanteile sind bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** hierfür Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag auszuweisen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Mark

1.42 Sportförderung

1.42.03 Bereitstellung, Betrieb von Bädern



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-54.244	-57.771	-52.705		-56.253	-55.941	-55.601
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-410.261	-400.000	-650.000		-400.000	-400.000	-400.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-464.505	-457.771	-702.705		-456.253	-455.941	-455.601
15	- sonstige Auszahlungen	64.924	64.200	103.575		64.200	64.200	64.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	64.924	64.200	103.575		64.200	64.200	64.200
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-399.581	-393.571	-599.130		-392.053	-391.741	-391.401

Haushaltsplan 2011

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.183	-1.183	-1.182	-690		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-858	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-969	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	44					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-81.010	-200.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
10	= Ordentliche Erträge	-83.976	-203.583	-103.582	-103.090	-102.400	-102.400
11	- Personalaufwendungen	77.199	72.149	52.375	52.547	53.216	53.736
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.547	237.548	137.545	117.545	117.627	117.647
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.183	3.063	2.883	3.089	2.400	2.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.560	70.213	71.798	68.248	68.279	68.282
17	= Ordentliche Aufwendungen	221.450	385.982	268.142	245.009	245.131	245.752
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	137.474	182.399	164.560	141.919	142.731	143.352
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	137.474	182.399	164.560	141.919	142.731	143.352
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	137.474	182.399	164.560	141.919	142.731	143.352
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.097	-8.799				
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	114.956	145.943	122.732	120.164	117.588	119.177

Haushaltsplan 2011**1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.**

verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	243.333	319.544	287.292	262.083	260.319	262.529

Haushaltsplan 2011

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.



verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-908	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-1.400	-1.400		-1.400	-1.400	-1.400
7	+ Sonstige Einzahlungen	-63.880	-200.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-64.788	-202.400	-102.400		-102.400	-102.400	-102.400
10	- Personalauszahlungen	66.025	70.779	50.947		51.139	51.646	52.159
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	103.644	336.000	236.000		216.000	216.000	136.000
15	- sonstige Auszahlungen	102.895	67.450	69.050		65.550	65.550	65.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	272.564	474.229	355.997		332.689	333.196	253.709
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	207.776	271.829	253.597		230.289	230.796	151.309
29	- sonstige Investitionsauszahlungen		6.000	6.000				
30	= investive Auszahlungen		6.000	6.000				
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		6.000	6.000				



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-räumliche Planung-* umfasst den Abschluss von Erschließungsverträgen, sonstigen städtebaulichen Verträgen, Absicherung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Aufstellung und Änderung von Flächennutzungs-, Bebauungsplänen, Satzungen nach § 34 und § 35 BauGB und sonstige städtebauliche Satzungen. Die Bereiche Bürgerberatung und Information zur Bauleitplanung, Strategische Planungen, Konzepte für versch. Bereiche (z.B. städtebauliche Rahmenplanung, Stadtgestaltung, Dorferneuerung, Freiflächenplanung, Innenstadtentwicklung), Verkehrsentwicklungsplanung und die Einbringung kommunaler Interessen bei Planungen Dritter.

Auftragsgrundlage:

- Baugesetzbuch, Raumordnungs-, Bundesnaturschutz-, Landesplanungsgesetz
- BauO NRW,
- Beschlüsse der Fachausschüsse und des Rates

Ziele:

- Für den Bürger transparente Bauleitplanung
- Kostenentlastung der Stadt durch Übertragung einzelner Leistungen auf Erschließungsträger, Bauherren, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
- Langfristige Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohn- und Gewerbebauland
- Rechtssicherheit der aufgestellten Pläne, Satzungen und Verträge

Zielgruppen:

Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende, Allgemeinheit

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.51.01.01 Stadtplanung Herr Jan Strömer

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.
1.51.01 Räumliche Planung


Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
10	= Ordentliche Erträge	248					
11	- Personalaufwendungen	77.199	72.149	52.375	52.547	53.216	53.736
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.369	31.548	31.545	11.545	11.627	11.647
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.836	52.213	52.698	52.148	52.179	52.182
17	= Ordentliche Aufwendungen	126.365	158.919	140.159	119.820	120.631	121.252
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	126.613	158.919	140.159	119.820	120.631	121.252
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	126.613	158.919	140.159	119.820	120.631	121.252
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	126.613	158.919	140.159	119.820	120.631	121.252
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-27.290	-26.396	-17.367	-17.613	-17.239	-17.409
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	38.930	49.453	52.641	49.739	46.888	47.592
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	138.253	181.976	175.433	151.946	150.280	151.435

Neben den Kosten für die Stadtplanung sind unter **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** die Aufwendungen des **Projektes „Wasserquintett“** veranschlagt. Zusammen mit den Gemeinden Radevormwald, Wipperfürth, Marienheide und dem Wupperverband wurde unter dem Projektnamen "Wasserquintett" eine regionale Vernetzung und Aufwertung des touristischen Potenzials geplant. Das "Wasserquintett" ist ein Projekt der Regionale 2010. Die Regionale endet

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.01 Räumliche Planung



jedoch nicht im Jahr 2010, sondern im Juni 2011. Es sind demnach auch im Jahre 2011 noch Kosten für die Organisation, die Öffentlichkeitsarbeit und für die Abwicklung der Projekte im Wasserquintett eingeplant. In diesem Kontenbereich werden auch andere interkommunale Planvorhaben abgewickelt, die andere regionale Zuschnitte haben als die räumliche Kulisse des Wasserquintetts. Somit ergeben sich auch mittelfristig entsprechende Aufwendungen.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sind mit 47.500 € allgemeine Planungskosten veranschlagt. Dieser Planansatz ist zwingend erforderlich, da in den kommenden Jahren zwei wesentliche Planverfahren weiter zu betreiben sind:

- Vorbereitung zur Änderung des Regionalplans des Regierungsbezirks Köln im Hinblick auf die Ausweisung eines weiteren Gewerbe- und Industriebereichs (GIB), um langfristig die Verfügbarkeit von Industrieflächen sicher zu stellen. Dieses Verfahren stellt den Anfangspunkt der formalen Planverfahren dar, an deren Ende ein Bebauungsplan stehen wird. Dieser ist nicht vor 2015 rechtswirksam zu erwarten.
- Darüber hinaus ist eine Weiterbeplanung des Innenstadtbereichs notwendig, um die bisher erzielten Erfolge (Baumaßnahmen Schlosshagen, Wupperauen) nicht als singuläre Maßnahmen stehen zu lassen und somit die beabsichtigte Anstoßfunktion zur Belebung der Innenstadt nicht zu erzielen. Außerdem besteht nur so die Möglichkeit, mittelfristig einen Zugang zu den Förderprogrammen des Landes zu behalten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.01 Räumliche Planung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
10	- Personalauszahlungen	66.025	70.779	50.947		51.139	51.646	52.159
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.473	30.000	30.000		10.000	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen	18.171	49.450	49.950		49.450	49.450	49.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	110.670	150.229	130.897		110.589	111.096	111.609
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	110.670	150.229	130.897		110.589	111.096	111.609



Beschreibung: Die Produktgruppe – Räumliche Entwicklung – umfasst das Gewerbegebiet West 2

Auftragsgrundlage: Beschlussfassung des Rates

Ziele: Bereitstellung von gewerblichen Bauflächen
Vermarktung zu kostendeckenden Konditionen

Zielgruppen: Gewerbliche Unternehmen aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.51.02.01 Gewerbegebiet Winterhagen / Scheideweg Herr Dietmar Persian

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.02 Räumliche Entwicklung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-969	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-204					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-81.010	-200.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
10	= Ordentliche Erträge	-82.183	-201.400	-101.400	-101.400	-101.400	-101.400
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81.010	200.000	100.000	100.000	100.000	100.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.810	4.400	4.500	4.500	4.500	4.500
17	= Ordentliche Aufwendungen	83.821	204.400	104.500	104.500	104.500	104.500
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.638	3.000	3.100	3.100	3.100	3.100
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.638	3.000	3.100	3.100	3.100	3.100
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.638	3.000	3.100	3.100	3.100	3.100
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.674	66.899	42.249	41.626	42.103	42.524
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	54.311	69.899	45.349	44.726	45.203	45.624

Die im Bereich der **sonstigen ordentlichen Erträge** und der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** veranschlagten Beträge stellen die Abwicklung des Gewerbegebietes Winterhagen / Scheideweg (West 2) dar. Bei dem Ertrag handelt es sich um die Verkaufserlöse von Grundstücken aus dem Gewerbegebiet. Die sich hier ergebenden Bestände werden als Umlaufvermögen geführt. Verkäufe aus dem Bestand führen zu Erträgen in der Ergebnisrechnung. Gleichzeitig verursacht der mit den Verkäufen einhergehende Abgang von Umlaufvermögen entsprechende Aufwendungen in der Ergebnisrechnung im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Auf die weitere Darstellung des Umlaufvermögens im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.02 Räumliche Entwicklung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-1.400	-1.400		-1.400	-1.400	-1.400
7	+ Sonstige Einzahlungen	-63.880	-200.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-63.880	-201.400	-101.400		-101.400	-101.400	-101.400
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	73.003	300.000	200.000		200.000	200.000	120.000
15	- sonstige Auszahlungen	2.810	4.400	4.500		4.500	4.500	4.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75.813	304.400	204.500		204.500	204.500	124.500
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	11.933	103.000	103.100		103.100	103.100	23.100

Im vorliegenden Teilfinanzplan verbirgt sich unter anderem die finanzielle Abwicklung des Gewerbegebietes West 2 (Winterhagen/Scheideweg).

In der Vergangenheit erfolgte die Darstellung und Planung im Rahmen eines Investitionsobjektes, welches als investive Maßnahme oberhalb der festgesetzten Wertgrenze im Haushaltsplan dargestellt wurde. Da es sich jedoch ausschließlich um Umlaufvermögen handelt und dieses nicht zur Beschaffung oder Herstellung eines Anlagegutes führt, wurde in 2008 die buchhalterische Abwicklung geändert. Aus diesem Grunde erscheinen Ein- und Auszahlungen nur noch in der Darstellung des Teilfinanzplanes und nicht mehr separat als investive Maßnahme. Im Haushaltsplan wird zurzeit das ehemalige Investitionsobjekt aufgrund der Altdaten immer noch ausgewiesen.

Es wird auf die Erläuterungen der **wesentlichen Maßnahmen im Umlaufvermögen** des Vorberichtes verwiesen.





Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement-* umfasst Arbeiten mit verschiedenen Sachkarten als Informationsgrundlage für die räumliche Planung. Ausgabe von Flurkarten, aus der Deutschen Grundkarte, aus dem automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB), Betrachtung und Ausgabe von digitalen Orthobildern (intern). Zukünftig: Aufstellung, Änderung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen mit dem Geo-Informationssystem.

Auftragsgrundlage:

- Beschlüsse des Fachausschusses, des Rates
- Vertrag mit dem Oberbergischen Kreis

Ziele:

- Schaffung einer Datenbasis für raumrelevante Fragestellungen
- Umgang mit räumlichen Daten
- Ausgabe von Kartenmaterial

Zielgruppen:

Grundstückseigentümer, Allgemeinheit, Fachbereiche

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.51.04.01 Geoinformationsdienste Herr Jan Strömer

Haushaltsplan 2011

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

verantwortlich:

1.51.04 Geoinfo.dienste,Geodatenmanagement

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.183	-1.183	-1.182	-690		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-858	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.041	-2.183	-2.182	-1.690	-1.000	-1.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.168	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.183	3.063	2.883	3.089	2.400	2.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.913	13.600	14.600	11.600	11.600	11.600
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.264	22.663	23.483	20.689	20.000	20.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	9.223	20.480	21.301	18.999	19.000	19.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	9.223	20.480	21.301	18.999	19.000	19.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	9.223	20.480	21.301	18.999	19.000	19.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.545	47.189	45.209	46.411	45.836	46.470
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	50.769	67.669	66.510	65.410	64.836	65.470

Durch den Verkauf der Deutschen Grundkarte und der Liegenschaftskarte können im Bereich der **öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte** Erträge veranschlagt werden. Es wird mit jährlichen Erträgen in Höhe von 1.000 € gerechnet.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ergibt sich ein Aufwand für die Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 2.000 €. Es handelt sich hierbei um Wartungskosten für den Plotter (1.300 €) und um die Kosten neuer Druckköpfe (700 €).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.04 Geoinfo.dienste,Geodatenmanagement



Des Weiteren sind hier Aufwendungen für die Nutzung der Deutschen Grundkarte und der Liegenschaftskarte eingeplant. Der Betrag wird als Gebühr vom Oberbergischen Kreis für die entsprechenden Leistungen erhoben. Die Höhe dieser Gebühren richtet sich z.B. nach Einwohnerdaten und nach der Anzahl der Flurstücke in der Gemeinde.

Unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** ergibt sich im Jahr 2011 ein zusätzlicher Aufwand im Bereich der anderen sonstigen Geschäftsaufwendungen. Eingeplant sind hier die Kosten für Orthofotos. Der Oberbergische Kreis bietet an, digitale Orthofotos in deutlich höherer Auflösung herstellen zu lassen, als die durch die landesweit verbreiteten digitalen Orthobilder der zuständigen Landeseinrichtung. Es ist geplant, die Befliegung kreisweit alle drei Jahre vollständig zu erneuern, aufgeteilt in Nord-, Mittel- und Südkreis. Die Bilder können vielfältige Aufgaben deutlich erleichtern: Überprüfung von Straßenschnitten, Stellplätzen und anderer Verkehrsanlagen, Betrachtung der versiegelten Flächen, Sichtung des Baubestandes, Hilfsmittel bei gerichtlichen Verfahren wie Beiträge und Gebühren usw..

Die Kosten hierfür liegen - abhängig von der Anzahl der sich beteiligenden Kommunen und sonstigen Behörden - bei erstmalig 3.000 € für 2011 und 1.000 € jährlich für die Laufendhaltung ab 2012. Gegenüber einer Befliegung im Auftrag der Stadt ist dies als außerordentlich günstig einzustufen, da übliche Befliegungen in der Regel fünfstellige Beträge kosten. Ursprünglich sollte die Befliegung bereits in 2010 erfolgen – die dafür in 2010 eingeplanten Mittel i.H.v. 3.000 € wurden nicht benötigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.04 Geoinfo.dienste,Geodatenmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-908	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-908	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.168	6.000	6.000		6.000	6.000	6.000
15	- sonstige Auszahlungen	81.913	13.600	14.600		11.600	11.600	11.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	86.081	19.600	20.600		17.600	17.600	17.600
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	85.173	18.600	19.600		16.600	16.600	16.600
29	- sonstige Investitionsauszahlungen		6.000	6.000				
30	= investive Auszahlungen		6.000	6.000				
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		6.000	6.000				

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.51 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinfor.

1.51.04 Geoinfo.dienste,Geodatenmanagement



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen		6.000	6.000					11.914	17.914
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		6.000	6.000					11.914	17.914

Die bisherigen Grundlagendaten (amtlichen Flurkarten ALK) und das amtliche Liegenschaftsbuch (ALB), die das Katasteramt zur Verfügung stellt, werden durch ALKIS ersetzt Dies geschieht bundesweit, um eine einheitliche Struktur einzuführen, die Genauigkeit der Daten zu optimieren und diese beiden Programmkomponenten in einem Programm zusammenzuführen. Um die Datenlieferungen des Katasteramtes auch zukünftig unter ArcView nutzen zu können, muss eine neue Schnittstelle für das Geoinformationsprogramm der Stadt Hückeswagen angeschafft werden.

Die Mittel waren bereits im Jahr 2010 eingeplant. Da die Maßnahme laut Mitteilung der Kreisverwaltung in 2010 aber nicht zum Tragen gekommen war, sind die Mittel für das Jahr 2011 neu eingeplant.

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.095	-3.826	-550	-550	-550	-550
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.383	-21.000	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	273	-250	-250	-250	-250	-250
10	= Ordentliche Erträge	-27.205	-25.076	-17.800	-17.800	-17.800	-17.800
11	- Personalaufwendungen	61.548	69.807	70.810	71.130	72.000	72.706
12	- Versorgungsaufwendungen	3.258	3.310	3.894	3.938	3.971	4.056
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.194	53.175	53.689	91.349	91.611	91.761
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.869	9.450	3.669	3.862	4.057	4.350
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.760	26.108	9.466	9.341	9.371	9.375
17	= Ordentliche Aufwendungen	111.629	161.850	141.528	179.620	181.010	182.248
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	84.423	136.774	123.728	161.820	163.210	164.448
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.933	2.903	223	235	242	272
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.933	2.903	223	235	242	272
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	89.356	139.676	123.952	162.056	163.452	164.720
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	89.356	139.676	123.952	162.056	163.452	164.720
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-15.383	-18.410	-17.984	-18.440	-18.047	-18.278

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	180.710	209.071	224.573	216.498	238.402	244.775
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	254.684	330.338	330.541	360.113	383.807	391.217

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.943	-21.000	-17.000		-17.000	-17.000	-17.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-250	-250		-250	-250	-250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.943	-21.250	-17.250		-17.250	-17.250	-17.250
10	- Personalauszahlungen	60.195	63.900	64.025		64.348	64.987	65.633
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.848	51.450	52.120		89.780	89.960	90.090
15	- sonstige Auszahlungen	17.308	20.930	4.330		4.330	4.330	4.330
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	91.352	136.280	120.475		158.458	159.277	160.053
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	72.409	115.030	103.225		141.208	142.027	142.803
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.608	18.150	5.200		5.200	5.200	5.300
30	= investive Auszahlungen	2.608	18.150	5.200		5.200	5.200	5.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	2.608	18.150	5.200		5.200	5.200	5.300

Haushaltsplan 2011**1.52 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Bauanträge (ANZ)	93	100	100	100	100	100
2	Freistellungsanträge (ANZ)	16	20	20	20	20	20



Beschreibung:

Die Produktgruppe - *Bauaufsicht* - umfasst insbesondere folgende Aufgaben für die untere Bauaufsicht:

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen und anderen Rechtsvorschriften
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahme von Fahrgeschäften und Zelten

Dazu zählen folgende bauordnungsbehördliche Verfahren:

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung/Löschung von Baulasten
- Erteilung von Baulastauskünften
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage:

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch Verwaltungsgebührensatzung

Ziele:

Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Tagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
Zeitnahe Entscheidung aller übrigen Bauanträge
Rechtssichere Entscheidungen in verwaltungsrechtlichen Streitverfahren
Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung § 8 BauO NW
Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigung innerhalb eines Monats
Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteneintragungen und Baulastenauskünfte sowie die Ablehnung der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen:

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.52.01 Bauordnung

H. Schröder



Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.52.01.01 Verr. Bauaufsichtsbehörde N.N.

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.52.01 Bauordnung

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000
17	= Ordentliche Aufwendungen		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)		37.500	37.500	75.000	75.000	75.000

Als weiterführendes Ergebnis aus dem Projekt Shared Services wird eine neu einzurichtende Bauaufsicht gemeinsam mit der Stadt Wipperfürth durchgeführt. Federführend wird hier die Stadt Wipperfürth tätig. Entgegen der ersten Einplanung in 2010 wird mit der Umsetzung nun in 2011 gerechnet. Aus diesem Grunde sind im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** Kostenbeteiligungen für die entsprechenden Personalkosten im Jahr 2011 für den Zeitraum von 6 Monaten in Höhe von 37.500 € eingeplant. Für die Folgejahre wurden entsprechend 75.000 € jährlich eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.01 Bauordnung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		37.500	37.500		75.000	75.000	75.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		37.500	37.500		75.000	75.000	75.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)		37.500	37.500		75.000	75.000	75.000



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-baubehördliche Beratung und Information-* umfasst die Beratung auch ohne unmittelbaren Zusammenhang mit Bebauungsverfahren, Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen nach § 35 BauGB. Freistellungsverfahren. Information und Stellungnahme im Baugenehmigungsverfahren, zu Anträgen auf Gaststättenkonzessionen, zu Teilungsanträgen, zu Anträgen auf Modernisierungsförderung und Energiesparförderung. Wohnungsbauförderung.

Auftragsgrundlage:

Baugesetzbuch
Landesbauordnung und deren Verordnungen

Ziele:

- Mitteilung im Freistellungsverfahren soll innerhalb von 14 Tagen ab Eingang der vollständigen Unterlagen erfolgt sein.
- Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren sollen im Regelfall ab Vollständigkeit der Unterlagen innerhalb von 14 Tagen erfolgt sein.
- Auskünfte bzw. Mitteilungen im Freistellungsverfahren

Zielgruppen:

- Bauherren, Architekten
- Haus- u. Grundstücksbesitzer bzw. -käufer

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.52.02.01 Baubehördliche Dienstleistungen

Herr Johannes Meier-Frankenfeld

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.02 Baubehördliche Beratung u. Information



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-550	-550	-550	-550	-550	-550
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.411	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248	-250	-250	-250	-250	-250
10	= Ordentliche Erträge	-1.713	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800
11	- Personalaufwendungen	57.665	65.271	65.453	65.755	66.557	67.210
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.646	13.368	15.535	15.695	15.957	16.107
14	- Bilanzielle Abschreibungen	550	2.503	2.469	2.662	2.857	3.150
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.059	4.414	4.397	4.347	4.377	4.381
17	= Ordentliche Aufwendungen	77.882	88.565	91.395	92.040	93.357	94.534
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	76.168	85.765	88.595	89.240	90.557	91.734
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-1	172	221	233	240	269
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1	172	221	233	240	269
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	76.168	85.937	88.815	89.472	90.797	92.004
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	76.168	85.937	88.815	89.472	90.797	92.004
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-32.216	-37.673	-38.103	-39.130	-38.244	-38.765

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.02 Baubehördliche Beratung u. Information



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	45.594	47.061	35.932	36.491	32.305	32.856
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	89.545	95.325	86.644	86.834	84.858	86.096

Im Bereich der **öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelte** handelt es sich um Verwaltungsgebühren.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich im Wesentlichen um die anteilige Erstattung von Personalkosten an den Betrieb Abwasserbeseitigung die entstehen, da die betreffenden Mitarbeiter auch in gewissem Umfang für den Bereich der Kernverwaltung tätig sind. Ab 2011 ergeben sich leicht erhöhte Ansätze da die prozentuale Zuordnung überprüft und angepasst wurde.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.02 Baubehördliche Beratung u. Information



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.353	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-250	-250		-250	-250	-250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.353	-2.250	-2.250		-2.250	-2.250	-2.250
10	- Personalauszahlungen	60.195	63.900	64.025		64.348	64.987	65.633
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.405	11.820	13.990		14.150	14.330	14.460
15	- sonstige Auszahlungen	760	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	73.360	77.270	79.565		80.048	80.867	81.643
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	72.007	75.020	77.315		77.798	78.617	79.393
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.168	15.900	4.000		4.000	4.000	4.100
30	= investive Auszahlungen	2.168	15.900	4.000		4.000	4.000	4.100
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- J. Auszahlung)	2.168	15.900	4.000		4.000	4.000	4.100

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.52.02 Baubehördliche Beratung u. Information

H. Schröder



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	2.168	15.900	4.000		4.000	4.000	4.100	27.605	43.705
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	2.168	15.900	4.000		4.000	4.000	4.100	27.605	43.705

Hierbei handelt es sich um die pauschale Veranschlagung der Auszahlungen für

- die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen 3.100 € und
- die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter 900 €

für den Fachbereich III.

Für die Einrichtung der geplanten Bauaufsicht in Hückeswagen würde eine große Anzahl von bisher beim Kreis gelagerten Bauakten künftig bei der Stadt Hückeswagen aufzubewahren sein. Für die sachgerechte Lagerung sind entsprechende Schränke zu beschaffen. Für den Fall der Umsetzung im Jahr 2010 war der Ansatz in 2010 einmalig erhöht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.02 Baubehördliche Beratung u. Information



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Bauanträge (ANZ)	93	100	100	100	100	100
2	Freistellungsanträge (ANZ)	16	20	20	20	20	20



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Denkmalschutz und Denkmalpflege-* umfasst präventive Maßnahmen, Vorträge, Öffentlichkeitsarbeit, Unterschutzstellungen. Erlass von Denkmalbereichssatzungen. Stellungnahmen zu Bauanträgen. Erlaubnisse, Überprüfungen der Denkmalförderung. Erstellen von Steuerbescheinigungen.

Auftragsgrundlage:

- Denkmalschutzgesetz NRW
- Denkmalbereichssatzung der Stadt Hückeswagen für den Stadtkern

Ziele:

- Auffangen des denkmalpflegerischen Mehraufwandes durch Schaffung finanzieller Anreize.
- Sicherung, Erhaltung, Nutzung von Bau- und Bodendenkmälern
- Erscheinungsbild von Gebäuden im Denkmalbereich

Zielgruppen:

- Eigentümer / Nutzungsberechtigte von Objekten im Denkmalbereich

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.52.03.01 Denkmalschutz und Denkmalpflege Herr Johannes Meier-Frankenfeld

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.03 Denkmalschutz und Denkmalpflege



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.056	26.656	26.775	27.528	26.937	27.366
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	24.590	28.206	28.325	29.078	28.487	28.916

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.03 Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- sonstige Auszahlungen	1.534	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.534	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.534	1.550	1.550		1.550	1.550	1.550



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-subjektbezogene Förderung für Wohnraum-* umfasst die Beratung, Prüfung, Bewilligung von Wohngeld / Lastenzuschuss nach dem Wohngeldgesetz (WoGG).

Auftragsgrundlage:

- WoGG; §3 ZuständigkeitsVO
- Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen

Ziele:

Leistungen im Einzelfall gewähren, die zur wirtschaftlichen Sicherung eines angemessenen Wohnens erforderlich sind.

Zielgruppen:

- Eigentümer von selbst genutztem Wohnraum.
- Mieter von Wohnraum

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.52.05.01 Gewährung von Wohngeld Herr Jens Schimmel

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.05 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.173	1.586	2.097	2.072	2.072	2.072
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.173	1.586	2.097	2.072	2.072	2.072
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.173	1.586	2.097	2.072	2.072	2.072
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.173	1.586	2.097	2.072	2.072	2.072
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.173	1.586	2.097	2.072	2.072	2.072
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	80.069	101.510	133.847	125.197	149.825	152.311
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	81.242	103.097	135.944	127.269	151.898	154.383

Durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in Nordrhein - Westfalen sind im Bereich des Wohngeldes vermehrt Klagen beim Verwaltungsgericht anhängig. Da eine bisher in diesem Bereich beschäftigte Juristin ausgeschieden ist wird es unumgänglich sein, dass in Einzelfällen juristischer Rat über einen Rechtsanwalt eingeholt werden muss. Aus diesem Grund wurde der Ansatz im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ab 2011 moderat erhöht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.05 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- sonstige Auszahlungen		500	1.000		1.000	1.000	1.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		500	1.000		1.000	1.000	1.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)		500	1.000		1.000	1.000	1.000



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Wohnraumsicherung und -versorgung-* umfasst die Beschaffung / Bewirtschaftung von Unterkünften und Einrichtungsgegenständen.
Einweisungen/Umsetzungen durch Erhebung / Kontrolle der Nutzungsgebühren. Änderung oder Neufassung von Satzungen.
Betreuung der Bewohner, Einsatz des Hausmeisters. Aushändigung der Unterlagen für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen. Zustimmung zur Freistellung von Wohnraum v. d. soz. Bindung.

Auftragsgrundlage:

- Landes-; Flüchtlingsaufnahmegesetz,
- II. Wohnungsbaugesetz,
- Wohnungsbauförderungsgesetz
- Satzungen

Ziele:

- Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge u. Aussiedler
- Einnahme- und Gebührenkalkulationen
- Verweildauer von Aussiedlern in den öffentlichen Unterkünften.

Zielgruppen:

- Flüchtlinge und Aussiedler, die übergangsweise öffentlich rechtlich untergebracht werden müssen
- Vermieter und Wohnungssuchender

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.52.06.01 Verw.+Betrieb v. Unterkünften f. Aussied	Herr Jens Schimmel
1.52.06.02 Wohnraumsicherung und -versorgung	Herr Jens Schimmel

Haushaltsplan 2011

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.52.06 Wohnraumsicherung und -versorgung

H. Kirch



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.545	-3.276				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.413	-14.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25					
10	= Ordentliche Erträge	-22.934	-17.276	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
11	- Personalaufwendungen	3.883	4.536	5.357	5.375	5.443	5.496
12	- Versorgungsaufwendungen	296	301	354	358	361	369
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.061	806	654	654	654	654
14	- Bilanzielle Abschreibungen	8.983	6.697	1.200	1.200	1.200	1.200
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.172	1.458	1.422	1.372	1.372	1.372
17	= Ordentliche Aufwendungen	15.395	13.798	8.986	8.958	9.030	9.091
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-7.538	-3.478	-6.014	-6.042	-5.970	-5.909
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.934	2.731	3	3	2	2
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.934	2.731	3	3	2	2
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-2.604	-747	-6.011	-6.039	-5.968	-5.907
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-2.604	-747	-6.011	-6.039	-5.968	-5.907
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.064	-1.666	-1.049	-1.049	-1.049	-1.049

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.06 Wohnraumsicherung und -versorgung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.223	48.258	48.688	48.536	50.086	53.268
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	39.554	45.845	41.628	41.448	43.069	46.313

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** sind die Benutzungsgebühren für das Übergangsheim Scheideweg 42a veranschlagt. Der Planansatz wurde auf der Basis der aktuellen Belegungszahlen gebildet, da von einer stärkeren Auslastung nach der derzeitigen Zuweisungssituation nicht ausgegangen werden kann.

Sowohl im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** als auch bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ergeben sich aufgrund der geringen Zahl der berechtigten Personen entsprechend leicht verringerte Aufwendungen in den Folgejahren.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.06 Wohnraumsicherung und -versorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.473	-14.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.473	-14.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	956	630	630		630	630	630
15	- sonstige Auszahlungen	193	230	230		230	230	230
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.149	860	860		860	860	860
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-14.324	-13.140	-14.140		-14.140	-14.140	-14.140
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	440	2.000	1.200		1.200	1.200	1.200
30	= investive Auszahlungen	440	2.000	1.200		1.200	1.200	1.200
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	440	2.000	1.200		1.200	1.200	1.200

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.06 Wohnraumsicherung und -versorgung



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	440	2.000	1.200		1.200	1.200	1.200	3.059	7.859
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	440	2.000	1.200		1.200	1.200	1.200	3.059	7.859

Bei den investiven Auszahlungen handelt es sich um den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern im Bereich der Übergangsheime für Aussiedler.

Der Betrag reduziert sich durch die Schließung von nicht mehr benötigten Einrichtungen.



Beschreibung: Die Produktgruppe -*Wohnprobleme (Einrichtung)*- umfasst die Verwaltung der städtischen Obdachlosenunterkünfte.

Auftragsgrundlage: - Ordnungsbehördengesetz,

Ziele:

- Unterbringung von obdachlosen Personen
- Verweildauer in den Unterkünften,
- Betrieb der Obdachlosenunterkunft

Zielgruppen: Bewohner der Obdachlosenunterkünfte

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.52.10.01 Obdachlosenunterkunft Herr Roland Kissau

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Wohnprobleme (Einr.)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.559	-5.000				
10	= Ordentliche Erträge	-2.559	-5.000				
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	488	1.500				
14	- Bilanzielle Abschreibungen	336	250				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.821	17.100				
17	= Ordentliche Aufwendungen	15.645	18.850				
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	13.086	13.850				
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	13.086	13.850				
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	13.086	13.850				
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.666	6.516	500	484	496	510
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	19.752	20.366	500	484	496	510

Da die Obdachlosenunterkunft aufgegeben wurde werden künftig obdachlose Personen durch Ordnungsverfügung in städtische Mietwohnungen eingewiesen. Die Erträge und Aufwendungen finden sich ab dem Planungsjahr 2011 im Produktbereich 1201 wieder.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Wohnprobleme (Einr.)



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.117	-5.000					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.117	-5.000					
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	488	1.500					
15	- sonstige Auszahlungen	14.821	17.100					
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.309	18.600					
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	13.192	13.600					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		250					
30	= investive Auszahlungen		250					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		250					

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Wohnprobleme (Einr.)



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen		250						250	250
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		250						250	250

Es handelte sich um die Einplanung von Mitteln für die Beschaffung von geringwertigern Wirtschaftsgütern für die städtischen Obdachlosenunterkünfte. Durch die Schließung der Obdachlosenunterkunft Brunnenweg sind ab dem Planjahr 2011 keine Mittel mehr eingeplant.

Haushaltsplan 2011

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-344.534	-412.174	-332.560	-338.700	-331.750	-329.750
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-742.739	-735.000	-735.000	-742.000	-748.000	-756.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.087.273	-1.147.174	-1.067.560	-1.080.700	-1.079.750	-1.085.750
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.810	3.119	3.115	3.115	3.276	3.318
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3	3	3	3	3	3
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.429	2.990	3.004	2.955	2.970	2.970
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.241	6.112	6.122	6.072	6.249	6.291
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.083.032	-1.141.062	-1.061.438	-1.074.628	-1.073.501	-1.079.459
19	+ Finanzerträge	-692.236	-707.000	-699.500	-714.360	-730.120	-4.500.620
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	1	1	0	0	1
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-692.236	-706.999	-699.499	-714.360	-730.120	-4.500.619
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.775.268	-1.848.061	-1.760.937	-1.788.987	-1.803.621	-5.580.078
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.775.268	-1.848.061	-1.760.937	-1.788.987	-1.803.621	-5.580.078
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	344.247	441.662	359.180	366.346	358.237	356.522
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.431.021	-1.406.400	-1.401.757	-1.422.641	-1.445.384	-5.223.556

Haushaltsplan 2011

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-300.375	-412.174	-332.560		-338.700	-331.750	-329.750
7	+ Sonstige Einzahlungen	-742.739	-735.000	-735.000		-742.000	-748.000	-756.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-692.236	-707.000	-699.500		-714.360	-730.120	-4.500.620
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.735.351	-1.854.174	-1.767.060		-1.795.060	-1.809.870	-5.586.370
15	- sonstige Auszahlungen	189	380	380		380	380	380
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	189	380	380		380	380	380
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.735.161	-1.853.794	-1.766.680		-1.794.680	-1.809.490	-5.585.990



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Elektrizitätsversorgung-* umfasst alle Angelegenheiten, Abwicklung und Abrechnung des Konzessionsvertrages mit der Bergischen Energie und Wasser GmbH (BEW).

Auftragsgrundlage: Konzessionsvertrag mit der BEW

Ziele: Vertragsabwicklung

Zielgruppen: Bürger, -innen, Verwaltung

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.53.01.01 Elektrizitätsversorgung Frau Isabel Bever

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.01 Elektrizitätsversorgung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000
10	= Ordentliche Erträge	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-519.984	-515.000	-510.000	-515.000	-520.000	-525.000

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** handelt es sich um die Konzessionsabgabe für Strom. Die Anpassung der Ansätze erfolgte unter Berücksichtigung der von den BEW prognostizierten Steigerungsrate.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.01 Elektrizitätsversorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	-519.984	-515.000	-510.000		-515.000	-520.000	-525.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-519.984	-515.000	-510.000		-515.000	-520.000	-525.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-519.984	-515.000	-510.000		-515.000	-520.000	-525.000



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Gasversorgung-* umfasst alle Angelegenheiten, Abwicklung und Abrechnung des Konzessionsvertrages im Bereich der Gasversorgung mit der Bergischen Energie und Wasser GmbH (BEW).

Auftragsgrundlage: Konzessionsvertrag mit der BEW

Ziele: Vertragsabwicklung

Zielgruppen: Bürger / -innen, Verwaltung

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.53.02.01 Gasversorgung Frau Isabel Bever

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.02 Gasversorgung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000
10	= Ordentliche Erträge	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-47.569	-45.000	-50.000	-50.000	-50.000	-51.000

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** handelt es sich um die Konzessionsabgabe für Gas. Die Anpassung des Ansatzes erfolgte unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse und der zurzeit bestehenden Abschlagszahlungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.02 Gasversorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	-47.569	-45.000	-50.000		-50.000	-50.000	-51.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-47.569	-45.000	-50.000		-50.000	-50.000	-51.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-47.569	-45.000	-50.000		-50.000	-50.000	-51.000



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Wasserversorgung-* umfasst alle Angelegenheiten, Abwicklung und Abrechnung des Konzessionsvertrages im Bereich der Gasversorgung mit der Bergischen Energie und Wasser GmbH (BEW).

Auftragsgrundlage: Konzessionsvertrag mit der BEW

Ziele: Vertragsabwicklung

Zielgruppen: Bürger / -innen, Verwaltung

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.53.03.01 Wasserversorgung Frau Isabel Bever

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.03 Wasserversorgung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000
10	= Ordentliche Erträge	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-175.185	-175.000	-175.000	-177.000	-178.000	-180.000

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** handelt es sich um die Konzessionsabgabe für Wasser. Die Anpassung des Ansatzes erfolgte unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse und der zurzeit bestehenden Abschlagszahlungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.03 Wasserversorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	-175.185	-175.000	-175.000		-177.000	-178.000	-180.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-175.185	-175.000	-175.000		-177.000	-178.000	-180.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-175.185	-175.000	-175.000		-177.000	-178.000	-180.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.05 Kombinierte Versorgung



Teilergebnisplan	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Abfallwirtschaft-* umfasst die Abrechnung von Leistungen des Bauhofs (BH) der Stadt Hückeswagen im Rahmen einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit dem Bergischen Abfallverband (BAV)

Auftragsgrundlage:

- Öffentlich rechtliche Vereinbarung
- Einzelverträge mit dem BAV

Ziele:

Abfalltrennung, - entsorgung

Zielgruppen:

- BAV
- BH

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.53.06.01 Leistungen Abfallentsorgung Herr Christian Potthoff

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.06 Abfallwirtschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-52.833	-63.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
10	= Ordentliche Erträge	-52.833	-63.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-52.833	-63.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-52.833	-63.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-52.833	-63.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	56.787	99.207	93.199	94.175	93.162	93.512
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.954	36.207	33.199	34.175	33.162	33.512

Nach der mit dem BAV abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung besteht hinsichtlich der Papierkorbentleerung und der Beseitigung des "wilden Mülls" ein Mitwirkungsrecht der Stadt. Dieses wird dergestalt ausgeübt, dass der Bauhof die entsprechenden Leistungen erbringt und die entstehenden Kosten vom BAV erstattet werden.

Der Ansatz ab 2011 beinhaltet mit 58.000 € Erträge für die Leistungen des Bauhofes im Bereich Papierkorbentleerung und wilder Müll. Da der Bauhof den Behälterservice nur noch in Ausnahmefällen abdeckt werden hierfür 2.000 € eingeplant.

Die entstehenden Aufwendungen werden bei den **internen Leistungsbeziehungen** ausgewiesen. Die Erstattung seitens des BAV erfolgt bei **Kostenerstattungen und Kostenumlagen**.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei Kostenerstattungen und Kostenumlagen berechtigen zu Mehraufwendungen im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.06 Abfallwirtschaft



Teilfinanzplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-53.357	-63.000	-60.000		-60.000	-60.000	-60.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-53.357	-63.000	-60.000		-60.000	-60.000	-60.000
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-53.357	-63.000	-60.000		-60.000	-60.000	-60.000



Beschreibung:

Diese Produktgruppe dient der Verrechnung des Leistungsaustausches zwischen dem Betrieb Abwasser und dem allgemeinen Haushalt.

Auftragsgrundlage:

Ziele:

Zielgruppen:

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.53.07.10.01 Betrieb Abwasserbeseitigung Verr. Allg.

Herr Christian Potthoff

1.53.07.10.10 Betrieb Abwasserbeseitigung Verr. BBH

Herr Frank Kießling

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.07 Entwässerung und Abwasserbeseitigung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-291.702	-349.174	-272.560	-278.700	-271.750	-269.750
10	= Ordentliche Erträge	-291.702	-349.174	-272.560	-278.700	-271.750	-269.750
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.810	3.119	3.115	3.115	3.276	3.318
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3	3	3	3	3	3
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.429	2.990	3.004	2.955	2.970	2.970
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.241	6.112	6.122	6.072	6.249	6.291
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-287.461	-343.062	-266.438	-272.628	-265.501	-263.459
19	+ Finanzerträge	-692.236	-707.000	-699.500	-714.360	-730.120	-4.500.620
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	1	1	0	0	1
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-692.236	-706.999	-699.499	-714.360	-730.120	-4.500.619
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-979.696	-1.050.061	-965.937	-986.987	-995.621	-4.764.078
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-979.696	-1.050.061	-965.937	-986.987	-995.621	-4.764.078
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	287.460	342.455	265.982	272.171	265.075	263.010
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-692.236	-707.607	-699.956	-714.816	-730.546	-4.501.068

Im Bereich der **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** handelt es sich um die Erstattung für Verwaltungsleistungen und für Leistungen des Bauhofes für den Betrieb Abwasserbeseitigung. Die Erträge wurden hier ab 2011 in verringertem Umfang eingeplant, es handelt sich insbesondere im Bereich der Bauhofsleistungen um eine Anpassung an die Rechnungsergebnisse.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.07 Entwässerung und Abwasserbeseitigung



Im Bereich der **Finanzerträge** wird die durchgeführte bzw. geplante Gewinnabführung des Betriebes Abwasserbeseitigung an den allgemeinen Haushalt dargestellt. In 2011 beträgt die Gewinnabführung 685.500 €, in 2012 beträgt sie 672.000 € und im Jahre 2013 beläuft sich die Gewinnabführung auf 685.500 €.

Die diese vorgenannten Werte jeweils übersteigenden Beträge werden ebenso zur Unterstützung des städtischen Haushaltes in den folgenden Planjahren aus dem Betrieb Abwasserbeseitigung verwendet. Es handelt sich hierbei um Kapitalrückführungen. Im Betrieb Abwasserbeseitigung sind in der Vergangenheit erhebliche Überschüsse entstanden, die nicht jährlich in den allgemeinen Haushalt abgeführt wurden. Mit diesen Mitteln wurden dort entsprechende Kredite abgelöst. Durch die damit verbundene hohe Eigenkapitalquote des Betriebes ist es auch nach Absprache mit Wirtschaftsprüfern unbedenklich, Kapitalrückführungen zum Ausgleich des allgemeinen Haushaltes zu verwenden. In 2014 ergibt sich ein wesentlich erhöhter Finanzertrag aus der Verwendung der "stillen Reserve".

Auf die Erläuterungen zu den Finanzerträgen im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.07 Entwässerung und Abwasserbeseitigung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-247.019	-349.174	-272.560		-278.700	-271.750	-269.750
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-692.236	-707.000	-699.500		-714.360	-730.120	-4.500.620
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-939.255	-1.056.174	-972.060		-993.060	-1.001.870	-4.770.370
15	- sonstige Auszahlungen	189	380	380		380	380	380
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	189	380	380		380	380	380
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-939.066	-1.055.794	-971.680		-992.680	-1.001.490	-4.769.990

Haushaltsplan 2011

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-112.730	-118.455	-161.412	-280.923	-354.149	-358.554
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-457.964	-452.269	-516.937	-493.880	-496.620	-460.855
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.542					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.001	-1.853.000	-731.000			
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-12.989					
10	= Ordentliche Erträge	-616.225	-2.423.724	-1.409.349	-774.803	-850.769	-819.409
11	- Personalaufwendungen	174.434	232.340	202.224	223.285	226.756	229.893
12	- Versorgungsaufwendungen	11.846	12.036	10.620	10.740	10.830	11.061
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.028.198	3.018.209	1.819.901	1.368.001	1.373.544	1.179.004
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.337.587	1.586.269	1.394.504	1.549.195	1.661.897	1.639.894
15	- Transferaufwendungen	1.667	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	66.233	71.397	18.498	18.473	18.565	18.573
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.619.965	4.925.251	3.450.747	3.174.694	3.296.592	3.083.425
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.003.740	2.501.527	2.041.398	2.399.891	2.445.823	2.264.016
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	342.189	359.872	488.411	456.963	414.626	411.522
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	342.189	359.872	488.411	456.963	414.626	411.522
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.345.928	2.861.399	2.529.810	2.856.854	2.860.449	2.675.537
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.345.928	2.861.399	2.529.810	2.856.854	2.860.449	2.675.537

Haushaltsplan 2011

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-97.858	-130.243	-110.413	-124.609	-124.620	-126.429
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.324.595	1.541.637	1.652.629	1.650.897	1.644.415	1.647.604
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.572.666	4.272.792	4.072.025	4.383.143	4.380.245	4.196.712

Haushaltsplan 2011

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-18.185	-21.400	-21.400		-21.400	-21.400	-21.400
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-168.054	-177.032	-237.116		-239.241	-242.068	-206.208
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-21.534						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-17.119	-1.853.000	-731.000				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-224.892	-2.051.432	-989.516		-260.641	-263.468	-227.608
10	- Personalauszahlungen	157.546	195.986	176.838		193.056	194.971	196.906
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	975.517	3.013.600	1.815.300		1.363.400	1.368.700	1.174.100
14	- Transferauszahlungen		5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
15	- sonstige Auszahlungen	68.509	66.145	13.395		13.395	13.395	13.395
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.201.573	3.280.731	2.010.533		1.574.851	1.582.066	1.389.401
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	976.680	1.229.299	1.021.017		1.314.210	1.318.598	1.161.793
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.474.651	-3.794.700	-529.700		-50.000	-160.000	-937.500
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-247.439						
23	= investive Einzahlungen	-1.722.090	-3.794.700	-529.700		-50.000	-160.000	-937.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		10.000	10.000	534.000		40.000	600.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	677.928	5.296.960	529.700	218.500	214.500	184.000	760.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.721						
30	= investive Auszahlungen	681.649	5.306.960	539.700	752.500	214.500	224.000	1.360.000

Haushaltsplan 2011**1.54 Verkehrsflächen und -anlagen**

verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	-1.040.440	1.512.260	10.000	752.500	164.500	64.000	422.500

Haushaltsplan 2011**1.54 Verkehrsflächen und -anlagen**

verantwortlich:

H. Ufer

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Km Gemeindestraßenlänge (KM)	104	104	105	105	105	105



Beschreibung:

Die Produktgruppe –*Gemeindestraßen*– umfasst die Abrechnung der Baumaßnahmen nach KAG / BauGB. Erteilung von Aufbruchgenehmigungen für Versorgungsträger / Private. Planung, Koordinierung, Bauleitung und Durchführung von Unterhaltungsmaßnahmen an öffentl. Verkehrsflächen. Bearbeitung von Schadensfällen, Straßenkontrolle und Straßenkataster. Planung, Neu- / Umbau von öffentl. Verkehrsflächen einschl. der Nebenanlagen. Bearbeitung von Zuwendungsmaßnahmen. Widmung und Einziehung von öffentl. Verkehrsflächen.

Auftragsgrundlage:

- Straßen- u. Wegegesetz NRW,
- Beschlüsse der Fachausschüsse und des Rates

Ziele:

- Öffentliche Verkehrsflächen müssen mit zu Verfügung gestellten Mitteln ohne Substanzverlust unterhalten werden.
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Behebung von gemeldeten Schäden
- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse
- Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse zur Verkehrssicherheit und Umweltschutz
- Abrechnung der Maßnahmen bzw. Beitragserhebung

Zielgruppen:

- Verkehrsteilnehmer,
- Anlieger öffentlicher Verkehrsflächen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|---|-----------------------|
| 1.54.01.01 Bau u. Unterhaltung v. Verkehrsflächen | Herr Michael Henseler |
| 1.54.01.02 Straßenbeleuchtung | Herr Michael Henseler |

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-94.545	-97.055	-140.012	-259.523	-332.749	-337.154
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-254.575	-250.337	-255.468	-255.539	-255.452	-255.547
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.533					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.201	-1.853.000	-731.000			
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-12.989					
10	= Ordentliche Erträge	-386.844	-2.200.392	-1.126.480	-515.062	-588.201	-592.701
11	- Personalaufwendungen	174.434	232.340	202.224	223.285	226.756	229.893
12	- Versorgungsaufwendungen	11.846	12.036	10.620	10.740	10.830	11.061
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	880.002	2.899.109	1.685.101	1.233.001	1.238.344	1.043.804
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.334.235	1.583.030	1.391.265	1.545.956	1.658.659	1.636.655
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.818	68.397	14.748	14.723	14.815	14.823
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.463.335	4.794.912	3.303.958	3.027.705	3.149.404	2.936.236
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.076.492	2.594.520	2.177.478	2.512.643	2.561.203	2.343.535
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	336.675	355.566	482.450	451.463	409.549	406.312
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	336.675	355.566	482.450	451.463	409.549	406.312
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.413.167	2.950.086	2.659.928	2.964.106	2.970.752	2.749.847
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.413.167	2.950.086	2.659.928	2.964.106	2.970.752	2.749.847

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-121.330	-162.375	-137.873	-155.446	-155.454	-157.704
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.032.396	1.232.904	1.319.267	1.333.688	1.324.390	1.334.287
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.324.233	4.020.615	3.841.321	4.142.348	4.139.689	3.926.430

Der bei **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** ausgewiesene Ertrag stellt die ertragswirksame Auflösung von Landeszuschüssen für Investitionen dar.

Im Wesentlichen beinhalten die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** die ertragswirksame Auflösung von Erschließungs- bzw. Anliegerbeiträgen nach BauGB bzw. KAG.

Unter der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** wird die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen eingeplant. Die Planansätze der Jahre 2010 und 2011 werden im Folgenden unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen näher erläutert.

Zu den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** gehören Aufwendungen für die Unterhaltung der Straßen, die Unterhaltung und der Betrieb der Straßenbeleuchtung sowie die Gebühren für die Straßenentwässerung (getrennte Niederschlagswassergebühr).

Durch die vor kurzem erfolgte Aufnahme des Straßenzustandes hat sich ein massives Schadensbild ergeben. Dies ist ursächlich auf den strengen Winter 2009/2010 zurück zu führen. Der fortschreitende Substanzverlust ist möglichst weit zu reduzieren. Die geplanten Ansatzsteigerungen dienen der Instandsetzung der maroden Straßen. Die Ansatzsteigerung ab 2012 ist mit der Freisetzung von personellen Kapazitäten durch die dann fertig gestellte Stadtstraße begründet.

Im Bereich der Straßenbeleuchtung wurde bei der Berechnung des Kapitaldienstes immer der sich jährlich ändernde EURIBOR zu Grunde gelegt. In Gesprächen mit der BEW konnte erreicht werden, dass der EURIBOR mit dem jetzigen, tiefen Stand für die nächsten Jahre festgesetzt wird. Dies führt zu einer spürbar verringerten Belastung für die Stadt.

In den Jahren 2010 und 2011 ergeben sich um 1.853.000 € bzw. 731.000 € erhöhte Aufwendungen, denen ein Ertrag in gleicher Höhe unter den sonstigen ordentlichen Erträgen gegenübersteht. Es handelt sich um die Abwicklung des Kreisverkehrsplatzes Rader Straße und des Verkehrsknotens Bachstraße, die bis dahin Umlaufvermögen bilden, mit Straßen NRW. Der Bau der städtischen Hauptverkehrsstraße wird zu einer Entlastung der hoch belasteten Ortsdurchfahrt der B 237 (Bahnhofstraße) führen. Eine Gesamtbeschreibung der Maßnahme sowie weitere Erläuterungen zum Umlaufvermögen finden sich im Vorbericht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** umfassen im Wesentlichen die Unfall- und Haftpflichtversicherungen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht. Durch die Neuordnung der Versicherungen ergeben sich hier bereits ab 2012 erheblich verringerte Aufwendungen. Konkret wurden im Bereich der Haftpflichtversicherung 34.000 € umgeplant und im Bereich der Unfallversicherung rd. 19.000 €.

Die umfangreichen Leistungen des Bauhofes im Rahmen der Straßenunterhaltung werden im Rahmen der **internen Leistungsbeziehungen** dargestellt.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten berechtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-900	-900		-900	-900	-900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-21.526						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-17.119	-1.853.000	-731.000				
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-38.645	-1.853.900	-731.900		-900	-900	-900
10	- Personalauszahlungen	157.546	195.986	176.838		193.056	194.971	196.906
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	892.731	2.894.500	1.680.500		1.228.400	1.233.500	1.038.900
15	- sonstige Auszahlungen	58.574	63.145	9.645		9.645	9.645	9.645
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.108.851	3.153.631	1.866.983		1.431.101	1.438.116	1.245.451
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.070.206	1.299.731	1.135.083		1.430.201	1.437.216	1.244.551
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.474.651	-3.794.700	-529.700		-50.000	-160.000	-937.500
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-247.439						
23	= investive Einzahlungen	-1.722.090	-3.794.700	-529.700		-50.000	-160.000	-937.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		10.000	10.000	534.000		40.000	600.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	677.928	5.296.960	529.700	218.500	214.500	184.000	760.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.721						
30	= investive Auszahlungen	681.649	5.306.960	539.700	752.500	214.500	224.000	1.360.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-1.040.440	1.512.260	10.000	752.500	164.500	64.000	422.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000048 Stadtstraße										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-1.453.000	-2.492.700						-3.945.700	-3.945.700
6	= Summe Einzahlungen	-1.453.000	-2.492.700						-3.945.700	-3.945.700
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	657.060	3.561.000						4.310.358	4.310.358
13	= Summe Auszahlungen	657.060	3.561.000						4.310.358	4.310.358
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-795.940	1.068.300						364.658	364.658
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000061 Vogelsiedlung										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-247.439							-247.439	-247.439
6	= Summe Einzahlungen	-247.439							-247.439	-247.439
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	20.868							424.287	424.287
13	= Summe Auszahlungen	20.868							424.287	424.287
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-226.571							176.848	176.848

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000065 Anliegerweg Friedrichstr.										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-160.000			-160.000
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								-773	-773
6	= Summe Einzahlungen						-160.000		-773	-160.773
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen					36.000	144.000			180.000
13	= Summe Auszahlungen					36.000	144.000			180.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					36.000	-16.000		-773	19.227
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze										
5000123 Kreisverkehr Montanusstraße (Bund)										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-21.651							-1.210.595	-1.210.595
6	= Summe Einzahlungen	-21.651							-1.210.595	-1.210.595
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden								50.163	50.163
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								445.949	445.949
13	= Summe Auszahlungen								496.112	496.112
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-21.651							-714.484	-714.484

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000145 Straße Brunsbachtal										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-937.500		-937.500
6	= Summe Einzahlungen							-937.500		-937.500
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		10.000	10.000	534.000		40.000	600.000	10.000	660.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				156.000	116.000	40.000	760.000		916.000
13	= Summe Auszahlungen		10.000	10.000	690.000	116.000	80.000	1.360.000	10.000	1.576.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		10.000	10.000	690.000	116.000	80.000	422.500	10.000	638.500
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze										
5000231 Geh- und Radweg Bahntrasse										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-1.302.000	-397.000					-1.302.000	-1.699.000
6	= Summe Einzahlungen		-1.302.000	-397.000					-1.302.000	-1.699.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		1.735.960	397.000					1.735.960	2.132.960
13	= Summe Auszahlungen		1.735.960	397.000					1.735.960	2.132.960
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		433.960						433.960	433.960

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000266 Wegebau Rundweg Bevertalsperre										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-62.500		-50.000				-112.500
6	= Summe Einzahlungen			-62.500		-50.000				-112.500
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			62.500	62.500	62.500				125.000
13	= Summe Auszahlungen			62.500	62.500	62.500				125.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				62.500	12.500				12.500
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000334 Parkplatz Stadtstraße/Wupperraue										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-70.200						-70.200
6	= Summe Einzahlungen			-70.200						-70.200
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			70.200						70.200
13	= Summe Auszahlungen			70.200						70.200

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.721							3.721	3.721
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.721							3.721	3.721

Die Baumaßnahmen an den öffentlichen Verkehrsflächen werden in der Regel aufgrund ihrer Wertigkeit oberhalb der Wertgrenze einzeln veranschlagt und können deshalb direkt an ihrer entsprechenden Bezeichnung erkannt werden. Für die auf den vorhergehenden Seiten einzeln dargestellten Straßen- und Wegebaumaßnahmen wird auf die Ausführungen bei den wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Vorbericht verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.01 Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Km Gemeindestraßenlänge (KM)	104	104	105	105	105	105



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Kreisstraßen-* umfasst die Unterhaltung der Ortsdurchfahrten. Kostenüberwachung im Rahmen der vom Straßenbaulastträger zur Verfügung gestellten Mittel.

Auftragsgrundlage:

- Straßen-, Fernstraßengesetz
- Ortsdurchfahrtsrichtlinien

Ziele:

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Behebung der gemeldeten Schäden

Zielgruppen:

- Verkehrsteilnehmer
- Anlieger öffentlicher Verkehrsflächen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.54.02.01 Unterhaltung Kreisstraßen Herr Michael Henseler

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.02 Kreisstraßen (Öffentl. Verkehrsf.)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.518	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400
10	= Ordentliche Erträge	-16.518	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.263	9.300	9.500	9.700	9.900	9.900
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.263	9.300	9.500	9.700	9.900	9.900
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-14.255	-7.100	-6.900	-6.700	-6.500	-6.500
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-14.255	-7.100	-6.900	-6.700	-6.500	-6.500
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-14.255	-7.100	-6.900	-6.700	-6.500	-6.500
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.427	7.902	8.001	8.025	8.054	8.115
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-11.827	802	1.101	1.325	1.554	1.615

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.02 Kreisstraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.518	-16.400	-16.400		-16.400	-16.400	-16.400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.518	-16.400	-16.400		-16.400	-16.400	-16.400
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.638	9.300	9.500		9.700	9.900	9.900
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.638	9.300	9.500		9.700	9.900	9.900
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-13.880	-7.100	-6.900		-6.700	-6.500	-6.500



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Parkeinrichtungen-* umfasst den Bau, Betrieb, Unterhaltung der öffentlichen Parkplätze und Parkbauten

Auftragsgrundlage:

- BauGB,
- Beschlüsse der Fachausschüsse und des Rates

Ziele:

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Behebung von gemeldeten Schäden

Zielgruppen: Bürger, -innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.54.05.01 Bau u. Unterhaltung von Parkflächen	Herr Michael Henseler
--	-----------------------

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen 1.54.05 Parkeinrichtungen (Öffentl. Verkehrsfl.)



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.800					
10	= Ordentliche Erträge	-7.800					
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.239	3.239	3.239	3.239	3.238	3.239
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.239	3.239	3.239	3.239	3.238	3.239
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-4.561	3.239	3.239	3.239	3.238	3.239
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.513	4.306	5.962	5.500	5.077	5.209
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	5.513	4.306	5.962	5.500	5.077	5.209
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	952	7.545	9.201	8.739	8.315	8.448
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	952	7.545	9.201	8.739	8.315	8.448
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.951	53.108	55.160	55.093	55.045	56.505
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	41.904	60.653	64.360	63.832	63.360	64.953



Beschreibung:

Die Produktgruppe - ÖPNV - beinhaltet die Aufgaben zur Bereitstellung des öffentlichen Personennahverkehrs. Dazu gehören die Einrichtung von Linien, die Einrichtung und Veränderung von Haltestellen, die Verkehrsentwicklungsplanung sowie die Verwaltungsleistungen zum Bürgerbus e.V. Hückeswagen.

Auftragsgrundlage:

Mit Ratsbeschluss vom 29.09.2009 wurde die Anschubfinanzierung des Bürgerbusses in Höhe von 15.000,00 € einstimmig beschlossen. Die Organisationspauschale des Bürgerbusses ist nach § 14 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) von der Gemeindeverwaltung zu beantragen und vollständig an den Bürgerbusverein weiterzuleiten.

Ziele:

Förderung und bedarfsgerechter Ausbau des lokalen Stadtverkehrs mit dem Bürgerbus.

Zielgruppen:

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hückeswagen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.54.16.01 Bürgerbus Herr Kai Waier

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.16 ÖPNV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.667	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.667	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
15	- Transferaufwendungen	1.667	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.667	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000

Auf Initiative des Stadtmarketing Hückeswagen e.V. wurden im Jahr 2009 die Vorbereitungen für ein Bürgerbusprojekt in Hückeswagen getroffen. Der dazu notwendige Bürgerbusverein wurde gegründet. Der Bürgerbus verbindet die Wohngebiete mit der Innenstadt und die Wohngebiete untereinander. Das Projekt wird größtenteils von der Bezirksregierung finanziell unterstützt, z.B. bei der Anschaffung eines Busses (Zuschuss des Landes 32.000 €). Weitere Mittel stehen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung. Die Kosten für die Anschaffung eines Busses betragen ca. 40.000 €. Des Weiteren ergeben sich Betriebskosten in Höhe von rd. 5.000 € (Schulung der Fahrer, Gesundheitscheck etc.). Die Betriebskostenerstattung wird an die Stadt gezahlt und entsprechend an den Verein weitergeleitet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.16 ÖPNV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.667	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.667	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
14	- Transferauszahlungen		5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.667						



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Straßenreinigung und Winterdienst-* umfasst die Reinigung / Winterdienst aller öffentlichen Verkehrsflächen und nach Veranstaltungen.

Auftragsgrundlage:

- Straßenreinigungsgesetz NRW;
- Straßenreinigungs- Gebührensatzung der Stadt

Ziele:

- Einsatz von Streustoffen nach umwelttechnischen Gesichtspunkten
- Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht
- Kostengünstige Reinigung von Wegen und Flächen
- Erscheinungsbild der Stadt

Zielgruppen:

- Benutzer und Anlieger öffentlicher Verkehrsflächen.

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.54.17.01.01 Kehrdienst	Frau Stefanie Wolff
1.54.17.01.02 Winterdienst	Frau Stefanie Wolff
1.54.17.01.03 Verkehrssicherungspflicht Straßenr.	Frau Stefanie Wolff

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-203.388	-201.932	-261.469	-238.341	-241.168	-205.308
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8					
10	= Ordentliche Erträge	-203.397	-201.932	-261.469	-238.341	-241.168	-205.308
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	145.932	109.800	125.300	125.300	125.300	125.300
14	- Bilanzielle Abschreibungen	113					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.416	3.000	3.750	3.750	3.750	3.750
17	= Ordentliche Aufwendungen	149.461	112.800	129.050	129.050	129.050	129.050
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-53.936	-89.132	-132.419	-109.291	-112.118	-76.258
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-53.936	-89.132	-132.419	-109.291	-112.118	-76.258
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-53.936	-89.132	-132.419	-109.291	-112.118	-76.258
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	272.292	279.854	297.661	284.930	287.760	279.972
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	218.356	190.722	165.242	175.639	175.642	203.714

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um die Kehr- und Winterdienstgebühren sowie um Erträge aus der Gebührenausschüttung.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beinhalten im Wesentlichen die Planung der Streusalzbeschaffung und die Aufwendungen für Fremdleistungen in den Bereichen Kehr- und Winterdienst sowie die Aufwendungen im Bereich der Verkehrssicherungspflicht. Durch den sehr strengen Winter des

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst



Jahres 2009 und dem ersten Halbjahr 2010 sind die eingeplanten Kosten für den Streusalzverbrauch nicht mehr auskömmlich. Es wird hierfür ab 2011 ein Ansatz von 35.000 € eingeplant. Da für die Winterwartung der letzten Jahre wesentlich mehr Geld für die Leistungen der Fremdunternehmer aufgewendet werden musste, ist es auch hier erforderlich den Ansatz der Vorjahre von 44.500 € für das Jahr 2011 auf 55.000 € zu erhöhen.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sind die Kosten der Entsorgung der Straßenreinigungsabfälle mit 3.000 € veranschlagt sowie ein bisher fehlender Ansatz für anfallende Gerichts- und Rechtsanwaltskosten. Da für evtl. anfallende Rechtsstreitigkeiten Mittel benötigt werden, wird ab dem Jahr 2011 ein Ansatz von 750 € eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen

1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-168.054	-176.132	-236.216		-238.341	-241.168	-205.308
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-8						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-168.062	-176.132	-236.216		-238.341	-241.168	-205.308
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	80.149	109.800	125.300		125.300	125.300	125.300
15	- sonstige Auszahlungen	9.935	3.000	3.750		3.750	3.750	3.750
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	90.084	112.800	129.050		129.050	129.050	129.050
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-77.979	-63.332	-107.166		-109.291	-112.118	-76.258

Haushaltsplan 2011

1.55 Natur- und Landschaftspflege



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.869	-9.761	-9.234	-10.799	-12.984	-12.986
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-280.383	-316.133	-330.818	-331.295	-335.202	-338.599
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.440	-1.940	-1.940	-1.940	-1.940	-1.940
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-661					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-9.600			
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-4.961					
10	= Ordentliche Erträge	-296.314	-327.834	-351.592	-344.034	-350.126	-353.525
11	- Personalaufwendungen	61.095	65.480	55.726	55.931	56.633	57.188
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	230.576	264.284	265.581	265.581	265.663	259.183
14	- Bilanzielle Abschreibungen	14.695	13.202	8.966	11.633	17.674	17.995
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.416	3.205	2.955	2.930	2.961	2.964
17	= Ordentliche Aufwendungen	313.744	349.181	336.768	339.655	346.541	341.017
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	17.430	21.347	-14.824	-4.379	-3.585	-12.508
19	+ Finanzerträge	-137	-400	-400	-400	-400	-400
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	43.902	34.506	47.386	44.265	42.050	43.413
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	43.765	34.106	46.986	43.865	41.650	43.013
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	61.195	55.453	32.163	39.486	38.065	30.504

Haushaltsplan 2011

1.55 Natur- und Landschaftspflege



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	61.195	55.453	32.163	39.486	38.065	30.504
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	254.511	248.341	278.967	263.547	264.604	268.095
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	315.706	303.794	311.129	303.033	302.669	298.599

Haushaltsplan 2011

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.816	-6.850	-6.850		-6.850	-6.850	-6.850
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-309.323	-316.133	-330.818		-331.295	-335.202	-338.599
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.440	-1.940	-1.940		-1.940	-1.940	-1.940
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-909						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		-400	-400		-400	-400	-400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-314.489	-325.323	-340.008		-340.485	-344.392	-347.789
10	- Personalauszahlungen	59.407	64.110	54.298		54.523	55.064	55.611
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	237.131	262.760	264.060		264.060	264.060	257.560
15	- sonstige Auszahlungen	3.446	1.800	1.280		1.280	1.280	1.280
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	299.985	328.670	319.638		319.863	320.404	314.451
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-14.504	3.347	-20.370		-20.622	-23.988	-33.338
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-37.500					
23	= investive Einzahlungen		-37.500					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.755	62.500	5.000	50.000	50.000	5.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.087	2.500	2.500		2.500	2.500	2.500
30	= investive Auszahlungen	6.843	65.000	7.500	50.000	52.500	7.500	2.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	6.843	27.500	7.500	50.000	52.500	7.500	2.500



Beschreibung:

Die Produktgruppe -*Öffentliches Grün*- umfasst die Anlage, Unterhaltung von Grünflächen, Ackerland und öffentlicher Gebäude, Kleingärten, Parkanlagen. Entwicklung und Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen im öffentl. Verkehrsraum / Außenbereich. Betreuung des städtischen Waldbesitzes. Zusammenarbeit mit dem Förster / Forstbetriebsgemeinschaft. Entwicklung / Umsetzung des Wirtschaftsplanes. Pflege / Fortschreibung des Grünflächenkatasters.

Auftragsgrundlage:

- Landschaftsgesetz NRW
- Forstgesetze und Erlass von Bund / Land
- Beförsterungsvertrag zwischen Stadt und Forstamt

Ziele:

- Aufbau eines stabilen und gesunden Waldökosystems
- Berücksichtigung von langfristigen Perspektiven
- Flächenbereithaltung für die Erholung unter dem Aspekt der Wohnumfeldverbesserung
- Zusammenfassung der Waldflächen in größere Bewirtschaftungseinheiten

Zielgruppen:

Allgemeinheit

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.55.01.01 Grünflächen, Kommunalwald, Ackerland

Herr Georg Rath

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.01 Öffentliches Grün



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.369	-1.369	-843	-2.407	-4.593	-4.594
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-1.369	-1.869	-1.343	-2.907	-5.093	-5.094
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.758	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.412	2.413	1.419	3.765	9.545	9.545
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.685	80	80	80	80	80
17	= Ordentliche Aufwendungen	26.856	32.493	31.499	33.845	39.625	39.625
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	25.487	30.624	30.156	30.938	34.532	34.531
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	26.579	20.812	28.968	27.146	26.144	26.979
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	26.579	20.812	28.968	27.146	26.144	26.979
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	52.065	51.436	59.124	58.084	60.676	61.510
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	52.065	51.436	59.124	58.084	60.676	61.510
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	164.527	145.704	147.374	147.385	148.468	150.546
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	216.592	197.140	206.498	205.470	209.144	212.056

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um die gelegentlich anfallenden Verkaufserlöse von Holz aus städtischem Waldbesitz.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.01 Öffentliches Grün



Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beinhalten einen Ansatz für stadtgestalterische Maßnahmen. Aufgrund des mangelhaften Zustandes von zentralen, das Stadtbild prägenden Grünflächen (z.B. Wilhelmplatz, Stadtpark) sind hier entsprechende Maßnahmen angezeigt. Für diese Maßnahmen ist jährlich ein Betrag in Höhe von insgesamt 30.000 € veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.01 Öffentliches Grün



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-500	-500		-500	-500	-500
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.786	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
15	- sonstige Auszahlungen	2.685	80	80		80	80	80
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	25.472	30.080	30.080		30.080	30.080	30.080
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	25.472	29.580	29.580		29.580	29.580	29.580
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-37.500					
23	= investive Einzahlungen		-37.500					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.000	62.500		50.000	50.000		
30	= investive Auszahlungen	3.000	62.500		50.000	50.000		
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	3.000	25.000		50.000	50.000		

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.01 Öffentliches Grün



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000267 Wupperauenpark										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-37.500						-37.500	-37.500
6	= Summe Einzahlungen		-37.500						-37.500	-37.500
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.000	62.500						65.500	65.500
13	= Summe Auszahlungen	3.000	62.500						65.500	65.500
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.000	25.000						28.000	28.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000329 Erneuerung öffentliche Toilette Bever										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				50.000	50.000				50.000
13	= Summe Auszahlungen				50.000	50.000				50.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				50.000	50.000				50.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.01 Öffentliches Grün



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen									
2	- Summe der investiven Auszahlungen								3.098	3.098
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)								3.098	3.098

Im Bereich des öffentlichen Grüns ist als Investitionsmaßnahme oberhalb der festgesetzten Wertgrenze die Erneuerung der öffentlichen Toilette Bever neu eingeplant. Für weitere Informationen wird auf die Darstellung der Maßnahme bei den wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Vorbericht verwiesen.



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Natur und Landschaft-* umfasst den Baumschutz. Satzungserstellung, Verfahren nach der Baumschutzsatzung, Ahndung von Verstößen. Bewirtschaftung und Verwendung von Ausgleichszahlungen.

Auftragsgrundlage:

- Bundesnaturschutz-, Landschaftsgesetz NRW
- Durchführungserlasse
- Baumschutzsatzung

Ziele:

- Verwendung der Ausgleichszahlungen
- Schutz des Baumbestandes gegen schädliche Einwirkungen
- Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes.
- Gestaltung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes,
- Sicherung der Naherholung.
- Durchführung von Antragsverfahren nach der Baumschutzsatzung.
- Ordnungswidrigkeitenverfahren bei Verstößen.

Zielgruppen:

Grundstückseigentümer, Allgemeinheit, Fachbehörden

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.55.02.01 Baumschutz Herr Georg Rath

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.02 Natur und Landschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22	-600	-50	-50	-50	-50
10	= Ordentliche Erträge	-22	-600	-50	-50	-50	-50
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-22	-600	-50	-50	-50	-50
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-22	-600	-50	-50	-50	-50
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-22	-600	-50	-50	-50	-50
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	975	2.291	2.279	2.287	2.284	2.300
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	953	1.691	2.229	2.237	2.234	2.250

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Die Erträge, die sich als Ausgleichszahlungen nach Anwendung der Baumschutzsatzung bzw. nach dem Bundesnaturschutzgesetz ergeben, berechtigen zu zweckentsprechenden Aufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.02 Natur und Landschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22	-600	-50		-50	-50	-50
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22	-600	-50		-50	-50	-50
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-22	-600	-50		-50	-50	-50



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Wasser und Wasserbau-* umfasst Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz, Renaturierungsmaßnahmen durch den Wupperverband

Auftragsgrundlage:

- Landeswasser-, Wasserhaushaltsgesetz
- Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele: Unterhaltung der Wasserläufe

Zielgruppen: Bürger, -innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.55.04.01 Gewässer und Hochwasserschutz Herr Frank Kießling

Haushaltsplan 2011

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.55.04 Wasser und Wasserbau

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-909					
10	= Ordentliche Erträge	-909					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58.767	62.500	63.800	63.800	63.800	63.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	58.767	62.500	63.800	63.800	63.800	63.800
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	57.858	62.500	63.800	63.800	63.800	63.800
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	57.858	62.500	63.800	63.800	63.800	63.800
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	57.858	62.500	63.800	63.800	63.800	63.800
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.999	13.990	14.115	14.071	14.069	14.258
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	72.858	76.490	77.915	77.871	77.869	78.058

Hinter den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verbergen sich die Beiträge für die Gewässerunterhaltung und den Hochwasserschutz.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.04 Wasser und Wasserbau



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-909						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-909						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	58.767	62.500	63.800		63.800	63.800	63.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.767	62.500	63.800		63.800	63.800	63.800
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	57.858	62.500	63.800		63.800	63.800	63.800



Beschreibung:

- Die Produktgruppe *-Friedhöfe-* umfasst die Produkte
- Gebührenpflichtiges Friedhofswesen und
 - Sonstiges Friedhofswesen; hier mit folgenden Teilprodukten
 - Kriegsgräber
 - Erhaltung von Grabstätten
 - Erhaltung Grabstätte „Schnabel“

Das Gebührenpflichtige Friedhofswesen umfasst Erdbestattungen / Urnenbeisetzungen in Reihen- / Wahlgräbern, anonymen Grabfeldern. Aus- / Umbettungen, Nutzung der Friedhofskapelle, Leichenhalle, Erhebung der Bestattungsgebühren, Ausstellung von Leichenpässen, Bestattung ohne bestattungspflichtige Angehörige, Erwerb von Grabrechten, Genehmigung von Grabmalen, Unterhaltung von Flächen und Wegen. Friedhofsbedarfsplanung, Friedhofs- / Gebührensatzung, Kalkulation und Gebührenerhebung.

Auftragsgrundlage:

- Friedhofssatzung, -gebührensatzung
- Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen vom 20.10.1980
- Hygienerichtlinien für Anlage und Erweiterung von Begräbnisplätzen
- Gesetz über die Erhaltung der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft
- Verpflichtung aus Stiftungen, Erbschaften und Verträgen für Ehrengräber

Ziele:

- Kostendeckende Benutzungsgebühren
- Bedarfsgerechtes Angebot an Begräbnisstätten

Zielgruppen:

Nutzungsberechtigte der Grabstätten

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.06 Friedhöfe



Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.55.06.01.01 Bestattungen	Herr Jochen Pier
1.55.06.01.02 Leichenhalle	Herr Jochen Pier
1.55.06.01.03 Kapelle	Herr Jochen Pier
1.55.06.01.04 Nutzungsrechte	Herr Jochen Pier
1.55.06.01.05 Grabmalgenemigungen	Herr Jochen Pier
1.55.06.02.01 Kriegsgräber	Herr Jochen Pier
1.55.06.02.02 Erhaltung von Grabstätten (allg.)	Herr Jochen Pier
1.55.06.02.03 Erhaltung Grabstätte "Schnabel"	Herr Jochen Pier

Haushaltsplan 2011

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.55.06 Friedhöfe

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.500	-8.392	-8.391	-8.392	-8.391	-8.392
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-280.361	-315.533	-330.768	-331.245	-335.152	-338.549
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.440	-1.440	-1.440	-1.440	-1.440	-1.440
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge			-9.600			
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-4.961					
10	= Ordentliche Erträge	-294.014	-325.365	-350.199	-341.077	-344.983	-348.381
11	- Personalaufwendungen	61.095	65.480	55.726	55.931	56.633	57.188
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.009	3.540	3.580	3.610	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150.050	171.784	171.781	171.781	171.863	165.383
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.283	10.789	7.547	7.868	8.129	8.450
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.731	3.125	2.875	2.850	2.881	2.884
17	= Ordentliche Aufwendungen	228.121	254.188	241.469	242.010	243.116	237.592
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-65.893	-71.177	-108.730	-99.067	-101.867	-110.789
19	+ Finanzerträge	-137	-400	-400	-400	-400	-400
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	17.323	13.694	18.419	17.119	15.906	16.434
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	17.187	13.294	18.019	16.719	15.506	16.034
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-48.706	-57.883	-90.711	-82.348	-86.361	-94.756

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.06 Friedhöfe



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-48.706	-57.883	-90.711	-82.348	-86.361	-94.756
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	74.009	86.356	115.199	99.804	99.782	100.991
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	25.303	28.473	24.488	17.456	13.421	6.235

Bei den **öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um die Friedhofsgebühren.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Erträge** handelt es sich um die Auflösung von Rückstellungen.

Hinter den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verbergen sich u.a. die Unterhaltung und Pflege der Anlagen sowie die Leistungen des Fremdunternehmers auf dem Friedhof. Nach Auskunft des Friedhofverwalters sind Teile der Friedhofswege in einem so schlechten Zustand, dass eine sukzessive Erneuerung unausweichlich ist. Bei der Begehung der Wege besteht für die Friedhofsbesucher eine Unfallgefahr durch vorhandene Löcher – die Verkehrssicherungspflicht für die Wege obliegt der Stadt. Die Friedhofsverwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Leiter des Baubetriebshofes eine Kostenermittlung aufgestellt. Erneuert werden müssen rd. 540 m² Pflasterfläche mit entsprechendem Untergrund aus Split. Die ermittelten Gesamtkosten betragen 26.000 € und werden in den Jahren 2010 – 2013 mit je 6.500 € veranschlagt. Bei den Mittelanforderungen für das Haushaltsjahr 2010 wurden irrtümlich nur die Mittel bis 2012 eingeplant, sodass nun die Einstellung der Mittel bis zum Abschluss der Maßnahme erfolgt. Folgekosten entstehen nicht – durch ein intaktes Wegenetz werden Instandsetzungsarbeiten entbehrlich.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.06 Friedhöfe



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.816	-6.850	-6.850		-6.850	-6.850	-6.850
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-309.301	-315.533	-330.768		-331.245	-335.152	-338.549
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.440	-1.440	-1.440		-1.440	-1.440	-1.440
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		-400	-400		-400	-400	-400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-313.557	-324.223	-339.458		-339.935	-343.842	-347.239
10	- Personalauszahlungen	59.407	64.110	54.298		54.523	55.064	55.611
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	155.577	170.260	170.260		170.260	170.260	163.760
15	- sonstige Auszahlungen	761	1.720	1.200		1.200	1.200	1.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.746	236.090	225.758		225.983	226.524	220.571
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-97.811	-88.133	-113.700		-113.952	-117.318	-126.668
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.755		5.000			5.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.087	2.500	2.500		2.500	2.500	2.500
30	= investive Auszahlungen	3.843	2.500	7.500		2.500	7.500	2.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	3.843	2.500	7.500		2.500	7.500	2.500

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.06 Friedhöfe



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen/-auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-1.325	-1.325
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.843	2.500	7.500		2.500	7.500	2.500	24.145	44.145
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.843	2.500	7.500		2.500	7.500	2.500	22.820	42.820

Im Bereich des Friedhofs sind folgende investive Auszahlungen geplant:

1. Erwerb neuer Schöpfstellen

Auf dem städtischen Friedhof befinden sich 9 Brunnen. Die vorhandenen Brunnen sollen sukzessiv durch neue Schöpfstellen ersetzt werden. Hierfür sind in den nächsten Jahren jährlich 2.500 € eingeplant.

2. Aufbereitung von Grabfeldern

Für die Aufbereitung von Grabfeldern sind alle 2 Jahre 5.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2011

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248	-250	-250	-250	-250	-250
10	= Ordentliche Erträge	248	-250	-250	-250	-250	-250
11	- Personalaufwendungen	68.411	76.965	75.048	75.447	76.344	77.092
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.007	3.536	3.578	3.611	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	864	1.560	1.557	1.557	1.639	1.659
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.900	4.171	4.173	4.123	4.154	4.159
17	= Ordentliche Aufwendungen	75.135	85.703	84.314	84.705	85.747	86.597
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	75.383	85.453	84.064	84.455	85.497	86.347
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	75.385	85.453	84.065	84.456	85.498	86.347
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	75.385	85.453	84.065	84.456	85.498	86.347
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-39.781	-45.032	-44.454	-45.005	-44.905	-45.346
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.170	13.633	13.779	14.480	13.216	13.460
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	48.774	54.054	53.390	53.931	53.809	54.461

Haushaltsplan 2011

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-250	-250		-250	-250	-250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-250	-250		-250	-250	-250
10	- Personalauszahlungen	67.753	75.593	73.619		74.037	74.774	75.518
15	- sonstige Auszahlungen	866	1.625	1.625		1.625	1.625	1.625
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.618	77.218	75.244		75.662	76.399	77.143
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	68.618	76.968	74.994		75.412	76.149	76.893



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Umweltinformation und -koordination-* umfasst Aufgreifen und Weiterleitung von Umweltverstößen an Fachbehörden in Zusammenarbeit mit FB II. Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Planung, Informationen und Stellungnahmen an Bürger, Presse, Institutionen, Umweltverbänden und Stellungnahmen Dritter.

Auftragsgrundlage:

- Wasser-, Immissionsschutz- und Umweltinformationsgesetz
- Ordnungsbehördengesetz NRW
- BauGB
- Durchführungserlasse

Ziele:

- Eingreifen bei Umweltverstößen,
- Sicherstellung der Ahndung des Verstoßes
- Verbesserung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung

Zielgruppen:

- Allgemeinheit,
- Fachbehörden und Umweltverbände
- Verursacher von Umweltverstößen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.56.01.01 Umweltschutzmaßnahmen Herr Georg Rath

Haushaltsplan 2011

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

1.56.01 Umweltinformation und -koordination

H. Schröder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	248	-250	-250	-250	-250	-250
10	= Ordentliche Erträge	248	-250	-250	-250	-250	-250
11	- Personalaufwendungen	68.411	76.965	75.048	75.447	76.344	77.092
12	- Versorgungsaufwendungen	2.961	3.007	3.536	3.578	3.611	3.687
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	864	1.560	1.557	1.557	1.639	1.659
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.900	4.171	4.173	4.123	4.154	4.159
17	= Ordentliche Aufwendungen	75.135	85.703	84.314	84.705	85.747	86.597
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	75.383	85.453	84.064	84.455	85.497	86.347
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	75.385	85.453	84.065	84.456	85.498	86.347
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	75.385	85.453	84.065	84.456	85.498	86.347
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-39.781	-45.032	-44.454	-45.005	-44.905	-45.346
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.170	13.633	13.779	14.480	13.216	13.460
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	48.774	54.054	53.390	53.931	53.809	54.461

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Schröder

1.56 Umweltschutz

1.56.01 Umweltinformation und -koordination



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-250	-250		-250	-250	-250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-250	-250		-250	-250	-250
10	- Personalauszahlungen	67.753	75.593	73.619		74.037	74.774	75.518
15	- sonstige Auszahlungen	866	1.625	1.625		1.625	1.625	1.625
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	68.618	77.218	75.244		75.662	76.399	77.143
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	68.618	76.968	74.994		75.412	76.149	76.893

Haushaltsplan 2011

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

H. Ufer



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-50	-50	-50	-50	-50
10	= Ordentliche Erträge	-6.898	-6.550	-6.250	-6.250	-6.250	-6.250
11	- Personalaufwendungen		26.618	83.842	83.823	84.804	85.647
12	- Versorgungsaufwendungen		54	139	71	72	74
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.349	15.524	23.543	16.043	20.606	16.246
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.989	4.788	9.753	10.423	14.484	14.485
17	= Ordentliche Aufwendungen	13.339	46.984	117.277	110.361	119.965	116.451
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	6.441	40.434	111.027	104.111	113.715	110.201
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	6.441	40.434	111.027	104.111	113.715	110.201
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	6.441	40.434	111.027	104.111	113.715	110.201
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		-2.570	-10.557	-10.484	-10.444	-10.542
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.950	80.507	51.126	49.661	51.120	50.928
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	67.392	118.371	151.596	143.288	154.391	150.587

Haushaltsplan 2011

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.600	-6.500	-6.200		-6.200	-6.200	-6.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-50	-50		-50	-50	-50
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.600	-6.550	-6.250		-6.250	-6.250	-6.250
10	- Personalauszahlungen		26.356	83.478		83.676	84.505	85.343
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.042	14.000	20.500		13.000	17.400	13.000
15	- sonstige Auszahlungen	11.989	3.880	7.980		8.650	12.650	12.650
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.032	44.236	111.958		105.326	114.555	110.993
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.432	37.686	105.708		99.076	108.305	104.743

Haushaltsplan 2011**1.57 Wirtschaft und Tourismus**

verantwortlich:

H. Ufer



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	SV-Beschäftigte i.Hü.(Stichtag 30.06.)	4.086	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150
2	Pendlersaldo (Diff. Aus-Einpendlern)	1.341	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Wirtschaftsförderung-* umfasst die informelle Beratung, Gesprächsrunden mit Gewerbetreibenden, Info-Briefe, Arbeitskreis Stadtmarketing und das „Unternehmerforum“. Des Weiteren beinhaltet die Produktgruppe die Beantwortung von touristischen Anfragen, Fremdenverkehrsförderung und -entwicklung und die Vermittlung von Stadtführungen.

Auftragsgrundlage:

- Leitbild " Selbstverständnis der mittelstandfreundlichen Stadt Hückeswagen" (Ratsbeschluss vom 24.03.2003)
- Dienstanweisung des Bürgermeisters
- Verträge

Ziele:

- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und örtlichen Unternehmern
- Förderung des Fremdenverkehrs

Zielgruppen:

Unternehmer, Geschäftsleute, Tagesgäste, Urlauber, Reiseunternehmen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

- | | |
|---------------------------------|-------------------|
| 1.57.01.01 Wirtschaftsförderung | N.N. |
| 1.57.01.02 Marketing | Frau Heike Rösner |

Haushaltsplan 2011

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.57.01 Wirtschaftsförderung

H. Persian



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-50	-50	-50	-50	-50
10	= Ordentliche Erträge		-50	-50	-50	-50	-50
11	- Personalaufwendungen		26.618	83.842	83.823	84.804	85.647
12	- Versorgungsaufwendungen		54	139	71	72	74
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		15.524	23.543	16.043	20.606	16.246
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	250	4.788	9.753	10.423	14.484	14.485
17	= Ordentliche Aufwendungen	250	46.984	117.277	110.361	119.965	116.451
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	250	46.934	117.227	110.311	119.915	116.401
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	250	46.934	117.227	110.311	119.915	116.401
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	250	46.934	117.227	110.311	119.915	116.401
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		-2.570	-10.557	-10.484	-10.444	-10.542
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.463	63.702	33.790	32.344	33.562	33.172
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	40.713	108.066	140.460	132.171	143.034	139.032

Ab dem Haushaltsjahr 2010 werden die bisherigen Ansätze aus dem Bereich Tourismus ebenfalls in der Produktgruppe Wirtschaftsförderung dargestellt. Die entsprechenden Aufgaben werden hier unter dem Begriff Marketing zusammen gefasst und konzeptionell weiterentwickelt. Bedingt durch diese Neuorganisation werden hier ab 2010 dem Marketing zugeordnete **Personalaufwendungen** dargestellt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.01 Wirtschaftsförderung



Die Stadt Hückeswagen ist Mitglied der Gütegemeinschaft für das RAL-Gütezeichen mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung. Im Jahr 2007 wurde durch den TÜV die erstmalige Zertifizierung ausgesprochen, im Rahmen der erneuten Überprüfung zur Einhaltung der Kriterien in 2009 wurde die Stadt Hückeswagen erneut zertifiziert.

Für die Überwachung durch den TÜV als Zertifizierungsunternehmen fallen alle zwei Jahre im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** entsprechende Aufwendungen in Höhe von 5.000 € an. Darüber hinaus nimmt die HEG für die Stadt zum Teil Aufgaben der Wirtschaftsförderung wahr. Der entstehende Aufwand ist durch die Stadt zu erstatten, da die Wirtschaftsförderung keine originäre Aufgabe der HEG ist. Hier wurden jährlich 8.000 € eingeplant.

Für besondere Marketingmaßnahmen (z.B. Flyer und Kartenmaterial für den Geh- und Radweg Bahntrasse, Neuauflage der Imagebroschüre, Jubiläum des Heimatmuseums, etc.) werden in den einzelnen Planjahren zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Spenden und zweckgebundene Zuweisungen ermächtigen zu entsprechenden Mehraufwendungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.01 Wirtschaftsförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-50	-50		-50	-50	-50
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-50	-50		-50	-50	-50
10	- Personalauszahlungen		26.356	83.478		83.676	84.505	85.343
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		14.000	20.500		13.000	17.400	13.000
15	- sonstige Auszahlungen	250	3.880	7.980		8.650	12.650	12.650
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	250	44.236	111.958		105.326	114.555	110.993
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	250	44.186	111.908		105.276	114.505	110.943

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Persian

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.01 Wirtschaftsförderung



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	SV-Beschäftigte i.Hü.(Stichtag 30.06.)	4.086	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150
2	Pendlersaldo (Diff. Aus-Einpendlern)	1.341	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100



Beschreibung:

Die Produktgruppe -*Tourismus*- umfasst die Beantwortung von touristischen Anfragen, Fremdenverkehrsförderung und -entwicklung sowie die Vermittlung von Stadtführungen

Auftragsgrundlage:

- Dienstanweisung des Bürgermeisters
- Verträge

Ziele:

- Förderung des Fremdenverkehrs
- Steigerung der Übernachtungszahlen

Zielgruppen:

Gäste, Urlaubssuchende, Reiseunternehmen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.57.02.01 Fremdenverkehr Frau Heike Rösner

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.02 Tourismus



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.349					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.739					
17	= Ordentliche Aufwendungen	13.089					
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	13.089					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	13.089					
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	13.089					
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.168					
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	17.257					

Der Aufgabenbereich Tourismus, Produkt Fremdenverkehr, wird zukünftig unter der Produktgruppe Wirtschaftsförderung, Produkt Marketing, zentral dargestellt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.02 Tourismus



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.042						
15	- sonstige Auszahlungen	11.739						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.782						
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	12.782						



Beschreibung: Die Produktgruppe *-Allgemeine Einrichtungen-* umfasst die Organisation und Durchführung des Wochenmarktes

Auftragsgrundlage:

- Gewerbeordnung
- Marktgebührensatzung

Ziele:

- Auslastung der Wochenmarktfäche
- Schaffung eines attraktiven Angebotes für die Bevölkerung

Zielgruppen: Bevölkerung, Marktbesucher

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.57.03.01 Wochenmarkt	Herr Andreas Henseler
------------------------	-----------------------

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.03 Allgemeine Einrichtungen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
10	= Ordentliche Erträge	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-6.898	-6.500	-6.200	-6.200	-6.200	-6.200
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.320	16.805	17.336	17.317	17.557	17.755
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	9.422	10.305	11.136	11.117	11.357	11.555

Bei den **öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um die Marktstandsgelder. Die leichte Änderung des Planwertes ab 2011 begründet sich mit der aktuellen Anzahl und Struktur der Marktstände und bedeutet insoweit eine Anpassung an die Rechnungsergebnisse.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Kirch

1.57 Wirtschaft und Tourismus**1.57.03 Allgemeine Einrichtungen**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.600	-6.500	-6.200		-6.200	-6.200	-6.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.600	-6.500	-6.200		-6.200	-6.200	-6.200
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-7.600	-6.500	-6.200		-6.200	-6.200	-6.200

Haushaltsplan 2011

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.370.361	-12.840.000	-14.453.000	-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.592.626	-261.808	-3.286.000	-1.729.000	-1.669.000	-1.437.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-95.264	-751.792	-174.340	-5.174.340	-3.174.340	-41.000
10	= Ordentliche Erträge	-21.058.251	-13.853.600	-17.913.340	-22.460.340	-21.271.340	-18.684.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	37.174					
15	- Transferaufwendungen	11.707.746	12.068.000	11.379.000	11.002.000	11.167.000	11.316.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.629.018	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	15.373.938	12.088.000	11.399.000	11.022.000	11.187.000	11.336.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-5.684.313	-1.765.600	-6.514.340	-11.438.340	-10.084.340	-7.348.000
19	+ Finanzerträge	-75.439	-500	-500	-500	-500	-500
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	289.213	470.700	684.300	718.400	1.031.700	714.900
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	213.774	470.200	683.800	717.900	1.031.200	714.400
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-5.470.539	-1.295.400	-5.830.540	-10.720.440	-9.053.140	-6.633.600
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-5.470.539	-1.295.400	-5.830.540	-10.720.440	-9.053.140	-6.633.600
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-5.470.539	-1.295.400	-5.830.540	-10.720.440	-9.053.140	-6.633.600

Haushaltsplan 2011

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft



verantwortlich:

H. Ufer

Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.644.798	-12.840.000	-14.453.000		-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.350.046	-261.808	-3.286.000		-1.729.000	-1.669.000	-1.437.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-77.705	-315.000	-174.340		-174.340	-174.340	-41.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-98.149	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-21.170.699	-13.417.308	-17.913.840		-17.460.840	-18.271.840	-18.684.500
10	- Personalauszahlungen	-40.094						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	913.768	1.071.700	3.056.300		1.255.400	1.533.700	1.217.900
14	- Transferauszahlungen	11.882.267	12.068.000	11.379.000		11.002.000	11.167.000	11.316.000
15	- sonstige Auszahlungen	41.767	20.000	20.000		20.000	20.000	20.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.797.707	13.159.700	14.455.300		12.277.400	12.720.700	12.553.900
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-8.372.991	-257.608	-3.458.540		-5.183.440	-5.551.140	-6.130.600
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300
23	= investive Einzahlungen	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300



Beschreibung:

Die Produktgruppe *-Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen-* umfasst die Darstellung von Steuern, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen.

Auftragsgrundlage:

- Gemeindefinanzierungsgesetz
- Gemeindeordnung (GO)

Ziele:

Finanzkraftsicherstellung der Stadt Hückeswagen.

Zielgruppen:

- Verwaltung,
- Bürger, -innen

Produktverantwortung:

Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.61.01.01.01 Allg. Steuern, Zuweisungen, Umlagen	Frau Isabel Bever
1.61.01.01.02 Schulpauschale	Herr Jörg Tillmanns
1.61.01.01.03 Sportpauschale	Herr Jörg Tillmanns
1.61.01.01.04 Feuerschutzpauschale	Herr Jörg Tillmanns
1.61.01.01.05 Investitionspauschale	Herr Jörg Tillmanns

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.01 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.370.361	-12.840.000	-14.453.000	-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.592.626	-261.808	-3.286.000	-1.729.000	-1.669.000	-1.437.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-78.207	-751.792	-174.340	-174.340	-174.340	-41.000
10	= Ordentliche Erträge	-21.041.194	-13.853.600	-17.913.340	-17.460.340	-18.271.340	-18.684.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	37.174					
15	- Transferaufwendungen	11.707.746	12.068.000	11.379.000	11.002.000	11.167.000	11.316.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	176.018	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.920.938	12.088.000	11.399.000	11.022.000	11.187.000	11.336.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-9.120.256	-1.765.600	-6.514.340	-6.438.340	-7.084.340	-7.348.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-9.120.256	-1.765.600	-6.514.340	-6.438.340	-7.084.340	-7.348.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-9.120.256	-1.765.600	-6.514.340	-6.438.340	-7.084.340	-7.348.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-9.120.256	-1.765.600	-6.514.340	-6.438.340	-7.084.340	-7.348.000

Zu den hier dargestellten Erträgen und Aufwendungen sind ausführliche Erläuterungen im Vorbericht zu finden.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

Mehrerträge aus Gewerbesteuerzahlungen berechtigten zu Mehraufwendungen im Bereich der Gewerbesteuerumlage und der Finanzierungsbeteiligung (Konten:401300, 534100 und 534200). Mehrererträge aus den Nachforderungszinsen Gewerbesteuer berechtigten zu Mehraufwendungen bei den Erstattungszinsen Gewerbesteuer (Konten 452500 und 559300).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.01 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-17.644.798	-12.840.000	-14.453.000		-15.557.000	-16.428.000	-17.206.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.350.046	-261.808	-3.286.000		-1.729.000	-1.669.000	-1.437.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-30.716	-315.000	-174.340		-174.340	-174.340	-41.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-21.025.559	-13.416.808	-17.913.340		-17.460.340	-18.271.340	-18.684.000
14	- Transferauszahlungen	11.882.267	12.068.000	11.379.000		11.002.000	11.167.000	11.316.000
15	- sonstige Auszahlungen	42.043	20.000	20.000		20.000	20.000	20.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.924.310	12.088.000	11.399.000		11.022.000	11.187.000	11.336.000
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-9.101.250	-1.328.808	-6.514.340		-6.438.340	-7.084.340	-7.348.000
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300
23	= investive Einzahlungen	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	-1.006.506	-465.500	-519.000		-531.700	-686.900	-772.300

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.01 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000098 Investitionspauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-478.494	-427.000	-468.000		-491.000	-515.000	-540.000	-2.136.703	-4.150.703
6	= Summe Einzahlungen	-478.494	-427.000	-468.000		-491.000	-515.000	-540.000	-2.136.703	-4.150.703
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-478.494	-427.000	-468.000		-491.000	-515.000	-540.000	-2.136.703	-4.150.703
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000117 Schulpauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-444.252				-40.700	-131.900	-191.300	-1.292.429	-1.656.329
6	= Summe Einzahlungen	-444.252				-40.700	-131.900	-191.300	-1.292.429	-1.656.329
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-444.252				-40.700	-131.900	-191.300	-1.292.429	-1.656.329

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.01 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5000118 Sportpauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-43.598	-16.000	-41.000				-41.000	-191.756	-273.756
6	= Summe Einzahlungen	-43.598	-16.000	-41.000				-41.000	-191.756	-273.756
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-43.598	-16.000	-41.000				-41.000	-191.756	-273.756
5000119 Feuerschutzpauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-40.161	-22.500	-10.000			-40.000		-183.703	-233.703
6	= Summe Einzahlungen	-40.161	-22.500	-10.000			-40.000		-183.703	-233.703
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-40.161	-22.500	-10.000			-40.000		-183.703	-233.703

Hinsichtlich der Verwendung der Feuerschutzpauschale, der Sportpauschale sowie der Schul- und Bildungspauschale wird auf die Darstellungen im Vorbericht verwiesen.



Beschreibung: Die Produktgruppe *-sonstige allgemeine Finanzwirtschaft-* umfasst die Darstellung von Zins- / Tilgungsleistungen, Kreditgeschäften und Zinserträgen.

Auftragsgrundlage:

- Gemeindeordnung
- GemHVO
- Runderlasse des Innenministeriums

Ziele: Optimierung der Finanzierungstätigkeit

Zielgruppen: Verwaltung, Rat und Gremien, Bürger, -innen

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:

1.61.02.01.01 Allgemeine sonstige Finanzwirtschaft	Frau Irina Sohn
1.61.02.01.02 Grundstückskaufpreisverrentungen	Frau Irina Sohn

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-17.057			-5.000.000	-3.000.000	
10	= Ordentliche Erträge	-17.057			-5.000.000	-3.000.000	
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.453.000					
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.453.000					
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	3.435.943			-5.000.000	-3.000.000	
19	+ Finanzerträge	-75.439	-500	-500	-500	-500	-500
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	289.213	470.700	684.300	718.400	1.031.700	714.900
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	213.774	470.200	683.800	717.900	1.031.200	714.400
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	3.649.717	470.200	683.800	-4.282.100	-1.968.800	714.400
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	3.649.717	470.200	683.800	-4.282.100	-1.968.800	714.400
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.649.717	470.200	683.800	-4.282.100	-1.968.800	714.400

Hinsichtlich der **Finanzerträge** sowie der **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** wird auf die detaillierten Darstellungen im Vorbericht verwiesen.

Deckungsvermerke und Budgetregeln

- Mehrerträge bei der Position Finanzerträge berechtigen zu Mehraufwendungen bei der Position Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.
- Mehrerträge bei Erstattungen aus Verrentungen berechtigen zu Mehraufwendungen für Grundstückskaufpreisverrentungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+ Sonstige Einzahlungen	-46.990						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-98.149	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-145.139	-500	-500		-500	-500	-500
10	- Personalauszahlungen	-40.094						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	913.768	1.071.700	3.056.300		1.255.400	1.533.700	1.217.900
15	- sonstige Auszahlungen	-276						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	873.397	1.071.700	3.056.300		1.255.400	1.533.700	1.217.900
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	728.258	1.071.200	3.055.800		1.254.900	1.533.200	1.217.400

Haushaltsplan 2011

1.71 Stiftungen



verantwortlich:

H. Ufer

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
17	= Ordentliche Aufwendungen		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
19	+ Finanzerträge		-1.350	-1.350	-1.350	-1.350	-1.350
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		-1.350	-1.350	-1.350	-1.350	-1.350

Haushaltsplan 2011

1.71 Stiftungen

verantwortlich:

H. Ufer



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.333	-1.350	-1.350		-1.350	-1.350	-1.350
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.333	-1.350	-1.350		-1.350	-1.350	-1.350
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		1.350	1.350		1.350	1.350	1.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		1.350	1.350		1.350	1.350	1.350
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.333						



Beschreibung: Die Produktgruppe -*Gerd und Arno Zoll Stiftung*- umfasst die Verwaltung dieser Stiftung.

Auftragsgrundlage: Stiftungsvereinbarungen

Ziele: Anlegung des Stiftungsvermögens bei höchst möglichem Ertrag.

Zielgruppen: Schüler der Städt. Realschule

Produktverantwortung: Die Produktverantwortung wird wie folgt wahrgenommen:
1.71.01.01 Gerd- und Arno Zollstiftung Frau Irina Sohn

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.71 Stiftungen

1.71.01 Gerd und Arno Zoll Stiftung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
17	= Ordentliche Aufwendungen		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)		1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
19	+ Finanzerträge		-1.350	-1.350	-1.350	-1.350	-1.350
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		-1.350	-1.350	-1.350	-1.350	-1.350

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

H. Müller

1.71 Stiftungen

1.71.01 Gerd und Arno Zoll Stiftung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.333	-1.350	-1.350		-1.350	-1.350	-1.350
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.333	-1.350	-1.350		-1.350	-1.350	-1.350
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		1.350	1.350		1.350	1.350	1.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		1.350	1.350		1.350	1.350	1.350
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.333						

9.2 Wirtschaftspläne von Eigenbetrieben und Gesellschaften

Betrieb

Abwasserbeseitigung

Hückeswagen



W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 1

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird

<u>im Erfolgs-/Ergebnisplan</u>	in den Erträgen auf	4.204.070,00 €
	in den Aufwendungen	3.505.570,00 €
	Jahresüberschuss	698.500,00 €
<u>im Vermögensplan</u>	in Aktiva	925.000,00 €
	in Passiva	925.000,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2011 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 299.000,00 € festgesetzt.

III. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

IV. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist	Ansatz	Ansatz	Plan	Plan	Plan	Erl. Nr.
			2009 / EURO	2010 / EURO	2011 / EURO	2012 / EURO	2013 / EURO	2014 / EURO	
1.		Umsatzerlöse							
	432100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	3.696.225,06	3.760.100,00	3.696.100,00	3.804.400,00	3.944.700,00	3.938.700,00	01
	438100	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten f. Gebührenaussgleich	2.144,00	83.300,00	185.500,00	104.200,00	0,00	0,00	01
	544600	Einstellungen / Zuschreibungen in Sonderposten f. Gebührenaussgleich	-223.891,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	437300	Erträge aus der Auflösung passivierter Sonderposten	255.751,57	228.000,00	225.200,00	213.700,00	209.200,00	197.700,00	02
		<i>Zwischensumme</i>	3.730.229,22	4.071.400,00	4.106.800,00	4.122.300,00	4.153.900,00	4.136.400,00	
		Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen							
	471200	Aktiviere Eigenleistungen Personal	0,00	14.060,00	14.440,00	14.630,00	14.800,00	14.960,00	03
		<i>Zwischensumme</i>	0,00	14.060,00	14.440,00	14.630,00	14.800,00	14.960,00	
	2.		Sonstige betriebliche Erträge						
441200		Mieten und Pachten	1.054,19	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	
441900		Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte (Erst. Hausanschlusskosten)	7.145,86	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	04
442300		Erstattungen von Kommunen (Personalkosten)	12.792,90	13.580,00	13.790,00	13.950,00	14.130,00	14.260,00	05
442400		Erstattungen von Zweckverbänden	49.275,74	33.920,00	25.440,00	24.630,00	23.810,00	23.810,00	06
431100		Verwaltungsgebühren (Kanalanschlussgenehmigung)	726,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
452200		Vollstreckungsgebühren	74,50	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
452210		Säumniszuschläge	99,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
452220		Mahngebühren	62,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	
452230		Stundungszinsen	376,00	200,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
452700		Schadenersatz	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
458100		Erträge aus Zuschreibung (Anlagevermögen)	8.790,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
458300		Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	57.700,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	07
459100		Andere sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
		<i>Zwischensumme</i>	138.096,95	75.300,00	67.830,00	67.180,00	66.540,00	66.670,00	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist	Ansatz	Ansatz	Plan	Plan	Plan	Erl. Nr.
			2009 / EURO	2010 / EURO	2011 / EURO	2012 / EURO	2013 / EURO	2014 / EURO	
3.		Materialaufwand							
		a) für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe							
		522100 Aufwendungen für Strom	30.534,81	44.500,00	36.300,00	38.150,00	40.050,00	42.050,00	08
		522770 Aufwendungen für Wasser	1.953,13	2.800,00	2.900,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
		b) für bezogene Leistungen							
		523100 Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude usw.	135.259,72	180.000,00	180.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	09
		523120 Aufwendungen für Pflege Außenanlagen	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
		523130 Aufwendungen für Reinigung und Winterdienst für Grundstücke	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
		523300 Aufwendungen für Unterhaltung der Maschinen und techn. Anlagen	27.712,49	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	
		524900 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen (Hausanschlusskosten)	22.318,38	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	04
		525400 Erstattungen an Zweckverbände (Unterh. RÜR/RRB Wupperverband)	109.438,00	215.320,00	236.000,00	240.000,00	240.000,00	240.000,00	10
		525700 Erstattung an sonst. öffentl. Sonderrechnungen (Leist. Städt. Betriebe)	101.703,44	110.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00	
		529920 Kosten für Gutachten, Untersuchungen etc.	5.023,20	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	
		529923 Reinigung Entwässerungsanlagen (Pumpstat.)	4.629,40	4.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	11
		529924 Reinigung Kanalnetz (Kanalleitungen)	23.661,34	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	
	529921 Kosten der Grubenüberwachung	476,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00		
	529922 Kosten der Grubenausfuhr	42.383,05	42.000,00	42.000,00	42.000,00	42.000,00	42.000,00		
	529200 Verbandsumlagen für Dienstleistungen	1.150.081,00	1.145.000,00	1.144.000,00	1.172.000,00	1.198.000,00	1.228.000,00	12	
		Zwischensumme	1.655.173,96	1.862.120,00	1.875.700,00	1.879.650,00	1.907.550,00	1.939.550,00	
4.		Personalaufwendungen							
		501200 Vergütungen Tarifbeschäftigte	103.959,06	105.150,00	106.900,00	107.970,00	109.050,00	110.140,00	
		501210 Leistungszulagen	0,00	1.040,00	1.600,00	1.890,00	2.180,00	2.200,00	
		502200 Beiträge Versorgungskassen Tarifbeschäftigte	7.015,85	8.230,00	8.410,00	8.510,00	8.620,00	8.710,00	
		503200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tarifbeschäftigte	19.492,55	22.850,00	23.340,00	23.620,00	23.910,00	24.150,00	
		504200 Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Tarifbeschäftigte	0,00	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00	
	507100 Aufwendungen für Rückstellung für nicht genommenen Urlaub	-1.470,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012/ EURO	Plan 2013/ EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
5.	507200	Aufwendungen für Rückstellung für Überstunden	-685,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	509100	Pauschalierte Lohnsteuer	483,12	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
		Zwischensumme	128.795,58	138.170,00	141.150,00	142.890,00	144.660,00	146.100,00	13
		<u>Bilanzielle Abschreibung</u>							
	572100	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.327,00	2.600,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
	573200	Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen bebauter Grundstücke	49.068,00	48.000,00	52.000,00	53.000,00	53.000,00	53.000,00	
	574300	Abschreibungen auf Entwässerungs- / Abwasserbeseitigungsanlagen	677.325,58	686.100,00	697.400,00	701.200,00	706.700,00	695.500,00	
	575200	Abschreibungen auf technische Anlagen	58.989,00	65.000,00	98.000,00	106.000,00	106.000,00	95.000,00	
	576100	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	271,00	300,00	300,00	300,00	300,00	100,00	
		Zwischensumme	788.980,58	802.000,00	850.200,00	863.000,00	868.500,00	846.100,00	14
6.		<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>							
	529925	Indirekteinleiter	476,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
	529926	Dichtigkeitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen	3.034,50	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	15
	529927	Aufwendungen Kanaldatenbank	1.139,08	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
	529928	Abwasseruntersuchungen	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
	529929	Fernaugeuntersuchungen	23.921,43	25.000,00	30.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	16
	529930	Kosten Veranlagungsverfahren BEW	51.000,36	52.530,00	51.500,00	53.050,00	55.000,00	56.650,00	17
	529931	Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept	0,00	10.000,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	18
	525300	Erstattungen an Kommunen	189.998,45	184.500,00	162.560,00	168.700,00	161.750,00	159.750,00	19
	525400	Erstattung an Zweckverbände	21.256,21	32.600,00	30.800,00	30.800,00	30.800,00	30.800,00	20
	522800	Aufwendungen für Abwasser	89,52	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00	
525200	Erstattungen an Land (Abwasserabgaben)	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00		
541200	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	2.343,44	2.600,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00		

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Nr.	Konto SAP	Bezeichnung	Ist	Ansatz	Ansatz	Plan	Plan	Plan	Erl. Nr.
			2009 / EURO	2010 / EURO	2011 / EURO	2012 / EURO	2013 / EURO	2014 / EURO	
	541300	Aufwendungen für übernommene Reisekosten	24,46	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
	541700	Personalnebenaufwendungen	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
	542100	Mieten, Pachten, Erbbauzins	2.730,90	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
	542200	Leasing	219,84	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
	542310	Bankgebühren	98,80	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	
	542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	15.526,35	14.000,00	14.500,00	15.000,00	15.500,00	16.000,00	21
	543100	Büromaterial	0,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
	543300	Zeitungen und Fachliteratur	554,69	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
	543500	Telefon	4.058,62	4.250,00	4.250,00	4.250,00	4.250,00	4.250,00	
	543900	Sonstige Geschäftsaufwendungen	355,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
	544100	Versicherungsbeiträge	1.217,00	1.400,00	1.500,00	1.600,00	1.700,00	1.700,00	22
	544120	Unfallversicherung	291,48	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00	
	544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	2.308,18	2.310,00	2.310,00	2.310,00	2.310,00	2.310,00	
	549200	Aufwendungen für Schadensfälle	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
		<i>Zwischensumme</i>	377.644,31	421.490,00	402.320,00	395.610,00	391.210,00	391.360,00	
7.		<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>							
	461300	Zinserträge von Kommunen	3.852,96	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
	461700	Zinseerträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	3.438,74	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
		<i>Zwischensumme</i>	7.291,70	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	23
8.		<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>							
	551300	Zinsaufwendungen an Kommunen	0,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	23
	551700	Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	34.545,81	33.500,00	32.500,00	30.500,00	25.200,00	22.000,00	24
	551800	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	165.912,24	162.000,00	157.400,00	152.800,00	148.000,00	143.000,00	24
	551900	Zinsaufwendungen an sonstigen inl. Bereich	54.036,80	49.800,00	45.300,00	40.300,00	35.000,00	29.300,00	24
		<i>Zwischensumme</i>	254.494,85	246.300,00	236.200,00	224.600,00	209.200,00	195.300,00	
9.		JAHRESÜBERSCHUSS	670.528,59	705.680,00	698.500,00	713.360,00	729.120,00	714.620,00	25

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2011:

Mit der Änderung der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) ist gemäß § 18 in den Wirtschaftsplan auch eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einzubeziehen. Neben den Vorjahresansätzen und den Ergebnissen des Vorvorjahres werden demzufolge die Planzahlen für drei Folgejahre angegeben.

Näher erläutert werden im Wesentlichen nur die Ansätze für 2011.

<u>Erl.Nr.</u>	<u>EURO</u>
<p>01 Kalkulierte Gebühren nach der zum 01.01.2007 eingeführten getrennten Abwassergebühr. Berechnungsgrundlage für die Gebühren Schmutzwasser ist der Frischwasserverbrauch. Maßstab für die Niederschlagswassergebühr sind die abflusswirksamen privaten bzw. öffentlichen Flächen nach Quadratmetern. Die nach KAG durchgeführte Gebührenkalkulation für 2011 ergab folgende Beträge:</p> <p>Gebühren Schmutzwasser Kanalbenutzer</p> <p>Niederschlagswassergebühr</p> <p>Kleineinleiterabgabe</p> <p>Abwassergebühren geschlossene Grube</p> <p>Ausfuhrgebühren geschlossene Grube</p> <p>Abwassergebühren Kleinkläranlagen</p> <p>Ausfuhrgebühren Kleinkläranlagen</p> <p>Abwassergebühren vollbiologische Anlagen</p> <p>Ausfuhrgebühren vollbiologische Anlagen</p> <p>Als Subventionierung der Gebühren 2011 ist eine Entnahme aus der Rückstellung für „Rückzahlungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen nach dem KAG“ vorgesehen.</p>	<p>2.319.600</p> <p>1.233.300</p> <p>3.700</p> <p>7.200</p> <p>25.100</p> <p>34.600</p> <p>13.700</p> <p>52.900</p> <p>6.000</p> <p>185.500</p>
<p>02 Mit der Änderung der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) in 2004 ist eine Auflösung der Baukostenzuschüsse in Höhe von 5 % nicht mehr zulässig. Vielmehr soll die Auflösung entsprechend der jährlichen Abschreibung vorgenommen werden. In Abstimmung mit dem Wirtschaftsprüfer werden die bis 2005 eingenommenen Beträge wie bisher mit 5 %; danach in Anlehnung an den durchschnittlichen Abschreibungssatz mit 2 % aufgelöst.</p>	
<p>03 Ingenieurleistungen des betriebseigenen Personals zu Lasten des Vermögensplanes.</p>	
<p>04 Positionen für die Abwicklung von Kosten bzw. Erstattungen für die Erstellung von Hausanschlüssen.</p>	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2011:

<u>Erl.Nr.</u>		<u>EURO</u>
05	Die Leistungen des betriebseigenen Personals für den Haushalt der Stadt sind dem Betrieb zu erstatten.	
06	Erstattungen des Wupperverbandes gemäß vertraglicher Vereinbarungen für: Reinigung von Bachverrohrungen Betriebskosten westliches Gemeindegebiet	1.500 23.940
07	Die Auflösung bzw. Zuführung in Rückstellungen ergeben sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.	
08	Durch den Abschluss eines neuen Kommunalvertrages mit dem Versorgungsunternehmen konnte der Ansatz im Vergleich zum Vorjahr gesenkt werden. In Folgejahren werden weitere Preissteigerungen erwartet.	
09	Neben dem laufendem Sanierungs- bzw. Unterhaltungsaufwand werden hier zusätzliche Mittel für Schachtsanierungen eingeplant.	
10	Erstattung Betriebskosten der Regenrückhalte- bzw. Regenüberlaufbecken nach den Angaben des Wupperverbandes.	
11	Die Aufwendungen für die Reinigung der Entwässerungsanlagen sind gestiegen, so dass nach aktuellen Erkenntnissen der Ansatz für die Folgejahre angepasst wird.	
12	Kostenentwicklung gemäß Mitteilung des Wupperverbandes	
13	Die Planwerte bei den Personalaufwendungen wurden auf der Grundlage der neuen Orientierungsdaten des Landes NRW mit einer Steigerung von jeweils + 1% angepasst. Darüber hinaus erhöht sich bis zum Jahr 2013 die tarifliche Leistungszulage auf 2%.	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2011:

<u>Erl.Nr.</u>	<u>EURO</u>
14	
Abschreibung für die Anlagegüter des Betriebes unter Berücksichtigung von künftigen Investitionen sowie Ablauf der Nutzungsdauer (z.B. technischen Erneuerungen an Regenbauwerken bzw. Pumpstationen)	
15	
Mit der Novellierung des Landeswassergesetzes (LWG) wurde die Dichtigkeitsprüfung auf die Gemeinden übertragen. Die eingeplanten Mittel dienen zur Beratung und Information der Bürger.	
16	
Neben den üblichen Maßnahmen gem. der Selbstüberwachungsverordnung Kanal werden für die Fremdwasseruntersuchung zusätzliche Mittel eingeplant.	
17	
Der Vertrag mit der BEW über die Veranlagung und Einziehung der Entwässerungsgebühren umfasst neben dem Veranlagungsverfahren auch die Leistung der Zählerablesung . Die Entwicklung der Vergütung richtet sich nach Maßgabe einer Preisanpassungsklausel	
18	
Zur Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes werden ggfls. Ingenieurleistungen erforderlich.	
19	
Erstattung von Verwaltungskostenbeiträgen gemäß Kosten- und Leistungsrechnung des allgemeinen Haushaltes. Eine Überprüfung der Zeitanteile führte zu einer veränderten Kostenverteilung, so dass die Ansätze geringfügig gesenkt werden können.	
20	
Enthalten sind:	
Kooperation Wupperverband:	
	23.500
a) Gem. vertraglicher Vereinbarung im Bereich der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft	
b) Für den Betrieb und die Pflege des Geoportal „Kanalinformation Stadt Hückeswagen“ werden Kosten in Höhe von 4.000 € eingeplant	4.000
Einplanung von jährlichen Pflege- und Nutzungskosten für SAP und LOGA	3.300
21	
Einplanung der jährlichen Kosten für die Jahresabschlussprüfung unter Berücksichtigung von Preissteigerungen.	
22	
Einplanung unter Berücksichtigung voraussichtlicher Beitragsanpassungen.	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2011:

Erl.Nr.

EURO

23 Guthabenzinsen bzw. **Zinsaufwendungen** für das Girokonto des Betriebes sowie **Zinserträge** für gewährte Kas-senkredite an den Haushalt der Stadt in Abhängigkeit der Liquidität des Betriebes.

24 Die **Zinsaufwendungen** für die **laufenden Darlehen** des Betriebes.

25 Im Vergleich zur **Gebührenkalkulation** weist der **Erfolgs-/Ergebnisplan** für das Wirtschaftsjahr 2011 einen Gewinn in Höhe von 698.500 € aus. Maßgeblich hierfür sind im Wesentlichen folgende Positionen:

Verbesserung aus dem Finanzergebnis

zur kalk.Verzinsung in der Gebührenkalkulation rd.

= - 221.200

= +699.050

= +477.850

Verbesserung aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse (Konto 437300)

ergibt einen betrieblichen Gewinn in Höhe von rd.

= +225.200

= +703.050

Mit Hinweis auf den Grundsatzbeschluss des Rates im Rahmen der Beratungen zur Haushaltssatzung ist es vor-aussichtlich erforderlich, die **Jahresüberschüsse** der kommenden Jahre in voller Höhe an den städt. Haushalt abzuführen, um die Genehmigungsfähigkeit der kommenden Haushaltsjahre zu ermöglichen.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses hat – nach Vorberatung im Betriebsausschuss – der Rat der Stadt zu entscheiden.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen
Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen
Vermögensplan 2011

(gem. § 16 EigVO)

Konto / Auftrag	Bezeichnung	Ansatz 2010 EURO	Ansatz 2011 EURO	Erl. Nr.
	A k t i v a			
	I. Anlagevermögen			
	<u>Sachanlagen</u>			
2300.0006	Mitverlegung von Druckleitungen	5.000	5.000	
2300.0007	Anschaffung von Geräten	3.000	3.000	
2300.0008	Technische Erneuerung von Regenüberlauf/-Regenrückhaltebecken und Pumpwerken	20.000	390.000	01
2300.0010	Sanierung des Kanalnetzes	180.000	250.000	02
2300.0011	Entwässerung Gewerbegebiet Winterhagen/Scheideweg (West 2)		80.000	03
2300.0023	Entwässerung Stadtstraße	290.000		
2300.0024	Regenentwässerung am Etapler Platz (vor der Glashalle)	30.000		
2300.0025	Regenentwässerung Rosengarten	18.000		
2300.0027	Regenwasserkanal Stichweg Rader Straße		20.000	09
	II. Schuldendienst			
	Darlehenstilgung	166.000	177.000	04
	Tilgung für Umschuldungen	0	0	
	III. Eigenkapital			
	Rückführung von Eigenkapital	0	0	05
	Gesamtsumme Aktiva:	712.000	925.000	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen
Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen
Vermögensplan 2011

(gem. § 16 EigVO)

Konto / Auftrag	Bezeichnung	Ansatz 2010 EURO	Ansatz 2011 EURO	Erl. Nr.
	P A S S I V A			
	II. Rücklagen			
	Rücklagen	0	0	
2310.1000	Kanalanschlussbeiträge	1.000	1.000	06
	III. Verbindlichkeiten			
	Kreditbedarf	137.000	299.000	07
	Kreditbedarf für Umschuldungen	0	0	
	IV. Finanzüberschuss			
	= Abschreibung € 850.200,00			
	. / . = Aufl. Baukostenzuschüsse € 225.200,00	574.000	625.000	08
	Gesamtsumme Passiva:	712.000	925.000	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen Investitionsprogramm 2010 - 2014

Konto/Auftragsnr.	Bezeichnung	Ges.-kosten TEUR	Zweckgeb. Einnahmen TEUR		Ausgaben in TEUR					Erl. Nr.
			Zuwei- sung.	Son- stige	2010	2011	2012	2013	2014	
2300.0006	Mitverlegung von Druckleitungen	25			5	5	5	5	5	
2300.0007	Anschaffung von Geräten	15			3	3	3	3	3	
2300.0008	Technische Erneuerung von Regenüberlauf-/Regenrückhaltebecken und Pumpwerken	750			20	390	300	20	20	01
2300.0010	Sanierung im Kanalnetz	1.180			180	250	250	250	250	02
2300.0011	Entwässerung Winterhagen/Scheideweg (West 2)	80			0	80	0	0	0	03
2300.0023	Entwässerung Stadtstraße	290			290					
2300.0027	Regenwasserkanal Stichweg Rader Straße	20			0	20	0	0	0	09
	Gesamt:	2.360			498	748	558	278	278	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Finanzplanung 2010 - 2014

(gem. § 18 EigVO)

Ausgaben	T EURO					Erl. Nr.
	2010	2011	2012	2013	2014	
1. Baumaßnahmen gem. Investitionsprogramm	546	748	558	278	278	01-03/09
2. Darlehenstilgungen	166	177	188	199	209	04
3. Tilgung für Umschuldungen	0	0	0	540	0	07
4. Auflösung von Beiträgen	228	225	214	209	198	08
5. Abführung von Rücklagekapital an die Stadt	0	0	0	0	3.785	05
6. Überschuss Vermögensplan	0	0	0	184	0	
Summe Ausgaben	940	1.150	960	1.410	4.470	

Einnahmen	T EURO					Erl. Nr.
	2010	2011	2012	2013	2014	
1. Zuschüsse / Beiträge	1	1	1	1	1	06
2. Kreditbedarf	137	299	96	0	3.623	07
3. Kreditbedarf für Umschuldungen	0	0	0	540	0	07
4. Abschreibungen	802	850	863	869	846	08
5. Rücklagen	0	0	0	0	0	
Summe Einnahmen	940	1.150	960	1.410	4.470	

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Vermögensplan 2011, Investitionsprogramm und Finanzplanung 2010 – 2014

Erl.Nr.

- 01** Der Wupperverband erneuert die defekte Druckleitung zwischen den Pumpwerken Winterhagen und der Industriestraße. Das Investitionsvolumen des Wupperverbandes beträgt hierfür 300.000 €, diese Kosten sind dem Wupperverband zu erstatten. Darüber hinaus sind 90.000 € für die Erneuerung von Pumpen, Druckleitungen, Armaturen der Pumpwerke Großberghäuser Straße, Unterscheideweg und Heidt eingeplant.
- 02** Die Kosten für die Linersanierung gemäß Abwasserbeseitigungskonzept sowie den gesetzlichen Anforderungen steigen im Vergleich zum Vorjahr, da Sanierungen in den letzten Jahren nur teilweise erfolgen konnten. Die partielle Sanierung wird über den Erfolgs-/Ergebnisplan abgewickelt.
- 03** Im Gewerbegebiet Winterhagen/ Scheideweg soll im Bereich der Bockhacker Straße noch eine zusätzliche Stichstraße mit Trennkanalisation gebaut werden. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 80.000 €.
- 04** Planmäßige Tilgung für die laufenden Darlehen des Betriebes.
- 05** Nach dem Erlass des Innenministeriums vom 26.10.09 sollen sich die kommunalen Beteiligungen in den Konsolidierungsprozess einbringen. Der Abwasserbetrieb soll mit gezielten Kapitalrückführungen zur Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes beitragen. Diese Verfahrensweise stellt für den Betrieb kein wirtschaftliches Problem dar, da in den vergangenen Jahren erhebliche Überschüsse entstanden sind, die nicht in den städt. Haushalt abgeführt, sondern in Rücklagen eingestellt wurden. Durch die damit verbundene hohe Eigenkapitalquote des Betriebes ist es auch nach Absprache mit dem Wirtschaftsprüfer unbedenklich, entsprechende Rücklagemittel aufzulösen und somit zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes beizutragen. Auswirkungen auf die Abwassergebühren ergeben sich nicht.
Analog zu den veränderten Einplanungen im städt. Haushalt wird die im Entwurf des Wirtschaftsplanes geplante Kapitalrückführung für 2011 und 2013 auf 2014 verschoben. Die Finanzierung soll aus Fremdmitteln erfolgen.
- 06** Wesentliche Einnahmen aus Kanalanschlussbeiträgen werden nicht erwartet.
- 07** Der Vermögensplan 2011 weist rechnerisch einen Finanzierungsbedarf aus. In Abhängigkeit von der Liquidität des Betriebes ist zu prüfen, in welcher Höhe Darlehen benötigt werden. In 2013 läuft für ein Darlehen des Betriebes die Zinsbindung aus.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Erläuterungen zum Vermögensplan 2011, Investitionsprogramm und Finanzplanung 2010 – 2014

Erl.Nr.

- 08** Die jährliche Abschreibung abzüglich der Auflösung der Baukostenzuschüsse (Kanalanschlussbeiträge) bilden den Finanzüberschuss und dienen als Finanzierungsmittel im Vermögensplan.
- 09** Im Bereich des Stichweges (Rader Straße 5) soll die Regenentwässerung neu geordnet werden. Hierfür soll ein kurzer Regenwasserkanal (eine Kanalhaltung) erstellt werden. Die Maßnahme soll aus Fremdmitteln finanziert werden.

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Stellenübersicht

(gemäß § 17 EigVO)

	Zahl der Stellen 2011		Zahl der Stellen 2010		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2010		Erläuterungen
	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	
Tariflich Beschäftigte	2	11 TVöD	2	11 TVöD	2	11 TVöD	
Insgesamt	2		2		2		

Betrieb Abwasserbeseitigung Hückeswagen

Betrieb

Freizeitbad

Hückeswagen



W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 1

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird

im Erfolgs-/Ergebnisplan	in den Erträgen auf	1.403.000,00 €
	in den Aufwendungen auf	722.970,00 €
	Jahresüberschuss	680.030,00 €
im Vermögensplan	in Aktiva	841.800,00 €
	in Passiva	841.800,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

III.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2011 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 710.300,00 € festgesetzt.

III. Verpflichtungsermächtigungen

IV.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

IV. Kassenkredite

V.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
1.	Umsatzerlöse							
441200	Mieten und Pachten	65.260	65.300,00	65.300,00	65.300,00	65.300,00	65.300,00	01
441210	Mietnebenkosten	249.813	274.600,00	231.600,00	237.700,00	237.700,00	237.700,00	02
	Summe Umsatzerlöse	315.073	339.900,00	296.900,00	303.000,00	303.000,00	303.000,00	
2.	Sonstige betriebliche Erträge							
452200	Mahn-/Vollstreckungsgebühren	0	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
458300	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	04
459100	Andere sonstige ordentliche Erträge	38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Summe sonstige betriebliche Erträge	38	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
3.	Materialaufwand							
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren							
522100	Aufwendungen für Strom	52.296	61.000,00	50.000,00	52.500,00	52.500,00	52.500,00	03
522200	Aufwendungen für Gas	12.201	15.000,00	16.000,00	16.300,00	16.300,00	16.300,00	02
522300	Aufwendungen für Fernwärme	103.734	112.000,00	59.000,00	60.200,00	60.200,00	60.200,00	03
522700	Aufwendungen für Wasser	23.811	27.000,00	30.000,00	31.200,00	31.200,00	31.200,00	02
523100	Aufwendungen für Unterhaltung Grundstücke, Gebäude usw.	3.775	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	05
523300	Aufwendungen für Maschinen und technische Anlagen	19.624	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	05
	Summe Materialaufwand	215.441	280.000,00	220.000,00	225.200,00	225.200,00	225.200,00	
4.	Personalaufwendungen							
501200	Vergütung Tarifbeschäftigte	132.352	120.340,00	94.520,00	95.470,00	96.420,00	97.380,00	
501210	Gewährte Leistungszulagen		1.330,00	1.400,00	1.670,00	1.930,00	1.950,00	06
502200	Beiträge Versorgungskassen Tarifbeschäftigte	8.756	9.430,00	7.430,00	7.530,00	7.620,00	7.700,00	
503200	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Tarifbeschäftigte	26.099	26.160,00	20.620,00	20.890,00	21.150,00	21.360,00	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
504200	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Tarifbeschäftigte	0	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	
507100	Aufwendungen für Rückstellung für nicht genommenen Urlaub	-3.320	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
507200	Aufwendungen für Rückstellung für Überstunden	-1.635	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
509100	Pauschalierte Lohnsteuer	604	700,00	600,00	600,00	600,00	600,00	
	Summe Personalaufwand	162.856	158.260,00	124.870,00	126.460,00	128.020,00	129.290,00	06
	5. <u>Abschreibung auf Sachanlagen</u>							
573200	Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen bebauter Grundstücke	70.765	71.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00	71.000,00	
575200	Abschreibungen auf technische Anlagen	9.858	15.000,00	50.000,00	43.000,00	40.000,00	40.000,00	
576100	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.155	23.500,00	10.000,00	8.000,00	5.000,00	5.000,00	
576200	Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	0	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
	Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	104.778	110.000,00	131.500,00	122.500,00	116.500,00	116.500,00	07
	6. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>							
523710	Aufwendungen für Abfallentsorgung	578	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	02
523130	Aufwendungen für Reinigung und Winterdienst für Grundstücke	172	350,00	350,00	350,00	350,00	350,00	
525300	Erstattung an Kommunen	43.929	57.800,00	57.900,00	60.750,00	60.400,00	60.100,00	08
525400	Erstattung an Zweckverbände (SAP-Kosten)	2.412	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
525600	Erstattung an verbundene Unternehmen	225.000	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14
522800	Aufwendungen für Abwasser	51.168	55.500,00	57.100,00	58.000,00	58.000,00	58.000,00	02
541200	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	0	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	
541300	Aufwendungen für übernommene Reisekosten	0	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	
541700	Personalnebenaufwendungen	0	300,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
542200	Leasing (Beckensauger)	1.412	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	04

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
542310	Bankgebühren	42	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	10.704	8.500,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00	09
543500	Telefon	0	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	
544120	Unfallversicherung	583	1.100,00	800,00	800,00	800,00	800,00	
544130	Gebäudeversicherung	12.823	10.800,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00	
544500	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenstände des Anlagevermöge	869	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen. Vereinen	0	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10
549200	Schadensfälle	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
578200	Abschreibung auf Forderungen	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	349.691	143.400,00	144.000,00	147.750,00	147.400,00	147.100,00	
7.	<u>Erträge aus Beteiligungen</u>							
469100	Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen	1.273.300	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	11
	Summe Erträge aus Beteiligungen	1.273.300	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	
8.	<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>							
461300	Zinserträge von Kommunen	4.209	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
461700	Zinserträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	1.011	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
	Summe Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.220	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	12
9.	<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>							
551300	Zinsaufwendungen an Kommunen	0	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
551700	Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	44.697	43.000,00	41.200,00	39.400,00	37.400,00	34.600,00	
551800	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	59.940	58.600,00	52.800,00	47.200,00	45.800,00	44.400,00	
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.637	106.600,00	99.000,00	91.600,00	88.200,00	84.000,00	12

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (gem. § 15 EigVO aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ist rd. 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	656.228	647.740,00	683.630,00	695.590,00	703.780,00	707.010,00	
11.	<u>Sonstige Steuern</u>							
547100	Grundsteuer B	3.160	3.400,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	13
	Summe Sonstige Steuern	3.160	3.400,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	
12.	JAHRESÜBERSCHUSS	653.068	644.340,00	680.030,00	691.990,00	700.180,00	703.410,00	14

Erl.- Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan 2011 **Zif.**

- 01** Einnahmen aus Pacht- bzw. Mietzahlungen für Bad, Sauna, Restaurant, Kiosk und Wohnung.
- 02** Die Erstattung von Betriebskosten für Restaurant und Kiosk erfolgt in monatlichen Abschlagszahlungen gem. Pachtvertrag. In Einzelnen sind dies: Kosten für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung. Die Abrechnung erfolgt zum Ende des Jahres. Zu erwartende Kostensteigerungen sind berücksichtigt.
- 03** Die in 2010 durchgeführten Maßnahmen zur energetischen Optimierung führen zu Energieeinsparungen. Insgesamt wurden die Ansätze für Strombezug sowie für Fernwärmebezug erheblich gesenkt. Es wird mit Einsparungen in Höhe von rd. 67 T€ (= 80 T€ brutto) gerechnet. Zu erwartende Kostensteigerungen sind berücksichtigt.
- 04** Die Auflösung von Rückstellungen ergeben sich im Rahmen des Jahresabschlusses
- 05** Gemäß § 4 des Nutzungsüberlassungsvertrages obliegt dem Betrieb Freizeitbad der Erhalt und die Erneuerung der betriebsnotwendigen technischen Anlagen sowie des Gebäudes einschließlich Becken, Verglasung und Bodenfliesen. Für 2011 werden ausschließlich Mittel für die laufende Unterhaltung eingeplant.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erl.- Zif. **Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan 2011**

- 06** Personalkosten für die Tarifbeschäftigten, die der Bürgerbad gGmbH im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages zur Verfügung gestellt werden. Durch das altersbedingte Ausscheiden eines Mitarbeiters in 2010 kann der Ansatz für die Folgejahre deutlich gesenkt werden.
Die Planwerte für die Jahre 2011 bis 2014 wurden auf der Grundlage der neuen Orientierungsdaten des Landes NRW durchgängig mit einer Steigerung von jeweils + 1 % angepasst.
- 07** Alle Bade- und Nebenanlagen sowie das vorhandene Inventar werden der gGmbH überlassen, verbleiben aber weiterhin im Eigentum des Betriebes, der die Abschreibung zu tragen hat. Die Abschreibung der in 2010 durchgeführten Investitionsmaßnahmen ist berücksichtigt.
- 08** Die auf den verbleibenden Betrieb FZB entfallenden Verwaltungsleistungen des städt. Personals (z.B. Betriebsleitung, Buchhaltung etc.) sind dem allgemeinen Haushalt zu erstatten.
- 09** Eingeplant werden neben den Kosten für die Jahresabschluss-Prüfungen auch Mittel für evtl. anfallende Planungs- und Beratungskosten.
- 10** Die hier ursprünglich eingeplanten Beiträge zur Berufsgenossenschaft für die tariflich angestellten Mitarbeiter des Betriebes werden über das Konto „Unfallversicherung“ (544120) abgewickelt, so dass diese Position künftig entfallen kann.
- 11** Im Hinblick auf die Beteiligungserträge der letzten 2 Jahre und nach den Einschätzungen der BEW wird mit Einnahmen in der eingeplanten Höhe gerechnet.
- 12** Zinserträge und –aufwendungen für Kassenkredite sind abhängig von der Liquidität des Betriebes. Eingeplant werden darüber hinaus die Zinsen für die laufenden Darlehen des Betriebes.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erl.- Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan 2011 **Zif.**

- 13** Ansatzerhöhung unter Berücksichtigung einer evtl. Anhebung des Hebesatzes.
- 14** Es ist davon auszugehen, dass unterjährig Unterstützungsleistungen zur Existenzsicherung an die Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH zu leisten sind, die das Jahresergebnis belasten. Die Zahlung erfolgt in der Regel in Teilbeträgen, für die jeweils ein separater Ratsbeschluss erforderlich ist. In den vergangenen Jahren wurden Beträge zwischen 200 und 250 T€ pro Jahr gezahlt.
Die Verwendung des Jahresüberschusses unterliegt ebenfalls der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Vermögensplan 2011

(gem. § 16 EigVO)

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ansatz 2 0 1 0 EURO	Ansatz 2 0 1 1 EURO	Erl. Nr.
	A k t i v a			
	I. Anlagevermögen			
4300.0000	Maßnahmen zur techn. Erneuerung und Verbesserung	25.000	100.000	01
4300.0001	Erwerb von beweglichem Vermögen	5.000	5.000	02
4300.0003	Erneuerung von Einrichtungsgegenständen Gastronomie	5.000	5.000	01
4300.0004	Maßnahmen zur energetischen Optimierung	300.000	0	
	II. Schuldendienst			
	Darlehenstilgung	62.000	65.200	03
	Tilgung für Umschuldungen	0	666.600	03
	Gesamtsumme Aktiva:	397.000	841.800	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Vermögensplan 2011

(gem. § 16 EigVO)

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ansatz 2 0 1 0 EURO	Ansatz 2 0 1 1 EURO	Erl. Nr.
	P a s s i v a			
	I. Verbindlichkeiten			
	Kreditbedarf	287.000	43.700	04
	Kreditbedarf für Umschuldungen	0	666.600	03
	II. Finanzüberschuss			
	Abschreibung	110.000	131.500	04
	Gesamtsumme Passiva:	397.000	841.800	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Investitionsprogramm 2010 - 2014

Auftrag / Konto	Bezeichnung	Ges.- kosten TEURO	Zweckgeb.Ein- nahm.TEURO		Ausgaben in TEURO					Erl. Nr.
			Zuwei- sungen	Son- stige	2010	2011	2012	2013	2014	
4300.0000	Maßnahmen zur techn. Erneuerung und Verbesserung	200			25	100	25	25	25	01
4300.0001	Erwerb von beweglichem Vermögen	20			5	5	5	0	5	02
4300.0002	Erneuerung von Einrichtungsgegenständen Gastronomie	25			5	5	5	5	5	01
4300.0004	Maßnahmen zur energetischen Optimierung	300			300	0	0	0	0	
	Gesamt	245			335	110	35	30	35	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Finanzplanung 2010 - 2014

(gem. § 18 EigVO)

Ausgaben	EURO					Erl. Nr.
	2010	2011	2012	2013	2014	
1. Baumaßnahmen gem. Investitionsprogramm	335	110	35	35	35	01-02
2. Darlehenstilgungen	62	65	68	72	75	03
3. Tilgung für Umschuldungen	0	667	0	243	0	03
4. Überschuss Vermögensplan	0	0	20	10	7	04
Summe Ausgaben	397	842	123	360	117	

Einnahmen	EURO					Erl. Nr.
	2010	2011	2012	2013	2014	
1. Kreditbedarf	287	43	0	0	0	04
2. Kreditbedarf für Umschuldungen	0	667	0	243	0	03
3. Abschreibungen	110	132	123	117	117	04
Summe Einnahmen	397	842	123	360	117	

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Erl.- Erläuterungen zum Vermögensplan 2011, Investitionsprogramm und Finanzplanung 2010 – 2014

Zif.

- 01** Gemäß § 3 des Nutzungsüberlassungsvertrages ist der Betreiber (gGmbH) im Wesentlichen zum Erhalt und gleichwertigen Ersatz von beweglichem und unbeweglichem Inventar verpflichtet. Eingeplant werden Mittel für die Erweiterung der Filteranlage des Nichtschwimmerbeckens (60 T€). Darüber hinaus müssen zur Einhaltung der Brandschutzaufgaben des TÜV Rheinland entsprechende Brandschutzmaßnahmen vorgesehen werden. Hierfür sowie für evtl. notwendige sonstige technische Erneuerungen werden 40 T€ bereitgestellt. Anzumerken ist, dass die Kosten der einzelnen Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt nur geschätzt werden können.
- 02** Nach § 4 des Nutzungsüberlassungsvertrages obliegt dem Betrieb der Erhalt und ggf. die Neubeschaffung dieser Anlagen.
- 03** Neben den jährlichen Tilgungsbeträgen werden für die Jahre 2011 und 2013 Tilgungsbeträge zur Umschuldung von zwei Darlehen des Betriebes eingeplant. Hier laufen Zinsbindungsfristen ab.
- 04** Mit Ausnahme der Investitionsmaßnahmen in 2011 können die eingeplanten Maßnahmen aus dem Finanzüberschuss (Abschreibungen) finanziert werden. Für die Jahre 2012 – 2014 ergibt sich planerisch ein Überschuss im Vermögensplan.

Betrieb Freizeitbad Hückeswagen

Stellenübersicht

(gemäß § 17 EigVO)

	Zahl der Stellen 2011		Zahl der Stellen 2010		Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2010		Erläuterungen
	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	Stellen	Entgeltgruppe	
Tariflich Beschäftigte							
	1	8 TVöD	2	8 TVöD	1,7	8 TVöD	
	1	6 TVöD	1	6 TVöD	1	6 TVöD	
	1	4 TVöD	1	4 TVöD	1	4 TVöD	
Insgesamt	3		4		3,7		

Erläuterung zum Stellenplan für das Jahr 2011

Im Stellenplan werden die Stellen der 3 Tarifbeschäftigten ausgewiesen, die der Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH im Rahmen der Personalgestellung zur Verfügung gestellt werden.

Bürgerbad

Hückeswagen

Gemeinnützige GmbH

Wirtschaftsplan

2011

Hückeswagener Bürgerbad gemeinnützige GmbH								
Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)								
Konto	Bezeichnung	Ansatz 2009 / EURO	Plan 2010 / EURO	Plan 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / Euro	Plan 2014 / Euro	Ziffer
1.	Umsatzerlöse							
441100	Erträge aus Verkauf	306.100,00	334.960,00	334.200,00	334.200,00	334.200,00	334.200,00	1
	Benutzungsentgelte Bad	196.330,00	218.000,00	218.000,00	218.000,00	218.000,00	218.000,00	
	Einnahmen aus Kurverträgen	28.330,00	31.260,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	
	Entgelte aus Gartenbenutzung	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	
	Einnahmen aus Veranstaltungen	500,00	500,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
	Sonstige Entgelte (Pfandgebühren)	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	
	Benutzungsentgelte Beachvolleyball-Feld	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Benutzungsentgelte Sauna	66.130,00	70.450,00	70.450,00	70.450,00	70.450,00	70.450,00	
	Nutzungsentgelte Sonnentische	5.000,00	5.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	
	Benutzungsentgelte Hotwhirlpoolgarten	6.000,00	6.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	
442300	Erstattungen von Kommunen (Schulschwimmern)	10.500,00	11.500,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	2
	Summe Umsatzerlöse	316.600,00	346.460,00	346.200,00	346.200,00	346.200,00	346.200,00	
2.	Sonstige betriebliche Erträge							
441200	Mieten und Pachten (Sauna)	1.500,00	1.500,00	1.000,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	3
459100	Andere sonstige ordentliche Erträge (Werbeeinnahmen Bundeswerbung)	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	4
	Summe sonstige betriebliche Erträge	6.500,00	6.500,00	6.000,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00	
3.	Materialaufwand							
522100	Aufwendungen für Strom	85.000,00	70.000,00	50.000,00	52.500,00	52.500,00	52.500,00	5
522700	Aufwendungen für Wasser	32.500,00	27.000,00	30.000,00	31.200,00	31.200,00	31.200,00	6
523100	Aufwendungen für Unterhaltung Grundstücke, Gebäude usw.	5.000,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	7
523120	Aufwendungen für Pflege Außenanlagen	1.500,00	1.575,00	1.575,00	1.575,00	1.575,00	1.575,00	

Hückeswagener Bürgerbad gemeinnützige GmbH								
Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)								
Konto	Bezeichnung	Ansatz	Plan	Plan	Plan	Plan	Ziffer	
		2009 / EURO	2010 / EURO	2011 / EURO	2012 / EURO	2013 / Euro		2014 / Euro
523500	Aufwendungen für Unterhaltung von Betriebsvorrichtungen	11.500,00	4.125,00	4.125,00	4.125,00	4.125,00	4.125,00	8
	Unterhaltung Sommerwiese	500,00	525,00	525,00	525,00	525,00	525,00	
	Unterhaltung Dampferotte	1.000,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	
	Unterhaltung Sauna	9.000,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
	Unterhaltung Hotwhirlpoolarten	1.000,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	1.050,00	
523600	Aufwendungen für Unterhaltung von BGA	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	
	Unterhaltung Grün, Ausstattung, Ausrüstung	32.000,00	32.000,00	32.000,00	32.000,00	32.000,00	32.000,00	
	Unterhaltung Kassenanlage	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	
525500	Erstattung an sonst. öffentlichen Bereich (Err. Von Gas/Wärme)	136.000,00	155.000,00	75.000,00	76.500,00	76.500,00	76.500,00	9
526400	Aufwendungen für Waren (Wasserzubereitung)	8.000,00	8.400,00	8.400,00	8.400,00	8.400,00	8.400,00	10
	<i>Summe Materialaufwand</i>	319.500,00	311.350,00	214.350,00	219.550,00	219.550,00	219.550,00	
4.	Personalaufwand							
501900	Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	115.000,00	170.000,00	200.000,00	204.000,00	208.080,00	212.241,60	11
	<i>Summe Personalaufwand</i>	115.000,00	170.000,00	200.000,00	204.000,00	208.080,00	212.241,60	
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen							
523710	Aufwendungen für Abfallentsorgung	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	
524900	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	10.000,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00	
	Reinigungsmittel	5.000,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	5.250,00	
	Unterhaltung Sauna	2.000,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	
	Kosten für Veranstaltungen	3.000,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	
522800	Aufwendungen für Abwitzer	55.500,00	55.500,00	57.100,00	58.000,00	58.000,00	58.000,00	12
541200	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	
541300	Aufwendungen für übernommene Reisekosten	300,00	300,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
541600	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
541700	Personalsnebenaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
542100	Mieten und Pachten (Pacht FZB und Sauna)	49.000,00	49.000,00	49.000,00	49.000,00	49.000,00	49.000,00	13
542200	Leasing (Becksaunsaar)	1.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Hückeswagener Bürgerbad gemeinnützige GmbH								
Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (aufgestellt nach den Vorschriften des HGB)								
Konto	Bezeichnung	Ansatz	Plan	Plan	Plan	Plan	Ziffer	
		2009 / EURO	2010 / EURO	2011 / EURO	2012 / EURO	2013 / Euro		2014 / Euro
542300	Gebühren	4.500,00	4.725,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	14
	Gasa-Gebühren	1.500,00	1.575,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
	Gebühren für Wassaprobe	3.000,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	3.150,00	
542310	Baugebühren	500,00	500,00	250,00	250,00	250,00	250,00	
542700	Prüfung, Beratung, Rechtschutz	19.000,00	19.000,00	19.000,00	19.000,00	19.000,00	19.000,00	15
	Prüfungs- und Beratungskosten	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
	Stuarberatungskosten	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	
543100	Büromaterial	500,00	500,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
543200	Druckachen	500,00	500,00	700,00	700,00	700,00	700,00	
543300	Zeitungen und Fachliteratur	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00	
543500	Telefon	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	
543800	Werbung	14.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
543900	Sonstige Geschäftsaufwendungen	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
544120	Unfallversicherung	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
544150	Elektronikversicherung	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen, Vereinen	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00	
	Beitrag Wupperverband			14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	
	<i>Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen</i>	172.100,00	167.025,00	184.200,00	185.100,00	185.100,00	185.100,00	
8.	<i>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</i>							
461.700	Zinzerträge von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen (Girokonto)	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
	<i>Summe Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</i>	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
9.	<i>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</i>							
551.700	Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen (Girokonto)	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
	<i>Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen</i>	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
12.	JAHRESGEWINN / -VERLUST	-283.500,00	-295.415,00	-246.350,00	-255.950,00	-260.030,00	-264.191,60	16

Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige GmbH

Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan 2011

Zur Durchführung des öffentlichen Badebetriebs sowie zur Sicherstellung des Schul- und Vereinsschwimmens überlässt die Stad Hückeswagen der Bürgerbad gGmbH das Hallenbad.

Der vorliegende Erfolgs- und Ergebnisplan enthält alle Einnahme- und Ausgabepositionen, die sich durch den Badebetrieb ergeben; ein Vermögens-/Finanzplan wird nicht aufgestellt.

Ziffer

Euro

1	Grundlage für die Veranschlagung der Einnahmen sind die bisher erzielten Umsatzerlöse. Darüber hinaus erwartet die gGmbH für 2011 eine Steigerung der Einnahmen durch die Attraktivitätssteigerung im Zusammenhang mit den neu angeschafften Aqua-Cycling-Rädern und draus resultierenden Kursangeboten. Enthalten sind	
	Benutzungsentgelte Bad	218.000,00
	Kursgebühren	33.000,00
	Entgelte für Gerätebenutzung	3.600,00
	Pfandgebühren	150,00
	Benutzungsentgelte Sauna	70.450,00
	Benutzungsentgelte Sonnenbank	4.000,00
	Benutzungsentgelte Hotwhirlpools	4.000,00
2	Erstattung der Entgelte für das Schulschwimmen	12.000,00
3	Einnahmen aus Überlassung von Räumen im Saunabereich	1.000,00
4	Einnahmen aus der Bandenwerbung	5.000,00

Ziffer		Euro
5	Anpassung an die veränderten Energiekosten (Strom)	59.000,00
6	Anpassung an die veränderten Wasserkosten	30.000,00
7	Unterhaltung der lt. Nutzungsüberlassungsvertrag überlassenen Bade- und Nebenanlagen	
8	Gleichbleibend gegenüber 2010	4.125,00
9	Erstattung von Energiekosten an den Betrieb FZB der Stadt Hückeswagen. Vermindert wegen Erneuerung der Wärmerückgewinnungsanlage.	105.000,00
10	Kosten für die Wasseraufbereitung	8.400,00
11	Aufwand für die Geschäftsführung und diverse Aushilfskräfte. Ansatz für 2011 erhöht, da Kosten für einen Schwimmmeister im gesamten Jahr 2011 anfallen.	
12	Kosten für Abwasser muss noch geklärt werden, da die gGmbH Mitglied im Wupperverband geworden ist und andere Konditionen erzielen kann.	57.100,00
13	Pacht für Bad (40.000,00 €) und Sauna (9.000,00€)	49.000,00
14	Kostenansatz geringfügig erhöht, da Preissteigerungen zu erwarten sind.	5.150,00
15	Steuerberatungskosten und Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer. Enthaten sind	
	Steuerberatungskosten	14.000,00
	Jahresabschlussprüfung	5.000,00
16	Es ist davon auszugehen, dass der ausgewiesene Verlust durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung FZB der Stadt Hückeswagen ausgeglichen wird.	



W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 1

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

**Wirtschaftsplan
für das
Wirtschaftsjahr 2011**

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird

<u>im Erfolgs-/Ergebnisplan</u>	in den Erträgen auf	1.191.945,00 €
	in den Aufwendungen	-1.221.490,00 €
	Jahresverlust	-29.545,00 €
<u>im Vermögens- / Finanzplan</u>	in Aktiva	3.573.300,00 €
	in Passiva	3.573.300,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2011 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 3.626.230,00 € festgesetzt.

III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000 € festgesetzt.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009/ EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012/ EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014/ EURO	Erl. Nr.
1.	<u>Umsatzerlöse</u>							
441100	Erträge aus Verkauf (Grundstücksverkäufe)	628.540	600.000,00	600.000,00	600.000,00	600.000,00	600.000,00	01
441200	Mieten und Pachten	45.768	116.000,00	139.775,00	185.250,00	225.950,00	225.950,00	06
441210	Mietnebenkosten	1.803	13.000,00	4.440,00	4.440,00	4.440,00	4.440,00	07
441300	Erlöse aus Provisionen	2.494	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	02
441700	Erlöse aus Baukostenzuschüssen	15.882	30.000,00	30.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	03
441701	Erlöse aus Versorgungskostenbeiträgen	15.607	38.500,00	38.500,00	38.500,00	38.500,00	38.500,00	04
	Summe Umsatzerlöse	710.094	802.500,00	817.715,00	848.190,00	888.890,00	888.890,00	
2.	<u>Aktiviert Eigenleistungen</u>							
471200	Aktiviert Eigenleistungen Personal (Projektsteuerung)	10.745	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	05
		10.745	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
3.	<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>							
441800	Andere sonst. betriebliche Erträge (NRW-Tag)	0	0,00	0,00	0,00	830.000,00	0,00	08
441810	Andere sonst. betriebliche Erträge (Stromverkauf Photovoltaikanlage)	0	0,00	9.060,00	18.120,00	18.030,00	17.940,00	09
442600	Erstattungen von Gemeinden	721	550,00	550,00	550,00	550,00	550,00	10
452200	Mahnungs- und Vollstreckungsgebühren	0	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
452710	Schadenersatz als kostenmindernder Erlös (Versicherungsfälle)	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11
458300	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen (Versorgungsleitungen BEW)	180.250	0,00	312.000,00	312.000,00	0,00	0,00	12
458300	Erträge aus der Aufl. oder Herabsetzung von Rückstellungen (Grundstücksverkäufe Weierbachblick)	109.686	530.000,00	50.000,00	100.000,00	50.000,00	50.000,00	13

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009/ EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
458300	Erträge aus der Aufl. oder Herabsetzung von Rückstellungen (Sonstige)	910	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
459100	Andere sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Summe sonstige betriebliche Erträge	291.566	530.650,00	362.650,00	430.770,00	898.680,00	68.590,00	
4.	<u>Materialaufwand</u>							
	<u>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>							
523300	Unterhaltung Maschinen und techn. Anlagen	0	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	14
526400	Aufwendungen für Waren (Infrastruktur, Versorgung)	14.250	33.000,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	04
526400	Aufwendungen für Waren (Versorgungsleitungen BEW)	180.250	0,00	312.000,00	312.000,00	0,00	0,00	12
526500	Aufwendungen für unfertige Erzeugnisse (Einst, in Rückstellungen)	237.839	143.000,00	3.120,00	0,00	0,00	0,00	13
526610	Fertige Erzeugnisse (Grundstückseinsatz)	375.154	409.000,00	522.040,00	525.160,00	525.160,00	525.160,00	13
	<u>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>							
523100	Unterhaltung Gebäude / Grundstücke	4.314,61	14.500,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	14
523110	Wartung Gebäudetechnik	1.119	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	14
529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	75.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	15
	Summe Materialaufwand	812.927	678.500,00	914.160,00	914.160,00	602.160,00	602.160,00	
5.	<u>Abschreibungen</u>							
573200	Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	9.254	36.000,00	42.510,00	70.110,00	82.910,00	82.910,00	16
576100	Abschreibungen auf Betriebs und Geschäftsausstattung	368	300,00	560,00	560,00	560,00	200,00	
	Summe Abschreibungen	9.622	36.300,00	43.070,00	70.670,00	83.470,00	83.110,00	

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009/ EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
6.	<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>							
522800	Abwasser/Niederschlagswassergebühr	0	2.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17
523710	Abfallentsorgung	0	1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17
525300	Erstattungen an Gemeinden	109.637	103.730,00	109.500,00	109.500,00	109.500,00	109.500,00	18
525400	Erstattungen an Zweckverbände	960	1.900,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	19
525600	Erstattungen an verbundene Unternehmen (hier: Verwaltungs-GmbH)	16.923	14.570,00	16.890,00	16.000,00	15.730,00	15.980,00	20
541200	Aus- und Fortbildung	0	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21
541300	Aufwendungen für übernommene Reisekosten	300	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21
542300	Gebühren Straßenreinigung	0	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17
542310	Bankgebühren	81	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	9.905	15.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	
543800	Werbung	15.148	30.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	
543900	Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	7.706	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
543901	Aufwendungen NRW-Tag	0	0,00	10.000,00	20.000,00	800.000,00	0,00	08
544100	Versicherungsbeiträge	2.862	5.700,00	5.200,00	5.200,00	5.200,00	5.200,00	22
544110	Haftpflichtversicherung	214	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00	
544900	Sonstige Beiträge	1.260	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
549200	Aufwendungen für Schadensfälle	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11
549210	Aufwendungen für Vandalismus	0	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	23
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	164.998	182.100,00	175.540,00	184.650,00	964.380,00	164.630,00	

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009/ EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Ansatz 2014 / EURO	Erl. Nr.
7.	<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>							
461300	Zinserträge von Gemeinden (Kassenkreditzinsen)	0	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
461600	Zinsen von verb. Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	125	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
461700	Zinserträge von sonstigen öffentl. Sonderrechnungen (Girokonto)	2.679	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
	Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.805	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	
8.	<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>							
551300	Zinsaufwendungen an Gemeinden (Kassenkreditzinsen)	742	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	
551600	Zinsaufwendungen an verb. Unternehmen, Beteilig., Sonderverm.	212	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
551700	Zinsaufwendungen an sonst. öffentl. Sonderrechnungen (Sparkasse)	11.744	112.000,00	78.600,00	130.700,00	135.800,00	134.800,00	
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.697	113.500,00	80.100,00	132.200,00	137.300,00	136.300,00	24
9.	<u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	14.967	324.350,00	-20.905,00	-11.120,00	11.860,00	-17.120,00	
10.	<u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>							
548100	Gewerbeertragssteuer	-2.612	20.000,00	1.200,00	0,00	0,00	0,00	25
548400	Solidaritätszuschlag	38	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	
548700	Zinsabschlagssteuer	683	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00	10
	Summe Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.891	20.550,00	1.750,00	550,00	550,00	550,00	

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009/ EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Ansatz 2014 / EURO	Erl. Nr.
11.	<u>Sonstige Steuern</u>							
547100	Grundsteuer	5.598	10.370,00	6.870,00	6.870,00	6.870,00	6.870,00	
	Summe sonstige Steuern	5.598	10.370,00	6.870,00	6.870,00	6.870,00	6.870,00	26
12.	Jahresgewinn / -verlust	11.260	293.430,00	-29.525,00	-18.540,00	4.440,00	-24.540,00	27
	nachrichtlich: Haftungsprämie an HEG Verwaltungs GmbH (gem. § 17 GV netto)	2.500,00 = 10 % des Stammkapitals	5.000,00 = 20 % des Stammkapitals	2.500,00 = 10 % des Stammkapitals				

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2011

Der vorliegende Wirtschaftsplan beinhaltet folgende Tätigkeitsfelder der Gesellschaft:

- Planung, Erschließung und Vermarktung des Wohnbaugebietes „Weierbachblick“
- Vermarktung der restlichen Flächen im Gewerbegebiet West 2.
- Vermarktung des in 2010 angekauften Grundstücks im Innenstadtbereich
- Unterhaltung, Sanierung und Modernisierung der städt. Mehrzweckhalle, die in 2009 von der Stadt erworben wurde.
- Beteiligung an der Errichtung und Vermietung eines Gebäudes für den gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen. Geplant ist, dass die Entwicklungsgesellschaften beider Städte jeweils ein Teileigentum an der Immobilie erwerben im Verhältnis von etwa 60 : 40. Kosten und Erträge sollen analog aufgeteilt werden. Die genaue Verfahrensweise ist noch abzustimmen.
- Errichtung einer Garage für die Feuerwehr Holte
- Durchführung NRW-Tag 2013

Unter Berücksichtigung der Vorschriften des HGB entspricht die Form des Erfolgs-/Ergebnisplanes der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan:

- 01 Nach den anfänglich guten Erfolgen bei den Grundstücksverkäufen wird deutlich, dass die Vermarktung – auch im II. Bauabschnitt– wesentlich schwieriger wird, bzw. dass sich diese über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. In 2010 wurden die zu erwartenden Verkaufserlöse reduziert; im Hinblick auf die tatsächlichen Grundstücksverkäufe in 2009 und 2010 wird auch für die Folgejahre mit Verkäufen von 4.000 qm pro Jahr gerechnet.
- 02 Für die Vermarktung der städt. Grundstücke im Gewerbegebiet West 2 erhält die HEG eine entsprechende Provision. Die Grundstücksverkäufe werden über des städt. Haushalt abgewickelt.
- 03 Die HEG muss als Erschließungsträger an die BEW Baukostenzuschüsse für die Versorgung des Wohnbaugebietes mit Strom, Gas und Wasser leisten. Im Gegenzug erhält sie entsprechende Baukostenzuschüsse durch die Grundstückserwerber.
- 04 Ertrags- und Aufwandsposition für die Abwicklung der Versorgungskosten im Gewerbegebiet West 2, die von der Gesellschaft an die BEW zu zahlen sind. Die Erstattung erfolgt durch die Grundstückserwerber.
- 05 Die Leistungen des Geschäftsführers für die Projektsteuerung Erschließung Wohnbaugebiet werden zu Lasten des Vermögensplanes (Erhöhung Umlaufvermögen) vereinnahmt. Sie werden im Rahmen des Jahresabschlusses ermittelt.
- 06 Geplante Mieteinnahmen für folgende Mietobjekte:
Mehrzweckhalle - Mieterhöhung nach Vollendung der Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten.
Feuerwehr-Garage in Holte – geplante Mieteinnahmen ab dem 2. Halbjahr 2011 vorläufig in Höhe des voraussichtlich anfallenden Aufwandes für Darlehenszinsen und Abschreibung zzgl. Gewinnaufschlag
Gebäude für den gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen - geplante Mieteinnahmen ab dem 2. Halbjahr 2012 vorläufig in Höhe des voraussichtlich anfallenden Aufwandes für Darlehenszinsen und Abschreibung zzgl. Gewinnaufschlag
- 07 Erstattung Grundsteuer und Versicherungsprämien für die Mehrzweckhalle.
- 08 Die finanzielle Abwicklung des NRW-Tages soll über die Gesellschaft abgewickelt werden. Aufwand und Erträge werden verteilt über die Jahre 2011 bis 2013 kostenneutral eingeplant. Eine Kalkulation der Kosten ist bisher nicht erfolgt. Ziel ist es, den entstehenden Aufwand durch entsprechende Sponsorengelder zu decken.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan:

- 09 Aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage auf dem Dach der Mehrzweckhalle werden ab dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Inbetriebnahme (01.07.2011) Erträge aus Stromverkauf erwartet. Die Berechnung berücksichtigt eine jährliche Leistungsminderung der Module von rd. 0,5%.
- 10 Die seitens der Gesellschaft gezahlte Zinsabschlagsteuer und Solidaritätszuschlag werden der Stadt auf Antrag vom Finanzamt erstattet und an die Gesellschaft weitergeleitet.
- 11 Einnahme- bzw. Ausgabeposition für die Abwicklung von Versicherungsfällen.
- 12 Gemäß Vereinbarung mit der BEW sind für die gesicherte Stromversorgung im Gewerbegebiet West 2 weitere Zahlungen fällig, die voraussichtlich aus den in Vorjahren gebildeten Rückstellungen gezahlt werden können. Folgende Beträge sind vorgesehen:

Ausbau Stromversorgung	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt
3. Ausbaustufe (6.000 kVA)	151.000	164.500	164.500	-	-	-	480.000
4. Ausbaustufe (9.000 kVA)	-	-	-	-	209.000	209.000	418.000
5. Ausbaustufe I (Kabelmitverlegung in 3. Stufe)	-	31.500	31.500	-	-	-	63.000
5. Ausbaustufe II (Kabelmitverlegung in 4. Stufe)	-	-	-	-	74.625	74.625	149.250
5. Ausbaustufe III (Arbeiten im Umspannwerk etc.)	-	-	-	-	28.250	28.250	56.500
Ausbau Gas- und Wasserversorgung 3. BA (Rest)	-	-	10.000	-	-	-	10.000
Gesamt	151.000	196.000	206.000	0	311.875	311.875	1.176.750

- 13 Abwicklung des Umlaufvermögens (Wohnbaugebiet Weierbachblick) auf der Grundlage der Verkaufserwartungen von 4.000 qm pro Jahr . Die Auflösung der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für noch anfallende Erschließungskosten erfolgen - bis auf einen Restbetrag in 2011 - über den Vermögensplan (Reduzierung Umlaufvermögen). Für 2010 wurde der Ertrag aus der Rückstellungsauflösung irrtümlich im Erfolgsplan eingesetzt, Hierzu wird auf die Erläuterungen zum Jahresüberschuss (Nr. 26) hingewiesen.
- 14 Positionen für die Unterhaltung von Mehrzweckhalle und Grundstück. Diese Kosten sind pauschal im Mietpreis enthalten. Darüber hinaus werden bei Konto 523100 Mittel für die Unterhaltung des in 2010 erworbenen Grundstückes im Innenstadtbereich eingeplant.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan:

- 15 Um flexibel auf Anfragen für neue Projekte, Infrastrukturmaßnahmen für die Stadt Hückeswagen oder dritte Unternehmen etc. reagieren zu können, wird ein Ansatz für Planungskosten gebildet.
- 16 Abschreibung für das Anlagevermögen der Gesellschaft. Enthalten sind: Gebäude Mehrzweckhalle, Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen Mehrzweckhalle einschl. Photovoltaikanlage, neues Bauhofgebäude (Teileigentum) sowie die Garage Feuerwehr Holte unter Berücksichtigung der Fertigstellung des jeweiligen Vermögensgegenstandes.
- 17 Die im Vorjahr eingeplanten Kosten werden künftig direkt aus dem städt. Haushalt bezahlt.
- 18 Die Leistungen des städt. Personals für die Gesellschaft sind dem städt. Haushalt zu erstatten.
- 19 Ansätze können, da in der Vergangenheit zu hoch angesetzt, reduziert werden.
- 20 Gemäß § 8 des Gesellschaftervertrages hat die HEG Verwaltungs GmbH "Anspruch auf Ersatz aller Aufwendungen, die ihr aus Anlass ihrer Geschäftsführung entstehen."
- 21 Die Kosten für Aus- und Fortbildung sowie für Reisekosten sind pauschal in der internen Leistungsverrechnung enthalten.
- 22 Versicherungsbeiträge für Mehrzweckhalle (Erstattung über Konto 441210) sowie für das Umlaufvermögen der Gesellschaft.
- 23 Ansatzbildung für Schäden, die nicht durch Versicherungen abgedeckt sind.
- 24 Zinsaufwendungen für Darlehen zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen des Vermögensplanes. bzw. gem. Zins- und Tilgungsplan für bereits aufgenommen Darlehen unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Zeitpunkts der Darlehensaufnahmen. Die Finanzierung des Umlaufvermögens soll über kurzfristige Kredite erfolgen.
- 25 Für die Folgejahre ergeben sich planerisch negative Jahresergebnisse, so dass nicht mit einer Gewerbesteuerbelastung zu rechnen ist. Der für 2011 eingeplante Betrag entspricht dem vorliegenden Vorauszahlungsbescheid.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan

- 26 Grundsteuer für Immobilie und Grundstücke des Umlaufvermögen der Gesellschaft unter Berücksichtigung einer evtl. Anhebung des Hebesatzes. Die Grundsteuer für die Mehrzweckhalle wird über die Mietnebenkosten vom Mieter (Stadt) erstattet.
- 27 Der für 2010 ausgewiesene hohe Jahresüberschuss entstand ursächlich aus der irrtümlich im Ertrag eingeplanten Auflösung von Rückstellungen für noch anfallende Erschließungskosten im Wohnbaugebiet Weierbachblick. Im Zuge der Jahresabschluss-Prüfung 2009 wurde die Berechnung zur Entwicklung des Umlaufvermögens im Weierbachblick überarbeitet und mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt.

Bei ordnungsgemäßer Einplanung in 2010 hätte sich – unter Berücksichtigung der das Umlaufvermögen betreffenden Positionen (Materialeinsatz, Einstellung bzw. Auflösung von Rückstellungen) – ein voraussichtlicher Jahresverlust von rd. 230 T€ ergeben. Im Vergleich hierzu kann für die Folgejahre eine Verbesserung erreicht werden.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Vermögens- / Finanzplan 2010 - 2014

SAP Konto	Bezeichnung	Ansatz 2010 / EUR	Plan 2011 / EUR	Plan 2012 / EUR	Plan 2013/EUR	Plan 2014 / EUR	Erl. Nr.
	A K T I V A						
	Anlagevermögen						
3300.0001	Sanierung / Modernisierung Mehrzweckhalle	600.000	950.000	0	0	0	01
3300.0007	Gebäude Bauhof (Teileigentum)	0	640.000	640.000	0	0	02
3300.0008	Garage Feuerwehr Holte	0	40.000	0	0	0	03
	Kindergarten Ewald-Gnau-Straße (Gründerwerb, Bau, Herrichtung)	655.000	0	0	0	0	
	<i>Summe Anlagevermögen</i>	1.255.000	1.630.000	640.000	0	0	
	Umlaufvermögen						
	<u>Erhöhung des Umlaufvermögens</u>						
3700.0000	Ankauf Grundstücke	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	04
3700.0003	Wertsteigerung durch Erschließung	800.000	800.000	330.000	0	0	05
3700.0002	Wertsteigerung durch Baunebenkosten	70.000	70.000	35.000	0	0	05
	<i>Summe Umlaufvermögen</i>	1.870.000	1.870.000	1.365.000	1.000.000	1.000.000	
	Schuldendienst						
	Darlehensstilgung	87.500	73.300	88.700	88.600	92.000	06
	SUMME AKTIVA	3.212.500	3.573.300	2.093.700	1.088.600	1.092.000	

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Vermögens- / Finanzplan 2010 - 2014

SAP Konto	Bezeichnung	Ansatz 2010 / EUR	Plan 2011 / EUR	Plan 2012 / EUR	Plan 2013 / EUR	Plan 2014 / EUR	Erl. Nr.
	PASSIVA						
	Umlaufvermögen						
	<u>Reduzierung des Umlaufvermögens</u>						
155200	Grundstückseinsatz	409.000	522.000	525.000	525.000	525.000	07
	Einstellung in Rückstellungen	143.000	3.000	0	0	0	07
	Entnahme aus Rückstellungen	-530.000	-621.000	-22.600	0	0	07
	Verbindlichkeiten						
	Finanzbedarf	3.154.200	3.626.230	1.520.630	480.130	483.890	
	Finanzüberschuss	36.300	43.070	70.670	83.470	83.110	08
	Abschreibungen	36.300	43.070	70.670	83.470	83.110	
	SUMME PASSIVA	3.212.500	3.573.300	2.093.700	1.088.600	1.092.000	

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Vermögens- / Finanzplan:

- 01 Die für 2010 geplanten Sanierungsmaßnahme einschließlich Photovoltaikanlage konnte aus den verschiedensten Gründen noch nicht durchgeführt werden, weil die Veränderung des Daches incl. PV-Anlage sich als schwierige Aufgabe darstellt. Gleichzeitig soll die im Untergeschoss der Mehrzweckhalle vorhandene Hausmeisterwohnung umgenutzt und dem Jugendtreff zugeordnet werden soll. Im Baugenehmigungsverfahren hat sich ergeben, dass der Aufwand aufgrund von bauaufsichtsrechtlichen Forderungen aus Sicht des Brandschutzes für den Bereich Jugendtreff/Hausmeisterwohnung sowie auch an anderer Stelle des Untergeschosses erheblich umfangreicher wird. Gemäß Kostenschätzung des beauftragten Architekten ist aus derzeitiger Sicht mit Kosten von rd. 40 T€ zu rechnen. Diese Kosten sind als anschaffungsnaher Herstellungsaufwand zu aktivieren und damit über den Vermögensplan 2010 abzuwickeln. Von den in 2010 eingeplanten Mitteln in Höhe von 600 T€ werden in 2011 500 T€ neu eingeplant (100 T€ aus 2010 für Umbau Hausmeisterwohnung/Brandschutz = 40 T€; Rest Planungskosten für Dachsanierung, die planerisch noch in 2010 anfallen) Darüber hinaus beinhaltet der Ansatz 2011 folgende Maßnahmen:
40 T€ Neueinplanung der in 2010 verausgabten Mittel, 260 T€ Photovoltaikanlage, 150 T€ Hallenfußboden.
- 02 Mittelbereitstellung für den Bau eines Gebäudes für den gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen. Die Entwicklungsgesellschaften beider Städte sollen jeweils Teileigentum im Verhältnis von etwa 40 : 60 % erwerben. Von den geschätzten Baukosten i.H.v. 3,2 Mio. € werden die anteiligen Kosten je zur Hälfte für 2011 und 2012 eingeplant.
- 03 Geplanter Neubau einer Garage für die Feuerwehr Holte zur Vermietung an die Stadt. Die zusätzliche Garage ist zur Unterbringung des zweiten Fahrzeuges erforderlich
- 04 Für die langfristige Weiterentwicklung im Bereich von Gewerbe- und Wohnbauflächen ist in Zukunft der Ankauf weiterer Grundstücke erforderlich. Um hier die notwendige Flexibilität für kurzfristige Entscheidungen zu haben, sind entsprechende Mittel einzuplanen. Es soll jedoch angestrebt werden, das Flächen nur mit langfristigen Optionen angekauft werden, d.h. dass Zahlungen erst fällig werden, wenn Bebauungspläne rechtskräftig geworden sind.
- 05 Geplante Wertsteigerung (Erhöhung des Umlaufvermögens) durch Erschließungsmaßnahmen einschl. Nebenkosten im Baugebiet Weierbachblick (I. bis III. Bauabschnitt). Mit der Erschließung werden auch die Tiefbauarbeiten für die Versorgungsleitungen der BEW (Gas, Wasser, Strom) ausgeführt. Die Kosten hierfür werden von der BEW erstattet.
- 06 Darlehenstilgung analog zu den im Erfolgs-/Ergebnisplan eingeplanten Darlehenszinsen. Auf die Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan Nr. 23 wird verwiesen.

HEG Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

Erläuterungen zum Vermögens- / Finanzplan:

- 07 Berechneter Grundstückseinsatz einschließlich der Entwicklung der Rückstellungen auf der Grundlage aller anfallenden Erschließungskosten im Wohnbaugebiet. Hierzu wird auf die Nr. 12 der Erläuterungen zum Erfolgs-/Ergebnisplan verwiesen.
- 08 Abschreibungsbeträge für die Vermögensgegenstände der Gesellschaft dienen als Finanzüberschuss der Finanzierung.

HEG

Verwaltungs

GmbH



W i r t s c h a f t s p l a n

2 0 1 1

HEG Verwaltungs GmbH

**Wirtschaftsplan
für das
Wirtschaftsjahr 2011**

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird

<u>im Erfolgs-/Ergebnisplan</u>	in den Erträgen auf	19.590,00 €
	in den Aufwendungen	-19.081,00 €
	Jahresgewinn	509,00 €

festgesetzt.

II. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2011 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 0 € festgesetzt.

III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 0 € festgesetzt.

HEG Verwaltungs GmbH

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
1.	<u>Umsatzerlöse</u>							
442600	Erstattungen von verbundenen Unternehmen (Auslagenersatz)	12.691	14.570,00	16.890,00	16.000,00	15.730,00	15.980,00	01
	Dto. (Haftungsprämie gem . GV))	2.500	5.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	02
	Summe Umsatzerlöse	15.191	19.570,00	19.390,00	18.500,00	18.230,00	18.480,00	
2.	<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>							
458300	Auflösung von Rückstellungen	77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	03
	Summe sonstige betriebliche Erträge	77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3.	<u>Materialaufwand</u>							
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen							
525300	Erstattungen an Gemeinden	12.691	14.570,00	16.890,00	16.000,00	15.730,00	15.980,00	01
525400	Erstattungen an Zwecksverbände	0	1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	04
	Summe Materialaufwand	12.691	16.470,00	16.890,00	16.000,00	15.730,00	15.980,00	
4.	<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>							
542310	Bankgebühren	46	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	
542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	1.107	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
543900	Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	75	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
544900	Sonstige Beiträge	230	230,00	230,00	230,00	230,00	230,00	
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.458	1.980,00	1.980,00	1.980,00	1.980,00	1.980,00	

HEG Verwaltungs GmbH

Erfolgs-/Ergebnisplan 2011 (nach den Vorschriften des HGB)

Konto SAP	Bezeichnung	Ergebnis 2009 / EURO	Ansatz 2010 / EURO	Ansatz 2011 / EURO	Plan 2012 / EURO	Plan 2013 / EURO	Plan 2014 / EURO	Erl. Nr.
5.	<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>							
461600	Zinsen von verb. Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	212	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	05
461700	Zinserträge von sonst. öffentlichen Sonderrechnungen (Girokonto)	18	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	
	Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	230	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	
6.	<u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	1.349	1.320	720	720	720	720	
7.	<u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>							
548200	Körperschaftsteuer	202	200,00	200,00	100,00	100,00	100,00	
548400	Solidaritätszuschlag	12	11,00	11,00	6,00	6,00	6,00	
548700	Zinsabschlagsteuer	4	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Summe Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	211,00	211,00	106,00	106,00	106,00	06
8.	Jahresüberschuss / -verlust	1.131	1.120	509	614	614	614	

Erläuterungen zum Erfolgs- / Ergebnisplan

- 01 Die von der Stadt in Rechnung gestellten Leistungen des städt. Personals für die Gesellschaft werden von der HEG mbH & Co. KG als Aufwendungen aus Anlass der Geschäftsführung gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages erstattet.
- 02 Die Haftungsprämie gemäß § 17 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages ist abhängig vom Jahresergebnis der HEG mbH & Co. KG.
- 03 Die Auflösung von Rückstellungen betrifft die Jahresabschlusskosten.
- 04 Die ursprünglich eingeplanten Software-Kosten fallen nicht an, bzw. werden über die HEG mbH & Co. KG abgewickelt.
- 05 Verzinsung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern gem. § 4 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrages.
- 06 Einplanung von Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag auf der Basis der Jahresergebnisse.

Stadt Hückeswagen

Oberbergischer Kreis



Haushalts- sicherungskonzept

2011 - 2014

Inhaltsübersicht

	Seite
1. Haushalts sicherungskonzept	1 - 18
<i>1.1 Angaben zur aktuellen Ausgangslage</i>	<i>1 - 2</i>
<i>1.2 Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung</i>	<i>2 - 3</i>
1.2.1 GFG-2011	2
1.2.2 Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte	2 - 3
1.3 Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen	3 - 18
1.3.1 Erträge	3 - 9
<i>1.3.1.1 Steuern und ähnliche Angaben</i>	<i>3 - 4</i>
1.3.1.1.1 Grundsteuer B	3
1.3.1.1.2 Gewerbesteuer	4
1.3.1.1.3 Hundesteuer	5
<i>1.3.1.2 Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen</i>	<i>4 - 5</i>
1.3.1.2.1 Überprüfung von Gebührensatzungen	4 - 5
<i>1.3.1.3 Sonstige ordentliche Erträge</i>	<i>5</i>
1.3.1.3.1 Auflösung von Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte	5
1.3.1.3.2 Pauschale Haushaltsverbesserung	5
<i>1.3.1.4 Finanzerträge</i>	<i>6 - 9</i>
1.3.1.4.1 Gründung einer Bürgerbad GmbH	6- 7
1.3.1.4.2 Energetische Sanierung Bürgerbad	7
1.3.1.4.3 Überführung von Erträgen aus Gewinnanteilen	7 - 8
1.3.1.4.4 Kapitalrückführungen aus dem Betrieb Abwasserbeseitigung	9
1.3.2 Aufwendungen	10 - 18
<i>1.3.2.1 Personalaufwendungen</i>	<i>11 - 12</i>
1.3.2.1.1 Stellenentwicklung und Personalentwicklungskonzept	11 - 12
<i>1.3.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</i>	<i>13 - 18</i>
1.3.2.2.1 Überprüfung und ggf. Abbau von Standards	13
1.3.2.2.2 Verkauf von Wohnhäusern	13 - 14
1.3.2.2.3 Verkauf der Mehrzweckhalle	14 - 15
1.3.2.2.4 Projekt Shared Services zur interkommunalen Zusammenarbeit	15 - 17

	Seite
1.3.2.2.5 Einbindung der Bürgerschaft	17
1.3.2.2.6 Frühzeitige Anpassung an die demografische Entwicklung	18
1.3.2.2.7 Zustandserfassung im Bereich Infrastrukturvermögen	18

1. Haushaltssicherungskonzept

1.1 Angaben zur aktuellen Ausgangslage

Nach Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zeigte sich, dass die Stadt Hückeswagen für die Haushaltsjahre 2006 bis 2008 in der Lage war - unter Einbeziehung des Bestandes der Ausgleichsrücklage - jeweils eine (fiktiv) ausgeglichene Haushaltsplanung vorzulegen. Im Jahresabschluss 2008 ergab sich sogar ein positives Jahresergebnis. Für das Haushaltsjahr 2009 reichte jedoch die noch vorhandene Ausgleichsrücklage nicht mehr aus, um die ausgewiesene Unterdeckung auszugleichen.

Das Jahr 2010 war in mehrfacher Hinsicht ein absolut außerordentliches Jahr in der Geschichte der Stadt. Aufgrund des Baus der Stadtstraße und somit der inneren Ortsumgebung sowie auch aufgrund der Tatsache, dass die Stadt zum ersten Mal in ihrer Geschichte abundant war und keine Schlüsselzuweisungen des Landes erhielt, ergab sich planerisch ein erhebliches Defizit von rd. 9,9 Mio. €.

Unter Zugrundelegung der bis dahin bekannten Finanzrahmendaten zeigte sich im Entwurf zum Haushaltsplan 2011 eine wirtschaftliche Entwicklung für die Jahre 2011 bis 2014 in der Weise, dass die gesetzlichen Schwellenwerte unterschritten wurden und somit die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht erforderlich erschien.

Nach Bekanntgabe des Entwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 und einer ersten Proberechnung hierzu stellte sich die Situation am 23. Dezember 2010 völlig neu dar. Aufgrund struktureller Veränderungen ergibt sich eine stärkere Belastung kreisangehöriger Kommunen zugunsten des kreisfreien Raumes. Für Hückeswagen bedeutet dies nur in 2011 Mindererträge aus Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 1,1 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf. Die Beschlussfassung über das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie die angekündigten Veränderungen aufgrund des ifo - Gutachtens ab 2012 bleiben abzuwarten.

Die weitere Entwicklung im Finanzplanungszeitraum 2012 - 2014 stellt sich insgesamt wieder positiver dar. Im Jahr 2012 ergibt sich planerisch ein Überschuss in Höhe von rd. 500 T€. Ebenso kann der Haushaltsausgleich in 2014 dargestellt werden. Das geplante Defizit des Jahres 2013 liegt unterhalb der gesetzlichen Schwellenwerte und stellt insoweit einen zulässigen Eigenkapitalverzehr dar.

Diese Entwicklung gibt jedoch keinen Anlass, in den Konsolidierungsbemühungen nachzulassen, denn letztlich ist ein struktureller Haushaltsausgleich noch nicht erreicht. Neben einer weiterhin äußerst restriktiven Bewirtschaftung im Bereich der Aufwendungen gehört auch eine konsequente Zurückhaltung im investiven Bereich zu den Voraussetzungen, um in Zukunft einen Haushaltsausgleich darstellen zu können. Eine Nettoneuverschuldung sollte auch künftig nicht erfolgen. Der Weg des konsequenten Schuldenabbaus wird auch weiterhin beschritten.

Mit den folgenden Darlegungen wird beschrieben, welche Entwicklungen zur Pflicht der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes führen, welche Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen bzw. fortgeführt werden und wie sich der Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt darstellt.

1.2 Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung

1.2.1 GFG - 2011

Wie vorstehend bereits erwähnt fallen durch strukturelle Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 die Schlüsselzuweisungen deutlich niedriger aus, als sie ohne diese Änderungen zu erwarten gewesen wären. Dies führt ursächlich zu einer Verschlechterung, die auch bei allen Bemühungen und Umsetzungen von Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr abgedeckt werden kann.

Grundsätzlich hat das Land Nordrhein - Westfalen eine Neuausrichtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes ab 2012 unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Ifo - Kommission angekündigt. Es ist kaum akzeptabel, dass mit Vorlage des Gesetzes für 2011 nur teilweise Neuregelungen getroffen werden, die eine derartige Lastenverschiebung bewirken.

1.2.2 Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte

In den letzten Monaten wurde aufgrund einer äußerst kontroversen Diskussion zwischen dem Innenministerium, der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und dem Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) deutlich, dass die Stadt Hückeswagen für bestehende Zinsoptimierungsgeschäfte Rückstellungen zu bilden hat. Kommunen, deren Jahresabschlüsse von Rechnungsprüfungsämtern oder bisher durch die GPA geprüft wurden, trifft nach deren Auffassung noch keine Rückstellungspflicht. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in

Hückeswagen und bedingt durch die Prüfung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer ist eine Bilanzierungspflicht gegeben. Die Pflicht zur Bilanzierung der Geschäfte besteht zum Marktwert zum Bewertungsstichtag 31.12.2010.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit einhergehenden negativen Marktwerte ist die Bewertung zum maßgeblichen Stichtag exorbitant schlecht. Daher sind extrem hohe Rückstellungen erforderlich, die das Jahresergebnis 2010 belasten.

1.3 Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen

1.3.1 Erträge

Im Bereich der Erträge wird auf eine kurzfristige Realisierung aller Ansprüche der Stadt Hückeswagen geachtet. Im Wesentlichen besteht eine direkte Einflussmöglichkeit auf die Höhe der Erträge im Bereich der kommunalen Steuern und Gebühren. Hierzu wird auf die noch folgenden Hinweise verwiesen.

1.3.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

1.3.1.1.1 Grundsteuer B

Der Hebesatz der Grundsteuer B liegt aktuell unter dem Fiktivhebesatz, der seitens des Landes zur Darstellung der Steuerkraft im Rahmen der Berechnung der Leistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz angesetzt wird. Die Planzahlen ab 2012 zeigen hier eine deutliche Erhöhung. Auf die Erhöhung kann bei Betrachtung aller finanziellen Rahmenbedingungen nicht verzichtet werden, obwohl sie eine nicht unerhebliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt bedeutet.

1.3.1.1.2 Gewerbesteuer

Positive Entwicklungen der vergangenen Jahre sind unter anderen in der aktiven Ansiedlungspolitik im Bereich der gewerblichen Betriebe begründet. Die Stadt Hückeswagen wurde gemeinsam mit einer weiteren Gemeinde als erste Stadt in Deutschland mit dem durch den TÜV zertifizierten Gütezeichen "mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung" ausgezeichnet und wird dieser Auszeichnung regelmäßig gerecht.

Der Hebesatz der Gewerbesteuer liegt schon jetzt deutlich über dem hier maßgeblichen Fiktivhebesatz. Allerdings ist vor dem Hintergrund der schon beschriebenen exorbitanten Belastungen des Haushaltes auch hier eine weitere Hebesatzerhöhung unverzichtbar. Eine entsprechende Erhöhung der Erträge aus Gewerbesteuer ist ab dem Jahr 2012 eingeplant.

1.3.1.1.3 Hundesteuer

Bereits 2008 wurde eine Hundebestandserhebung durchgeführt. Die Hundesteuersätze wurden darüber hinaus ab 2011 wie folgt erhöht:

	Steuer je Hund bis 31.12.2010	Steuer je Hund ab 01.01.2011
Haltung eines Hundes	74 €	80 €
Haltung von 2 Hunden	98 €	110 €
Haltung von 3 und mehr Hunden	110 €	125 €

Die sich ergebenden Mehrerträge sind im Haushaltsplan ab dem Jahr 2011 ersichtlich.

1.3.1.2 Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

1.3.1.2.1 Überprüfung von Gebührensatzungen

In den Bereichen Abwasserbeseitigung, Friedhof und bei der Straßenreinigung und der Winterwartung der öffentlichen Straßen werden unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung kostendeckende Gebühren erhoben. Die Planwerte und Grundlagen der Kalkulation ergeben sich aus der Darstellung im Vorbericht. Die Kalkulationen wurden regelmäßig überarbeitet und waren Gegenstand von Prüfungen, die jeweils ohne Beanstan-

dungen blieben. Insbesondere werden die Möglichkeiten der Gebührengestaltung im Bereich der kalkulatorischen Kosten genutzt. Im interkommunalen Vergleich sind die hier erhobenen Gebühren im oberen Bereich angesiedelt.

1.3.1.3 Sonstige ordentliche Erträge

1.3.1.3.1 Auflösung von Rückstellungen für Zinsoptimierungsgeschäfte

Wie bereits geschildert besteht die Pflicht zur Bildung von Rückstellungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 für die Zinsoptimierungsgeschäfte. Die Höhe dieser Rückstellungen ist enorm, da der Marktwert des hier zugrundeliegenden Schweizer Franken zum Bilanzierungstichtag 31.12.2010 auf seinen historisch negativsten Stand gefallen war. Alle Fachmeinungen und Analysen gehen von einer deutlichen Verbesserung des Marktwertes im Zeitraum 2012 und 2013 aus.

Positive Veränderungen der Marktwerte bzw. die Auflösung der bestehenden Geschäfte führen dazu, dass die Rückstellungen wieder aufzulösen sind.

Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen nunmehr auf 19,474 Mio. €. Aufgrund von vorsichtigen Annahmen sind Auflösungen in den Jahren 2012 und 2013 nur in Höhe von insgesamt 8 Mio. € eingeplant. Diese Auflösungen sind auch bei weniger positiver Wertentwicklung absolut realistisch.

Im Falle der vorzeitigen Auflösung der Geschäfte ergäbe sich auch eine vorzeitige Auflösung der Rückstellungen, womit im Ergebnis die Haushaltslage sofort wesentlich verbessert würde.

1.3.1.3.2 Pauschale Haushaltsverbesserung

Aufgrund langjähriger Erfahrungen ergeben sich in der Regel Haushaltsverbesserungen die nicht einzeln verifiziert werden können. Im Ansatz bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist deshalb eine pauschale Haushaltsverbesserung für kassenwirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit für die Jahre 2011 - 2013 mit einem Gesamtvolumen von rd. 400.000 € eingeplant worden.

Die pauschale Haushaltsverbesserung ist zur Deckung des Mehraufwandes im Bereich der Straßenunterhaltung eingeplant.

1.3.1.4 Finanzerträge

1.3.1.4.1 Gründung einer Bürgerbad GmbH

Vor dem Hintergrund ständig steigender Betriebsverluste musste in den Jahren vor 2007 nach einer tragfähigen Lösung gesucht werden, das Freizeitbad betriebswirtschaftlich sinnvoll weiterzuführen.

Im Jahr 2007 erfolgte die Gründung der „Bürgerbad Hückeswagen gemeinnützige Gesellschaft mbH“. Gesellschafter sind neben der Stadt Hückeswagen der Stadtverband Hückeswagen sowie die Interessengemeinschaft Frühschwimmer Hückeswagen e.V.. Ab 01.01.2008 wurde der neuen Gesellschaft die Betriebsführung des Freizeitbades überlassen. Der Eigenbetrieb bleibt Eigentümer der Immobilie.

Mit der Änderung der Betriebsform sollen sich jährliche Einsparpotenziale in Höhe von rd. 150 bis 200 T€ ergeben. Dies wird z.B. durch den Einsatz ehrenamtlicher Geschäftsführer und der Entlohnung der für den Badbetrieb arbeitenden Aushilfen außerhalb des TVöD möglich. Das Festpersonal verbleibt im Eigenbetrieb bzw. bei der Stadt und wird über einen Personalgestellungsvertrag der Bürgerbad gGmbH zur Verfügung gestellt. Durch das altersbedingte Ausscheiden eines festangestellten Schwimmmeisters konnten in 2010 bereits Personalkosten gesenkt werden, da die Nachbesetzung durch die Bürgerbad Hückeswagen gGmbH erfolgte.

Zusätzliche Einsparungen sollte die Reduzierung der Öffnungszeiten bei den Personalkosten sowie bei den Energiekosten mit sich bringen. Hier ist erfreulicherweise festzustellen, dass trotz der reduzierten Öffnungszeiten die Besucherzahlen annähernd gleich geblieben sind.

Erste Erkenntnisse zeigen, dass die jährlichen Nettobetriebsverluste des Eigenbetriebs Freizeitbad wie geplant deutlich gesenkt werden konnten:

Jahr	Netto Betriebsverluste Betrieb Freizeitbad EURO rd.
2005	669 T€
2006	665 T€
2007	736 T€
2008	586 T€
2009	557 T€

In den Werten sind die Liquiditätszuschüsse des Eigenbetriebs an die Bürgerbad gGmbH bereits berücksichtigt.

In Verbindung mit der Gewinnbeteiligung an der dem Eigenbetrieb zugeordneten Beteiligung an der BEW Bergische Energie- und Wasser GmbH entstehen Überschüsse im Eigenbetrieb, welche als Gewinnbeteiligung an den Haushalt abgeführt werden können.

Durch Bildung der Bürgerbad GmbH werden die oben genannten Verbesserungen bei den Ergebnissen des Eigenbetriebes Freizeitbad erzielt. Es ist zu prüfen, ob im städt. Haushalt Konsolidierungspotenzial durch die Möglichkeit erhöhter zukünftiger Erträge aus Gewinnanteilen der Eigenbetriebe entsteht.

1.3.1.4.2 Energetische Sanierung Bürgerbad

Im Jahr 2009 haben Studenten der FH Köln eine für die Stadt kostenlose Masterarbeit mit dem Thema „Energetische Optimierung der Anlagenhydraulik in einem Wärmeversorgungssystem für ein öffentliches Schwimmbad“ erstellt.

Hieraus ergab sich das größte Einsparpotenzial in der Erneuerung der mehr als 20 Jahre alten Wärmerückgewinnungsanlage. Er errechnet sich ein jährliches Einsparpotenzial bei den Strom- und Gaskosten von insgesamt rd. 68.000,00 €/netto. Die Investition wird sich innerhalb von drei Jahren amortisieren.

Auch diese Einsparungen werden dazu führen, dass sich die Höhe der Zuschüsse zur Liquiditätssicherung an die Bürgerbad Hückeswagen gGmbH zukünftig reduzieren. Damit ist eine Verbesserung der zukünftigen Ergebnisse des Eigenbetriebes Freizeitbad verbunden. Im Rahmen der Durchführung dieses Haushaltssicherungskonzeptes ist hier ebenso das Konsolidierungspotenzial durch die Möglichkeit erhöhter zukünftiger Erträge aus Gewinnanteilen des Eigenbetriebes zu prüfen.

1.3.1.4.3 Erträge aus Gewinnanteilen der Eigenbetriebe

Aus der Abführung von Jahresüberschüssen aus den Betrieben der Stadt Hückeswagen werden für den städt. Haushalt Finanzerträge erzielt. Bereits für das Jahr 2006 wurden aufgrund sich ergebender Verschlechterungen im Jahresabschluss 2006 des städt. NKF-Haushaltes erstmalig Abführungen von Jahresüberschüssen der Betriebe Freizeitbad und Abwasserbeseitigung an den Haushalt der Stadt durchgeführt.

Mit Erlass des Innenministeriums NRW vom 26.10.09 wird u.a. gefordert, dass sich die kommunalen Beteiligungen in den Konsolidierungsprozess des Haushaltes einbringen müssen. Mit den Gewinnabführungen der Betriebe Freizeitbad und Abwasserbeseitigung in Höhe von durchschnittlich rd. 1,1 Mio. € pro Jahr kommt die Stadt Hückeswagendieser Forderung eindeutig nach.

Insgesamt wurden bisher folgende Finanzerträge aus den Gewinnabführungen der Betriebe erzielt:

Jahr	Betrieb Abwasserbeseitigung EURO rd.	Betrieb Freizeitbad (netto) EURO rd.	Gesamt EURO rd.
2006	612.000	216.000	828.000
2007	649.000	370.000	1.019.000
2008	692.000	345.000	1.037.000
2009	671.000	337.000	1.008.000
Gesamt	2.624.000	1.268.000	3.892.000

Im weiteren Planungszeitraum sind folgende Erträge eingeplant:

Jahr	Betrieb Abwasserbeseitigung EURO rd.	Betrieb Freizeitbad (netto) EURO rd.	Gesamt EURO rd.
2010	706.000	550.000	1.256.000
2011	699.000	337.000	1.036.000
2012	713.000	337.000	1.050.000
2013	729.000	337.000	1.066.000
2014	715.000	337.000	1.052.000
Gesamt	3.562.000	1.898.000	5.460.000

Damit stellt die Gewinnabführung aus den städtischen Eigenbetrieben einen wesentlichen Bestandteil der Haushaltskonsolidierung der Stadt Hückeswagen dar.

1.3.1.4.4 Kapitalrückführungen aus dem Betrieb Abwasserbeseitigung

Neben den jährlichen Gewinnabführungen soll der Betrieb Abwasserbeseitigung noch stärker in den Konsolidierungsprozess des Haushalts eingebunden werden. Geplant sind hier gezielte Kapitalrückführungen an den städt. Haushalt.

Mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz des städtischen NKF-Haushaltes zum 01.01.2006 wurde der Beteiligungswert des Betriebes Abwasserbeseitigung nach dem Substanzwertverfahren ermittelt. Der ermittelte Substanzwert wurde als Sondervermögen der Stadt in die NKF-Bilanz des Haushalts eingestellt.

Erneute Überprüfungen des Wertes unter Zugrundelegung von Bundespreisindizes haben positive Bewertungsdifferenzen ergeben. Da diese positiven Bewertungsdifferenzen nach dem Realisationsprinzip nicht in der städtischen Bilanz fortgeschrieben werden dürfen, ergeben sich im Bereich des Sondervermögens „stille Reserven“, die eine gezielte Rückführung von Eigenkapital des Abwasserbetriebes ermöglichen.

Im vorliegenden Haushaltsplan ist eine Kapitalrückführung in Höhe von 3,785 Mio. € für das Jahr 2014 zur Konsolidierung des städtischen Haushalts eingeplant.

Diese Verfahrensweise stellt für den Betrieb kein wirtschaftliches Problem dar. Durch die hohe Eigenkapitalquote des Betriebes Abwasserbeseitigung (rd. 70 %) ist es auch nach Absprache mit Wirtschaftsprüfern unbedenklich, entsprechende Kapitalrückführungen durch Auflösung von Rücklagemittel durchzuführen.

Anzumerken bleibt, dass diese Finanztransaktionen keinerlei Auswirkung auf die Höhe der Abwasserbeseitigungsgebühren haben.

Auch mit dieser Konsolidierungsmaßnahme kommt die Stadt Hückeswagen der Forderung aus dem Erlass des Innenministeriums NRW vom 26.10.2009 eindeutig nach.

1.3.2 Aufwendungen

Bei der Stadt Hückeswagen wird schon seit vielen Jahren ein sehr restriktives Ausgabeverhalten praktiziert. Eine ständige Überprüfung und ggf. der Abbau von Standards gehört dabei genau so zur Selbstverständlichkeit wie die jeweils zur Haushaltsplanaufstellung übliche Klausurtagung der Verwaltung. Hier werden sämtliche relevanten Haushaltsbereiche hinsichtlich einer homogenen Gesamtabstimmung mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung untersucht.

Im Haushaltsjahr 2010 hat der Kämmerer zusätzlich auf bestimmte Haushaltspositionen differenzierte Sperrungen von veranschlagten Mitteln vorgenommen. Es wurden alle Konten ausgewertet und hieraus mögliche Einsparpotenziale kontenscharf ermittelt und mit einer Sperre versehen. Aufgrund der bis dahin bereits realisierten Einsparungen war eine generelle Haushaltssperre nicht mehr durchführbar. Für das Jahr 2011 ist eine vergleichbare Überprüfung und Vorgehensweise vorgesehen.

Darüber hinaus wird eine systematische Überprüfung von Aufwandspositionen in Zusammenarbeit mit Vertretern der Ratsfraktionen angestrebt. Ziel ist es hierbei, eine kommunalpolitisch verantwortbare und frühzeitig abgestimmte Steuerung vorzunehmen. Diese muss den höchstmöglichen Abbau von Aufwendungen anstreben unter gleichzeitiger Betrachtung aller Standards und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger und der Erhaltung der gewonnenen Qualität. Die Steuerungs- und Controllinginstrumente des NKF sollen hier zum Tragen kommen. Der Weg des consequenten Abbaus der Verschuldenslage und somit der Leitgedanke der intergenerativen Gerechtigkeit spielen hierbei eine besondere Rolle.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen wurden die Ansätze seit langem nicht erhöht, die gewonnene Qualitätssteigerung in vielen Bereichen ist durch die Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement gelungen (Fördervereine der Schulen, Freundeskreis Stadtbibliothek, Unterstützung von Maßnahmen durch Vereine im kulturellen Bereich und ganz stark auch durch Sportvereine). Die städtische Jugendarbeit wurde beispielsweise konzeptionell von Beginn an mit starker Beteiligung externer Kräfte geplant und durchgeführt. Die geforderte Bürgerbeteiligung und Förderung ehrenamtlichen Engagements wird seit Jahren sehr erfolgreich betrieben. Diese Aktivitäten gipfelten sicherlich in der Gründung einer Bürgerbad gGmbH und der Herstellung und laufenden Unterhaltung eines Kunstrasenplatzes mit starkem Spendenanteil und persönlichem Einsatz. Auf den Punkt "Einbindung Bürgerschaft" wird verwiesen.

Nach Betrachtung aller schon umgesetzten Ideen zur Kostensenkung und Effektivitätssteigerung ist festzuhalten, dass künftig nur mit Einbindung aller Kräfte - intern wie extern - weitere Entwicklungsprozesse voranzutreiben sind. Hierzu gehört aktuell beispielsweise die Orientierung an Geschäftsprozessen und deren Optimierung. Prozessbeschreibungen zu verschiedenen Bereichen wurden schon erarbeitet und bilden eine Grundlage für die weitere Organisationsentwicklung (z.B. bei Baugenehmigungsverfahren, Vermietung von Räumlichkeiten, Rentenberatung, Stadtbibliothek, Rechnungsverbuchung).

Die Stadt Hückeswagen ist als Pilotanwender an dem Aufbau eines kommunalen Strategiemanagementsystems beteiligt. Das System soll ein Berichtswesen mit Prognosen beinhalten. Weiter soll ein operatives und strategisches Controlling zur Überwachung der Verwaltungsstrategie ermöglicht werden.

Für Prüf- und Vergleichszwecke nimmt die Stadt Hückeswagen seit 2010 am interkommunalen Vergleichsring IKVS (Kennzahlensystem) teil.

Weiterhin ist vor dem Hintergrund der sich ständig wandelnden Aufgaben und Herausforderungen professionelles Projektmanagement zu betreiben. Ein wesentlicher weiterer Punkt der Entwicklung wird mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems betrieben. Die hier kurz angesprochenen Entwicklungen unterstützen den Prozess der Konsolidierung und der Konzentration auf das Kerngeschäft und entwicklungsorientierte Aufgaben der öffentlichen Verwaltung.

1.3.2.1 Personalaufwendungen

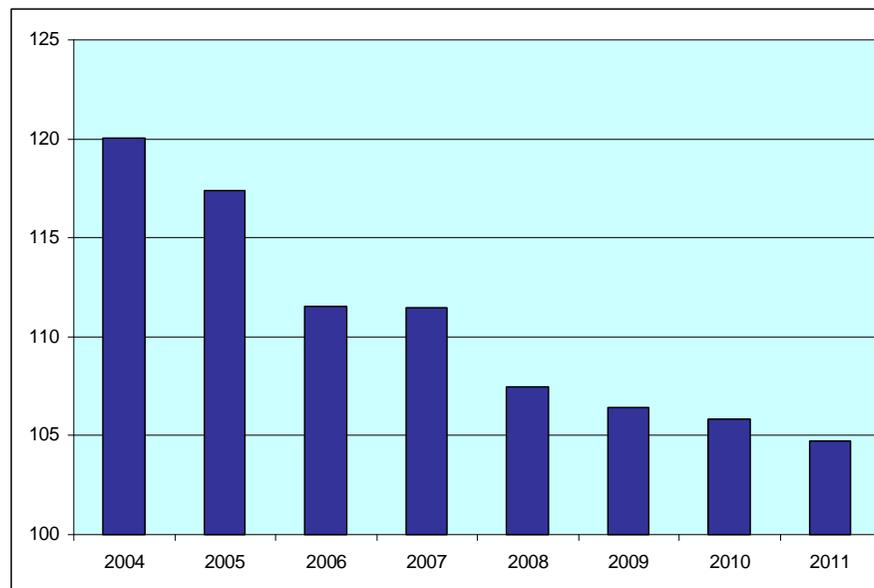
1.3.2.1.1 Stellenentwicklung und Personalentwicklungskonzept

Die Stadt Hückeswagen zeichnet sich seit Jahren durch eine restriktive Personalpolitik aus, ohne dabei die Qualität der Aufgabenerfüllung für die Bürger zu beeinträchtigen.

Erste Maßnahme hierzu war eine komplette Neuorganisation der Verwaltung zu Beginn der Jahres 2005. Die Struktur der Verwaltung wurde gestrafft und von sechs auf drei Fachbereiche reduziert. Hierdurch konnten Hierarchieebenen abgebaut werden.

Des Weiteren wurde im Jahr 2005 ein Stellenentwicklungskonzept aufgestellt, das den sozialverträglichen Abbau von etwa 20 Stellen bis zum Jahr 2020 vorsieht. Hierzu wurden zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung des Personals vorgenommen. Als Beispiel kann hier der schrittweise Verzicht auf eigenes Reinigungspersonal genannt werden. Aber auch in anderen Bereichen wurden freiwerdende Stellen nicht wiederbesetzt und die Arbeitsinhalte auf andere Kollegen verteilt, was teilweise zu deutlichen Mehrbelastungen geführt hat.

Dieses Konzept hat bereits beachtliche Erfolge erzielt. So konnte die Anzahl der Stellen im Stellenplan (Verwaltung einschließlich der Eigenbetriebe ohne ARGE) von insgesamt 121,6 im Jahr 2003 auf 104,76 im Jahr 2011 gesenkt werden (Senkung um 14 %, vgl. folgende Grafik).



Das Konzept soll grundsätzlich auch in den Folgejahren weitergeführt werden, wenn auch zu bedenken ist, dass ein weiterer Stellenabbau ohne Qualitätsverlust nur noch in begrenztem Maße möglich ist. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Projekt „Shared Services“ verwiesen, das hierzu neue Perspektiven aufzeigt.

Darüber hinaus wird seit dem Jahr 2008 konzeptionelle Personalentwicklung betrieben. Dies wurde erforderlich, da steigende Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine zunehmende Arbeitsverdichtung bereits Konsequenzen zeigte. Hier sind die betriebswirtschaftlich relevanten Faktoren wie z.B. Kosten durch krankheitsbedingte Ausfälle zu berücksichtigen. Analog der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung finden sich auch in der Stadtverwaltung vermehrt psychosomatische Gesundheitsstörungen und Anzeichen typischer Belastungssituationen. Hinzu kommt der demographische Aspekt. Da mehr als 80 % der aktuellen Belegschaft älter als 40 Jahre ist, gilt es, der daraus ergebenden Situation präventiv und planerisch zu begegnen. Konkrete Fördermaßnahmen sind hier ebenso Ausfluss des Personalentwicklungskonzeptes wie ein System interner Wissensvermittlung, dem Angebot von Inhouse - Seminaren sowie Angebote zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge.

1.3.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

1.3.2.2.1 Überprüfung und ggf. Abbau von Standards

Für die Unterhaltung der städtischen Grünflächen gibt es schon seit Jahren ein Grünflächenkataster, in dem alle Flächen mit Angaben zur Größe, Topographie und insbesondere zur Pflegeklasse enthalten sind.

Die Pflege erfolgt nach fest definierten Standards auf Basis von Quadratmeterpreisen der jeweiligen Pflegeklasse. Diese Art der Steuerung ermöglicht das Erkennen und Umsetzen von Einsparpotenzialen. Durch eine gezielte Festlegung von Pflegeklassen kann der Standard einzelner Grünflächen im Stadtgebiet gesteuert werden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Daten.

Aufgrund ständig steigender Energiekosten sucht die Stadt Hückeswagen nach Möglichkeiten von Einsparpotenzialen im Bereich der Straßenbeleuchtung.

Der Austausch von energiebelastenden Leuchtmitteln durch eine effizientere Beleuchtung mit geringerer Energieaufnahme bei möglichst gleichbleibender Beleuchtungskraft ist im Rahmen der Unterhaltung bereits mit dem Ergebnis durchgeführt worden, dass sich die Gesamtleistungsaufnahme bereits im unteren Bereich befindet.

Der Einsatz von neuerer Technik nach dem derzeitigen Standard hat aufgrund der annähernd gleich hohen Leistungsaufnahme zurzeit noch keinen weiteren einsparenden Effekt. Aus diesem Grund ist zu prüfen, ob die Abschaltung einzelner Leuchten in Bereichen des Stadtgebietes über einen festzulegenden Zeitraum möglich ist.

1.3.2.2.2 Verkauf oder Abriss von Wohnhäusern bzw. speziellen städtischen Liegenschaften

Die weitere Notwendigkeit zur Beibehaltung von städtischen Liegenschaften unterliegt bei der Stadt Hückeswagen einer ständigen Überprüfung. In den letzten fünf Jahren konnte sich die Stadt von diversen Gebäuden trennen. Hier sind insbesondere folgende Liegenschaften zu nennen:

- Verkauf Wohnhäuser Kaiserhöhe 11, 13 und 15
- Verkauf Wohnhaus Weierbachstraße 22

- Verkauf Wohnhaus Peterstraße
- Verkauf Bauhofgebäude an der Peterstraße
- Auflösung der Obdachlosenunterkunft Brunnenweg 20
- Abriss Wohnhaus Kölner Straße 27

An den Wohnhäusern auf der Kaiserhöhe wären in den Folgejahren auch aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht unerhebliche größere Unterhaltungsmaßnahmen erforderlich gewesen. Diese hätten den städtischen Haushalt stark belastet. Dies konnte durch den Verkauf dauerhaft verhindert werden. Aufgrund des Gebäudezustandes waren die Wohnungen nur schwer zu vermieten.

Aufgrund der wesentlich verminderten Zuweisungen von Flüchtlingen konnte auf folgende Übergangsheime verzichtet werden:

- Abriss Übergangsheim Kölner Straße
- Abriss Übergangsheim Kammerforsterhöhe

Als weitere Konsolidierungsmaßnahme für den Haushalt wird zurzeit geprüft, inwieweit ein Verkauf der Wohnhäuser Gerh.-Hauptmann-Straße 4 – 6 und der ehemaligen Obdachlosenunterkunft Brunnenweg 22 möglich ist.

1.3.2.2.3 Verkauf der Mehrzweckhalle

Die Mehrzweckhalle ist ein Flachdachgebäude aus den 1970'er Jahren. Die primäre Notwendigkeit dieser Halle ergibt sich aus der Bereitstellung für den Schulsport. Bedingt durch das Alter des Gebäudes besteht dringender Sanierungsbedarf. Hier sind besonders das aufwändige Hallendach und der Hallenboden zu nennen. Eine Durchführung der Maßnahmen hätte für den städtischen Haushalt erhebliche Folgen gehabt.

Daraufhin wurde im Jahr 2009 die Mehrzweckhalle an die HEG Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG verkauft und wieder angemietet. Die Nutzungsmöglichkeiten für die Stadt bleiben dadurch unverändert.

Bei der HEG Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG bestehen durch den Erwerb des Gebäudes besondere bilanzielle Möglichkeiten. Die oben beschriebenen notwendigen Sanierungsarbeiten können nun zeitnah durch die städtische Entwicklungsgesellschaft durchgeführt und als anschaffungsnahe Unterhaltungsaufwand investiv abgewickelt werden. Die Maßnahmen verursachen nun nicht mehr erheblichen Unterhaltungsaufwand

im Jahr der Durchführung sondern durch die investive Bilanzierung einen für viele Jahre gestreckten Abschreibungsaufwand in der Entwicklungsgesellschaft.

1.3.2.2.4 Projekt Shared Services zur interkommunalen Zusammenarbeit

Im Rahmen des Modellprojektes „Shared Services“ des Landes NRW hat die Stadt Hückeswagen zusammen mit den Kommunen Wipperfürth, Radevormwald und Marienheide in einem zweijährigen Prozess (2007 – 2009) untersucht, inwieweit sich Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung durch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen realisieren lassen. Aufgrund politischer Schwierigkeiten konnte die Zusammenarbeit nicht mit allen Kommunen und damit nicht in dem Umfang, wie bei der Untersuchung ermittelt, realisiert werden. Im Rahmen der noch bestehenden Möglichkeiten wurden und werden die folgenden Projekte umgesetzt.

Zentrale Vergabestelle

Die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle wird von der GPA – auch aus Gründen der Korruptionsprävention - empfohlen. Die Einrichtung bei einer Kommune in der Größenordnung wie Hückeswagen hätte erheblichen Mehraufwand verursacht, da eine rechtssichere Bearbeitung der Vergaben umfangreiche Fachkenntnisse und damit eine qualifizierte Besetzung erforderlich macht. Als Ergebnis des Projektes wurde zum 01.04.2009 gemeinsam mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth eine zentrale Vergabestelle unter Federführung der Stadt Radevormwald eingerichtet.

Der Abschlussbericht beziffert das jährliche Einsparpotenzial durch die zentrale Vergabestelle auf ca. 33.000 € für vier Kommunen. Hierin sind die zu erwartenden Kosten für die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für Hückeswagen noch nicht berücksichtigt.

Zentrales Forderungsmanagement

Der Bereich der Kassengeschäfte wurde ausführlich mit den vier Kommunen untersucht. Dabei wurde als Ergebnis ermittelt, dass zunächst nur das Forderungsmanagement (Innen- und Außendienst) zentralisiert werden soll. Die Durchführung der Kassengeschäfte bleibt weiterhin dezentral organisiert. Der Abschlussbericht beziffert das jährliche Einsparpotenzial durch das zentrale Forderungsmanagement auf ca. 300.000 € für vier Kommunen. Dieses wird neben den niedrigeren Personalkosten auch durch eine Verbesserung der Einzugsquoten erreicht, da durch die Zentralisierung eine Professionalisierung und strategische Ausrichtung des Forderungsmanagements umgesetzt werden kann.

Zum 01.10.2010 wurde zusammen mit der Stadt Wipperfürth ein gemeinsames Forderungsmanagement unter Federführung der Stadt Wipperfürth eingerichtet. Als erstes konkretes Ergebnis hieraus konnte die Stadt Hückeswagen auf die Wiederbesetzung der freigewordenen Stelle des Vollziehungsbeamten (EG 6, ca. 58.000 €/Jahr) verzichten.

Regionales Gebäudemanagement

Beim Gebäudemanagement kommt der Abschlussbericht zu dem Ergebnis, dass zunächst nur eine Zentralisierung der Gebäudeverwaltung vorgenommen werden sollte, das technische Gebäudemanagement wird weiterhin dezentral durchgeführt. Der Abschlussbericht beziffert das jährliche Einsparpotenzial durch das zentrale Gebäudemanagement auf ca. 652.000 € für vier Kommunen. Auslöser für diese Einsparungen sind hauptsächlich Verbesserungen durch die gemeinsame Beschaffung und ein professionelles Portfoliomanagement.

Zum 01.11.2010 wurde zusammen mit der Stadt Wipperfürth ein gemeinsames „Regionales Gebäudemanagement“ unter Federführung der Stadt Hückeswagen eingerichtet. Auch das technische Gebäudemanagement wurde in diese neue Organisation einbezogen, auch wenn die Kollegen zunächst weiterhin dezentral arbeiten. Erste Ergebnisse bei gemeinsamen Ausschreibungen (z.B. Versicherungen) führen bereits zu positiven Ergebnissen.

Bauhof

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wird im Abschlussbericht der Beratungsfirma die Einrichtung eines gemeinsamen Bauhofes für die Städte Wipperfürth und Hückeswagen empfohlen. Die beiden Städte planen derzeit die Einrichtung dieses Bauhofes zum Jahr 2012. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag hierzu wurde bereits von den Räten beschlossen.

Der neue Bauhof soll auf dem Stadtgebiet Wipperfürth entstehen und unter Führung der Stadt Wipperfürth geleitet werden. Der Maschinenpark und die Ausstattung der bisherigen getrennten Bauhöfe werden zusammengelegt. Hierdurch kann auf viele doppelt vorhandene aber nicht entsprechend ausgelastete Geräte verzichtet werden. Auch beim Personal soll durch Fluktuation über die Jahre eine entsprechende Reduzierung erfolgen.

Im Rahmen des Pilotprojektes wurde für den Bauhof Wipperfürth/Hückeswagen ein Einsparpotenzial von etwa 4,3 Mio. Euro über die ersten zehn Jahre der Zusammenarbeit ermittelt.

Die Stadt Hückeswagen hat bereits im Jahr 2007 das bisherige Bauhofgebäude verkauft. Der Bauhof ist daher seit dieser Zeit in einem angemieteten Provisorium untergebracht, das in keiner Weise den Ansprüchen an einen funktionellen Bauhof genügt. Diese Form der Umsetzung wurde aus Gründen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gewählt. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Kooperation mit Straßen NRW geschlossen,

die eine gemeinsame Nutzung des Straßen NRW Streusalzlagers in Herweg ermöglicht. Hierdurch konnte zunächst auf die Errichtung eines eigenen Salzlagers verzichtet werden.

1.3.2.2.5 Einbindung der Bürgerschaft

Wie bereits oben ausgeführt wurde, wird in Hückeswagen bereits seit Jahren bürgerschaftliches Engagement aktiv eingefordert und begleitet. Als herausragendes Beispiel neben den regelmäßigen Effekten durch ehrenamtliche Tätigkeiten ist hier das Projekt Kunstrasenplatz besonders zu nennen und zu beschreiben.

Kunstrasenplatz

Der vorhandene Sportplatz verfügte über einen Aschebelag und war insgesamt stark sanierungsbedürftig. Gleichzeitig gab es den Wunsch, den bisherigen Ascheplatz entsprechend den heutigen Anforderungen in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln.

Die gesamte Maßnahme wurde durch den Stadtsportverband e.V. abgewickelt. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahme betrug rd. 650.000 €. Davon konnte der Stadtsportverband rd. 180.000 € im Rahmen einer großen Spendenaktion aus privaten Mitteln aufbringen. Hierdurch konnte der städtische Anteil erheblich reduziert werden.

Für die Pflege des Kunstrasenplatzes bekommt der Stadtsportverband e.V. eine Unterhaltungspauschale. Die Durchführung der Pflege liegt in der Hand des Vereins. Durch diese Einbindung der Bürgerschaft können die Unterhaltungsaufwendungen für den Kunstrasenplatz erheblich reduziert werden. Die eingesparten Mittel kommen der Haushaltskonsolidierung zu Gute.

Bereitstellung und Bewirtschaftung von Sporthallen

Im Stadtgebiet werden drei Sporthallen durch Vereine bereitgestellt und bewirtschaftet. Hieraus ergibt sich im Unterschied zur Situation in anderen Gemeinden ein erheblicher wirtschaftlicher Vorteil für die Stadt Hückeswagen.

Eine weitere geplante Sporthalle im Bereich der Grundschule Wiehagen wird in Kooperation mit Dritten geplant und von diesem umgesetzt.

1.3.2.2.6 Frühzeitige Anpassung an die demografische Entwicklung

Die demographische Entwicklung wird die Planungen vielfältig beeinflussen, allerdings äußert sie sich zunächst und am offensichtlichsten in der Entwicklung der Schülerzahlen. Um auf der Grundlage dieser Entwicklung Einsparpotenziale zu definieren wird im Rahmen der zurzeit laufenden Schulentwicklungsplanung der Raumbedarf besonders untersucht. Es ist zu prüfen, ob mittelfristig auf Schulgebäude verzichtet werden kann. Durch entsprechende Analysen ist die fachlich vertretbare und wirtschaftlich günstigste Lösung zu suchen.

1.3.2.2.7 Zustandserfassung im Bereich Infrastrukturvermögen

Nach Abschluss der Baumaßnahme "Stadtstraße" muss dem Bereich der Unterhaltungskosten des Infrastrukturvermögens besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schon vor Beginn dieser großen Baumaßnahme wurden hierzu erste Überlegungen angestellt. Beispielsweise existiert bereits eine Datenbank zur Erfassung aller relevanten Daten im Infrastrukturbereich. Es ist beabsichtigt, alle öffentlichen Straßen, Wege und Plätze hinsichtlich ihrer rechtlichen Einordnung zu prüfen und - wenn möglich - Rückstufungen vorzunehmen. Gerade nach den vergangenen beiden Winterperioden sind erhebliche Schädigungen der Straßenbaukörper zu verzeichnen.

Ziel ist es nun, eine Zustandserfassung vorzunehmen, Standards zu definieren und unter Berücksichtigung aller technischen Möglichkeiten die jeweils wirtschaftlichste Lösung zur Herstellung zu wählen.

Ein weiteres Ziel ist es, die Straßenunterhaltungsstrategien in Umfang und Ausstattung wirtschaftlich auf eine Substanzerhaltung und Funktionsorientierung im Straßennetz zu optimieren. Konkret soll in 2011 eine Zustandserfassung und Bewertung durchgeführt werden.

Zur Umsetzung der Ergebnisse sind in 2012 und 2013 insgesamt 400.000 € zusätzlich zur Beseitigung der Straßenschäden eingeplant.

